34. Jahrgang 1986 / 3. Heft / Juli ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

MARTIN BROSZAT
Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands

REINER POMMERIN
Die Ausweisung von „Ostjuden" aus Bayern 1923

HERWART VORLÄNDER
NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk

JOHN GILLINGHAM
Zur Vorgeschichte der Montan-Union
Westeuropas Kohle und Stahl in Depression und Krieg

HANSJAKOB STEHLE
Der Lemberger Metropolit Šeptyćkyj
und die nationalsozialistische Politik in der Ukraine

DOKUMENTATION
Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954
und die Frage der deutschen Einheit
(Hermann-Josef Rupieper)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Martin Broszat — Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands . 293

Reiner Pommerin — Die Ausweisung von „Ostjuden" aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik 311

Herwart Vorländer — NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des deutschen Volkes 341

John Gillingham — Zur Vorgeschichte der Montan-Union. Westeuropas Kohle und Stahl in Depression und Krieg . . . 381

MISZELLE

Hansjakob Stehle — Der Lemberger Metropolit Šeptyćkyj und die nationalsozialistische Politik in der Ukraine 407

DOKUMENTATION

Hermann-Josef Rupieper — Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit? 427

BIBLIOGRAPHIE 145

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1986: Einzelheft DM 18,–; Jahresabonnement DM 55,20, für Studenten DM 43,20 (jeweils zuzüglich Versandkosten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 41,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, 8853 Wemding

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

34. Jahrgang 1986 Heft 3

MARTIN BROSZAT

ZUR SOZIALGESCHICHTE DES DEUTSCHEN WIDERSTANDS[1]

Die Perspektive einer Sozialgeschichte des Widerstands in der NS-Zeit ist auch eine Perspektive der Entmythologisierung. Es geht dabei aber nicht um eine Herabstufung des politisch-moralischen Bedeutungsgehalts des Widerstandsthemas, vielmehr darum, gerade auch die Moralität des Widerstands in ihrer authentischen menschlich-sozialen Bedingtheit erkennbar und damit auf neue Weise nachdenklich zu machen. In diesem Sinne hat das Postulat einer stärker sozialgeschichtlichen Fundamentierung der Widerstandsforschung allgemeine Bedeutung. Die Defizite einer einseitig von den politischen und weltanschaulichen Motivationen ausgehenden Resistance-Forschung sind außerhalb Deutschlands ebenfalls erkennbar. Auch in den von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges besetzten Ländern war die Stärke bestimmter antifaschistischer politisch-weltanschaulicher Gruppierungen nicht allein ausschlaggebend dafür, ob es zu aktiver Resistenz, Sabotage oder gar zu Guerilla-Tätigkeit kam oder nicht. Als Beispiel kann die jugoslawische Partisanenbewegung Titos gelten. Ihre spätere überlegene Anziehungskraft unter den verschiedenen Widerstandsgruppierungen in Jugoslawien, ihre Hauptrekrutierungspotentiale und geographischen Kerngebiete, z. B. bei den griechisch-orthodoxen Bergbauern Montenegros, lassen sich schwerlich allein von den kommunistischen Motivationen ihrer Führer ableiten. Und umgekehrt waren die Hochburgen der industriellen Arbeiterschaft und der sozialistischen Arbeiterbewegung in Belgrad, Zagreb und anderen Industriestädten des Landes keineswegs auch die Zentren der Partisanenbewegung. Sie konnten es

[1] Der folgende Text bildet die Langfassung eines Referats, das der Vf. am 27. August 1985 auf dem 16. Internationalen Kongreß der Geschichtswissenschaften in Stuttgart gehalten hat. Die für den Vortragszweck und zur Systematisierung der Fragestellungen gewählte thesenhafte Form der Darlegungen wurde als Diskussionsanreiz bewußt beibehalten, auch der Verzicht auf Einzelverweise in bezug auf die vielfältigen und verstreuten, durch die Widerstandsforschung zutage getretenen Erkenntnisse, die jeweils zur Stützung der einzelnen Thesen herangezogen werden können. Die Anmerkungen beschränken sich auf die wenigen Beispiele der namentlich genannten Literatur. Den z. Zt. wohl besten Überblick über den neuesten Stand der Erforschung des deutschen Widerstandes in der NS-Zeit bieten die über 1100 Seiten umfassenden 65 Referate, die anläßlich des 40. Jahrestages des 20. Juli 1944 auf der von der Historischen Kommission zu Berlin vom 2.–6. Juli 1984 veranstalteten Internationalen Konferenz gehalten wurden, jetzt veröffentlicht unter dem Titel: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Jürgen Schmädecke und Peter Steinbach mit einem Vorwort von Wolfgang Treue, München 1985.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon deshalb nicht sein, weil hier die polizeilich-militärische Kontrollierbarkeit durch die Besatzungsmacht viel zu groß und die Empfindlichkeit gegenüber Strafsanktionen zu stark war.

Eine – noch nicht existierende – vergleichende Untersuchung des Partisanenkrieges während des Zweiten Weltkrieges würde sicherlich zeigen, daß die geographisch-soziale Topographie besonders entschiedener weltanschaulich-politischer Gegnerschaft gegen den Faschismus, etwa in Gestalt des Sozialismus und Marxismus, nicht kongruent ist mit der Topographie des stärksten tatsächlichen Widerstandskampfes gegen die faschistischen Besatzungsmächte. Letzterer bedurfte oft ganz anderer oder zusätzlicher Voraussetzungen: nicht nur der geographischen Entlegenheit und Schwerzugänglichkeit, auch historisch eingeübter Traditionen und Techniken von Konspiration und Untergrundkampf, wie sie im montenegrinischen Hochland Jugoslawiens seit der Türkenzeit, in bestimmten Zentren und Gebieten Polens seit der Teilung des Landes im 18. Jahrhundert vor allem gegen die zaristische russische Herrschaft und Orthodoxie entwickelt worden waren. Erfolgreicher aktiver Widerstandskampf bedurfte nicht zuletzt der Verankerung in einer intakten Solidargemeinschaft, die eine wirkungsvolle Abdeckung und Risikohaftung zu gewährleisten vermochte. Oft waren aber gerade diese Voraussetzungen in der Peripherie vorindustrieller und vormoderner Provinzen und Gesellschafts-Lagen, unter Randgruppen mit stark autonomistisch-regionalem Bewußtsein oder in kleinen religiösen Minderheiten mit entsprechend starkem Zusammenhalt eher gegeben als in den stärker ausdifferenzierten, aber auch stärker kontrollierten politisch-nationalen Zentren.

Im Hinblick auf solche resistenzbegünstigenden Strukturen ließe sich auch die gesellschaftliche Landkarte Deutschlands einer allgemeinen Sozialgeschichte der Resistenz zuordnen. Für Deutschland lassen sich ebenfalls besonders resistente Regionen und gesellschaftliche Strukturen ausmachen. Als Beispiele seien genannt: die katholisch-agrarischen Gebiete Altbayerns und Westfalens oder bestimmte besonders dichte und homogene proletarische Milieus, wie sie im Rahmen des Forschungsprojekts „Widerstand und Verfolgung in Bayern" von Klaus Tenfelde[2] am Beispiel der oberbayerischen Bergarbeitergemeinde Penzberg, von Gerhard Hetzer[3] am Beispiel der proletarischen Glasscherbenviertel Augsburgs oder neuerdings in der großen, von Erich Matthias und Hermann Weber herausgegebenen Studie über den Widerstand in Mannheim[4] beschrieben wurden.

Auf Deutschland bezogen hat die Perspektive einer Sozialgeschichte des Wider-

[2] Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1981, S. 1–382.

[3] Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg), Bayern in der NS-Zeit, Bd. III, München 1981, S. 1–233.

[4] Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, im Auftrag der Stadt Mannheim hrsg. von Erich Matthias und Hermann Weber unter Mitwirkung von Günter Braun und Manfred Koch, Mannheim 1984.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stands aber noch eine andere Dimension. Hier war das NS-Regime nicht Fremdherrschaft, sondern Produkt der deutschen Gesellschaft selbst. Die Geschichte des deutschen Widerstands ist das Kehrbild der Geschichte der Nazifizierung der deutschen Gesellschaft. Sie kann nur sinnvoll im Kontext der qualitativen Veränderung der Politik und Struktur des NS-Regimes sowie der Breite und Veränderung seiner sozialen Basis und Mobilisationskraft begriffen werden. Die häufig statische Gegenüberstellung von Widerstand und Nationalsozialismus wird der Prozeßhaftigkeit, Phasenveränderung und Interdependenz von NS-Herrschaft und Widerstand nicht gerecht. Diesen Zusammenhang herzustellen und die Wechselwirkung der Entfaltung des NS-Regimes und des Widerstands zum eigentlichen Thema zu machen – in diesem Paradigma-Wechsel sehe ich die essentielle Begründung des Postulats einer Sozialgeschichte des deutschen Widerstands, für die ich mit den folgenden Bemerkungen plädieren möchte. Ihr gleichrangiges Erkenntnisziel ist es, die dem NS-Regime adäquaten gesellschaftlichen Bedingungen erfolgreichen Widerstands, aber auch die gesellschaftlichen Gründe des Scheiterns des Widerstands aufzuzeigen.

Die meisten sozialgeschichtlich bemerkenswerten Befunde des Widerstands erschließen sich erst durch detaillierte lokale, gruppenspezifische oder biographische Studien, die über die Aktions- und Organisationsgeschichte des Widerstands hinaus auch das soziale Profil und die soziale Umwelt der handelnden Personen und Gruppen zu rekonstruieren vermögen, ihre mentalen und habituellen Besonderheiten und sozialen Kommunikationsformen, vor allem auch die jeweils verschiedene Betroffenheit vom NS-Regime und die spezifische „Umsetzung" solcher Erfahrungen. Die in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik stark angewachsene Zahl von Studien, in denen sich wenigstens Elemente solcher Sozialgeschichte des Widerstands und kollektiver Resistenz-Haltungen finden, bestätigen die Produktivität dieses Ansatzes. Eine Betrachtung solcher Befunde sollte aber nicht „im einzelnen und kleinen" steckenbleiben, sondern ihre Umsetzung in eine allgemeine Darstellung der gesellschaftlich-politischen Lagerung des Widerstands im Rahmen der Entwicklung und Veränderung des NS-Regimes versuchen. Ich will dies im folgenden skizzieren und dabei drei Haupttypen des Widerstands unterscheiden, die sich schwerpunktmäßig auch drei Phasen des NS-Regimes zuordnen lassen:

- den kommunistisch-sozialistischen Widerstand im proletarischen Milieu der Arbeiterschaft und den städtischen industriellen Hochburgen der sozialistischen Arbeiterbewegung während der ersten Phase der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung 1933/34,
- die partielle Resistenz und „Volksopposition", vor allem im Milieu kirchlich-religiös gebundener Volksschichten, symptomatisch für die Konsolidierungs- und Erfolgsphase des Regimes zwischen 1935 und 1940/41,
- die Fundamentalopposition und Umsturzplanung konservativer Eliten seit 1938, gipfelnd in der Verschwörung vom 20. Juli 1944.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Kommunistischen und sozialistischen Widerstand gegen das NS-Regime hat es während des ganzen Dritten Reiches gegeben, aber der zeitliche Schwerpunkt lag eindeutig in der Anfangsphase. Nur in den Jahren 1933/34, in einigen Zentren der Arbeiterbewegung auch noch mit starken Ausläufern bis 1935/36, gab es eine fast in gleicher Dichte überall in Deutschland anzutreffende Vielfältigkeit illegaler kommunistischer und sozialistischer Untergrundgruppen und eine noch breite Basis für den Versuch, die verbotenen Organisationen und Aktivitäten der linken Arbeiterbewegung illegal fortzusetzen. Es hat deshalb seinen guten Grund, diese erste Phase breiter sozialistischer Widerstandsaktivität als eine für die damalige Phase und Konstellation des NS-Regimes charakteristische Form des Widerstands zu verstehen. Das gilt auch in quantitativer Hinsicht. Gerade im Lichte der zahlreichen Lokalstudien über den Arbeiterwiderstand, die in den letzten zwei Jahrzehnten auch für den Bereich der Bundesrepublik erarbeitet worden sind, für Dortmund, Essen, Düsseldorf, Frankfurt, Mannheim, Nürnberg oder Augsburg, im Rahmen des Bayern-Projekts auch für kleinere Industrieschwerpunkte oder Mittelstädte wie Penzberg, Selb, Aschaffenburg, Weiden, Coburg oder Straubing[5], wird deutlich, wie sehr sich Verfolgung und Widerstand der Arbeiterbewegung auf diese erste Phase des Dritten Reiches konzentrierten. In ihr war auch die immense Zahl der Opfer zu verzeichnen, die vor allem die Kommunisten, aber ebenso Sozialdemokraten und kleinere sozialistische Gruppen dabei zu beklagen hatten und die alles übertraf, was später an Verfolgung wegen politischer Gegnerschaft aus den verschiedensten weltanschaulich-politischen Lagern zu registrieren war. Auch noch viele der Prozesse wegen Vorbereitung zum Hochverrat, die in den folgenden Jahren vor dem Volksgerichtshof oder den Strafsenaten der Oberlandesgerichte gegen Kommunisten und Sozialisten stattfanden, gingen auf Vorgänge der Jahre 1933/34 zurück.

Für die gesellschaftlich-politische Einordnung dieses Haupttypus des Widerstands scheinen mir vor allem folgende Feststellungen wichtig:

Der kommunistisch-sozialistische Widerstand in dieser Anfangsphase und seine Verfolgung waren in gewisser Weise noch Fortsetzung der zum Teil bürgerkriegsähnlichen Konfrontation zwischen der sozialistischen Linken und den Nationalsozialisten, die sich schon vor 1933 entwickelt hatte. Gerade unter lokalem Blickpunkt wird sichtbar, wie stark die Verbindung zwischen Vorgängen vor 1933 und der deswegen nachher geübten Rache war oder umgekehrt zwischen relativ moderater, gewaltloser Form der Auseinandersetzung vor 1933 und relativ glimpflicher Verfolgung danach.

Dieser Zusammenhang bedeutet auch, daß Kommunisten und Sozialisten damals noch in weitgehender Verkennung des NS-Regimes an die Organisation illegaler Wi-

[5] Vgl. u. a. Ludwig Eiber, Arbeiter unter der NS-Herrschaft. Textil- und Porzellanarbeiter im nordöstlichen Oberbayern, München 1979, sowie die in Bd. V der Reihe „Bayern in der NS-Zeit" (München 1983) von Hartmut Mehringer und Anton Grossmann ausgearbeiteten Exkurse über Verfolgung und Widerstand der Arbeiterbewegung in bayerischen Städten.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

derstandstätigkeit herangingen: Die Kommunisten in dem Glauben, daß sie es nur mit der letzten (faschistischen) Phase des Kapitalismus zu tun hätten, die alsbald in die Diktatur des Proletariats umschlagen würde, weshalb sie bis 1935 an dem selbstmörderischen Konzept kommunistischer Massenagitation im Untergrund festhielten; die Sozialdemokraten in der irrigen Annahme, daß man sich in einer ähnlichen Situation befinde wie unter dem bismarckischen Sozialistengesetz und es durchaus möglich sei, ein Netz illegalen Zusammenhalts und sozialistischen Zeitschriftenvertriebs aufrechtzuerhalten. Auf beiden Seiten war und blieb die illegale Aktivität stark verknüpft mit der aufrechterhaltenen geheimen Verbindung zu den ins Exil gegangenen Führungsgruppen und Parteikadern. Man ging generell davon aus, daß das neue Regime nur von kurzer Dauer und Widerstandsaktivität schon deshalb sinnvoll und aussichtsreich sei.

Die Massivität der nationalsozialistischen Verfolgung, zugleich aber die Konsolidierung des NS-Regimes, die jenem Glauben ab 1934/35 ein Ende setzten, prägten in unterschiedlicher Weise auch Form und Ausmaß des sozialistischen Widerstands in dieser Phase. Aus der Nahoptik lokalgeschichtlicher und biographischer Studien wird deutlich, daß die „von unten" ausgehenden spontanen und persönlichen Motivationen des Widerstands auch im kommunistisch-sozialistischen Lager sehr viel größer waren als die „von oben" eingegebenen Strategien und Weisungen. Daß der kommunistische Widerstand so besonders fanatisch und hartnäckig ausfiel, war ebenfalls keineswegs nur der Ideologie oder der vom Politbüro der KPD im Exil ausgegebenen Devise illegaler Massenagitation zuzuschreiben, sondern ebensosehr Ergebnis der extremen Schärfe der Verfolgung der Kommunisten durch die Nationalsozialisten seit dem März 1933. An einer Fülle von kommunistischen wie sozialistischen Widerstandsbiographien läßt sich ablesen, in wie hohem Maße vorangegangene oder im engsten familiären bzw. Freundeskreis erfahrene politische Verfolgung und soziale Diskriminierung für den Entschluß und die Bereitschaft zum illegalen Widerstand bestimmend wurden. Daß dieser unter kommunistischem Vorzeichen stattfand, war für viele Aktivisten dieses Widerstands und zumal diejenigen Jungkommunisten, die der Partei noch nicht lange angehört hatten, meist nicht in erster Linie Ausdruck besonders fester ideologischer Bindung. Oft war es eher Ausdruck der jugendlichen Entschlossenheit deklassierter Proletarier, sich zur Wehr zu setzen, und ihres Bedürfnisses, im illegalen Widerstand während anonymer Massenarbeitslosigkeit auch Wert und Bedeutung der eigenen Person wieder zu erleben. Bezeichnenderweise war es vielfach nicht die bloße Mitglieds- oder Funktionärszugehörigkeit zur Großorganisation der KPD oder SPD, die den Ausschlag gab, ob jemand zu illegaler Widerstandstätigkeit bereit und motiviert war. Ausgangspunkt der illegalen Tätigkeit mit ihren konspirativen Fünfer- oder Dreiergruppen als unterste Einheiten war vielmehr häufig die enge persönliche Bindung und gemeinsame Zugehörigkeit zu bündisch verfaßten Suborganisationen und Kleingruppen der jeweiligen Parteien. Dabei wurden die damaligen Rahmenbedingungen der Verfolgung und Massenarbeitslosigkeit auch insofern konstitutiv für den Widerstand, als dadurch erst bestimmte Freizeit- und Kommunikationsvoraussetzungen für illegale Treffs und Verbindungen entstanden, die

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihre Bedeutung verloren, als im Zuge der Vollbeschäftigung ab 1935/36 auch ehemalige KZ'ler unter Kommunisten und Sozialdemokraten wieder Beschäftigung fanden.

Bald nach den ersten Erfahrungen mit der Wirklichkeit des NS-Regimes bildete sich vor allem auf sozialdemokratischer Seite eine Haltung der Resistenz heraus, die kaum noch oder nur noch sekundär auf regimegegnerische Agitation abgestellt war, sondern primär auf Erhaltung des persönlichen Zusammenhalts, auf die Bewahrung der Gesinnung und Überzeugung, wozu es nicht mehr unbedingt einer illegalen Organisation bedurfte. Wo sozialdemokratische oder kommunistische Arbeiter, die sich persönlich seit langem kannten, in den gleichen Betrieben arbeiteten bzw. in denselben Wohnvierteln zu Hause waren, entstand häufig jene Form sozusagen schweigender kollektiver Resistenz, die Klaus Tenfelde eindrucksvoll am Beispiel der Penzberger Bergarbeiter beschrieben hat[6]. Gegenüber dem kommunistischen Widerstandsaktivismus und auch den vereinzelten Formen länger anhaltender sozialistischer Konspiration, die seit 1935 vor allem von abgespaltenen Gruppen der SPD (ISK, SAP, Neu Beginnen) getragen wurden, bildete sich dabei namentlich unter der Masse ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre eine Form des Widerstands heraus, die dem zeiten Haupttypus, der passiven und partiellen Resistenz, mehr zuzuordnen ist als der aktiven politischen Opposition. Aus einer Reihe lokaler Fallstudien ist ablesbar, wie relativ stabil und unverführbar gerade auch diese Form passiver kollektiver Resistenz ehemaliger sozialdemokratischer Parteiaktivisten gewesen ist. Unter dem Gesichtspunkt der moralisch-politischen Standfestigkeit hält sie durchaus den Vergleich mit vielen Beispielen kommunistischer Widerstandsaktivität aus, die im übrigen oft kurzlebig war; das Milieu des kommunistischen Widerstands weist ja eine vergleichsweise hohe Rate der Fluktuation sowie des Überläufer- und Denunziantentums auf, zugleich Ausdruck der hier teilweise sehr starken persönlichen und politischen Labilität.

Der Grundtypus des kommunistisch-sozialistischen Widerstands in den ersten Jahren der NS-Zeit muß schließlich auch als Ausdruck der damaligen gesellschaftspolitischen Konstellation des NS-Regimes verstanden werden. Wenngleich bestimmte nationalsozialistische Organisationen, z. B. die SA und NSBO, in diesen Anfangsjahren auch bemüht waren, bisher dem NS fernstehende proletarische Unterschichtengruppen und besonders auch die Masse der industriellen Arbeiterschaft zu gewinnen und zu integrieren, die Hauptrichtung der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung war in dieser Phase doch eine andere. Es ging vor allem darum, das auf der Ebene des Reichskabinetts geschlossene Bündnis mit den konservativen Eliten zu festigen und zweitens das bisher problematische Verhältnis zur katholischen Kirche und dem katholischen Teil der Bevölkerung zu verbessern. In dieser Hinsicht hatte das Regime 1933/34 auch die Hauptgewinne zu verbuchen. Die vor 1933 dem Nationalsozialismus meist noch reserviert gegenüberstehenden Eliten in Staat und Gesellschaft, einschließlich des katholischen Honoratiorentums, traten jetzt in Massen der NSDAP bei und suchten sich mit der NS-Führung zu arrangieren. Nach der schnell, mit Hilfe

[6] Vgl. Anm. 2.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der SA und Parteiorganisationen von unten durchgesetzten Monopolisierung der politischen Macht legte Hitler im Frühjahr und Sommer 1933 zunächst allen Wert darauf, das konservative Establishment für das Regime zu gewinnen. Schließlich, wie sich am 30. Juni 1934 zeigte, auch auf Kosten der linken, sozialistischen Elemente innerhalb der NS-Bewegung selbst.

Aus dieser anfänglichen Konstellation ergab es sich ferner, daß die brutale Niederschlagung des sozialistischen Widerstandspotentials von den konservativen Partnern des Regimes, wie auch von den Repräsentanten der Kirchen, damals stillschweigend hingenommen wurde. Begrüßte man dort zwar nicht die angewandten Methoden, so doch den politischen Effekt der Ausschaltung des Kommunismus und Sozialismus: bei den unternehmerischen, bürokratischen und militärischen Eliten, weil man sich dadurch vom klassenkämpferischen sozialen Druck der Arbeiterbewegung befreit sah, bei den Kirchen wegen der Beseitigung des atheistisch-antiklerikalen Potentials der Arbeiterbewegung. Mit ihrem Stillhalten kauften die damaligen Partner und Sympathisanten Hitlers im konservativen Lager aber nolens volens auch die außerrechtlichen Instrumente der politischen Gegnerbekämpfung ein, die das NS-Regime bei der Eliminierung der Arbeiterbewegung entwickelte und perfektionierte und die bald auch opponierende Konservative oder Geistliche zu spüren bekommen sollten. Ebenso schwer wog die Deformation und Verkümmerung des Spektrums der noch zugelassenen Öffentlichkeit bzw. des noch politisch potenten Teils der deutschen Gesellschaft infolge der vollständigen Ausschaltung der Kräfte links von der Mitte. Außerhalb der NSDAP und der Kirchen blieb seitdem keine Kraft mehr bestehen, die noch über eine breite Massenbasis verfügte bzw. sie noch mobilisieren konnte. Das schwächte insgesamt die künftigen Möglichkeiten des Widerstands gegen Hitler. Auch daß die spätere Verbindung der Verschwörer vom 20. Juli 1944 zu Repräsentanten der sozialistischen Arbeiterbewegung so relativ schwach und peripher blieb, hatte darin einen Grund.

Die Ausschaltung der Linken ermöglichte es dem NS-Regime nach dem Ende des revolutionären Machtergreifungsprozesses im Sommer 1934, in dem verbleibenden gesellschaftlich-politischen Lager rechts von der Mitte, dessen Gleichschaltung mit sehr viel mehr Nachsicht und Toleranz geschah und oft nur nomineller Natur war, einen gewissen Spielraum und Pluralismus von Meinungen und Richtungen zuzulassen. Nach der vorangegangenen Ausschaltung aller Kräfte, die die Positionen des Humanismus, Sozialismus, Internationalismus, Pazifismus und Liberalismus am entschiedensten vertreten hatten, war dieser Spielraum aber in verhängnisvoller Weise eingeschränkt. Es fehlten die wichtigsten Positionen. Die nur noch innerhalb dieses deformierten Spektrums möglichen Formen legaler Resistenz vermochten entscheidende Gründe gegen den Nationalsozialismus gar nicht mehr geltend zu machen. Die Folge war, daß dieser Widerstand, z. B. von kirchlicher und konservativer Seite, vielfach nur gebrochen, unentschlossen und nicht genügend prinzipiell artikuliert wurde, häufig begrenzt und zum Teil auch neutralisiert durch gleichzeitige partielle Bejahung und Unterstützung des in den folgenden Jahren noch stark nationalkonservativ stilisierten Regimes.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Den zweiten Haupttypus des Widerstands im Dritten Reich fasse ich zusammen unter dem Begriff der Resistenz. Darunter fallen alle jene Formen der Verweigerung, des individuellen oder kollektiven Protests bzw. der Dissidenz oder Nonkonformität, die sich gegen bestimmte zwanghafte weltanschauliche, disziplinäre oder organisatorische Maßnahmen und Zumutungen des NS-Regimes richteten. Von der politischen Fundamentalopposition unterschied sich diese Resistenz dadurch, daß sie sich nicht grundsätzlich gegen das NS-Regime richtete oder jedenfalls solche grundsätzliche Gegnerschaft nicht erkennen ließ, daß sie in der Regel nur aus partieller Opposition bestand, keineswegs immer politisch motiviert war und häufig allein der Wahrung individueller und sozialer Interessen, der Aufrechterhaltung der Autonomie im kirchlich-religiösen, geistig-kulturellen, wirtschaftlich-sozialen oder im sonstigen beruflichen oder privaten Lebensbereich diente. Ihre Bedeutung bestand darin, daß sie gegenüber der tendenziell totalitären Ausdehnung des nationalsozialistischen Weltanschauungs- und Organisationsanspruchs Bezirke relativer Immunität und Selbstbestimmung zu erhalten vermochte, in denen nichtnationalsozialistische Wertetraditionen weiterhin zur Geltung kommen konnten.

Auch diese Form des Widerstands gab es während der ganzen Dauer des Dritten Reiches. Aber sie war doch am typischsten in der Konsolidierungs- und Erfolgsphase des NS-Regimes zwischen 1934/35 und 1940/41, als die Formen konspirativer Verschwörung quantitativ nur noch eine geringe Rolle spielten. In gewisser Weise kann man, auch in Analogie zu den begrenzten Möglichkeiten und Artikulationsformen des Widerstands in anderen totalitären Systemen, die Resistenz als die typologische Entsprechung des erfolgreichen nationalsozialistischen Totalitarismus bezeichnen.

Die Erscheinungsformen der Resistenz waren außerordentlich vielfältig. Zu ihr gehörte auch das Verhalten derjenigen demokratischen Politiker und Aktivisten der Weimarer Zeit, die nach 1933 in die innere Emigration gingen, ohne aktive Beteiligung am NS-Regime in eine unauffällige beruflich-soziale Existenz flüchteten und unter Aufrechterhaltung ihrer Gesinnung und zum Teil auch des Kontakts mit Gesinnungsfreunden im wesentlichen eine attentive Haltung des Überleben- und Überdauernwollens einnahmen. Manche von ihnen figurierten später in den Plänen der Verschwörer vom 20. Juli als regionale politische Beauftragte für ein Deutschland nach Hitler, obwohl sie in die Verschwörung gar nicht eingeweiht waren und sich auch am aktiven Widerstand gar nicht beteiligt hatten. Die Nationalsozialisten selbst registrierten dieses Resistenzpotential auf ihre Weise, indem sie im August 1944 im Rahmen der sogenannten Aktion Gewitter einige Tausend dieser ehemaligen Mandatare und Spitzenfiguren der früheren demokratischen Parteien prophylaktisch für einige Wochen oder Monate in Schutzhaft nahmen. Ein Prototyp dieser Haltung und dieser Betroffenheit war Konrad Adenauer.

Zur Resistenz gehörten schließlich vor allem die zahlreichen kirchlich-religiösen Widerstände auf katholischer und evangelischer Seite aus den verschiedensten Anläs-

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen und in den verschiedenen Phasen des Kirchenkampfes. Hier vor allem nahm die Resistenz oft kollektive Formen des massiven Volksprotestes oder demonstrativer Nonkonformität an, so wenn fränkische protestantische Bauern 1934 anläßlich der Arretierung des evangelischen Landesbischofs Meiser unter Führung ihrer Geistlichen zu Massenprotestkundgebungen zusammenkamen, wenn im Rheinland oder Westfalen die Mitglieder verbotener katholischer Laienorganisationen Massenwallfahrten nach Köln, Mainz, Münster oder Osnabrück unter Beteiligung von Zehntausenden von Gläubigen veranstalteten oder wenn die stillschweigende Versammlung Tausender von frommen Katholiken auf dem Domplatz in Münster im Jahre 1941 den mutigen regimekritischen Predigten ihres Bischofs Graf Galen demonstrative Unterstützung lieh. Gerade auf kirchlich-religiösem Gebiet war die Resistenz vielfach erfolgreich. Sie zwang das NS-Regime verschiedentlich zurückzustecken. Spektakulärstes Beispiel ist die vor allem aufgrund der kirchlichen Proteste 1941 erfolgte Einstellung zwar nicht aller, aber doch der grauenhaftesten Tötungsaktionen im Rahmen der sogenannten Euthanasie. Bei diesem kirchlich-religiösen Widerstand zeigte sich jedoch eindringlich auch die Problematik nur partieller Resistenz und manche Ambivalenz ihrer Wirkung. Kritische Predigten von Pfarrern oder Bischöfen, die sich unter Berufung auf Hitler gegen Alfred Rosenberg oder die Deutschen Christen wandten, vermochten mittelbar auch dazu beizutragen, den falschen Nimbus Hitlers als obersten neutralen Schiedsrichter zu stärken, bischöfliche Kritik am gottlosen Bolschewismus vermochte mittelbar z.B. die faschistische Intervention im spanischen Bürgerkrieg zu rechtfertigen. Die vorsichtige Begrenzung kirchlicher Hilfe auf getaufte Juden beraubte sich selbst der Möglichkeit grundsätzlichen Protests gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung. In der kirchlich-religiösen Kritik an manchen nationalsozialistischen Bestrebungen und Aktivitäten mischten sich häufig berechtigte religiöse mit obsoleten sozialkonservativen Beharrungskräften. Daraus ergab sich die Ambivalenz des Sozialkonflikts zwischen Pfarrer und Lehrer im katholischen Dorf. Daß letzterer in der NS-Zeit häufig Parteiaktivist wurde, beruhte nicht nur auf der nationalsozialistischen Übernahme früherer liberaler oder sozialistischer antiklerikaler Potenzen innerhalb der Lehrerschaft, sondern war nicht selten auch emanzipatorisches Vehikel: Mit dem Segen und der Hilfe der Partei suchte der Dorfschullehrer seinen immer noch inferioren Sozialstatus gegenüber der überlegenen Autorität des Dorfgeistlichen wettzumachen und sich aus der sozial weiterwirkenden Tradition geistlicher Schulaufsicht zu befreien. Eine ähnliche Überkreuzung weltanschaulicher mit sozialkulturellen Antagonismen spielte in den katholischen Provinzen bei der Auseinandersetzung zwischen Hitler-Jugend einerseits und andererseits Kirche bzw. kirchlich gebundener Eltern- und Lehrerschaft und der kirchlichen Tradition der Erwachsenenaufsicht über die Jugend häufig eine Rolle.

Wie sehr nach der gewaltsamen Niederschlagung der politischen Opposition der Arbeiterbewegung ab 1936/37 die religiöse, insbesondere die kirchlich-katholische Resistenz in den Vordergrund rückte, zeigt sich u.a. an der zahlenmäßigen Entwicklung der sogenannten Heimtückefälle, die Peter Hüttenberger am Beispiel des Son-

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dergerichts München aufgewiesen hat[7]. Auch Verfahren wegen Hoch- und Landesverrats gegen katholische Priester und vor allem wegen Kanzelmißbrauchs nahmen seit 1936/37 rapide zu; gleichzeitig kam es immer häufiger zur Inschutzhaftnahme von Geistlichen. Insgesamt waren es schließlich über zweihundert katholische und evangelische deutsche Pfarrer, die in einem Sonderlager für Geistliche im KZ Dachau saßen. Bei der Strafverfolgung des kirchlich-religiösen Widerstandes zeigte sich aber auch vielfach die relative Mäßigung vieler Amtspersonen der Polizei und Justiz und sogar der Partei, die, häufig selbst in das kirchlich-religiöse Milieu ihrer sozialen Umgebung eingebunden, Anzeigen gegen opponierende Pfarrer niederschlugen oder dafür sorgten, daß es nicht zum Prozeß kam bzw. die Angeklagten mit auffällig milden Strafen davon kamen.

Zu dem weiten Bereich der Resistenz gehörten auch die vielfältigen Formen individuellen und kollektiven Protests gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und Entlohnungen oder gegen die Beschränkung der Arbeitsplatzfreiheit, die sich nach Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und Wiederherstellung der Vollbeschäftigung 1936/37 zu einer erheblichen Zahl wilder Streiks und Arbeitsverweigerungen verdichteten. Initiatoren solcher Resistenz waren oft frühere Gewerkschaftler oder auch Kommunisten. Insofern gab es mitunter eine Kontinuitätslinie zum vorangegangenen sozialistischen Widerstand. Aber die überwiegende Mehrheit dieser Formen des Arbeiterprotests war nicht politisch motiviert bzw. wurde zum Politikum nur dadurch, daß sie gegen das verordnete Weltanschauungspostulat volksgemeinschaftlicher Sozialharmonie verstieß. Nicht selten waren es gerade sozial noch unangepaßte Pendler, Hilfsarbeiter, Frauen oder Jungarbeiter, die noch nicht durch eine generationenlange Schule gewerkschaftlicher oder industrieller Disziplin gegangen waren, die zur Spontaneität solchen riskanten Sozialprotestes am ehesten fähig und bereit waren. Überhaupt verdient im Rahmen der Resistenz die Vielzahl individueller Regimekritik Beachtung. Sie bildete auch die große Mehrheit der Fälle, die bis 1939 noch relativ glimpflich, später, während des Krieges, als „Wehrkraftzersetzung" in der Regel außerordentlich drakonisch bestraft wurden. Oft handelte es sich dabei um eine Kritik, deren Ausdrucksformen zwar politisch waren, deren Motiv aber vor allem in sozialer Schädigung begründet lag. Der häufig querulatorische Einschlag solcher individuellen Regimekritik, meist ausgehend von Personen, die sich in irgendeiner Weise ungerecht behandelt fühlten, entwertet jedoch nicht durchweg die Wirkung solcher Äußerungen, die, wenn sie eine gewisse Öffentlichkeit hatten, durchaus geeignet waren, die allgemeine Atmosphäre der Regimeloyalität und damit auch die Zwecke des Regimes zu stören.

Zur Resistenz in dem genannten Sinne rechneten schließlich, um nur noch diese Fallgruppe zu nennen, die vielfältigen Formen der inneren Emigration und Dissidenz im Bereich des Bildungswesens und der Kultur. Daß Zeitschriften wie die von Peter Suhrkamp im Fischer Verlag herausgegebene *Rundschau*, Rudolf Pechels *Deutsche*

[7] Peter Hüttenberger, Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933–1939, Bd. IV der Reihe „Bayern in der NS-Zeit".

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rundschau oder im Langen-Müller-Verlag *Das Innere Reich*, bis in den Krieg hinein erscheinen und Aufsätze, Gedichte, Novellen ohne jeden nationalsozialistischen Einschlag, ja mit offensichtlich regimekritischer Tendenz veröffentlichen konnten, ist ebenso diesem Umkreis zuzurechnen wie die am Beispiel der Münchner Kammerspiele von Friederike Euler untersuchte Spielplangestaltung durch den Intendanten Falkenberg, der trotz einiger Konzessionen an die Partei Qualität und Kultur der Theatertradition dieses Hauses in erstaunlicher Weise zu wahren wußte[8]. Gerade im kulturellen Bereich kam der Resistenz häufig zugute, daß sie sich des hier besonders großen Richtungsstreits zwischen rivalisierenden NS-Organen bedienen und sich z. B. gegen lokale Parteieinflüsse auf den kulturell toleranteren Reichspropagandaminister Goebbels berufen konnte.

Zu den politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Resistenz gehörte es, daß innerhalb des NS-Regimes während seiner Konsolidierungs- und Erfolgsphase, insbesondere zwischen den Jahren 1935 und 1938, noch ein Zustand relativen Gleichgewichts zwischen den ordnungsstaatlichen und nationalkonservativen Kräften einerseits und der nationalsozialistischen Parteidynamik andererseits bestand und die Politik und das „Wesen" des Dritten Reiches noch nicht eindeutig festgelegt oder klar bestimmbar waren. Die Repräsentanten des Nationalsozialismus unterlagen in dieser Phase vielfach selbst einem Prozeß zweifacher Anpassung: nach oben gegenüber den traditionellen Eliten, nach unten gegenüber dem jeweils dominanten sozial-kulturellen Milieu. Die Resistenz konnte deshalb oft an die daraus entstehenden Erscheinungsformen milieuspezifischer Diversifikation und institutionellen Pluralismus innerhalb des Regimes anknüpfen. Entscheidend dafür, daß in dieser mittleren Phase fast nur partielle Resistenz übrig blieb, waren vor allem die innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers, die auch dazu beitrugen, daß politischer Terror und radikale Verfolgungsmaßnahmen zeitweilig quantitativ zurückgingen, weil das Regime sich nun weitgehend auf seine positive Mobilisationskraft verlassen konnte. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit z. B., die der Arbeiterschaft soziale Sekurität zurückgab, ließ den Verlust ihrer Organisationsfreiheit zum Teil verschmerzen. Durch die nicht nur psychologischen, sondern auch materiellen Wirkungen der nationalsozialistischen Sozialpolitik gelang es dem Regime auch bis weit in den Krieg hinein, manche positive Integration der Arbeiterschaft herbeizuführen. Die, verglichen mit der agrarischen Bevölkerung, größere Partizipation der Arbeiterschaft am nationalpolitischen Geschehen trug gewiß ebenfalls dazu bei, das traditionelle Widerstandspotential im gesellschaftlichen Sektor der Arbeiterschaft abzubauen.

Die breite Basis der grundsätzlichen Übereinstimmung mit den damals erkennbaren Zielsetzungen des Regimes, die in dieser Phase, trotz der Häufigkeit partieller Resistenz, die Atmosphäre des Dritten Reiches bestimmte und bei einem großen Teil der Bevölkerung sich sogar zu euphorischer Akklamation steigerte, schuf ein psycho-

[8] Friederike Euler, Theater zwischen Anpassung und Widerstand. Die Münchener Kammerspiele im Dritten Reich, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. II, München 1979, S. 91–173.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

logisches Integrationspotential zugunsten des NS-Regimes, das auch in der Folgezeit nur schwer und allmählich aufzulösen war.

Gesellschaftlich war diese Erfolgsphase auch dadurch gekennzeichnet, daß in ihr das NS-Regime seinem Propaganda-Ideal der Volksgemeinschaft am nächsten kam. Es gelang dem Nationalsozialismus zwar auch in den späten dreißiger Jahren nicht, die resistenten Strukturen in bestimmten Teilbereichen der deutschen Gesellschaft zu überwinden, aber doch, sie abzuschwächen, die traditionell starken Diskrepanzen zwischen heterogenen sozialkulturellen Milieus ebenso zu verringern wie die klassengesellschaftlichen Barrieren und mit Hilfe seiner sozialen Mobilisationskraft eine gewisse Egalisierung nicht nur sozialpsychologisch herbeizuführen. Auch die Wirkungen dieser sozialen Mobilisation und Egalisierung verringerten insgesamt die Bereitschaft und Fähigkeit zum selbstverantwortlichen Widerstand, nicht zuletzt dadurch, daß die politischen Bedingungen und sozialdarwinistischen Auslese- und Erziehungsnormen des Regimes zahlreiche traditionelle soziale Autoritäten und Werte untergruben und ein neuer Führungstypus herangezüchtet wurde, der einerseits über große Ermessensfreiheit und Hemmungslosigkeit verfügte, andererseits über einen geschärften Instinkt für politisch-soziale Anpassung.

Wie es von nachhaltiger Bedeutung war, daß das erste Kapitel des Widerstands mit der radikalen Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der linken Kräfte endete, so hatte es für die weitere Entwicklung und Konfiguration des Widerstands kaum minder große Bedeutung, daß es in der bis 1940/41 andauernden Erfolgsphase des Regimes fast nur noch zu partiellem Widerstand kam und zu einer häufigen Verwischung der Grenzen zwischen Resistenz und systemimmanenter Kritik. Gleichwohl bleibt festzuhalten: Gerade und eigentlich nur auf dem Wege solcher Resistenz wurde sozusagen täglich und in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens über die faktische Wirkung des Nationalsozialismus entschieden, wurden konkrete Grenzziehungen und Selbstbehauptungen durchgesetzt. Gerade das wenig großartige Bild der Resistenz, ihre mangelnde Monumentalität, gibt Veranlassung, sich ihrer moralischen und historisch-politischen Bedeutung gründlicher zu vergewissern: Der Respektabilität der vielen kleinen Formen riskanten zivilen Mutes, der dabei eingesetzt wurde, und vor allem der langfristigen Relevanz der dadurch bewirkten Teilimmunisierung der deutschen Gesellschaft gegen den Nationalsozialismus.

III.

Der dritte Haupttypus des deutschen Widerstands bestand in seinem Kern in den Bestrebungen zum Sturz des Hitler-Regimes, die sich während der zweiten Hälfte des Krieges schließlich um die Verschwörung des 20. Juli 1944 kristallisierten. Die damit zusammenhängenden Personen und Gruppierungen des Widerstands haben im historischen Bewußtsein und der historischen Literatur aus guten Gründen am meisten Resonanz gefunden. Richard Löwenthal und viele andere Interpreten haben als Haupt-

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bedeutung und Vermächtnis der Aktion vom 20. Juli hervorgehoben[9], daß sich hierbei Repräsentanten der verschiedensten politisch-weltanschaulichen Lager, von den Sozialisten und Christen bis zu Liberal- und Ultra-Konservativen, zusammenfanden gegen die immer unheilvoller gewordene Politik und Kriegführung Hitlers. Als Ausdruck des gleichsam metapolitischen Gewissensprotests aller Anständigen figuriert der Widerstand vom 20. Juli im Hauptstrom unserer geschichtlichen Überlieferung. Dieser Bedeutungsgehalt kann sich auf eine Reihe von historischen Fakten stützen: Die zwanghaften, diktatorischen und terroristischen Elemente des Regimes hatten sich schon seit 1938, noch mehr seit Kriegsbeginn und vor allem seit dem Angriff auf Rußland massiv gesteigert, der Führer-Absolutismus hatte byzantinische Formen angenommen und selbstverantwortliche, kollegiale Mitwirkung und Kontrolle bei den politischen und militärischen Entscheidungen Hitlers nahezu vollständig ausgelöscht. Machtzuwachs und Willkür der Sicherheitspolizei oder der in den besetzten Gebieten als Reichskommissare eingesetzten Parteisatrapen waren ins Unermeßliche gewachsen und hatten die Zuständigkeiten der Wehrmacht sowie der ordentlichen staatlichen Verwaltung und Justiz zunehmend eingeschränkt. Nach der Erweiterung ihrer Funktionen durch vielfache mittelbare Kriegshilfsmaßnahmen, bei Kriegsbeginn eingeleitet durch die Ernennung der Gauleiter zu Reichsverteidigungskommissaren, trat die Partei – trotz mancher unzweifelhaft effektiven Notbewältigung, die einzelne ihrer Organisationen, z. B. die NSV, dabei leisteten – immer sichtbarer und unangenehmer als politische Kontroll- und Lenkungsinstanz in Erscheinung. Sie verlor deshalb auch, wie z. B. die geheimen SD-Berichte zeigen, während des Krieges kontinuierlich an Ansehen. Auch für manche namhafte Vertreter der Widerstandsbewegung vom 20. Juli 1944, z. B. Fritz von der Schulenburg, war die Bonzokratie der braunen „Goldfasane" ein Hauptanstoß und Hauptmotiv des Widerstands.

Wachsende Mißstimmung und Kritik gegen diese Erscheinungen, die immer mehr um sich griffen, seitdem die Opfer und Lasten des Krieges ab 1941/42 zunehmend schwerer und die Aussichten auf ein erfolgreiches Kriegsende geringer geworden waren, bewirkten eine kontinuierliche Schwächung der Integrationskraft des Regimes in der zweiten Kriegshälfte. Die gleichzeitig enorm gesteigerten Strafsanktionen gegen alle Formen der Regimekritik und „Wehrkraftzersetzung" vermochten diese Desintegration nicht aufzuhalten, wohl aber die meisten Ansätze konspirativer oppositioneller Gruppenbildung durch ein immer stärker ausgebautes System der Überwachung und Abschreckung im Keim zu ersticken.

Nachdem der Widerstand gegen das Hitler-Regime gesellschaftlich, in seinen politischen Zielsetzungen und auch in seinen Äußerungsformen bis 1938 weitgehend zersplittert gewesen war, gab es vor allem seit 1941 bemerkenswerte, symptomatische Ansätze, die bisherigen sozialen und politischen Antagonismen der Widerstandskräfte zu überwinden. Das Zusammengehen von nationalistischen Offizieren und Freikorpskämpfern mit Kommunisten in der konspirativen Gruppe um Beppo Römer mit

[9] Vgl. die Einleitung von Richard Löwenthal in: Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hrsg), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945, Berlin/Bonn 1982.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihren Verzweigungen vor allem in Berlin und München, die Kontaktaufnahme zwischen der studentischen Widerstandsgruppe um die Geschwister Scholl und der kommunistisch-intellektuellen Organisation „Rote Kapelle" Anfang 1943, die durch Julius Leber und Adolf Reichwein kurz vor dem 20. Juli 1944 vermittelte Fühlungnahme mit den kommunistischen Repräsentanten der Untergrundorganisation des Nationalkomitees Freies Deutschland, nicht zuletzt die vielerlei Verbindungen Goerdelers und anderer konservativer Führungsfiguren der Verschwörung zu ehemaligen Sozialdemokraten und Christlichsozialen sind Indizien dieser zunehmenden Konvergenz des Widerstands in der Schlußphase des Krieges. Sie rechtfertigen es, von einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Konsensbildung gegen den Unrechtscharakter des NS-Regimes in dieser Phase zu sprechen.

Dabei kann aber nicht übersehen werden, daß, trotz dieser Tendenz, die Zersplitterung und Isolierung der verschiedenen Widerstandspotentiale auch in der zweiten Kriegshälfte dominant blieben. Selbst noch am Vorabend des 20. Juli bestanden gravierende Meinungsunterschiede und Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Personen innerhalb der Verschwörung sowohl über die Methoden (z. B. die Frage des Attentats auf Hitler) und die Rollenverteilung beim Putsch und danach wie über die künftigen innen- und außenpolitischen Zielsetzungen. Zu übersehen ist vor allem auch nicht, daß der harte Kern der Verschwörung vom 20. Juli aus einer Fronde konservativer Militärs, höherer Beamter und Diplomaten bestand, die häufig noch an wichtigen Machthebeln saßen. Sie machten die eigentliche Infrastruktur der Verschwörung aus und trafen auch die Entscheidungen. Ihre Verbindung mit Gruppen und Personen aus anderen gesellschaftlich-politischen Lagern bedeutete keineswegs, daß diese anderen Gruppen repräsentativ an der Verschwörung beteiligt gewesen wären. Gerade unter sozialhistorischem Gesichtspunkt muß die Verschwörung vom 20. Juli deshalb doch in erster Linie als Ausdruck des Protests konservativer Eliten gegen die Dominanz der parteigebundenen oder führerunmittelbaren Institutionen und Kräfte des Regimes betrachtet werden, als Reaktion auf das nationalsozialistische Elitenrevirement, das sich zu Ungunsten der konservativen Partner und Mitträger des Regimes schon seit 1938 in mehreren Etappen vollzogen und unter anderem in den wachsenden Angriffen der Partei und SS auf das konservative Beamtentum, der zunehmenden Parteipatronage in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes und im Eindringen nationalsozialistischen Nachwuchses in Staatsverwaltung und Wehrmacht Ausdruck gefunden hatte. Der Integrationsverlust des Regimes in der breiten Basis der Bevölkerung vollzog sich dagegen nur allmählich und wurde erst nach Stalingrad spürbarer. Auch der größte Teil der früher kommunistisch oder sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft blieb, nicht zuletzt infolge der plebiszitären Sensibilität, mit der Hitler, Goebbels u. a. den totalen Kriegseinsatz sozialpolitisch abzufedern wußten, in die patriotische Loyalität gegenüber dem Regime eingebunden. Demgegenüber setzte der Integrationsverlust im Bereich der konservativen Eliten sehr viel früher ein und fand hier auch schärferen Ausdruck, zumal diese Eliten dank eigener Informationsquellen gegen die beschönigende NS-Propaganda stärker immun waren. Das bedeutete auch: Selbst noch am 20. Juli 1944 konnten die Verschwö-

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rer mit keiner breiten positiven Resonanz, nicht einmal innerhalb der Masse der Arbeiterschaft, rechnen. Die internen Berichte über die Reaktion der Bevölkerung auf den gescheiterten Attentatsversuch bestätigen dies. Selbst noch zu dieser Zeit, als die Rote Armee bereits vor Warschau stand und sich der Erfolg der angloamerikanischen Invasion in Frankreich schon klar abzeichnete, war die in Jahren stupender Erfolgsfähigkeit entstandene Suggestiv- und Integrationskraft des Regimes noch außerordentlich stark und die sozialpsychologische Voraussetzung für einen erfolgreichen konservativen Umsturz noch keineswegs gegeben.

Zehn Jahre nationalsozialistischer Herrschaft hatten die Bastionen gerade auch konservativer Resistenz erheblich abgeschwächt und brüchig gemacht. Das galt für die ehemals patriarchalische Sozialwelt aristokratischer Gutsbezirke in Pommern, Ostpreußen oder Schlesien ebenso wie für den nur noch in Grenzen strapazierfähigen preußischen Korpsgeist in den militärischen Stäben oder der höheren Bürokratie. Was davon übrig geblieben war und woran die Verschwörer vom 20. Juli 1944 anknüpfen konnten, waren nur kleine Inseln in dem einst stabilen gesellschaftlich-moralischen Gefüge der konservativen Eliten: Enge verwandtschaftliche und familiäre Beziehungen insbesondere unter den adligen Mitgliedern der Verschwörung, auch in einigen wenigen Familien des mit Adel, Bürokratie und Militär versippten Bildungsbürgertums (hervorragendes Beispiel die Familienverbindungen der Bonhoeffers, Dohnanys, von Hases, Schleichers und Leibholtz' in Berlin), exklusive aristokratisch-bildungsbürgerliche Gesprächskreise wie der Kreisauer Kreis um Graf Moltke, der Solf-Kreis oder die Mittwochs-Gesellschaft in Berlin sowie einige wenige verläßliche Personen-Klientelen in einzelnen hohen militärischen Stäben, so in der militärischen Abwehr, gruppiert um Hans Oster, im OKH um General Olbricht, in der Rechtsabteilung des Heeres um Generalrichter Sack, im Generalstab der Heeresgruppe-Mitte um Generalmajor von Tresckow. In manchen solcher Inseln konservativer Resistenz konnte sich eine fiktive Scheinwelt relativer Unberührtheit vom ordinären Nazitum infolge der wechselseitigen Selbstbestätigung elitärer Minderheiten in relativ homogenen Milieus erhalten, z. B. auch in einigen Wohn-Enklaven Berlins (Nikolaus Sombart hat darüber aus der Perspektive der Bildungsaristokratie in den großbürgerlichen Wohnvierteln des Berliner Südwestens berichtet[10]). Das färbte naturgemäß auch das Denken und Handeln der konservativen Verschwörer und erklärt wohl auch manche Arroganz in der Planung des Putsches, manche Überschätzung der Verläßlichkeit elitären Comments sowie der militärischen Befehlswege, vor allem auch die Unterschätzung der Energie der Nationalsozialisten, die bei der Unterdrückung des Putsches alles in allem mehr Tatkraft und Umsicht an den Tag legten als die konservativen Verschwörer bei dessen Planung.

Man kann nicht umhin festzustellen, daß Aktion und Gegenaktion am 20. Juli auch den unterschiedlichen sozialtypischen Habitus ihrer Akteure erkennen lassen. Schon seit Beginn des Bündnisses zwischen Nationalsozialisten und Konservativen war das ungleiche Maß des Engagements und Machtwillens auf beiden Seiten immer wieder

[10] Nikolaus Sombart, Jugend in Berlin 1933–1943. Ein Bericht, München 1984.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hervorgetreten. Die konservativen Partner Hitlers waren auch deswegen immer wieder ausmanövriert worden, weil ihre vornehme Lässigkeit es mit der wütenden kleinbürgerlichen Energie, mit der die Nazis ihre schlechtere Sache betrieben, nicht aufnehmen konnte. Daran änderte auch das gelegentliche mutige Vorprellen von einzelnen wenig, wie Edgar Jung es schon 1934 als einer der ersten Märtyrer der konservativen Fronde gewagt hatte. Auch das ebenso leidenschaftliche wie halsbrecherisch ungeduldige Temperament, mit dem die engere Gruppe der Verschwörer um Stauffenberg, umrahmt von einem weiten Kreis zwar eingeweihter, aber zögerlicher und unentschlossener konservativer Frondeure, an die Aktion des 20. Juli heranging, eignet etwas von typisch aristokratischem Husarenritt und kompensatorischem Aktionismus, in dem sich auch die desperate Ungeduld gegenüber der resignativen Haltung der meisten älteren konservativen Generale aussprach. Dabei ist anzumerken, worauf Wolfgang Schieder[11] jüngst in seiner Studie über die generationsspezifischen Unterschiede in der Haltung der militärischen Verschwörer hingewiesen hat: Die sehr viel intensivere Betroffenheit der meisten dieser jüngeren Aktivisten vom Nationalsozialismus, den viele von ihnen anfangs leidenschaftlich bejaht, von dem sie die Erfüllung weitgespannter jungkonservativ-idealistischer Reformvorstellungen erwartet hatten. Wie bei Edgar Jung war es nicht zuletzt die bittere Enttäuschung starker ursprünglicher Hoffnungen, das in der eigenen Erfahrung intensiv erlebte Schicksal der Demütigung der konservativen Elite, das bei ihnen zum Motor leidenschaftlicher Umsturzplanung wurde. Wie der fanatische, aufopferungsvolle Widerstandsaktivismus der Kommunisten zu Beginn des Regimes erfolgte auch der märtyrerbereite Widerstand der konservativen Fronde am Ende des Regimes von einer gesellschaftlich-politischen Außenseiterposition her, begleitet von vielerlei Selbsttäuschungen über die eigene Rolle und von Fehleinschätzungen der realen Chancen, angetrieben von illusionären Gegenutopien oder von einem Überdruck leidenschaftlichen Hasses, gespeist auch aus Enttäuschungen und der verletzten Würde einer Klasse oder eines Standes.

Angesichts sowohl des vielfach märtyrerhaften kommunistischen Widerstands wie des opferbereiten Widerstands der konservativen Fronde am 20. Juli 1944, dem wenig vergleichbare Aufopferungsbereitschaft in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft entsprach, steht der Historiker vor der irritierenden Tatsache, daß das geschichtlich monumentale Handeln, das eindrucksvolle Setzen symbolischer Zeichen offenbar ganz überwiegend von den habituellen und psychologischen Voraussetzungen deklassierter proletarischer oder zurückgedrängter elitärer Minderheiten her möglich war, auf der Grundlage eines entweder revolutionären oder historischen Sendungsbewußtseins von Gruppen oder Eliten, die dem juste milieu der bürgerlichen Massengesellschaft und ihrem Verhaltenspragmatismus noch am wenigsten angepaßt waren. Wer vom Vermächtnis dieses märtyrerhaften Widerstands spricht, sollte sich auch darüber klar sein, daß die in der NS-Zeit immerhin noch vorhandenen Residuen eines

[11] Wolfgang Schieder, Zwei Generationen im militärischen Widerstand, in: Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus (vgl. Anm. 1).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entweder proletarisch-revolutionären oder aristokratisch-elitären Lagers der Gesellschaft, ohne deren Verhaltenskodex dieser Widerstand kaum zustande gekommen wäre, in der Bundesrepublik längst eingeebnet worden sind. Die sich daraus ergebende Veranlassung zu größerer Bescheidenheit bildet auch einen Grund dafür, den weniger heldenhaften Widerstand, den wir mit dem Begriff der Resistenz umschrieben haben, und die vielen dabei aufweisbaren Formen kleinen, aber tapferen und riskanten, andererseits jedoch zumutbaren Widerstands gleichsam als Modell politischer Einsatzbereitschaft in einer egalitären bürgerlichen Gesellschaft stärker in den Vordergrund des Bewußtseins zu rücken. Das gilt auch im Hinblick auf die konkreten historischen Auswirkungen dieses Widerstands: Die brutale Niederschlagung des kommunistischen wie des konservativen Widerstands trug wesentlich dazu bei, daß eine Kontinuität dieser gesellschaftlich-politischen Handlungsmilieus in der politisch und soziologisch veränderten westdeutschen Nachkriegsgesellschaft kaum erhalten blieb. Demgegenüber waren die Bastionen der Immunisierung oder wenigstens Teilimmunisierung, die durch die Resistenz von Sozialdemokraten, christlichen Sozialisten oder bürgerlichen Demokraten aufrechterhalten werden konnten, die eigentlichen realen geistigen, personellen und institutionellen Bezirke, an die nach 1945 bei dem zweiten Versuch der Demokratiegründung angeknüpft werden konnte.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

REINER POMMERIN

DIE AUSWEISUNG VON „OSTJUDEN" AUS BAYERN 1923
EIN BEITRAG ZUM KRISENJAHR DER WEIMARER REPUBLIK

I.

Die von Reichskanzler Gustav Stresemann für den Mittag des 2. November 1923 anberaumte Sitzung seines zweiten Kabinetts, der aus den Parteien DDP, DVP, SPD und dem Zentrum zusammengesetzten „Großen Koalition", sollte die letzte sein, an der die sozialdemokratischen Minister Radbruch, Schmidt und Sollmann teilnahmen[1]. Gleich zu Beginn der Kabinettssitzung machte Stresemann deutlich, daß er nicht daran denke, ebenso energisch gegen die bayerische Staatsregierung vorzugehen, die der Reichsregierung am 20. Oktober den Gehorsam aufgekündigt hatte, wie er zuvor gegen die sächsische Landesregierung vorgegangen war, die am 27. September durch Reichsexekution ihres Amtes enthoben worden war. Noch, so führte Stresemann weiter aus, beabsichtige er, eine Aufhebung des über das Reich verhängten Ausnahmezustandes in Erwägung zu ziehen. Da der Reichskanzler damit unmißverständlich zwei der Forderungen ablehnte, die von der Reichstagsfraktion der SPD für ein weiteres Verbleiben der Partei in der Reichsregierung erhoben worden waren[2], mußte Reichsinnenminister Sollmann konstatieren, daß der Bruch zwischen SPD und Reichsregierung nunmehr unvermeidlich geworden sei. Für den Fall ihres Verbleibens in der Regierungsverantwortung, so teilte Sollmann dem Reichskanzler jetzt mit, hätte die SPD neben weiteren Forderungen auch „eine Stellungnahme gegen die mittelalterlichen Judenaustreibungen in Bayern verlangt"[3]. Diese „mittelalterlichen Judenaustreibungen" im Jahr 1923 und ihre außenpolitischen Konsequenzen, die bisher von der

[1] Zur Regierungszeit Stresemanns als Reichskanzler vgl. Henry Ashby Turner, Stresemann and the Politics of the Weimar Republic, Princeton 1963, S. 114 f. Zu Grundproblemen und Tendenzen der Forschung über die Weimarer Republik vgl. Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München/Wien 1984, S. 143 f.

[2] Vgl. dazu Roland Thimme, Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923–1925, Lübeck/Hamburg 1961, S. 14 f.

[3] Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen unter Mitwirkung von Walter Vogel. Die Kabinette Stresemann I. u. II. Bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard 1978, Dok. Nr. 193, S. 949.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

historischen Forschung unbeachtet blieben, stehen im Zentrum der folgenden Betrachtungen.

Nachdem es dem bayerischen Ministerpräsidenten Eugen Ritter v. Knilling bis zum Herbst 1923 nicht gelungen war, die verschiedenen „vaterländischen" Gruppierungen in Bayern von einer die bayerische Staatsautorität gefährdenden Politik abzulenken und sie in eine föderalistisch-monarchistische Bewegung umzuwandeln[4], schienen der Staatsregierung die Möglichkeiten einer parlamentarischen Regierung in Bayern erschöpft. Im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten, dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei Heinrich Held und dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht entstand der Plan, eine Persönlichkeit mit autoritären Vollmachten auszustatten, die mit Hilfe dieser Vollmachten in die Lage versetzt werden sollte, die „vaterländischen" Kräfte in Bayern zu integrieren[5]. Die so entstandene Position eines Generalstaatskommissars, der die gesamte vollziehende Gewalt vom auch weiterhin amtierenden Kabinett übernahm, fiel durch Beschluß des bayerischen Ministerrats unter gleichzeitiger Verkündigung des Ausnahmezustandes an den bisherigen Regierungspräsidenten von Oberbayern, Gustav Ritter v. Kahr. Dieser galt seit seiner Regierungszeit als bayerischer Ministerpräsident vom 16. März 1920 bis 12. September 1921 als restaurativ wirkender Staatsmann bayerischer Prägung und tüchtiger Verwaltungsbeamter. Bei der „vaterländischen" Bewegung hatte er sich mit seinem Widerstand gegen die von der Reichsregierung gewünschte Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern beliebt gemacht. Deren Auflösung am 8. Juni 1921 ließ ihn „bedenklich näher an die militanten vaterländischen Verbände und an die Hitler-Bewegung als ‚Ersatz' für die verlorengegangenen Einwohnerwehren heranrücken"[6]. Zum anderen hatte seine – schließlich zu seinem Rücktritt als Ministerpräsident führende – Haltung gegen die vom Reichspräsidenten Ebert nach dem Mord an Reichsminister a. D. Matthias Erzberger erlassene Notverordnung, deren Gültigkeit für Bayern er bestritt, die politischen Rechte in Bayern hinter ihn gebracht[7].

Der 26. September 1923 schien der bayerischen Staatsregierung schon deshalb ein notwendiger Termin für die Einsetzung des Generalstaatskommissars, weil der Entschluß der Regierung Stresemann vom gleichen Tage, den passiven Widerstand gegen die französischen Maßnahmen im Ruhrgebiet abzubrechen, besonders in rechten Kreisen Bayerns als nationale Demütigung aufgefaßt werden und zu größeren Unruhen führen konnte. Ganz wohl war dem bayerischen Ministerpräsidenten wegen dieses bayerischen Schrittes und der zum Generalstaatskommissar ausgewählten Person offensichtlich nicht, wie eine Aufzeichnung Stresemanns vom 27. September verdeutlicht: „Herr Ministerpräsident v. Knilling rief mich soeben an und teilte mir folgendes mit: Er lege Wert darauf, mich über die Gründe zu informieren, die die

[4] Vgl. dazu Handbuch der Bayerischen Geschichte. Bd. 4: Das neue Bayern, 1800–1970. Erster Teilband. Hrsg. von Max Spindler, München 1975, S. 471 f.

[5] Vgl. dazu Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, S. 215 f.

[6] Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4, S. 464.

[7] Ebenda, S. 465.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bayerische Staatsregierung veranlaßt hätten, die gestrige Maßnahme zu treffen. In Bayern herrsche eine außerordentliche Erregung. Es sei zu befürchten, daß von irgendeiner Seite Dummheiten gemacht würden. Man habe dem vorbeugen wollen, besonders durch Herrn v. Kahr, dessen Ernennung zum Generalstaatskommissar wohl in Berlin Mißtrauen erweckt habe, weil Herr v. Kahr spezielle Beziehungen zu Rechtsorganisationen habe und auf diese einwirken könne. Er bäte mich, davon überzeugt zu sein, daß Herr v. Kahr seine Aufgabe in vollkommen loyaler Weise erfüllen werde."[8]

Stresemanns Skepsis gegenüber Kahr, die er Knilling gegenüber dadurch andeutete, daß er die Presse zitierte, die „von einer Diktatur Kahr in Bayern spreche"[9], erwies sich als durchaus berechtigt[10]. Zunächst verbot der Generalstaatskommissar die sozialistischen Sicherheitsabteilungen und unterdrückte den Vertrieb der linksgerichteten außerbayerischen Presse. Doch vor allem seine ständig gegen die Reichsregierung gerichteten Äußerungen, die Aufhebung der Durchführung des Republikschutzgesetzes in Bayern, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sachsen und schließlich die Stützung des von der Reichswehrführung seines Kommandos über die 7. (bayerische) Division enthobenen Generalleutnants v. Lossow sowie die Verpflichtung der Reichswehrkontingente in Bayern auf den bayerischen Staat trugen zu einem gespannten Verhältnis zwischen Reich und Bayern bei und bestimmten einen Großteil der politischen Sorgen des Reichskanzlers Stresemann im Oktober und November des Jahres 1923.

Neben einem Aufruf an das bayerische Volk erließ das Gesamtstaatsministerium am 26. September eine „Verordnung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Diese enthielt die Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar und setzte einige Artikel der Verfassung des Deutschen Reichs und der Bayerischen Verfassungsurkunde außer Kraft[11]. Am 5. Oktober folgte ein Erlaß, der für Ausländer im Fall des Vergehens gegen die sogenannte Wuchergesetzgebung die Reichsverweisung vorsah. So hieß es im Erlaß unter anderem: „Die Reichsverweisung ist das geeignetste Mittel, um solche volksfremden Personen für die deutsche Wirtschaft unschädlich zu

---

[8] Gustav Stresemanns Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Bd. 1, Berlin 1932, S. 132.

[9] Ebenda.

[10] Mit dieser Skepsis stand Stresemann nicht allein. Die bayerische Gesandtschaft in Stuttgart berichtete, daß in Württemberg die Bevölkerung das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung an sich durchaus befriedigt zur Kenntnis nehme, anders sei allerdings die Haltung gegenüber der Person des Generalstaatskommissars: „Herr v. Kahr hat in weiten Kreisen der politischen Parteien genau so wie in der ganzen Regierung eine starke Gegnerschaft, die auf Mißtrauen beruht ... Nur die Rechtsparteien stehen ihm ohne Vorurteil gegenüber." Bayerische Gesandtschaft Stuttgart an Bayerisches Staatsministerium des Äußern, MA 103457, BayHStA, München.

[11] Es handelte sich um Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, der Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme und Beschränkung des Eigentums. Vgl. dazu Verordnung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, 26.9.1923, Abschrift, ebenda.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machen."[12] Dies deutete darauf hin, daß Kahr ein altes Anliegen erneut aufgreifen wollte.

Die während des Ersten Weltkriegs eingerichtete Zwangswirtschaft hatte den Erlaß einer „Wuchergesetzgebung" gegen Einzelhändler nach sich gezogen, weil die Zwangswirtschaft „zu einem weitverbreiteten Schleichhandel, zum Horten von Konsumgütern und zu Marktverzerrungen" geführt hatte[13]. Diese Gesetze blieben auch nach Kriegsende gültig, zumal das Vertrauen in die Währung verlorengegangen war und die Flucht in die Sachwerte zunahm. „Für diejenigen, die ihren Unterhalt aus fixen Einkommen, z. B. aus den Erträgen von festgelegten Vermögenswerten bestreiten mußten, war diese Situation natürlich katastrophal, hingegen war sie wie geschaffen für Hamsterer und Wucherer."[14] Schon 1921, während seiner Amtszeit als Ministerpräsident, hatte Kahr unter Ausnutzung des den Ländern in Artikel 48/IV der Weimarer Verfassung eingeräumten Rechts versucht, dem infolge der Inflation „überhandnehmenden Wucher- und Schwarzhandel Einhalt zu gebieten"[15]. Dies aber war, trotz Androhung schwerer Geld- und Freiheitsstrafen, nicht gelungen. Daher sah sich auch der Nachfolger Kahrs im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten, Hugo Graf v. Lerchenfeld, im September 1922 veranlaßt, in einer Denkschrift an das Reichswirtschaftsministerium eine wirksamere Koordinierung der Preisüberwachung zu verlangen. Seine Vorschläge zur Bekämpfung des Wuchers lauteten: „Zuchthaus, Ausweisung, Arbeitshaus, Vermögenskonfiskation, Unfähigkeit zum Betrieb eines Geschäfts und Schließung des Betriebes."[16]

Seit Ende des Jahres 1922 traf die Hyperinflation Bayern nach einer Periode niedriger Preise mit „außergewöhnlicher Wucht"[17]. Generalstaatskommissar v. Kahr sah sich seiner Meinung nach förmlich gezwungen zu handeln, zumal nicht nur der Regierungspräsident von Oberbayern forderte: „Populär kann die Diktatur [sic!] nur noch durch Anwendung von Zuchthaus und Todesstrafe gegen Volksschädlinge werden. Dem zermürbten Volk schwebt zur Zeit kein höheres Ziel vor Augen als der Preisabbau."[18] Auch die Nationalsozialisten in Bayern forderten für Wucherer und Schieber lautstark die Todesstrafe[19]. Am 13. Oktober unterzeichnete Kahr neue Bestimmungen über Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkungen in Bayern[20]. Vier Tage später unterstrich er noch einmal seine Absichten, indem er ausführte: „Als Grund für

---

[12] Generalstaatskommissar an Staatsministerium des Innern, Pol/Nr. 172, 5. 10. 1923, MInn 71641, BayHStA.

[13] Gerald D. Feldman, Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, in: HZ 238, 1984, S. 569–609, hier S. 575.

[14] Ebenda., S. 577.

[15] Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4, S. 458.

[16] Zitiert nach Feldman, Bayern und Sachsen, S. 589.

[17] Ebenda, S. 596.

[18] Ebenda, S. 607.

[19] Vgl. dazu Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, Stuttgart 1980.

[20] Generalstaatskommissar an Staatsministerium des Innern, Nr. 610, 13. 10. 1923, MA 103458, BayHStA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Ausweisung von Ausländern genügt auch ein das Wirtschaftsleben schädigendes Verhalten. Liegt ein Ausweisungsgrund gegen das Familienoberhaupt vor, so kann die Ausweisung auf die in seinem Hausstand lebenden Familienangehörigen ausgedehnt werden ... Die Wohnungen und Wohnräume ausgewiesener Ausländer gelten als beschlagnahmt."[21] Offensichtlich versprach Kahr sich von einer solchen Maßnahme also auch eine Art positiven Nebeneffekt, nämlich eine Entlastung des besorgniserregenden Wohnungsmarkts[22].

Am 25. Oktober offenbarte sich der Zweck dieser verschiedenen Erlasse des Generalstaatskommissars. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Adolf Kempkes, erhielt eine Meldung des „Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung". Diese lautete: „Gestern wurden aus München 60 prominente jüdische Familien mit einer Frist von 5 Tagen ausgewiesen. Eine Anzahl Juden wurde gefangengesetzt. Weitere Ausweisungsbefehle stehen bevor. Fraglos ist beabsichtigt, gegen die Juden in München energischer vorzugehen. Von wem die Ausweisungsbefehle unterzeichnet sind, wird noch festgestellt."[23] Stresemann erhielt diese Meldung zusammen mit der Notiz vorgelegt, daß genauere Einzelheiten über die Vorgänge noch nicht zu erfahren gewesen seien[24]. Die bayerische Presse hatte – je nach politischer Position zustimmend oder ablehnend – schon am Vorabend von den Ausweisungen berichtet[25].

Der 29. Oktober konfrontierte den Reichskanzler erneut mit der Ausweisungsaktion in Bayern. In einer Besprechung mit den Führern der die Regierungskoalition tragenden Parteien wies das DVP-Mitglied Dr. Ernst Scholz Stresemann darauf hin, daß es in Bayern Judenhetze geben solle und Ausweisungen vorgenommen würden. Scholz bat um eine Feststellung der Tatsachen. Weder Stresemann noch sein gleichfalls anwesender Staatssekretär ließen erkennen, daß sie bereits erste Informationen über die Ausweisungen erhalten hatten. Stresemann versprach Scholz, der Sache

---

21 Generalstaatskommissar an Staatsministerium des Innern, Nr. 806, 17. 10. 1923, ebenda.

22 Der für soziale Fürsorge in Bayern zuständige Minister Heinrich Oswald (BVP) begrüßte es, daß der Wohnungsmarkt durch die Ausweisung lästiger Ausländer entlastet werden sollte. So führte er unter anderem aus: „Jeder Ausländer, der erst in der Kriegs- und Nachkriegszeit hier zugezogen ist, ist vom Standpunkt der Wohnungsfürsorge als ‚lästig' im vollsten Sinne des Wortes zu betrachten; er hat in der harten Kriegs- und Nachkriegszeit einem Inländer entweder die Wohnung oder den Erwerb oder beides weggenommen." Oswald an v. Kahr, o. D., Generalstaatskommissar 89, BayHStA. – Rahel Straus berichtet in ihren Erinnerungen, daß ihr Ehemann, der wegen der Ausweisungen einiger ostjüdischer Familien bei der Polizei vorstellig geworden war, dort die Antwort erhalten habe: „Die Juden müssen heraus, wir brauchen die Wohnungen." Vgl. dazu Rahel Straus, Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880–1933, Stuttgart 1961, S. 249.

23 Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung an Reichskanzlei, Nr. 9094/23CH, 25. 10. 1923, R 43/2193, BA, Koblenz. – Bereits am 16. Oktober 1923 hatten Hausdurchsuchungen bei jüdischen Familien in München stattgefunden. Vgl. dazu „Das jüdische Echo", 10, 1923, Nr. 48, 30. 11. 1923, S. 494.

24 Vgl. dazu Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Aufz. Rk. 12032, 28. 10. 1923, R 43/2193, BA.

25 Vgl. dazu a) „Münchener Post", Nr. 250, 27./28. 10. 1923, b) „Münchener Neueste Nachrichten", Nr. 292, 27. 10. 1923. – Der „Würzburger Anzeiger", Nr. 249, 27. 10. 1923, begann seinen Bericht mit der Zeile: „Wie wir erfahren, beginnt man endlich mit der Ausweisung des Ostjudenpacks aus Bayern."

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nachzugehen, indem er – laut Protokoll – bemerkte: „Werde es feststellen! Das ginge nicht!"[26] Am gleichen Tage wies der Reichsminister des Innern Stresemann auf die Ausweisungen hin. Sollmann führte aus: „Bei dieser Gelegenheit müsse er auf das Vorgehen der bayerischen Regierung gegen die Juden in Bayern hinweisen. Es kämen andauernd jüdische Flüchtlinge in das besetzte Gebiet, um bei den alliierten Behörden Schutz zu suchen. Unter solchen Verhältnissen, die ebenfalls den Ruf des Reichs im Ausland aufs ernsteste gefährdeten, könne er als Reichsminister des Innern die Verantwortung nicht tragen."[27] Auf diesen Hinweis ging der Reichskanzler – zumindest laut Protokoll der Sitzung – überhaupt nicht ein[28].

Erste Informationen über die Art und Weise der Ausweisungen erhielt die Reichskanzlei am 29. Oktober vom Auswärtigen Amt. Die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts stützte sich auf die Berichterstattung der Presse und des jüdischen Korrespondenzbüros in Berlin sowie auf Mitteilungen von privater Seite. Nach diesen Meldungen hatten zunächst 40 ostjüdische Familien in München den Ausweisungsbefehl erhalten. Die bayerische Polizei tue sich allerdings schwer, Gründe für die Ausweisung dieser ostjüdischen Familien, die zum Teil bereits 20 bis 30 Jahre in Bayern lebten, zu finden. Hauptargument für die Ausweisung sei allein die Beschuldigung, daß die Ostjuden – denn nur diese Minderheit unterliege der Ausweisungsaktion –, obgleich ursprünglich arm nach Bayern gekommen, „inzwischen zum Schaden des bayerischen Volkes Vermögen erworben" hätten[29].

II.

Pogrom, Boykott, Entrechtung und wirtschaftliche Not hatten Juden aus Rußland, Rumänien und der ungarischen Reichshälfte der Doppelmonarchie seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Auf dem Weg in das westliche Ausland, vor allem in die USA, nach Kanada und Lateinamerika, durchquerten sie das Deutsche Reich. Nur eine kleine Minderheit wählte hier auf Dauer ihren Wohnsitz. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges vergrößerte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Ostjuden nicht zuletzt deshalb, weil die Oberste Heeresleitung ihnen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Russisch-Polens die materielle Existenzmöglichkeit nahm, um auf diese Weise die dringend benötigten

[26] Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I. u. II., Bd. 2, Dok. Nr. 193, S. 872.

[27] Ebenda, Dok. Nr. 194, S. 877.

[28] Dies entsprach wohl einer Grundhaltung in der Deutschen Volkspartei: „In Stresemanns rechtsliberaler Gruppierung, die eine Anzahl auch prominenter jüdischer Konservativer wie Jakob Goldschmidt und Max Warburg zu Mitgliedern hatte, überging man am liebsten den gesamten Problemkreis Juden und Judenfeindschaft; nicht nur aus Rücksicht auf Wählerstimmen, sondern auch um des innerparteilichen Friedens willen." Hermann Greive, Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 113.

[29] Auswärtiges Amt an Reichskanzlei, Nr. III Jud. 166, 29. 11. 1923, R 43/2193, BA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungsindustrie zu gewinnen[30]. Von diesen verblieb ein gewisser Prozentsatz auch nach Kriegsende in Deutschland. Genaue Angaben zur Gesamtzahl der im Reichsgebiet lebenden „Ostjuden" konnten die Behörden nach Kriegsende schon deshalb nicht ermitteln, weil es zu Beginn des Jahres 1919, nach der Entstehung neuer Staaten in Mittel- und Osteuropa, zu einer erneuten jüdischen Einwanderungswelle kam[31]. Nach den Schätzungen der Volkszählung von 1925 konnte, wenn auch keineswegs gesichert, angenommen werden, daß zu dieser Zeit etwa 80000 von 550000 in Deutschland lebenden Juden aus dem Osten Europas stammten[32]. Die Mehrzahl dieser Flüchtlinge kam aus Polen[33].

Schon während des Krieges hatten Publizisten, aber auch Eingaben von Bürgern bei Behörden, eine sogenannte „Ostjudengefahr" beschworen. So hatte sich im August 1915 der stellvertretende Vorsitzende des „Alldeutschen Verbandes", General Freiherr v. Gebsattel, an die bayerische Staatsregierung mit der Bitte gewandt, doch zu verhindern, daß Ostjuden „wie ein Heuschreckenschwarm über das Deutsche Reich herfielen"[34]. Zunächst verhallte sein Appell ungehört, zumal gerade Bayern vor 1914 Juden gegenüber toleranter gewesen war als andere Staaten des Reichs. So verfügte München über eine mehr als 10000 Mitglieder umfassende jüdische Gemeinde[35]. Erst das Kriegsende und die „traumatische Erfahrung von militärischer Niederlage und Revolution, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und Inflation, kurz, ein allgemeines Gefühl von Unsicherheit und Umbruch", rief eine Suche nach Sündenböcken hervor[36]. Die Juden generell – und speziell die fremdartig erscheinen-

---

30 Vgl. dazu Heinrich August Winkler, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: Bernd Martin und Ernst Schulin (Hrsg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S. 274. – Eine zufriedenstellende Arbeit über die Ostjuden in Deutschland liegt nicht vor. Die Arbeit von Donald L. Niewyk, The Jews in Weimar Germany, Manchester 1980, trägt zur Ostjudenfrage wenig bei. Das Buch von Steven E. Aschheim, Brothers and Strangers. The East European Jew in Germany and the German Jewish Consciousness, 1800–1923, Madison 1982, vermag schon auf Grund seiner Themenstellung und der Schlußzäsur mit dem Jahr 1923 kaum zu überzeugen. Zur Zeit entsteht an der Universität Tübingen die Arbeit von Trude Maurer, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, die das Ostjudenproblem für den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik erfassen soll.

31 Vgl. dazu Leon Sklarz, Geschichte und Organisation der Ostjudenhilfe in Deutschland seit dem Jahre 1914, Phil. Diss. Rostock 1926, S. 34f.

32 Vgl. dazu die nur auf wenigen Archivalien und geringer Sekundärliteratur aufbauende Arbeit von S. Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 120.

33 Zu den Ursachen für die Auswanderung von Juden aus Polen nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Franz Golzewski, Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922, Wiesbaden 1981, S. 171f.

34 Zitiert nach Werner Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Werner E. Mosse und Arnold Paucker (Hrsg.), Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1925, Tübingen 1971, S. 415.

35 Vgl. dazu Hans-Helmut Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971, S. 76f. – Zur jüdischen Gemeinde in München vgl. Werner J. Cahnmann, Die Juden in München, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 42, 1979, S. 403–461.

36 Winkler, Antisemitismus, S. 277.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Juden aus dem Osten – konnten, nicht nur nach Meinung des „Alldeutschen Verbandes", als „Blitzableiter für alles Unrecht" genutzt werden[37]. So suchte der von den Alldeutschen ins Leben gerufene „Deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund" mit Hilfe von Flugblattaktionen und auf Massenveranstaltungen das „Ostjudenproblem" in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu heben. Der Versuch des Bundes, im Sommer 1919 eine Volksabstimmung über ein Verbot der Einwanderung von Juden nach Deutschland zustande zu bringen, scheiterte jedoch[38]. Das Ausmaß der antisemitischen Stimmung war deshalb aber nicht als gering anzusehen, wie ein Bericht über die antisemitische Bewegung in Nordbayern zeigte, den der „Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung" am 26. November 1919 an die Reichskanzlei sandte und der seiner Meinung nach auch die Verhältnisse im übrigen Reichsgebiet spiegelte[39]. Zunächst wies der Bericht darauf hin, daß sich der Antisemitismus nicht nur auf einen kleinen Kreis weit rechts stehender Persönlichkeiten beschränke, sondern sich vielmehr durch alle Schichten des Volkes und alle politische Parteien bis hinein in die radikale Linke erstrecke. Grund für den Antisemitismus sei der „kaum jemals ganz zu überbrückende Rassengegensatz", der den israelitischen Stamm vom deutschen Volk trenne. Krieg und Revolution hätten diesen inneren Gegensatz nur offener zu Tage treten lassen. Das besonders ins Auge springende Protzentum und breitspurige Auftreten jüdischer Kriegsgewinnler habe die feindselige Stimmung gegen die Juden hervorgerufen und begünstigt. Vor allem aber trüge die unleugbare Tatsache zu dieser Stimmung bei, daß sich unter den Führern der internationalen kommunistischen Bewegung unverhältnismäßig viele Juden befänden. Es könne doch kein Zufall sein, daß Leute wie Trotzki, Joffe und Radek in Rußland, Bela Kun und Szamuely in Ungarn, Rosa Luxemburg, Haase, Cohn und schließlich aus den Münchener Rätetagen Levien, Levine-Nissen, Toller, Mühsam und Klingelhöfer dem jüdischen Stamm zugehörten[40]. Der jüdische Hinweis, es gäbe auch nichtjüdische Kriegsgewinnler und so unerfreuliche Gestalten der Münchener Räterepublik wie Seidel und Schicklhofer seien keine Juden gewesen, könne diese Vorwürfe nicht entkräften[41]. Als Ziele der antisemitischen Bewegung würden – so der Bericht weiter –

[37] Zitiert nach Egmont Zechlin, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, S. 558, und Trude Maurer, The East European Jew in the Weimar Press: Stereotype and Attempted Rebuttal, in: Studies in Contemporary Jewry I. Ed. by Jonathan Frankel, Bloomington, Indiana, 1984, S. 176–198.

[38] Vgl. dazu Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 149. Vgl. dazu einen für die Zeit typischen Artikel, Die Judenfrage, in: „Deutsche Tageszeitung", Nr. 403, 17. 8. 1919.

[39] Vgl. dazu Staatskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung an Reichskanzlei, Nr. 4281/19, 26. 11. 1919, nebst Anlage, R 43/2193, BA. Im folgenden wird aus der Anlage zitiert.

[40] Der Kommunist Dr. Max Levien wurde fälschlich für einen Juden gehalten, vgl. dazu Knütter, Die Juden, S. 78.

[41] Der bayerische Landesvorsitzende des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", Jakob Marx, teilte diese Überlegungen; denn er schrieb: „Vielleicht wäre den bayerischen Juden manches Ungemach erspart geblieben, wenn die jüdischen, insbesondere ostjüdischen Kommunisten in der bayerischen Revolution nicht hervorgetreten wären." Jakob Marx, Das deutsche Judentum und seine jüdischen Gegner, Berlin 1925. S. 25.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgende Forderungen verkündet: „... rücksichtsloses Vorgehen gegen die großen Wucherer, Schleichhändler und Schieber; schärfste Erfassung des steuerflüchtigen Großkapitals; Brechung der Zinsknechtschaft; restlose Beseitigung der Vorherrschaft der land- und volksfremden Elemente aus dem öffentlichen Leben, aus Theater, Schrifttum und Wissenschaft durch Schaffung eines Fremdengesetzes." Vereinzelt komme es auch zu Tätlichkeiten gegen Juden, doch „eigentliche Pogroms dürften ausgeschlossen sein"[42]. Die Polizei müsse sich zur Zeit darauf beschränken, Ausschreitungen zu verhindern. Die antisemitische Bewegung sei so einzudämmen, daß „wenigstens die einwandfreien, achtbaren Juden nicht mit für die Sünden eines Teils ihrer Stammesgenossen mitverantwortlich gemacht werden"[43].

Trotz des immer stärker werdenden Antisemitismus und der anhaltend schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt sah sich der preußische Minister des Innern, Wolfgang Heine, im November 1919 veranlaßt, dafür Sorge zu tragen, daß Ostjuden nicht aus Preußen ausgewiesen wurden. Er begründete diesen Schritt mit völkerrechtlichen und humanitären Erwägungen. Selbst illegal eingewanderte Ostjuden könne man, so Heine, nicht einfach in ihre alte Heimat abschieben, „weil sie dort nach Lage der Verhältnisse vielfach unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben, jedenfalls aber der Bestrafung wegen Fahnenflucht und Wehrpflichtentziehung ausgesetzt wären"[44]. Künftig war die Ausweisung eines Ostjuden in Preußen nur dann möglich, wenn ein Rechtsvergehen vorlag. Einwandernde Ostjuden durften dann in Preußen bleiben, wenn ihnen das jüdische Arbeiterfürsorgeamt Arbeitsstelle und Unterkunft zusicherte. Schon bald allerdings beklagte sich das Ministerium über Differenzen mit dem Arbeiterfürsorgeamt, da dieses seiner Meinung nach nicht strikt genug vorging[45].

Die offensichtlich keineswegs nachlassende antisemitische Stimmung bewog im April 1920 den Ministerpräsidenten Bayerns, Kahr, zu einer anderen Politik als Preußen. Er beabsichtigte gleich sämtliche seit 1914 nach Bayern eingewanderte Juden aus Bayern zu vertreiben, konnte sich mit seinem Vorschlag aber im bayerischen Ministerrat nicht durchsetzen[46]. Einen Eindruck von der im Frühjahr 1920 herrschenden Stimmung gegenüber den Ostjuden erfaßte eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amts, in der es unter anderem hieß: „Die Überflutung deutscher Großstädte, hauptsächlich Berlins, mit einer großen Zahl unerwünschter Elemente aus dem Osten, vornehmlich polnische Juden, ist seit Monaten Gegenstand der öffentlichen Erörterung."

---

[42] Die politischen Morde jener Zeit an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Walter Rathenau richteten sich alle gegen Juden bzw., wie im Fall der Ermordung Matthias Erzbergers, gegen „Judenfreunde".

[43] Auch der Münchener Polizeipräsident Pöhner forderte im November 1919, das Eindringen von Ostjuden zu verhindern, den „ehrlichen" Teil der deutschen Juden aber zu schützen. Vgl. dazu Lohalm, Radikalismus, S. 152.

[44] Der preußische Minister des Innern an die Regierungspräsidenten, IVB. Nr. 2719, 1. 11. 1919, R 43/2192, BA.

[45] Der preußische Minister des Innern an das Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands, IVB. Nr. 3033, 13. 2. 1920, ebenda.

[46] Vgl. dazu Adler-Rudel, Ostjuden, S. 115.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach Auffassung der Reichsregierung, der preußischen und der bayerischen Staatsregierung bestehe die Gefahr, daß diese fremdstämmigen Elemente die bereits vorhandene Wohnungsnot vergrößerten und durch ihre „unproduktive Tätigkeit (Schieber)" das Wirtschaftsleben gefährdeten. Eine einfache Abschiebung der Ostjuden über die polnische Grenze sei moralisch unvertretbar, zumal offen bleibe, ob die Abgeschobenen überhaupt von Polen übernommen würden. Weiter hieß es dann in der Aufzeichnung: „Immerhin soll nicht geleugnet werden, daß Abhilfe nottut, zumal Bayern gegen alle seit dem 1. August 1914 ohne polizeiliche Zuzugsgenehmigung Zugewanderten rigoros vorgeht, die Leute ausweist und sie dergestalt Preußen aufhalst, das sie notgedrungen behalten muß." Das Auswärtige Amt schlug deshalb vor, „die zweifelhaften Elemente in Internierungslager zu bringen, weil so die Wohnungsnot einzudämmen und erneuter unerlaubter Zuzug abzuschrecken sei. Internierte könnten eher zur Auswanderung umgestimmt werden, und ein Massenabschub werde erleichtert."[47] Doch wurden Internierungsmaßnahmen noch nicht ergriffen.

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1920 sahen sich die Behörden mit Eingaben und Beschwerden gegen die Ostjuden konfrontiert. So beklagte der „Zweckverband Ost", der sich nach eigenem Bekunden gegen Schiebertum und Korruption wenden wollte, „daß die schranken- und wahllose Zulassung des Ostjudentums in die Reichsgrenzen zu einer Zersetzung unseres infolge der Kriegs- und Revolutionsnöte moralisch widerstandslos oder in seinen moralischen Hemmungen furchtbar geschwächten Volkskörpers führen müsse"[48]. Der Verband forderte Abhilfe, zumal für ihn feststehe, daß das „Parasitentum", welches sich hochschmarotzt habe, ausschließlich aus kulturlosen Ostjuden niederer Zivilisation bestehe. Diese Feststellung fand bei dem vom preußischen Minister des Innern zu einer Stellungnahme zur Eingabe des Zweckverbands aufgeforderten Polizeipräsidenten der Stadt Berlin Zustimmung. Er schrieb in seiner Antwort: „Die Ostjudenfrage wird, da es sich hier nicht nur um lästige, sondern höchst gefährliche Ausländer handelt, in ihrer jetzigen Duldung und wohlwollenden Behandlung künftighin politisch, wirtschaftlich und gesundheitlich die furchtbarsten Gefahren zeitigen."[49] Der Polizeipräsident betonte aber auch, seine Auffassung sei keineswegs antisemitisch; denn auch die „einwandfreien Juden" verwahrten sich gegen den Zustrom dieser verkommenen, fast ausschließlich den niedrigsten Bevölkerungsschichten angehörenden Glaubensgenossen. Beseitigung dieses Krebsschadens verspreche nur eine durchgreifende Behandlung der gesamten Ostjudenfrage.

Da offenkundig mit der Forderung, härter gegen die Ostjuden vorzugehen und damit wenigstens einen Teil des verhaßten Judentums zu treffen, politischer Anhang

---

[47] Aufz. Ostjuden, Pol IV, 2.5. 1920, 410/3, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn. – Nach Angaben des Berliner Polizeipräsidenten wohnten zu dieser Zeit in Berlin etwa 50–60 000 Ostjuden. Vgl. dazu Knütter, Juden, S. 81.

[48] „Zweckverband Ost" an das preußische Ministerium des Innern, I. 2765, 20.4. 1920, R 43/2192, BA.

[49] Der Polizeipräsident Berlin an das preußische Ministerium des Innern, Nr. 583 IV K.a. 20, 9.6. 1920, ebenda.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewonnen werden konnte, stellte die Reichstagsfraktion der DVP am 2. Juli 1920 im Reichstag den Antrag, die Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente, besonders über die Ostgrenzen, zu unterbinden und lästige Elemente abzuschieben[50]. Zwar blieb dieser Antrag unerledigt, ein gleichlautender Antrag des Haushaltsausschusses aber wurde angenommen. Um den, wie er sich ausdrückte, „veränderten Bedürfnissen Rechnung zu tragen", sah sich der preußische Minister des Innern, Carl Severing, am 17. November 1920 veranlaßt, ihre Unterbringung in Sammellagern zu verfügen[51]; denn selbst eine Ausweisung straffällig gewordener Ostjuden schien nicht möglich, da Polen und Rußland die Aufnahme verweigerten.

Als auch diese Maßnahme der „öffentlichen Meinung" noch nicht ausreichend erschien, mußte Severing, der persönlich in den Ostjuden keine Gefahr für das „Deutschtum" erblickte[52], dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß Preußen neben dem Versuch der Abschiebung zu einer generellen Internierung von Ausländern übergehe[53]. Die Anregung des Ministers, mit allen beteiligten Staaten eine internationale Klärung der Ostjudenfrage anzubahnen, wobei den deutschen Schiffahrtslinien doch ein gutes Geschäft ins Haus stehen könne, griff das Auswärtige Amt nicht auf[54]. So kam es Anfang 1921 zur Internierung von Ostjuden in Lagern bei Cottbus und Stargard. Im November 1921 wurden die Internierungsmaßnahmen zunächst wieder auf Vorbestrafte und „staatsfeindliche Elemente" beschränkt und schließlich ganz aufgehoben[55].

Daß der Druck auf die jüdische Bevölkerung weiterhin zunahm, zeigte ein Bericht, den der britische Generalkonsul C. W. Gosling aus Frankfurt dem Foreign Office erstattete und in dem er erstmalig von einer Organisation berichtete, die sich NSDAP nenne und in den letzten Monaten in verschiedenen Teilen Deutschlands, vor allem aber in Bayern, aktiv geworden sei. Obgleich zur Zeit noch von geringer Bedeutung, verdiene diese Partei doch sorgfältige Beobachtung. Ihre Äußerungen seien in erster Linie antisemitisch. In ihrem Programm fordere sie ein Einreiseverbot für Ausländer und die Ausweisung aller Ausländer, die sich seit 1914 in Deutschland niedergelassen hätten. Gosling schloß mit den Sätzen: „Private reports, which I am unable to control, state than the Jews are leaving Bavaria in considerable numbers in order to take up their residence here. It is possible, however, that even in Frankfort their position may not prove as safe as they would consider desirable."[56]

---

50 Vgl. dazu Reichstag 1. Wahlperiode 1920, Nr. 88, Antrag Arnstadt und Genossen.

51 Vgl. dazu Der preußische Minister des Innern an die Regierungspräsidenten IVB. Nr. 3366, 17. 11. 1920, 410/3, PA AA.

52 Vgl. dazu Der preußische Minister des Innern an AA, IVB. Nr. 3019, 12. 1. 1921, ebenda.

53 Vgl. dazu Aufz. Geheimrat Wendschuk, 5. 10. 1920, ebenda. – Zu den Internierungen vgl. auch Rudolf Bertram, Die Ostjuden in Deutschland, Berlin 1924, S. 9.

54 Ende 1912 hatten die USA ein Quotensystem zur Beschränkung der Einwanderung erlassen, das, nach Herkunftsländern geordnet, Osteuropa und damit die einen hohen Anteil der osteuropäischen Auswanderer umfassenden Ostjuden besonders benachteiligte.

55 Ebenda, S. 115. – Das Lager Cottbus wurde erst 1923 aufgelöst.

56 Consul-General Gosling to the Marquess of Curzon of Kedleston, Frankfurt, 20. 11. 1922, FO 371/7525, 49102, Public Record Office, London.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der „Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden" unterbreitete der bayerischen Staatsregierung im März 1923 eine Erklärung, in der es hieß, die jüdische Bevölkerung Münchens werde seit Monaten „durch gewalttätiges und aufreizendes Vorgehen nationalsozialistischer und völkischer Kreise, durch öffentliche Anschläge und in der Presse, durch öffentliche Versammlungen und terroristische Einzelakte, durch Drohungen und die Vorbereitung zu ihrer Verwirklichung in ihrer Ehre, Existenz und friedlichen Betätigung in Beruf und Gesellschaft verletzt"[57]. Der Verband bitte daher die bayerische Staatsregierung, der jüdischen Bevölkerung doch den in der bayerischen Verfassung verbürgten Rechtsschutz zu gewähren. Vom bayerischen Staatsministerium des Äußern zu einer Stellungnahme zu diesem Rechtsschutzersuchen gebeten, mußte das bayerische Staatsministerium des Innern gestehen, daß die Auswüchse der antisemitischen Propaganda, die sich in den letzten Jahren verstärkt hätten, nicht nur für die Juden, sondern auch für die bayerische Staatsregierung eine „außerordentlich unerwünschte Erscheinung" seien. Gleichzeitig enthüllte das Staatsministerium aber ein Dilemma, das aus dem Vorgehen gegen die antisemitische Bewegung erwachsen könne: „Schwierig ist dieses Vorgehen für die Polizei aber einmal deshalb, weil die antisemitische Bewegung vor allem in den Kreisen gepflegt wird, welche die Wiederbelebung des nationalen Deutschtumsgedanken sich zur Aufgabe gesetzt hat, also mit Rücksicht auf die Personen, von denen der antisemitische Gedanke verbreitet wird." Weiterhin blieben die Möglichkeiten eines strafrechtlichen und polizeilichen Eingreifens gering, so lange nicht ergiebigere Freiheitsstrafen verhängt würden. So sei beispielsweise der Agitator Streicher in Nürnberg angeblich merklich zurückhaltender, seit er wegen abfälliger Äußerungen gegen die israelitische Religion 14 Tage Gefängnis abgesessen habe. Das Ministerium äußerte die Zuversicht, „daß gegenüber solchen Roheitsakten die strenge Bestrafung in Fällen, in denen die Überführung gelingt, sehr heilsam auf diese Erscheinungen wirken würde, die man wohl mit gewissem Recht als Ausflüsse einer durch den Krieg und seine Folgen verursachten geistigen Erkrankung eines Teiles des Volkes bezeichnen darf"[58]. Aus dieser kurzen Skizze läßt sich erkennen, daß die Ostjuden „nur als sichtbarste, von der Bevölkerung als fremdartig empfundene Gruppe stellvertretend für die gesamte jüdische Minderheit angegriffen wurden, und daß die Völkischen daraus eine Waffe zum Kampf gegen die parlamentarische Demokratie schmiedeten"[59].

III.

Dem Auswärtigen Amt erschienen die aus München kommenden Meldungen über Ausweisungen so unklar, daß es am 30. Oktober 1923 an den Vertreter der Reichsre-

[57] Verband Israelitischer Gemeinden an die bayerische Staatsregierung, Nr. 2745/X, 16. 3. 1923, MA 100116, BayHStA.

[58] Staatsministerium des Innern an Staatsministerium des Äußern, Nr. 12938, 12. 4. 1923, ebenda.

[59] Jochmann, Antisemitismus, S. 497, und Bertram, Ostjuden, S. 15.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gierung in München, den Gesandten Dr. Haniel von Haimhausen, herantrat und ihn um authentische Nachrichten zur Ausweisungsaktion bat[60]. Neben diesem offiziellen Schritt entschloß sich das Auswärtige Amt wahrscheinlich zur Entsendung eines „zuverlässigen Herrn" nach München[61], da mit einer schnellen und zufriedenstellenden Antwort der bayerischen Staatsregierung nicht zu rechnen war; denn nachdem der von der Reichswehrführung abgesetzte Generalleutnant v. Lossow von der bayerischen Staatsregierung zum Landeskommandanten ernannt worden war, befanden sich die Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern auf ihrem Tiefpunkt[62]. Der Gewährsmann des Auswärtigen Amts berichtete am folgenden Tage aus München, daß bereits am 17. Oktober bei einer großen Anzahl von ostjüdischen Familien Kriminalbeamte zu einer Hausdurchsuchung erschienen seien und sich Wäsche, Kleider, Schmuck und Lebensmittel hätten zeigen lassen. Etwa 70 dieser Familien hätten dann Ausweisungsbefehle erhalten, die teilweise schon vor dem Datum der Hausdurchsuchungen ausgefertigt worden seien. Alle Ausweisungsbefehle habe der Generalstaatskommissar v. Kahr persönlich unterschrieben. Die Ausweisungsfrist betrage 14 Tage. Einspruch könne innerhalb von drei Tagen über die Polizeibehörden wiederum nur beim Generalstaatskommissar selbst erhoben werden. Die häufigste Begründung für die Ausweisung laute dahingehend, daß „die Betroffenen in ärmlichen Verhältnissen eingewandert, nun aber reich seien, daß sie es also verstanden hätten, sich während der tiefsten Not des deutschen Volkes zu bereichern"[63]. Andere Scheingründe – als solche bezeichnete sie der Gewährsmann – lieferten polizeiliche Ordnungsstrafen, die zum Teil 15 und 20 Jahre zurücklägen. Im übrigen treffe es zu, daß von den Ausweisungsmaßnahmen in Bayern ausschließlich Juden betroffen seien.

Durch den – ex post – möglichen Einblick in die Akten lassen sich die Angaben des Gewährsmanns des Auswärtigen Amts heute präzisieren. Der Text der Ausweisungsbefehle lautete beispielsweise folgendermaßen: „Auf Grund der Verordnung des Gesamtstaatsministeriums vom 23. September 1923 zum Schutze der öffentlichen Ruhe und Ordnung und der Anordnung des Generalstaatskommissars vom 13. Oktober 1923, R. Nr. 610 betreffend Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkungen, wird hiermit gegen Adam M., geb. 24. Dezember 1889 zu Kolo, polnischer Staatsangehöriger, lediger Schuhmacher, wohnhaft in Bayreuth, Erlangenstr. 2, als außerordentliche Maßnahme zum Schutze des Reiches und des Landes die Ausweisung aus der Stadt Bayreuth und aus dem Freistaat Bayern verfügt."[64] Begründet wurde die Maßnahme in diesem Fall: „Adam M. ist am 4. 2. 1919 aus dem Gefangenenlager Bayreuth hier zugezogen. Es ist festgestellt, daß er polizeiliche Anordnungen nicht achtet und keinen

[60] Vgl. dazu AA an Haniel, Nr. III.166, 30. 10. 1923, R 43/2193, BA.

[61] Vgl. dazu AA an Reichskanzlei, Nr. III.167, 31. 10. 1923, ebenda.

[62] Vgl. dazu Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln 1964, S. 193 f.

[63] Bericht eines Augenzeugen über die Ausweisungsmaßnahmen gegen Juden in München, 31. 10. 1923, in: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I. u. II., Bd. 2, Dok. Nr. 211, S. 928.

[64] Abschrift Aufenthaltsbeschränkung, 15. 11. 1923, Generalstaatskommissar 89, BayHStA (alle Namen nur abgekürzt).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

guten Leumund genießt."[65] Im Fall des Abraham M. und seiner Ehefrau Klara, beide ebenfalls aus Bayreuth, die im Mai 1919 zu zehn bzw. zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden waren, hieß es in der Ausweisung: „Es besteht der Verdacht, daß das Ehepaar bei Ausübung des Handelsgeschäfts die seit dem Krieg herrschende allgemeine wirtschaftliche Notlage in einer das Wirtschaftsleben schädigenden Weise ausübt."[66]

Einer vom Auswärtigen Amt zusammengestellten Liste von Ausgewiesenen läßt sich entnehmen, daß der im Januar 1918 wegen eines Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz vorbestrafte Viktor G. – wie die Hausdurchsuchung gezeigt hatte – trotz der „allgemeinen Verarmung" 60 Flaschen Sekt und ebensoviele Flaschen Wein, reichlich Lebensmittel und eine erst seit 1922 erworbene Wohnungseinrichtung sein eigen nannte. Hinzu komme, wie der Polizeibericht ergeben hatte, daß G. mit seiner Geliebten Anna S. im Konkubinat lebe[67]. Solche Hinweise auf angebliche sittliche bzw. sexuelle Verfehlungen lieferten übrigens häufiger Vorwände für Ausweisungen[68]. So hatte angeblich auch Markus S. 1903 ein nicht näher bezeichnetes Sittlichkeitsverbrechen begangen und war zudem während des Krieges zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Als besonders belastend galt in seinem Fall der Besitz einer luxuriösen Wohnungseinrichtung mit schweren Teppichen und die Beschäftigung eines eigenen Dienstmädchens[69]. Leib G. erhielt mit seiner Frau und den drei Kindern den Ausweisungsbescheid, weil er 1922 eine Geldstrafe von 250 M erhalten hatte. Seine Übertretung hatte darin bestanden, daß er den ihn eindeutig als Juden kennzeichnenden Vornamen auf seinem Ladenschild weggelassen hatte[70]. So hatte auch Isaak B. gehandelt, der ansonsten bis zu seiner Ausweisung unbescholten mit Frau und 9 Kindern in Nürnberg gelebt hatte[71]. Salomon S. aber hatte mit Altgold und gebrauchten Säcken gehandelt und war somit, nach Auffassung des Generalstaatskommissariats, „im wirtschaftlichen Leben nicht notwendig"[72].

Die über die Polizeibehörden beim Generalstaatskommissar vorgebrachten Einsprüche gegen die Ausweisungen, die von den betroffenen Ostjuden allerdings nur in verschwindend geringer Zahl abgegeben wurden, erhielten zumeist folgende Antwort: „Aus Anlaß der namens des Apothekers Willi B. eingelegten Beschwerde des Rechtsanwaltes Nussbaum gegen den Ausweisungsbeschluß des Präsidenten der Polizeidirektion München vom 18.1. 1924 wurden die Verhandlungen geprüft. Ein Grund zur Änderung des angefochtenen Beschlusses besteht nicht. Die Beschwerde

---

65 Ebenda.

66 Ebenda, S. 156.

67 Vgl. dazu Verzeichnis ausgewiesener Polen, Teil A: bereits abgereist, IVa PO 18412/23, o.D., 411/5, PA AA.

68 Ebenda.

69 Ebenda.

70 Vgl. dazu das Verzeichnis der ausgewiesenen polnischen Staatsangehörigen in Nürnberg, IVa PO 278, o.D., ebenda.

71 Ebenda, S. 4.

72 Ebenda.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wird daher abgewiesen. Dr. v. Kahr."[73] Selbst die Fürbitte eines bayerischen Staatsministers für einen Betroffenen lehnte Kahr mit dem Hinweis auf den strengen Standpunkt ab, den er bereits in den übrigen Ausweisungsfällen eingenommen habe[74].

Auf die Rücknahme der Ausweisungen drängten aber nicht nur direkt Betroffene. Neben dem „Landesverband Bayern Jüdischer Frontsoldaten" protestierte auch die Gemeindevertretung der jüdischen Gemeinde Münchens gegen die Maßnahme Kahrs[75]. Dies war um so beachtlicher, als sich zuvor – nicht nur in München – eine gewisse Kluft zwischen Ost- und Westjuden aufgetan hatte[76]. Als Konsequenz der Ausweisungen entstand eine neue innere Solidarität in der jüdischen Gemeinde Münchens. Aus der „Gemeinschaft des Leids" erwuchs – wie Jakob Reich formuliert hat – eine Gemeinschaft, in der historische Gegensätze und Spannungen recht unerheblich wurden[77]. Den Protest der Gemeinde wies Kahr ab und fügte hinzu: „Sollten sich unter den Ausgewiesenen verhältnismäßig viele Israeliten befinden, so liegt die Folgerung nahe, daß Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften wirtschaftlicher Art in diesen Kreisen häufig vorkommen."[78]

Aber auch eine „hochgestellte christliche Persönlichkeit" setzte sich, wie Rahel Straus in ihren Erinnerungen zu berichten weiß, für die Ausgewiesenen ein[79]. Damit war niemand anders gemeint als der Erzbischof von München, Kardinal Michael Faulhaber, der in seiner Allerseelenpredigt vom 2. November 1923 deutlich die Feindschaft gegen bestimmte Minderheiten angeprangert hatte[80]. Schon bei der Beantwortung eines Schreibens, in dem ihn Reichskanzler Stresemann um die Unterstützung der Bemühungen gebeten hatte, die Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern wieder verbessern zu helfen, hatte es der Erzbischof als eine Gewissenspflicht der Kirche erklärt, an der sittlichen Wiedergeburt des Volkes mitzuarbeiten, und hinzuge-

---

73 Generalstaatskommissar an Polizeidirektion München, Nr. 7185/7068, 8. 2. 1924, Generalstaatskommissar 89, BayHStA.

74 Generalstaatskommissar an Staatsminister für Handel, Industrie u. Gewerbe, Nr. 6753, 27. 1. 1924, ebenda.

75 Vgl. dazu a) Entschließung des Landesverbandes Bayern des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten, 28. 10. 1923, Generalstaatskommissar 11, BayHStA, b) Jüdische Gemeinde München an Generalstaatskommissar, 31. 10. 1923, Generalstaatskommissar 89, BayHStA.

76 Wohlhabende und gebildete, nahezu assimilierte Juden empfanden den Zustrom ihrer armen, weniger gebildeten orthodoxeren Glaubensgenossen aus dem Osten vielfach nicht gerade als angenehm, zumal durch diese der Antisemitismus neu belebt wurde. Vgl. dazu Karl Kautsky, Rasse und Judentum, Stuttgart[2] 1921, S. 81; Chaim Weizmann, Memoiren. Das Werden des Staates Israel, Hamburg 1951, S. 66.

77 Vgl. dazu Jakob Reich, Eine Episode aus der Geschichte der Ostjuden Münchens, in: Hans Lamm, Von Juden in Bayern. Ein Gedenkbuch, München 1958, S. 322.

78 Vgl. dazu den Antwortentwurf unter dem Schreiben der Gemeinde an v. Kahr, Generalstaatskommissar 89, BayHStA.

79 Vgl. dazu Straus, Erinnerungen, S. 249.

80 Vgl. dazu Rudolf Lill, Die deutschen Katholiken und die Juden in der Zeit von 1850 bis zur Machtübernahme Hitlers, in: Karl Heinrich Rengstorf und Siegfried von Kortzfleisch (Hrsg.), Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden. Darstellung mit Quellen. Bd. 2, Stuttgart 1970, S. 406.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fügt: „Wie wollen wir sonst den Haß abbauen, der blindwütig über unsere israelitischen Mitbürger oder andere Volksgruppen in Bausch und Bogen, ohne Schuldnachweis von Kopf zu Kopf den Stab bricht[81]." Doch weder die Bemühungen des Kardinals noch eine Anfrage des Reichsministers des Innern, auf welche gesetzlichen Bestimmungen sich die Ausweisungen denn eigentlich stützten[82], vermochten Kahr zu einer Rücknahme der Ausweisungen zu bewegen. Aber plötzlich erhielt die Ausweisungsaktion eine neue, eine außenpolitische Dimension.

IV.

Beunruhigt über die Ausweisung von Ostjuden aus Bayern zeigten sich zunächst einmal diejenigen deutschen Länder, die den Zuzug der Ausgewiesenen befürchteten. So richteten in Württemberg die Bürgerpartei und der Bauernbund an das Staatsministerium die Frage: „Was gedenkt das Staatministerium gegen die Einwanderung der aus Bayern ausgewiesenen ostgalizischen Juden zu tun?" Die beiden Parteien befürchteten nämlich, die aus Bayern ausgewiesenen „Parasiten aus dem Osten" würden ihre Zuflucht im Nachbarland Württemberg suchen, dies aber könne „den bayerischen Überfluß" nicht aufnehmen, zumal es selbst „an solchen Existenzen" nicht gerade Mangel leide[83].

Ernster zu nehmen war der Bericht, den der preußische Ministerpräsident Otto Braun Reichskanzler Stresemann über die erheblichen Rückwirkungen der Ausweisung jüdischer Personen aus Bayern auf das Land Preußen lieferte[84]. Fast alle Ausgewiesenen begäben sich nach Preußen und vermehrten besonders in Berlin das dort „schon in reichlichem Maß vorhandene ostjüdische Element". Braun führte weiterhin aus: „Die preußische Regierung beabsichtigt zwar nicht, den Ausgewiesenen, solange sie sich nichts zu Schulden kommen lassen, das Asyl zu verweigern, erwünscht ist dieser Zuzug aber nicht, da dadurch auch in Preußen vorhandene Stimmungen und Strömungen, die solchem Zuzug feindlich gegenüberstehen, neue Nahrung erhalten." Braun riet daher dem Reichskanzler, die Reichsregierung solle ernsthaftere Vorstellungen bei der bayerischen Staatsregierung erheben, und stellte sich damit eindeu-

---

81 Bernhard, Stresemann Vermächtnis, Bd. 1, S. 129f. – Der Brief Faulhabers ist hier im Faksimile abgedruckt.

82 Vgl. dazu Reichsminister des Innern an Ministerpräsident v. Knilling, Nr. I. 7687, 2. 11. 1923, MInn 71641, BayHStA. – In seinem Antwortschreiben betonte Knilling, es dürfe keinesfalls der von Sollmann benutzte Terminus „Austreibungen" angewandt werden; denn für die Ausweisungen habe es triftige Gründe gegeben. Auf Grund des Rücktritts Sollmanns wurde das Antwortschreiben nicht mehr abgeschickt. Vgl. dazu Nr. 34857, o. D., MA 103458, BayHStA. – Wilhelm Sollmanns Haltung zum Antisemitismus zeigt sein Beitrag Der politische Antisemitismus. Seine Grundlagen und seine Auswegslosigkeit, in: Der Jud ist schuld ...? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel/Berlin/Leipzig/Wien 1932, S. 267–271.

83 Vgl. dazu bayerische Gesandtschaft Stuttgart an Staatsministerium des Äußern, Nr. 650, T. Nr. 1203, 3. 11. 1923, MInn 103457, BayHStA.

84 Vgl. dazu Der preußische Ministerpräsident an Reichskanzler, I. 10509, 5. 11. 1923, R 43/2193, BA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tig auf die Seite der SPD-Reichstagsfraktion, die schon am 26. September einen härteren Kurs der Regierung gegen Bayern gefordert hatte. Außerdem wies der preußische Ministerpräsident Stresemann noch darauf hin, daß die Mehrzahl der aus Bayern ausgewiesenen Ostjuden polnische Staatsangehörige seien. Im Falle eventueller polnischer Repressalien sei Preußen das einzige deutsche Land, das mit Polen eine gemeinsame Grenze besitze.

Das Schreiben Brauns wurde an die bayerische Staatsregierung weitergeleitet, doch mußte die Gefahr, die den deutsch-polnischen Beziehungen von der Ausweisungsaktion drohte, sowohl der Staatsregierung als auch dem Generalstaatskommissar seit längerem bekannt sein. Schon im Juni 1922, anläßlich der Initiative der DNVP zur Abschiebung der Ostjuden, hatte der jüdische Journalist Paul Nathan, Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender des „Hilfsvereins der deutschen Juden", auf die mögliche Konsequenz einer solchen Politik hingewiesen: „Wenn wir in Deutschland eine verschwindende Anzahl von Ostjuden bei uns nicht glauben dulden zu dürfen, so haben die Polen den herrlichsten Vorwand, um sich der Deutschen, die es bei ihnen gibt, zu entledigen."[85] Mochte den Verantwortlichen in Bayern diese Äußerung noch unbekannt geblieben sein, so hatte sich erst wenige Wochen zuvor, Anfang September 1923, der preußische Minister des Innern veranlaßt gesehen, die anderen Landesregierungen in Deutschland darauf hinzuweisen, daß die polnische Regierung jede sich bietende Gelegenheit zu Vergeltungsmaßnahmen gegenüber den noch im abgetretenen Gebiet wohnenden Deutschen nutzen werde. Severing hatte zu besonderer Vorsicht bei der Ausweisung polnischer Staatsangehöriger geraten, um der polnischen Regierung keinen Vorwand für eine Repressalie zu liefern[86].

So konnte Kahr also keineswegs überrascht sein, als schon am 26. Oktober der polnische Generalkonsul in München gegen die Ausweisung polnischer Staatsbürger Protest erhob. Dies mußte er, wie wir aus französischen Quellen wissen, beim Generalstaatskommissariat tun, da das bayerische Staatsministerium des Äußern Generalkonsul Malcewsky mit der Begründung dorthin verwiesen hatte, „que toute l'affaire avait été menée personellement pour M. de Kahr"[87]. Malcewsky bezeichnete die Begründungen für die Ausweisungen als nichtig und weit hergeholt und forderte in einer Note: „Sollte das Generalkonsulat bis zum 29. Oktober von der Rückgängigmachung der Ausweisung nicht benachrichtigt sein, werde sich die polnische Regierung zu ihrem Bedauern gezwungen sehen, Vergeltungen in Anwendung zu bringen."[88]

---

[85] Paul Nathan, Die Ostjuden in Deutschland und die antisemitische Reaktion, in: „Central-Verein-Zeitung", 30.6.1922, S. 113.

[86] Vgl. Der preußische Minister des Innern an das bayerische Staatsministerium des Innern, II.8031 B., 10.9.1923, MInn 71641, BayHStA.

[87] Charge d'Affaires de France à Munich à son Excellence Monsieur Raymond Poincaré Président du Conseil, Ministre des Affaires Etrangeres, Nr. 268, 2.11.1923, in: Série Z: Europe 1918–1929, Sous-série: Allemagne, Vol. 360, Bavière 1923, 16. Sept.–31. Dec., S. 79, Archives Diplomatiques du Ministère des Relations Extérieures, Paris.

[88] Polnisches Generalkonsulat München an den Generalstaatskommissar, Nr. 8002, 26.10.1923, R 43/2193, BA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch Kahr beantwortete die Note des Generalkonsuls erst am 30. Oktober und erklärte, die Maßnahmen richteten sich keineswegs gegen die Angehörigen bestimmter Staaten, sondern gegen solche Ausländer, die das Gastrecht des bayerischen Staates mißbraucht hätten[89]. Die damit inzwischen also in den Bereich der Realität gerückte Warnung des preußischen Ministerpräsidenten, die der Gesandte Haniel dem bayerischen Staatsministerium des Äußern vorgelegt hatte, wurde dort einfach mit dem Hinweis abgetan, die Ausweisungen erfolgten nicht etwa auf Grund fremder Staatsangehörigkeit oder der Zugehörigkeit zur jüdischen Konfession und seien zudem völkerrechtlich durchaus vertretbar. Die Abwanderung der Ausgewiesenen nach Preußen könne allerdings nicht verhindert werden. Man „müsse der preußischen Regierung anheimstellen, sich dieses unerwünschten Zuzugs ihrerseits zu entledigen"[90]. Dem bayerischen Ministerrat blieb das Protestschreiben des polnischen Generalkonsuls und die darin enthaltene Drohung ebenso unbekannt wie dem Auswärtigen Amt in Berlin. Als der bayerische Staatsminister für soziale Fürsorge, Heinrich Oswald, in der Sitzung des Ministerrats erklärte, er wolle zwar die Juden nicht verteidigen und habe auch nichts gegen eine Ausweisung von Leuten einzuwenden, die sich strafbar gemacht hätten, es sei aber bei den Ausweisungen zum Teil so wahllos vorgegangen worden, daß unerfreuliche Nebenwirkungen ausgelöst werden könnten, gelang es dem bayerischen Handelsminister Meisel noch, Oswald mit dem Hinweis zu beruhigen, das Generalstaatskommissariat habe nur Staatenlose ausgewiesen[91]. Das Auswärtige Amt erfuhr vom Schritt des Generalkonsuls in München erst am 15. November, als der Gesandte Haniel ein Schreiben des bayerischen Staatsministeriums des Äußern an das Auswärtige Amt weiterleitete, das vom Vorstoß Malcewskys berichtete, dabei allerdings hauptsächlich herausstrich, der polnische Generalkonsul habe einen Amtsraum mit brennender Zigarette betreten[92].

Das Auswärtige Amt hatte inzwischen – noch ohne Kenntnis vom Protest des polnischen Diplomaten in München – seinerseits die bayerische Staatsregierung auf mögliche polnische Reaktionen auf die Ostjudenausweisungen aufmerksam gemacht. Es sei schon seit längerem bekannt, daß die polnische Regierung die Ausweisung von polnischen Arbeitern aus Deutschland wiederholt zum Anlaß von Repressalien gegen das Deutschtum im abgetretenen Gebiet genutzt habe. Zahlreiche Deutsche, vor allem solche, die führende Positionen innegehabt hätten, seien ausgewiesen worden. Die bayerischen Ausweisungsmaßnahmen gäben erneut der polnischen Regierung die Möglichkeit zum Vorgehen gegen das führende Deutschtum. „Hierdurch" – so betonte das Auswärtige Amt – „würde das Deutschtum im abgetretenen Gebiet, auf dessen Erhaltung das größte Gewicht gelegt werden muß, aufs schwerste getroffen

[89] Vgl. dazu Generalstaatskommissar an das Generalkonsulat der Republik Polen in München, Nr. 1668, 30. 10. 1923, ebenda.

[90] Vertretung der Reichsregierung München an Reichskanzlei, Nr. 369, 19. 11. 1923, ebenda. – Der Bericht Haniels wurde Otto Braun allerdings ohne den hier zitierten Schlußsatz übermittelt.

[91] Vgl. dazu Niederschrift der Ministerratssitzung vom 3. 11. 1923, Nr. 43/1923, MA 103457, BayHStA.

[92] Vgl. dazu Staatsministerium des Äußern an Haniel, Nr. 34244, 15. 11. 1923, R 43/2193, BA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden." Das Auswärtige Amt machte sodann der bayerischen Staatsregierung deutlich, daß es, von seinem Standpunkt aus gesehen, begrüßt werden müsse, wenn die Ausweisungen unterblieben. Die öffentliche Meinung in Deutschland werde etwaige polnische Repressalien gegen das Deutschtum ohne Zweifel auf die bayerischen Maßnahmen zurückführen[93].

In der Tat stand für jede Reichsregierung seit der Gründung der Weimarer Republik – neben der Lösung des Reparationsproblems und der Beseitigung der Militärklauseln – die Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags im Vordergrund ihrer Außenpolitik. Aus Interesse einer solchen Politik mußte der Erhaltung des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten eine zentrale Bedeutung zukommen; denn eine Revision ließ sich nur dann begründen und erhoffen, wenn eine entsprechend große Zahl von Deutschen in jenen Gebieten verblieb. Aus diesem Grunde unterstützte die Reichsregierung auf geheimen Wegen die deutsche Bevölkerung in dem früher preußischen Teilgebiet Polens durch finanzielle Subventionen und suchte ihre Auswanderung zu unterbinden[94]. Die bayerische Ausweisungsaktion mußte also – zumal sie ausschließlich aus Polen stammende Ostjuden betraf, an deren Rücknahme Polen schon deshalb keineswegs dachte, weil sie der polnischen Regierung die Möglichkeit zu Repressalien bot – der Revisionspolitik der Reichsregierung diametral entgegengesetzt sein.

Weil das Auswärtige Amt, schon auf Grund der zu diesem Zeitpunkt so gespannten Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich, nicht mit einer schnellen bayerischen Reaktion auf seine Mahnung rechnen durfte, suchte es von sich aus einer Verschlechterung des deutsch-polnischen Verhältnisses vorzubeugen. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau erhielt die Anweisung, die polnische Regierung von den Ausweisungen in Bayern zu unterrichten und gleichzeitig die Bitte zu äußern, von Gegenmaßnahmen abzusehen, weil das Auswärtige Amt noch hoffe, sich mit der bayerischen Staatsregierung zu einigen[95]. Auch diese Initiative des Auswärtigen Amts zeigt, daß es von der Note, die der polnische Generalkonsul am 26. Oktober Kahr überreicht hatte, wahrscheinlich mit voller Absicht immer noch nicht unterrichtet worden war.

Während der Gesandte Haniel aus München berichtete, daß er die bayerische Staatsregierung auf die unerwünschten Konsequenzen der Ausweisungsaktion hingewiesen habe[96], konnte der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, dem Auswärtigen Amt allerdings mitteilen, daß die Ausweisungen der polnischen Regierung bereits bekannt seien, der polnische Außenminister Roman Dmowski Repressalien aber erst einmal zurückstellen wolle[97].

---

[93] AA an Vertreter der Reichsregierung in München, 5. 11. 1923, in: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 2, Dok. Nr. 221, S. 964 f.

[94] Vgl. dazu Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933, Stuttgart 1972, S. 50 f.

[95] Vgl. dazu AA an deutsche Gesandtschaft in Warschau, Nr. 257, 5. 11. 1923, 411/5, PA AA.

[96] Vgl. dazu Vertretung der Reichsregierung in München an Reichskanzlei, Nr. 435, 6. 11. 1923, R 43/2193, BA.

[97] Vgl. dazu deutsche Gesandtschaft Warschau an AA, Nr. 265, 9. 11. 1923, 411/5, PA AA. – Zu Rau-

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als der am 8./9. November 1923 in München stattfindende Hitler-Putsch die vom Auswärtigen Amt erhoffte – und in Polen bereits angekündigte – Einigung mit der bayerischen Staatsregierung in der Ausweisungsfrage verzögerte, ließ das Auswärtige Amt zur Beruhigung der polnischen Regierung einfach nach Warschau melden, die Ausweisungen, gegen die von den Betroffenen Einspruch erhoben worden sei, seien bereits zurückgenommen worden, Repressalien von polnischer Seite damit überflüssig[98]. Da diese Aussage aber keineswegs den Tatsachen entsprach, ging dem Vertreter der Reichsregierung in München erneut eine Aufzeichnung für die bayerische Staatsregierung zu, in der das Auswärtige Amt noch einmal die Bedenken gegen die Ausweisungsaktion zusammenfaßte. Im Falle des Beharrens auf den Ausweisungen stehe zu erwarten, daß die polnische Regierung für jeden ausgewiesenen polnischen Staatsangehörigen zwei oder sogar mehrere anerkannte Führer des Deutschtums im abgetretenen Gebiet ausweisen werde. Das Auswärtige Amt führte noch einige angebliche Drohungen Polens an, die in Wirklichkeit aus der polnisch-jüdischen Presse stammten, etwa die Ankündigung, alle in Polen lebenden bayerischen Staatsangehörigen würden ausgewiesen; deren Zahl beziffere sich auf mehrere Hundert. Außerdem werde der Boykott bayerischer Waren erwogen, von dem besonders die Nürnberger Uhren- und Spielwarenindustrie betroffen sein könnte. Schließlich rieten auch polnische Ärzte ihren Patienten bereits davon ab, bayerische Kurorte aufzusuchen[99]. Es ist offensichtlich, daß das Auswärtige Amt, nachdem sein mit nationalen Belangen begründeter Appell in Bayern erfolglos geblieben war, neben den Reichsinteressen auch spezifisch bayerische ins Spiel zu bringen versuchte, um eine Rücknahme der Ausweisungen zu erreichen. Das bayerische Ministerium des Äussern suchte indessen dem Auswärtigen Amt selbst zu diesem Zeitpunkt noch weiszumachen, daß in Bayern ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit und Konfession lediglich gegen solche Ausländer vorgegangen werde, die sich strafbar gemacht hätten[100]. Das Auswärtige Amt meldete denn auch dem Gesandten Rauscher nach Warschau, die Ausweisungen beträfen nur einen Bruchteil der in Bayern lebenden polnischen Staatsbürger und seien rechtlich durchaus einwandfrei. Es gebe daher keinerlei Anlaß zu polnischen Vergeltungsmaßnahmen[101]. Doch konnten solche Manöver in Warschau nicht verfangen.

Am 16. November mußte Rauscher aus Warschau berichten, die polnische Regierung vertrete jetzt den Standpunkt, daß eine bloße Rücknahme der Ausweisungen nicht mehr ausreiche, weil damit die bereits erfolgte wirtschaftliche Schädigung der Ausgewiesenen nicht behoben werde. Polnische Repressalien seien jetzt unvermeidbar. Der Gesandte schloß mit dem Wunsch: „Da deutsche Interessen in Posen und Pommerellen hierdurch aufs schwerste gefährdet, bitte dringend bei bayerischer Regierung auf sofortige Einstellung der Exekutivmaßnahmen hinsichtlich ausgewiese-

scher vgl. Kurt Doß, Zwischen Weimar und Warschau. Ulrich Rauscher. Deutscher Gesandter in Polen 1922–1930. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1984.

98 Vgl. dazu AA an deutsche Gesandtschaft Warschau, Nr. 267, 10. 11. 1923, 411/5, PA AA.

99 Vgl. dazu AA an Vertreter der Reichsregierung in München, IVa PO 162922, 10. 11. 1923, ebenda.

100 Vgl. dazu bayerisches Staatsministerium des Äußern an Vertreter der Reichsregierung in München, Nr. 34184, 14. 11. 1923, R 43/2193, BA. – Ein Bericht der Polizeidirektion München vom gleichen Tag machte deutlich, daß es ausschließlich gegen Ostjuden einschritt. Vgl. dazu Polizeidirektion München an Staatsministerium des Innern, 14. 11. 1923, MInn 71641, BayHStA.

101 Vgl. dazu AA an Deutsche Gesandtschaft Warschau, Nr. 264, 15. 11. 1923, 411/5, PA AA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ner Polen auch in den Fällen, wo nach deutscher Auffassung Ausweisung gerechtfertigt, hinzuwirken."[102] Diesen Bericht Rauschers ließ Stresemann nach München mit dem Vermerk weiterleiten: „Bitte gemäß vorstehenden Telegramms bei bayerischer Regierung vorstellig werden."[103]

Eine Zurücknahme der Ausweisungen erfolgte jedoch nicht. Selbst eine Stimme aus dem eigenen Land, die Bedenken des Regierungspräsidenten von Oberfranken gegen die Ausweisungen wegen der drohenden polnischen Vergeltungsmaßnahmen, wies Kahr mit dem Hinweis zurück, es bestehe kein Anlaß, den Angehörigen bestimmter Staaten eine Vorzugsstellung einzuräumen[104]. Ein Schreiben des Reichsministers des Innern, in dem ein Bericht der deutschen Gesandtschaft in Wien zitiert wurde, nach dem die in Bayern getroffenen Maßnahmen gegen die Ostjuden das Ansehen des Reichs im Ausland schädigten, beantwortete das bayerische Staatsministerium des Äußern mit dem Satz: „Das Reichsministerium scheint von der Annahme auszugehen, daß in Bayern gegen die Juden Maßnahmen getroffen seien. Diese Annahme ist irrig."[105]

Da also die bayerische Staatsregierung, zumindest so lange der Generalstaatskommissar v. Kahr noch sein Amt ausübte, zu einer Rücknahme der Ausweisungen nicht bewogen werden konnte, änderte das Auswärtige Amt zu Beginn des Jahres 1924 seine Taktik. Jetzt bestand es nicht mehr auf der Rücknahme der Ausweisungen, sondern es bat lediglich darum, die Ausweisungen, sofern noch möglich, aufzuschieben. Hintergrund dieses Kurswechsels des Auswärtigen Amts, das auch nach dem Wechsel im Amt des Reichskanzlers von Stresemann zu Dr. Wilhelm Marx (Zentrum) am 30. November 1923 weiterhin von Stresemann geführt wurde, bildete ohne Zweifel die noch unberechtigte Hoffnung, die bayerische Staatsregierung werde über kurz oder lang den Initiator der Ausweisungsaktion, den Generalstaatskommissar v. Kahr, fallen lassen und dann einer endgültigen Bereinigung des Problems nicht mehr abgeneigt sein. Tatsächlich hatten es die der Bayerischen Volkspartei angehörenden Minister in der Sitzung des Ministerrats vom 10. November 1923 bereits für unmöglich erklärt, den Generalstaatskommissar, schon wegen seiner Haltung während des Hitler-Putsches, noch länger im Amt zu belassen[106]. Es konnte also nur noch einige Wochen dauern, bis der Entscheidungsprozeß innerhalb der Bayerischen Volkspartei abgeschlossen sein würde. Außerdem hoffte die Reichsregierung wohl noch immer, daß der polnische Generalkonsul in München doch noch aus Warschau die Anweisung erhalten werde, mit den bayerischen Behörden direkt in Kontakt zu treten, um so zu einer Verständigung zwischen Polen und Bayern ohne Hinzuziehung des Reiches zu gelangen[107].

In diese Phase des Abwartens, während der vom Reichsminister des Innern der Reichskanzlei mitgeteilt werden konnte, daß sich die an verschiedenen Orten

---

[102] Deutsche Gesandtschaft Warschau an AA, Nr. 268, 16. 11. 1923, ebenda.

[103] Reichskanzlei an Reichsvertreter in München, 20. 11. 1923, R 43/2193, BA.

[104] Vgl. dazu Generalstaatskommissariat an das Regierungspräsidium von Oberfranken, Nr. 4605, 10. 12. 1923, Generalstaatskommissar 89, BayHStA.

[105] Ministerpräsident v. Knilling an das Reichsministerium des Innern, I. 185, 31. 12. 1923, R 43/2193, BA.

[106] Vgl. dazu Richard Keßler, Heinrich Held als Parlamentarier, Berlin 1971, S. 509.

[107] Vgl. dazu AA an Vertreter der Reichsregierung in München, Nr. 267, 7. 1. 1924, R 43/2193, BA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschlands im November vorgekommenen Ausschreitungen gegen Juden nicht wiederholt hätten[108], platzte die Nachricht aus Posen, von der polnischen Regierung würden als Vergeltung für die bayerischen Ausweisungen 14 deutsche Familien ausgewiesen[109]. Die Zahl 14, so erläuterte die deutsche Gesandtschaft in Warschau diese Meldung, erkläre sich daraus, daß von 88 bisher in Bayern ausgesprochenen Ausweisungen angeblich nur 14 durchgeführt worden seien[110]. In Wirklichkeit aber war schon damals – und ist auch heute – die Zahl der wirklich durchgeführten Ausweisungen überhaupt nicht mehr zu ermitteln, zumal viele Ostjuden Bayern bereits „freiwillig" verlassen hatten.

Ministerialdirektor Karl v. Schubert im Auswärtigen Amt, der sich sogleich beim polnischen Gesandten in Berlin über die polnischen Ausweisungen beschwerte, kam zu dem Eindruck, daß die Reichsregierung in der Ausweisungsangelegenheit einen wirklich schweren Stand habe, und schlug deshalb eine schnelle Lösung der Frage der finanziellen Entschädigung der aus Bayern ausgewiesenen polnischen Juden vor. Vor allem aber müsse den Landesregierungen und den inneren Behörden im ganzen Reichsgebiet klar gemacht werden, welche Folgen für die deutschen Landsleute in Polen entstehen könnten, „wenn weiterhin in Ausweisungsfragen ein solch unerhörter Unfug gestiftet wird, wie in Bayern"[111]. Immerhin hatten die Bemühungen des Gesandten Rauscher in Warschau und des Auswärtigen Amts in Berlin zur Folge, daß der erst seit dem 20. Dezember im Amt befindliche polnische Ministerpräsident Ladislaus Grabski die von der polnischen Regierung verfügten Ausweisungen, die inzwischen eine Gruppe von 424 Deutschen umfassen sollten, aufschob[112]. Erneut bat das Auswärtige Amt die Staatsregierung in München, die verfügten Ausweisungen weiterhin auszusetzen[113]. Diese Bitte stieß jetzt plötzlich in Bayern nicht mehr auf taube Ohren. Das Staatsministerium des Äußern erklärte sich, trotz aller angeblich auf bayerischer Seite noch bestehenden schweren Bedenken, am 6. Februar 1924 bereit, die Ausweisung der polnischen Staatsangehörigen zunächst für drei Wochen aufzuschieben[114].

Ursache für dieses Einlenken bildete die Einsicht der Staatsregierung, das bisher so schlechte Verhältnis zur Reichsregierung endlich wieder verbessern zu müssen. Von einer nicht mehr an einer Politik der Konfrontation mit dem Reich interessierten bayerischen Staatsregierung konnten die Ausweisungen, die zu einer Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen und zu einer Belastung der deutschen Revisionspolitik geführt hatten, nicht länger gebilligt werden. Zwar hatte der bayerische Gesandte Preger der Reichsregierung in Berlin noch am 5. Januar 1924 eine „Denkschrift zur

---

[108] Vgl. dazu Reichsminister des Innern an Reichskanzlei, Nr. 8137, ebenda. – Der bekannteste Vorfall war die Ausschreitung in Berlin vom 5. und 6. November 1923, als eine erregte Menge ins Scheunenviertel aufbrach, um dort Geschäfte von Ostjuden zu plündern. Vgl. dazu „Jüdische Rundschau", Nr. 96, 9. 11. 1923; Greive, Antisemitismus, S. 120.

[109] Vgl. dazu Generalkonsulat Posen an AA, Nr. 14, 28. 1. 1924, 411/5, PA AA.

[110] Vgl. dazu deutsche Gesandtschaft Warschau an AA, Nr. 52/24, 18. 1. 1924, R 43/2193, BA.

[111] Aufzeichnung v. Schubert, IVa PO 12402, 28. 1. 1924, 411/5, PA AA.

[112] Vgl. dazu Generalkonsulat Posen an AA, Nr. 48, 31. 1. 1924, ebenda.

[113] Vgl. dazu AA an Vertreter der Reichsregierung in München, Nr. 4877, 4. 2. 1924, ebenda.

[114] Vgl. dazu Staatsministerium des Äußern an Vertreter der Reichsregierung in München, Nr. 41, 6. 2. 1924, R 43/2193, BA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Revision der Weimarer Verfassung" überreicht, die eine Rückgabe der Finanz- und Verkehrshoheit, eine Änderung der Ausnahmezustands-Gesetzgebung und größere Rechte auf außenpolitischem und militärischem Gebiet für Bayern forderte[115], doch herrschte insgesamt bei der Staatsregierung die Neigung vor, das Verhältnis zum Reich wieder schnell zu normalisieren. Seit Kahr in Sachen Finanzhoheit Anfang Dezember 1923 gegen den bayerischen Staatsminister für Finanzen, Wilhelm Krausneck (BVP), eine politische Niederlage erlitten hatte, war auch der Verbleib Kahrs in seinem Amt nur noch eine Frage der Zeit[116]. Am 18. Januar 1924 traf Ministerpräsident v. Knilling in Bad Homburg mit Reichskanzler Marx zusammen und besprach die zwischen Bayern und Reich strittigen Fragen[117].

Am 14. Februar folgte Stresemann der Empfehlung Schuberts und machte alle Länder des Reiches auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich für das Deutschtum in den besetzten Gebieten aus der Ausweisung polnischer Staatsangehöriger ergeben konnten. Um zu vermeiden, daß Polen eine zielbewußte Politik der Entdeutschung der ehemals preußischen Gebiete fortsetze, bat er, Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger künftig nur noch im Einvernehmen mit der Reichsregierung vorzunehmen[118]. Am gleichen Tag kam es in Berlin zum Abschluß einer zwischen Reichskanzler Marx und dem bayerischen Staatsminister Franz Matt (BVP) ausgehandelten „Berliner Punktation", in der Matt eine geringfügige Verbesserung des Reichswehrgesetzes im Sinne Bayerns aushandelte. Auf Grund dieser Vereinbarung reichte Generalleutnant v. Lossow am 17. Februar sein Entlassungsgesuch ein; das Rücktrittsgesuch Kahrs folgte noch am gleichen Tag. Beiden Gesuchen wurde sogleich stattgegeben[119].

Nicht zu Unrecht erhoffte sich jetzt der Vertreter der Reichsregierung in München eine schnellere Lösung der Ausweisungsfrage. Allenfalls das bayerische Staatsministerium des Äußern, so glaubte der Gesandte v. Haniel, werde zunächst noch aus Prestigegründen auf einer Durchführung der Ausweisungen bestehen[120]. Und in der Tat entschloß sich die Staatsregierung zunächst nicht zu einer Aufhebung der Ausweisungen, wohl aber zu deren erneuter Verschiebung. Erst die nach dem Rücktritt Knillings seit dem 1. Juli 1924 amtierende bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Heinrich Held (BVP) änderte ihre Haltung in der Ausweisungsfrage. Ihre politische Absicht, dem Antisemitismus in Bayern entgegenzutreten, verdeutlichte die neue Regierung im September 1924, als sie die gegen die Juden in Bayern gerichteten Anträge des Völkischen Blocks, die erneut eine Ausweisung aller nach 1914 zugewanderten Juden vorsahen, im bayerischen Landtag mit Hilfe ihrer parlamentarischen Mehrheit

---

[115] Vgl. dazu Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923, Berlin 1970, S. 321.

[116] Vgl. dazu Schwend, Bayern, S. 252f.

[117] Vgl. dazu Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Moser v. Filseck. Hrsg. von Wolfgang Benz, München 1978, S. 150f.

[118] Vgl. dazu AA an Landesregierungen, 14. 2. 1924, MInn 71641, BayHStA. – Einen gleichlautenden Appell wiederholte der Minister im April 1924. Vgl. dazu Reichsminister des Innern an Landesregierungen, Nr. 2947, 1. 4. 1924, ebenda.

[119] Vgl. dazu Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4, S. 482 und Benz, Filseck, S. 152, Anm. 4.

[120] Vgl. dazu Vertreter der Reichsregierung in München an AA, IV PO 2454, 20. 2. 1924, 411/5, PA AA.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zurückwies[121]. Im März 1925 teilte die bayerische Staatsregierung der Reichsregierung auf eine entsprechende Anfrage schließlich mit, daß den Ausweisungsbefehlen die rechtliche Grundlage entzogen sei. Mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern sei auch die Verordnung des Generalstaatskommissars vom 26. September 1923 außer Kraft getreten, die Voraussetzung für die Ausweisungen auf Grund wirtschaftlicher Verfehlungen gewesen sei[122].

V.

Es ist natürlich nicht möglich, den Generalstaatskommissar v. Kahr, so wie das ein Zeitgenosse, der damalige englische Generalkonsul in Deutschland, Smallbones, tat, lediglich als einen „political nincompoop", einen politischen Dummkopf zu beurteilen[123] und deshalb auf die Frage nach den seine Ausweisungspolitik leitenden Motiven und Intentionen zu verzichten. Folgende Überlegungen lassen sich erkennen:

1. Zunächst betrachtete Kahr, über dessen persönliche antisemitische Einstellung kein Zweifel besteht, die von ihm verfügten Ausweisungen als eine Fortsetzung jener Politik, die er bereits während seiner Amtszeit als bayerischer Ministerpräsident zwischen 1920 und 1921 begonnen hatte. Diese Politik suchte alle – seiner Meinung nach – schädigenden Einflüsse in Bayern auszuschalten und führte zu einer Art Kreuzzug gegen tatsächliche und vermeintliche Exzesse und Laster der Zeit, besonders gegen den Wucher[124]. Wucherer und Schieber aber schienen Kahr – wie anderen seiner rechtsstehenden Zeitgenossen – Synonyma mit dem Begriff Juden. Deshalb suchte er vor allem den jüdischen Einfluß in Bayern zurückzudrängen. Sämtliche seit 1914 eingewanderten Juden einfach auszuweisen, hatte sich 1920/21 als politisch undurchführbar erwiesen. Jetzt, im Oktober 1923, sah es für Kahr so aus, als könne er seinen alten Wunschtraum doch noch verwirklichen, da er, ausgestattet mit gleichsam diktatorischen Vollmachten, keine Rücksicht auf parlamentarische Mehrheiten mehr zu nehmen brauchte. Auch fühlte sich der neuernannte Generalstaatskommissar unter einer Art Zugzwang. Die bayerische Öffentlichkeit erhoffte sich von ihm vor allem die Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme. Zwar war dies auf Grund der herrschenden Hyperinflation weder allein vom Land Bayern noch gar durch die Ausweisung von Ostjuden zu erreichen. Aber wenn er gegen die „Ostjuden" einschritt, verhieß Kahr weiteres Vorgehen gegen das gesamte

[121] Vgl. dazu Vertreter der Reichsregierung in München an AA, Nr. 886, 15. 9. 1924, R 43/2193, BA. – Einer Abordnung des Verbandes jüdischer Gemeinden in Bayern, die sich über die antisemitischen Anträge im Landtag beschwerte, erklärte Held, die antisemitischen Strömungen seien darauf zurückzuführen, daß an der Spitze der linksradikalen Bewegung Juden stünden. Vgl. dazu Auszug aus der Sitzung des bayerischen Ministerrats, Nr. 13, 31. 7. 1924, MA 100116, BayHStA.

[122] Vgl. dazu Vertreter der Reichsregierung in München an AA, Nr. 103, 26. 3. 1925, R 43/2193, BA und Staatsministerium des Äußern an Vertreter der Reichsregierung in München, Nr. 26361, Verbalnote, 411/6, PA AA.

[123] Feldman, Bayern, S. 593, Anm. 41.

[124] Ebenda, S. 594.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Judentum, gegen den „Sündenbock", den viele für alle Nöte der Zeit verantwortlich machten.

2. Weiterhin kann kein Zweifel daran bestehen, daß Kahr sich mit Hilfe der Ausweisungsaktion besonders bei den Nationalsozialisten beliebt machen wollte. Dies ist von Zeitgenossen als das Hauptmotiv für die Ausweisungen angesehen worden. So berichtete der französische Gesandte Pozzi aus München an Außenminister Poincaré, Kahr habe seit seinem Amtsantritt als Generalstaatskommissar einen Punkt in Hitlers Programm einer vordringlichen und schnellen Realisierung für würdig befunden: den Antisemitismus[125]. Zur gleichen Einschätzung kam Martin Enker in einem Artikel der „Weltbühne", in dem er schrieb: „Herr v. Kahr tut, was Hitler auf seinem Programm als Generalnenner hat. Er weist die Juden aus."[126] Das sogenannte 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 hatte keinen Zweifel an der Haltung der Partei zu den Juden gelassen; Punkt 4 forderte deutlich, daß kein Jude Volksgenosse sein könne[127]. Hitler selbst hatte beispielsweise in einer Parteiversammlung am 6. April 1920 die sofortige Ausweisung aller Ostjuden verlangt[128], und er erweiterte seine Forderung, als er am 18. September 1922 – auf einer ähnlichen Versammlung – die sofortige Ausweisung sämtlicher seit 1914 eingewanderter Juden aus Deutschland vorschlug[129]. Es darf daher dem Urteil von Jakob Marx gefolgt werden, der im Jahre 1925 formulierte: „In München hat Kahr seinen nationalsozialistischen Freunden (oder Feinden, dies weiß man nicht genau) einen Brocken hingeworfen, indem er ganz systematisch eine Massenausweisung nichtdeutscher Juden anordnete."[130] Hitler selbst äußerte sich am 30. Oktober 1923 ganz so, als habe die NSDAP selbst die Ausweisungen veranlaßt: „Wir haben nur 30 Juden ausgewiesen – eine halbe Maßnahme ohne Wegnahme des Gestohlenen – und die ganze Judenpresse heult heute über uns."[131]

Falls Kahr gehofft hatte, mit seiner Maßnahme Sympathien bei der NSDAP und Hitler zu gewinnen, so hatte er sich geirrt. Hitler war die ganze Aktion längst nicht rigoros genug gewesen, und so äußerte er am 26. Februar 1925 vor dem Volksgerichtshof, vor dem er sich wegen des Putsches am 8./9. November 1923 verantworten mußte: „Die sogenannte Judenfrage sei nicht das Problem der Ausweisung von 60 oder 70 alten Ostjudenfamilien, das Problem gehe wesentlich tiefer."[132] Aus der Sicht Hitlers, der auch schon früher aus seiner negativen Haltung gegenüber Kahr

[125] Vgl. dazu Charge d'Affaires de France à Munich à son Excellence Monsieur Raymond Poincaré Président du Conseil, Ministre des Affaires Etrangères, Nr. 264, 27. 10. 1923, in: Série Z: Europe 1918–1929, Sous-série: Allemagne, Vol. 360, Bavière 1923, 16. Sept.–31. Déc., ADMRE.

[126] Martin Enker, Kahr, Hitler und die Juden, in: „Die Weltbühne", Nr. 45, 8. 11. 1923, S. 465.

[127] Vgl. dazu Walter Mohrmann, Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ost-Berlin 1972, S. 191.

[128] Jäckel/Kuhn, Hitlers Aufzeichnungen, S. 119.

[129] Ebenda, S. 692.

[130] Marx, Judentum, S. 54.

[131] Jäckel/Kuhn, Hitlers Aufzeichnungen, S. 1050.

[132] Ebenda, S. 1079.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kein Hehl gemacht hatte[133], mußte es so scheinen, als ob Kahr den Rassenantisemitismus, den Hitler vertrat, überhaupt nicht verstanden und deshalb nicht ernst genug genommen hatte.

3. „Dem Generalstaatskommissar erschienen das Reich, seine politische Form, seine seelischen Kräfte, seine wirtschaftliche Existenz in völligem Verfall."[134] Seine letztlich auf die Wiederherstellung einer Monarchie der Wittelsbacher gerichtete Politik des Föderalismus wandte sich aber nicht nur gegen die Weimarer Verfassung. Das „rote Reich" schien ihm, wie seinen rechtsstehenden Freunden, unter marxistischem Einfluß zu stehen, zumal die Sozialdemokraten im Kabinett Stresemann die Regierungsverantwortung teilten. Diese verhaßte Reichsregierung, die ihre scheinbare Unfähigkeit in den Augen der nationalen Kräfte soeben mit der Einstellung des passiven Widerstands gegen die französischen Maßnahmen im Ruhrgebiet bewiesen hatte, wollte Kahr bewußt dadurch in Schwierigkeiten und eventuell sogar zu Fall bringen, daß er ihr nicht nur in der Innenpolitik, sondern vor allem auch in der Außenpolitik Steine in den Weg legte.

Die bayerische Staatsregierung und Kahr wußten bereits seit längerem von den polnischen Bemühungen, einen Teil der Deutschen in den ehemaligen preußischen Gebieten zur Abwanderung zu veranlassen. Ebenso bekannt war Kahr die deutsche Politik, die diese Abwanderung in jedem Fall zu verhindern suchte, um einer Revision der Ostgrenzen des Reichs nicht alle Chancen zu nehmen. Die Reichsregierung hatte die Länderregierungen mehrfach davor gewarnt, polnische Staatsbürger auszuweisen, da Polen dies seinerseits zu einer Ausweisung von Deutschen nutzen könne. Nach Verhängung der Ausweisungen verschloß sich der Generalstaatskommissar allen Bitten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amts, die Ausweisungen doch mit Rücksicht auf die nationalen Interessen des Reichs zurückzunehmen. Die ihm bereits vom polnischen Generalkonsul in München angedrohten Repressalien teilte Kahr der Reichsregierung nicht einmal mit, und selbst nach Bekanntwerden der polnischen Ausweisung deutscher Staatsbürger behielt er diese Haltung bei. Erst nach seinem Rücktritt konnte die den Interessen des Reichs eher zugängliche Regierung Held zu einer Rücknahme der Ausweisungen gewonnen werden.

Neben der Gefährdung der deutschen Revisionspolitik im Osten durch die Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen drohte der deutschen Außenpolitik aber auch noch auf einem weiteren zentralen Sektor schwerer Schaden durch die bayerische Ausweisungsaktion. Schon wenige Tage nach Bekanntwerden der Ausweisungen hatte das Auswärtige Amt versucht, die bayerische Staatsregierung auf die „ungünstigen Wirkungen" hinzuweisen, die von dieser Aktion in England und in den USA zu erwarten seien[135]. In einem Telegramm, das der Vertreter der Hearst-Presse in Europa, Karl v. Wiegand, am 8. November 1923 an Kahr gerichtet hatte, hieß es: „Sensationelle Berichte von Judenausweisungen in Bayern zusammen mit Judenverfolgun-

[133] Vgl. dazu Schwend, Bayern, S. 231.
[134] Ebenda.
[135] Vgl. dazu Anm. 60.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen in Nürnberg, Bamberg und in den letzten Tagen in Berlin, haben in Amerika große Aufregung verursacht und gefährden das große Hilfswerk für Deutschlands Not, das jetzt dort vom Präsidenten Coolidge vorbereitet wird. Wäre Exzellenz außerordentlich dankbar für telegraphische Äußerung über Bayerns Standpunkt Juden gegenüber und wieviel ausgewiesen."[136] Auch der Reichstagsabgeordnete Cremer sah in einem Schreiben an die Reichskanzlei die negativen Folgen der „angeblichen Judenverfolgungen in Deutschland" voraus. Eine Klarstellung der im Ausland kursierenden Berichte über antisemitische Auswüchse im Reich sei vor allem in der englischen und amerikanischen Presse erforderlich, da sonst eine negative Reaktion auf die Hilfsaktion für Notleidende in Deutschland und auf die gesamte Stimmung gegenüber Deutschland zu erwarten sei[137].

Was sich wirklich hinter diesen allgemein gehaltenen Warnungen verbergen konnte, zeigte ein Auszug aus der Berichterstattung des französischen Gesandten in München an das französische Außenministerium. Der Gesandte Pozzi regte nämlich an: „Vielleicht hätte unsere Propagandaabteilung die Möglichkeit, jene Ereignisse, deren Opfer die Juden zu werden drohen, allgemein und vor allem im Ausland bekannt zu machen. Das würde ohne Zweifel den Deutschen viele Sympathien entziehen; besonders in den angelsächsischen Ländern, wo die jüdische Hochfinanz einen schwer abschätzbaren Einfluß ausübt."[138]

Aus dem Vorschlag des französischen Gesandten wird deutlich, daß nicht nur das Hilfsprogramm für notleidende Deutsche auf dem Spiel stand. Die antisemitischen Auswüchse in Deutschland und vor allem die bayerische Ausweisungsaktion konnten zu einem politischen Druck der in den USA lebenden Juden auf die Coolidge – Administration und damit zu negativen Folgeerscheinungen in der amerikanischen Deutschlandpolitik führen. So führte Rudolf Bertram in seinem Buch über die Lage der Ostjuden in Deutschland, das Anfang 1924 erschien, nicht zu Unrecht aus, daß es, schon weil es in den USA Millionen von Ostjuden gäbe, zu einer Einstellung der großzügigen Hilfsaktion der USA für Deutschland kommen könne. Deutschland aber sei bei der Lösung der Reparationsfrage und beim Wiederaufbau auf die USA angewiesen[139]. Die Bereitschaft der USA, bei der Lösung der Reparationsfrage mitzuwirken, hatte Präsident Coolidge am 17. August 1923 deutlich zu erkennen gegeben. An dieser Bereitschaft war, trotz des machtpolitischen Rückzuges der USA aus Europa seit dem Scheitern der Politik Wilsons, schon aus Gründen des außenhandelspolitischen Engagements der USA in Europa nicht zu zweifeln[140]. Dennoch

[136] Telegramm Wiegand an v. Kahr, 8. 11. 1923, Generalstaatskommissar 89, BayHStA.

[137] Vgl. dazu Dr. Cremer an Reichskanzlei, 22. 11. 1923, R 43/2193, BA.

[138] Charge d'Affaires de France à Munich à son Excellence Monsieur Raymond Poincaré, Président du Conseil, Ministre des Affaires Etrangeres, Nr. 264, 27. 10. 1923, in: Série Z: Europe 1918–1929, Sous-série: Allemagne, Vol. 360, Bavière 1923, 16. Sept.–31. Dec., S. 76, ADMRE.

[139] Vgl. dazu Bertram, Ostjuden, S. 15.

[140] Zur Einwirkung der USA auf die Stabilisierung der deutschen Währung und den Abbau der Hyperinflation vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932, Düsseldorf 1970; Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Fol-

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte der Druck der öffentlichen Meinung Coolidge dazu zwingen, die Einlösung seines Versprechens hinauszuzögern. Eine solche Verzögerung aber mußte der Politik Stresemanns, die auf eine Lösung der Reparationsfrage und damit auf eine schnelle Stabilisierung der Währung und erfolgreiche Bekämpfung der Hyperinflation drängte, schweren Schaden zufügen.

In einem Bericht, den der bayerische Gesandte in Württemberg zu den Wirkungen der Maßnahmen des Generalstaatskommissars v. Kahr außerhalb Bayerns vorlegte, hatte es zum Schluß geheißen: „Man hört oft genug, daß die deutsche Politik so wenig verstehe, den Eindruck, den sie im Ausland erweckt, abzuschätzen und darauf die Rücksicht zu nehmen, die im eigensten deutschen Interesse gebieterisch ist. Ähnliches gilt wohl auch, man verzeihe mir, wenn ich das sage, manchmal für Bayern und Bayerns Politiker."[141] Dem Generalstaatskommissar v. Kahr aber war im Herbst 1923 durchaus bewußt, daß er mit der Ausweisung von Ostjuden aus Bayern den außenpolitischen Interessen des Reichs Schaden zufügen konnte, doch verleitete ihn sein Haß auf die Reichsregierung unter Stresemann dazu, jede Rücksichtnahme auf diese Interessen zu verweigern.

VI.

Noch in den letzten Jahren der Weimarer Republik herrschte gegenüber den zugewanderten „Ostjuden" Zurückhaltung. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten änderte sich das sogleich. Der Reichsminister des Innern im Kabinett des Reichskanzlers Adolf Hitler, Dr. Wilhelm Frick (NSDAP), erhielt bereits Anfang März 1933 von der Reichskanzlei Überlegungen Hitlers zur Vorbereitung einer „völkischen Gesetzgebung" übersandt, die sich mit den Ostjuden befaßten. Zum einen sollten gesetzliche Regelungen, unter Hinweis auf bevölkerungspolitische und sanitätspolizeiliche Gründe, die weitere Zuwanderung von Ostjuden unterbinden, zum anderen die Aufhebung sämtlicher seit 1918 erfolgter Namensänderungen vorsehen, um eingewanderte Ostjuden schneller identifizieren zu können. Im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen sollten die Länder sodann eine gewisse Anzahl der eingewanderten und nicht eingebürgerten Ostjuden ausweisen[142]. Frick wies daraufhin alle Länderregierungen an, „erhöhte Aufmerksamkeit und scharfes Vorgehen gegen die Zuwanderung von Ausländern ostjüdischer Nationalität zur Pflicht zu machen" und Ostjuden, die sich unbefugt im Reichsgebiet aufhielten, auszuweisen[143].

Am 20. März 1933 sah sich deshalb der polnische Gesandte in Berlin veranlaßt, beim Auswärtigen Amt vorstellig zu werden, „um neue Fälle von Ausschreitungen ge-

---

gen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

[141] Bayerische Gesandtschaft Stuttgart an Staatsministerium des Äußern, Nr. 544, T. Nr. 1051, 4. 10. 1923, MInn 103457, BayHStA.

[142] Vgl. dazu Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Teil I: 1933/34, Bd. 1, Bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, Dok. Nr. 50, S. 182 f.

[143] Ebenda, S. 183.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen polnische Staatsangehörige, vorwiegend oder ausschließlich Juden, zur Sprache zu bringen"[144]. Im Gespräch mit Staatssekretär v. Bülow betonte der Gesandte, was in der bei dieser Gelegenheit übergebenen schriftlichen Beschwerde fehlte, daß die – teilweise sehr grausamen – Ausschreitungen ausschließlich von Leuten in SA-, SS- oder Hilfspolizeiuniform verübt worden seien. Bülow versicherte dem Gesandten, die deutsche Regierung sei entschlossen, diese Ausschreitungen nicht zu dulden, und werde die Täter, sofern sie ihrer habhaft werde, bestrafen.

Zwei Wochen später wandte sich Außenminister v. Neurath in einem persönlichen Schreiben an Frick und fügte diesem Schreiben mehrere Schriftstücke bei, aus denen die Mißhandlung und Beraubung von Juden polnischer Staatsangehörigkeit in allen Teilen Deutschlands eindeutig hervorging. Neurath bat den Reichsminister des Innern, diesen Beschwerden nachzugehen, und fuhr fort: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie, sehr geehrter Herr Frick, bitten, bei den in Frage kommenden Fällen darauf hinzuwirken, daß in Zukunft, sollten sich Übergriffe herausstellen, mit allem Nachdruck derartigen Ausschreitungen entgegengetreten wird, da diese geeignet sind, das Ansehen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes im Ausland auf das Schwerste zu gefährden."[145] Doch Neurath unterschätzte die Dimension und den Willen der Nationalsozialisten, ihr „rassenpolitisches Programm" in die Praxis umzusetzen.

Im Juli 1935 fragte der Regierungspräsident in Düsseldorf beim Reichs- und Preußischen Minister des Innern in Berlin an, ob es im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen noch notwendig sei, in der Handhabung der Fremdenpolizei „gegenüber polnischen Staatsangehörigen (Ostjuden) eine Milderung eintreten zu lassen", da eine Beschwerde des polnischen Konsulats in Essen um eine solche Milderung bitte[146]. Die Antwort aus Berlin erfolgte nicht ohne vorheriges Hinzuziehen des Auswärtigen Amts. Das Referat Po IV stellte fest, es gäbe zwar keinen Grund, im Hinblick auf die polnisch-deutschen Beziehungen Ostjuden mit polnischer Staatsangehörigkeit rücksichtsvoller zu behandeln, die Versagung der Aufenthaltserlaubnis aber solle im Einzelfall weiterhin genauer Prüfung unterliegen[147]. Doch mit diesen Überlegungen konnte sich das Referat Po IV bereits im eigenen Hause nicht mehr durchsetzen. Das Ministerium des Innern erhielt vom Auswärtigen Amt nämlich die lakonische Antwort: „Unter dem Gesichtspunkt der deutsch-polnischen Beziehungen sieht das Auswärtige Amt keine Veranlassung zu einer unterschiedlichen fremdenpolizeilichen Behandlung von Ostjuden polnischer Staatsangehörigkeit."[148]

Die endgültige Aufgabe aller Rücksichtnahme brachte schließlich der 28. Oktober 1938, als 17 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit von den deutschen Behörden an die polnische Grenze transportiert wurden. Unter den Deportierten befanden sich

[144] Staatssekretär v. Bülow an Reichsaußenminister v. Neurath, 20. 3. 1933, 87/6, PA AA.

[145] RAM v. Neurath an Frick, 6. 4. 1933, ebenda.

[146] Vgl. dazu Regierungspräsident Düsseldorf an den Minister des Innern, P. 5201/12.7., 13.7. 1935, 28/136, PA AA.

[147] Vgl. dazu Aufzeichnung IV PO 5111, 12. 8. 1935, ebenda.

[148] Auswärtiges Amt an Reichsministerium des Innern, 20. 8. 1935, ebenda.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch die Angehörigen von Herschel Grynspan, der daraufhin am 7. November in Paris den deutschen Diplomaten v. Rath erschoß. Am 9. November 1938 wurden an jüdischen Geschäften Schilder mit der Aufschrift: „Rache für den Mord an vom Rath" angebracht und Reichspropagandaminister Goebbels gab mit einer Rede den Anstoß zur „Reichskristallnacht".

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERWART VORLÄNDER

NS-VOLKSWOHLFAHRT UND WINTERHILFSWERK DES DEUTSCHEN VOLKES

Bei einer Beschäftigung mit der Sozial- und Wohlfahrtspolitik des NS-Staates wird man immer wieder auf diese beiden Organisationen stoßen: die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und das Winterhilfswerk des deutschen Volkes (WHW). Damit aber ergeben sich schon erste Probleme. Handelt es sich überhaupt um vergleichbare Organisationen? Sind es zwei, die als solche trennbar und getrennt erkennbar wären? In welcher Weise stellen sie Sozial- und Wohlfahrtspolitik des NS-Staates dar: als staatlich-behördliche Instrumente oder als Instrumente der Partei, ihres Programms und ihrer Weltanschauung? Schließlich: Was bedeutet im Hitler-Staat Wohlfahrtspolitik[1]?

Die Nationalsozialisten waren die schärfsten Kritiker des Wohlfahrtswesens herkömmlicher Provenienz gewesen, des öffentlichen ebenso wie des freien. Das gesamte System der Fürsorge, durch den Staat wie durch die Wohlfahrtsverbände, hatte in ihren Augen versagt gegenüber den Anforderungen der Notsituation namentlich seit Beginn der Wirtschaftskrise. Mehr noch: es hatte ihrer Meinung nach die Menschen untüchtig gemacht zur Selbsthilfe. Es war der NSV-Reichswalter und WHW-Reichsbeauftragte selbst, der konstatierte, daß „der Nationalsozialist der ganzen Wohlfahrtspflege gegenüber ablehnend gestanden" habe[2], weil ihre Handhabung zur Schwächung des Kampfwillens geführt und die Gemeinschaft geschädigt habe. Und wir können dies als die durchgehende Polemik gegen die traditionellen Formen und Grundsätze der Wohlfahrtsarbeit finden, insbesondere gegen die „liberalistischen" Vorstellungen und Praktiken der „Systemzeit".

Wenn die Nationalsozialisten ab 1933 selbst eine Wohlfahrtsarbeit aufzogen, so stellt sich die doppelte Frage: Inwiefern steht hier eine neue Konzeption den abgelehnten bisherigen gegenüber? Und wieweit gelang es, diese neue Konzeption zu realisieren? Von welcher Bedeutung diese Frage ist, wird sicher nicht von der größen- und zahlenmäßigen Bedeutung der Organisationen zu trennen sein, die im Dritten Reich für Wohlfahrtsarbeit stehen: der NS-Volkswohlfahrt und des Winterhilfswer-

[1] Die Quellenlage ist schwierig, weil die Unterlagen des Hauptamts für Volkswohlfahrt bei der NSDAP-Reichsleitung als verloren gelten müssen und die noch vorhandenen Materialien in vielen Archiven lagern, meist verstreut in den Beständen verschiedener Provenienzen. Relativ zusammenhängende Materialien zu mehreren wichtigen Bereichen finden sich im Bundesarchiv.

[2] E. Hilgenfeldt, Idee der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege, München/Berlin 1937, S. 26.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kes. Die erstere war hervorgegangen aus Fürsorgeaktivitäten für bedürftige SA-Männer und Parteigenossen in den zwanziger Jahren und hatte nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten die parteiamtliche Anerkennung und den Ausbau zu einem der NSDAP angeschlossenen Verband sowie zur führenden Organisation der freien Wohlfahrtspflege erreicht. Ihr Vorsitzender, Reichswalter und NSDAP-Hauptamtsleiter für Volkswohlfahrt Erich Hilgenfeldt, war zugleich Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands (gegründet am 24. März 1934) und schließlich des am 22. Januar 1936 ins Leben gerufenen Reichszusammenschlusses für öffentliche und freie Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe. Gleichzeitig war er – und das betrifft die andere Organisation – Reichsbeauftragter für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes, eine groß angelegte Nothilfeaktion unter Führung des Reichspropagandaministers Goebbels, die als solche 1933 von Hitler initiiert worden war und zu einer bleibenden Einrichtung wurde.

Beide Organisationen nahmen bald gewaltige Ausmaße an, was die Mitgliederzahlen (der NSV) bzw. das Spendenaufkommen (des WHW) betrifft. Beide lagen in einer Hand, wobei die Personalunion sich von der Spitze her auf den unteren Ebenen fortsetzte, wo die dem Hauptamt unterstellten Ämter für Volkswohlfahrt über die Gaue, Kreise und Ortsgruppen bis zu den Zellen- und Blockwaltern für das Winterhilfswerk mit eingesetzt wurden. Dies prägte das Erscheinungsbild von NSV und WHW und trug dazu bei, daß beide – sie gehörten zu den zweifellos bekanntesten Erscheinungen des Alltagslebens im NS-Staat – schon damals schwer zu unterscheiden waren und im allgemeinen Bewußtsein auch kaum unterschieden wurden. Mit seinen groß angelegten Aktionen, seiner aktivistischen Propaganda, seinem volkstümlichen Anstrich und seinen spektakulären Erfolgsbilanzen war das Winterhilfswerk geradezu Inbegriff nationalsozialistischer Wohlfahrtsarbeit. Und doch unterschieden sich beide, NSV und WHW, in wesentlichen und grundlegenden Punkten.

I

Die *NS-Volkswohlfahrt,* deren Mitgliederzahl lange vor Kriegsausbruch die 10-Millionengrenze überschritten hatte, war eine Institution der Partei. Sie galt als solche, seit Hitler am 3. Mai 1933 ihre Anerkennung „als Organisation innerhalb der Partei für das Reich" verfügt und ihr die Zuständigkeit „für alle Fragen der Volkswohlfahrt und der Fürsorge" übertragen hatte[3]. Vorsitzender der NSV, die seit Juni 1932 die Rechtsform eines eingetragenen Vereins besaß und diese bis zum Ende beibehielt, war der bereits erwähnte Erich Hilgenfeldt, Kreisleiter und 1933 Gauinspekteur im NSDAP-Gau Groß-Berlin. Von daher bestand eine Zusammenarbeit mit dem Gauleiter von Berlin, Dr. Goebbels, wenn auch aufgrund der schwierigen Quellenlage nicht auszumachen ist, wann die ersten Berührungen Goebbels' und Hilgenfeldts mit

[3] Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, II. Bd., hrsg. von der Parteikanzlei, München o. J., S. 21.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der NSV stattgefunden haben. Deren Anfänge reichten in die sogenannte „Kampfzeit" der Partei zurück, in der sich in verschiedenen Reichsteilen Nothilfegruppen bildeten, um die in Saalschlachten verwundeten SA-Männer zu betreuen und um durch Hilfsmaßnahmen wie Verpflegungsküchen, Kleidersammlungen oder Obdach in Not geratenen SA-Männern und Parteigenossen zu helfen.

Diese Hilfsdienste hatten vor allem angesichts der besonderen Sozialstruktur der SA und ihrer sehr hohen Arbeitslosenquote eine wichtige Bedeutung. So finden wir Nothilfegruppen verschiedener Art und Größe, teilweise mit Ansätzen zu festerer Organisation. Zu den Aktivitäten scheinen durchgehend gehört zu haben: Freitische bzw. SA-Küchen, Nähstuben, oft mit angeschlossenen Kleiderkammern oder auch Werkstätten, verschiedene Formen der Gefangenenhilfe sowie Familien- und Kinderhilfe verschiedener Art, gelegentlich mit Vermittlung von Patenstellen für Erholungsverschickungen von Kindern, Anfänge einer organisierten Winterhilfe[4]. Von besonderer Bedeutung war die Arbeit der Frauen, die in der Pflege und Fürsorge eine wichtige Rolle spielte. Neben örtlichen Frauengruppen und „braunen Schwestern" sowie den überregional arbeitenden völkisch gesinnten Frauengruppen, die als Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt erscheinen, gab es den „Frauenorden Rotes Hakenkreuz", der anscheinend die deutlichsten Ansätze zu einer Organisation auf Reichsebene aufwies[5]. Die spätere NSV-Schwesternschaft, ab Frühsommer 1934 NS-Schwesternschaft, hatte hier ihre Wurzeln.

In sich geschlossene Organisationsgebilde, aus lokalen Gruppen in Großstädten wie München, Stuttgart oder Dresden entstanden, sind als direkte Vorläufer der NSV anzusprechen und gingen 1933 alsbald in ihr auf, wie die am 15. September 1932 von Gauleiter Adolf Wagner ins Leben gerufene „NS-Nothilfe" in Bayern, oder wurden später in sie eingegliedert, wie die „Volkssozialistische Selbsthilfe" des Gaues Pfalz[6]. Insbesondere aber der Berliner Verein „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt e. V." wurde zum direkten Anknüpfungspunkt, der der späteren Großorganisation auch den Namen gab. Auch dieser Verein hatte zunächst rein fürsorgerischen Charakter und bestand zu Beginn aus einer kleinen Gruppe von Nationalsozialisten, die in der kommunalen Wohlfahrtspflege des Berliner Bezirks Wilmersdorf tätig waren. Ihr Ziel war es offenbar, in diesem Bereich eine nationalsozialistische Zelle aufzubauen und

---

[4] Die Informationen über die Anfänge der NSV sind äußerst spärlich. Eine offenbar um chronistische Genauigkeit und Authentizität bemühte Darstellung enthält ein umfangreiches anonymes Manuskript (Masch. Schr., Durchschr.), dessen Original mehreren Verweisen zufolge Fotokopien jeweils zitierter Schriftstücke enthielt. Es dürfte ab 1938 entstanden sein, wie sich aus seinem Inhalt als terminus a quo ergibt, und wird, wo Zitiertes sich auch in anderen überlieferten Quellen findet, von diesen bestätigt. Es findet sich mit der Angabe „4. Ausfertigung" im Bundesarchiv (NS 26/262) unter dem Titel „Geschichte der NSV, Teil I" (vgl. auch Institut für Zeitgeschichte, München: MA 1223) und wird im folgenden zitiert: Ms. Gesch. d. NSV.

[5] Ms. Gesch. d. NSV; M. Schadow, NS-Reichsbund Deutscher Schwestern e. V. (Artikeldienst des Hauptamts für Volkswohlfahrt/Hauptstelle Presse, DI/62342). Im Jahrbuch der NSDAP erscheint der Deutsche Frauenorden „Rotes Hakenkreuz" Ende der 20er Jahre als die Mädchen- und Frauenorganisation der NSDAP.

[6] Zu beiden: MS. Gesch. d. NSV, S. 41 ff., 44 ff.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Wohlfahrtsarbeit unter den Einfluß ihrer Partei zu bringen. Die Mitglieder des Vereins unterschrieben eine Erklärung mit dem Wortlaut: „Ich verpflichte mich, das Amt eines Wohlfahrtspflegers im Bezirk Wilmersdorf als wahrer Sozialist auszuüben. Sollte meine Tätigkeit in der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt nicht zufriedenstellend sein und ich von der kommunalpolitischen Abteilung der NSDAP. aufgefordert werden, mein Amt niederzulegen, werde ich dieser Aufforderung unverzüglich nachkommen."[7]

Daß man sich als reine Wohlfahrtsorganisation verstand, geht auch aus einem Schreiben hervor, mit dem der Verein sich am 22. September 1931 an die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Berlin-Wilmersdorf wandte: „Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß der Verein ‚Nationalsozialistische Volkswohlfahrt' seit einiger Zeit besteht. Wir bitten hiermit um Aufnahme der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrt." Diese wurde mit Antwortschreiben vom 25. September gewährt[8]. Und schließlich, als, nach einer internen Umordnung[9] und einer Mitgliederversammlung (10 Anwesende) mit Satzungsverabschiedung am 18. April 1932, die NSV am 22. Juni desselben Jahres[10] beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof eingetragen wurde, nannte man als „Zweck des Vereins" vor allem die Ausbildung geeigneter Personen für Wohlfahrts- und Jugendpflege sowie die Einrichtung von Volksküchen und die Gefangenenhilfe[11]. Dies – man führte bereits ab Sommer 1932 auch „Schulungskurse" in den fünf Bezirken ein, in die man Berlin zum Zweck des Aufbaus der Arbeit eingeteilt hatte – entsprach dem durchaus pragmatischen Konzept dieses lokalen Vereins, der die „marxistisch beherrschte" Fürsorgearbeit in nationalsozialistische Regie übernehmen wollte. Hierzu paßt auch die Mitteilung der Geschäftsführerin Ingeborg Altgelt, man habe sich die Aufgabe gestellt, „Parteigenossen und Parteigenossinnen für die wohlfahrtspflegerischen Aufgaben im Rahmen des ‚Elberfelder Systems' zu schulen"[12]. Sehr konkret war daran gedacht, für die 1933 bevorstehenden Kommunalwahlen die Weichen zu stellen zu einem personellen Revirement in der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Die praktische Arbeit dieses Vereins, der sich im Herbst 1932 der kommunalpoliti-

---

7 Ebenda, S. 156 f.; W. Reher, Zehn Jahre NS.-Volkswohlfahrt (Artikeldienst etc. A/64 4 42).

8 Ms. Gesch. d. NSV, S. 157 f.

9 Ebenda, S. 161: „Da der Verein, sollte er von der Systemregierung ‚als Wohlfahrt treibende Organisation' anerkannt werden, nach außen als von der NSDAP. unabhängig erscheinen mußte", trat ein Wechsel im Vorsitz ein.

10 Das Datum wird unterschiedlich angegeben, gelegentlich mit dem 18. April, dem Tag der Satzungsverabschiedung, mit dem es verwechselt worden sein dürfte. Die Eintragung war, wie die Unterlagen des Amtsgerichts ergeben, entsprechend einem Beschluß vom 18. April, mit Schreiben vom 2. Mai 1932 beantragt worden und erfolgte am 22. Juni 1932 (Vereinsakten betr. NSV beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof, später Charlottenburg, Fotokopie im Institut für Zeitgeschichte: Fa 16).

11 Protokoll und Satzung ebenda.

12 I. Altgelt, Wegweiser durch die NS-Volkswohlfahrt, Berlin o. J. (1935), S. 14. Die Verfasserin war an den Bemühungen um die Anerkennung der NSV durch die anderen Berliner Parteiorganisationen im Herbst 1932 beteiligt und hatte ab Dezember die Geschäftsführung der NSV (Ms. Gesch. d. NSV, S. 170–172).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Abteilung in der Hauptabteilung III (Sozialabteilung) des NSDAP-Gaues Groß-Berlin unterstellt hatte, umfaßte neben anderen Hilfsaktionen für bedürftige Partei- und Gesinnungsgenossen eine Winterhilfe für 1932/33, die, im Vorjahr bereits angelaufen, namentlich vom Berliner Gauleiter Goebbels unterstützt wurde[13]. Soweit es eine solche Unterstützung und Anerkennung von Parteiseite anging, scheint es sie also in Berlin selbst gegeben zu haben, wenn auch schwer zu sagen ist, in welchem Umfang. Da sich die NSV-Tätigkeit in einer Weise vollzog und auswirkte, die in einer wirtschaftlich schwierigen Situation vielen Parteigenossen zugute kam, war es nur natürlich, daß sie sich in diesen Kreisen einen Ruf erwarb, der auch von den höheren Stellen positiv registriert wurde und ihr entsprechende Förderung einbrachte. Diese Unterstützung der Berliner NS-Volkswohlfahrt war in der Partei indes nicht allgemein. Soweit spätere Berichte und Rückblicke auf die partei-internen Schwierigkeiten überhaupt eingehen, beschränken sie sich zwar im allgemeinen auf Andeutungen, es sei schwierig gewesen, Parteigenossen für eine Organisation zu gewinnen, die als „Wohlfahrtsverein" in der Partei über die Schulter angesehen worden sei[14]. „Man sah ... etwas herab auf diese ‚Wohlfahrtsvereinigung' und hatte dabei wohl noch den Geschmack von früheren Wohlfahrtsvereinen im Munde, über deren Arbeitsweise man sich meist ebenso im Unklaren war, wie man sie ablehnte." Auch seien „Konkurrenzprozesse" gegeben gewesen[15].

Die Ablehnung wurde aber noch im selben Winter sehr deutlich. Wenige Wochen nach einem Goebbels-Aufruf zugunsten der Berliner NSV distanzierte sich die Münchner Reichsleitung der NSDAP. In einem eingeschriebenen Brief vom 15. Dezember 1932 warf Dr. jur. Hans Frank II, der Leiter der Rechtsabteilung der Reichsleitung (später oberster „Rechtswahrer" des Dritten Reiches), dem Berliner Verein vor, er habe den falschen Eindruck erweckt, „als ob er in irgend einer organisatorischen, sachlichen oder ideellen Verbindung zum Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein steht", und drohte mit einem gerichtlichen Prozeß für den Fall, daß der Name nicht geändert werde[16]. Und in einer Bekanntgabe im Verordnungsblatt der NSDAP-Reichsleitung ließ diese wissen, man habe „gegen den Mißbrauch des Wortes ‚nationalsozialistisch' durch die Vereinsführung die nötigen rechtlichen Maß-

[13] Vgl. Ms. Gesch. d. NSV, S. 183 ff., sowie eine zusammenfassende Darstellung, die, ebenfalls ungezeichnet und undatiert, in einer späteren internen Kontroverse entstand (Bundesarchiv, R 55/103); daneben K. Bartelt, Die Entwicklung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bis zu ihrer parteiamtlichen Anerkennung durch den Führer, in: Nationalsozialitischer Volksdienst, 1939, S. 7.

[14] H. Bernsee, Zum Jahrestag der NSV. 1941, in: Nationalsozialistischer Volksdienst, 1941, S. 185 ff. Ms. Gesch. d. NSV berichtet von Schwierigkeiten mit der NS-Frauenschaft (S. 171); und in einer Schrift „Sozialisten der Tat" heißt es: „Immer wieder mußten wir unsere Daseinsberechtigung der Partei wie auch der Frauenschaft erweisen." (Sozialisten der Tat, das Buch der unbekannten Kämpfer der N. S. V., Berlin o. J., S. 28).

[15] K. Mennecke, Ein westdeutscher NSV-Kreis. Seine Entstehung und sein Menschengefüge vom 15. September 1933 bis zum 30. November 1934, Diss. Köln 1936, S. 15.

[16] Zitiert in Ms. Gesch. d. NSV, S. 177.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahmen eingeleitet"[17]. Diese feindselige Haltung der NSDAP-Reichsleitung, die für den Berliner Verein lebensbedrohend war, wurde zwar durch eine Reihe von vermittelnden Gesprächen unter Einschaltung vor allem des Ehepaars Goebbels und seiner direkten Umgebung in eine wohlwollende umgewandelt, die Angelegenheit später gerne auch als Mißverständnis heruntergespielt oder einfach hinter der Tatsache versteckt, daß Hitler die NSV schließlich parteiamtlich anerkannt, ja sie eigentlich „gegründet" habe. Doch dürfte die Differenz tiefer gelegen haben und grundsätzlicher gewesen sein. Sie könnte möglicherweise sogar im Zusammenhang mit einer fundamentalen Krise gesehen werden, die die Partei seit Jahren durchzog. Berlin lag in dem der Münchner Parteileitung gegenüber jahrelang resistenten und renitenten norddeutschen Einfluß- und Arbeitsbereich der Brüder Strasser. Gregor Strassers starke Stellung in Norddeutschland war 1925 von Hitler notgedrungen anerkannt worden. In Berlin hatte Gregor Strasser mit dem Aufbau einer „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" (NSBO) seine Konzeption von Sozialismus und seine Vorstellung von Gewerkschaftsarbeit zu realisieren versucht. Und Joseph Goebbels hatte seine Parteikarriere dort als Mann Strassers begonnen. Wenn er auch bald zu Hitler übergeschwenkt war und auch Gregor Strasser, im Gegensatz zu seinem Bruder Otto, mit Hitler Frieden geschlossen hatte, so war ein sachlicher Antagonismus doch stets geblieben, der die geographische Konstellation weiterhin problembehaftet ließ und der je nach politischer Gesamtlage immer wieder innerparteilichen Zündstoff bot.

Halten wir uns vor Augen, in welcher Verfassung sich die Partei in diesen Wochen befand, in denen ihre Münchner Leitung sich von dem Berliner Verein abschottete: Sie war nach der Reichstagswahl des 6. November 1932, in der sie erstmals wieder Stimmenverluste realisieren mußte, in eine tiefe Krise geraten, in der Strasser mit seiner Forderung einer Koalition wieder in Konfrontation zu Hitler geraten war und zur politischen Trumpfkarte Schleichers zu werden drohte, der die Partei spalten wollte. Der Gegensatz zwischen Hitler und Strasser entschied sich zu Hitlers Gunsten. Am 8. Dezember legte Strasser seine Parteiämter nieder. Die Zerreißprobe, der in diesen Wochen die Partei ausgesetzt war, muß als der Zusammenhang gesehen werden, in dem eine Woche später die Distanzierung von der Berliner NSV dokumentiert wurde. Die zeitliche Nähe legt die Vermutung nahe, daß die NSDAP-Reichsleitung diese Gruppe von „wahren Sozialisten" im fernen und roten Berlin in diesem Zusammenhang parteiinterner Auseinandersetzungen mit besonders tiefem Argwohn betrachtete.

Hinzu kam, wie erwähnt, eine generelle Ablehnung der Wohlfahrtspflege in der NSDAP, die Hilgenfeldt mit dem oben zitierten Satz konstatiert hatte und die vielfältig nachweisbar ist. Diese Ablehnung scheint auch die Wohlfahrtspflege unter nationalsozialistischem Vorzeichen keineswegs ausgeschlossen zu haben, jedenfalls sofern sie sich nicht konzeptionell grundsätzlich von allem unterschied, was herkömmliche

[17] Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 37, 2. Jg., S. 80. Eine entsprechende Mitteilung wurde auch im NS-Kurier veröffentlicht.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fürsorge und herkömmliches Verständnis von Fürsorgearbeit ausmachte. Eben dies – eine solche Unterscheidung und entsprechende Scheidung – war bei dem Berliner Verein NS-Volkswohlfahrt e. V. nicht der Fall. Daß aber gerade aus ihm die große Parteiorganisation erwachsen sollte, die im Bereich der „Volkswohlfahrt" monopolartig ausgestattet war und deren Mitglieder bald nach Millionen zählten, setzte notwendig voraus, daß neben einem hervorragenden Organisations- und Durchsetzungsvermögen die Entwicklung und Realisierung einer ganz neuen Konzeption sich vollzogen haben muß, und dies in einem Zeitraum, der maximal 4½ Monate umfaßte. Dieser konzeptionelle Umbruch soll im folgenden aufgezeigt werden.

II

Das Selbstverständnis der Berliner NS-Volkswohlfahrt e. V. kommt in ihrer Satzung vom 18. April 1932 zum Ausdruck, in der es hieß (§ 2): „Zweck des Vereins ist, Volkswohlfahrt in weitestem Umfange zu treiben. Insbesondere bezweckt der Verein, geeignete Personen als Wohlfahrts- und Jugendpfleger und zu anderen Wohlfahrtszwecken auszubilden, ferner Volksküchen einzurichten und zu unterhalten, Gefangenen und deren Angehörigen Hilfe und Fürsorge zu leisten sowie entlassenen Gefangenen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Diese Aufzählung bedeutet keine Begrenzung der Wohlfahrtsbestrebungen des Vereins. Ein gewerblicher Zweck soll hiermit nicht verfolgt werden."[18] Dem hatte die praktische Arbeit entsprochen, die in Berlin betrieben wurde, sich tendenziell aber über die Reichshauptstadt hinaus erstrecken sollte, gemäß dem ersten Paragraphen der Satzung: „Der Sitz des Vereins ist Berlin. Der Wirkungskreis des Vereins ist das Deutsche Reich."[19] Noch am 5. April 1933 wurden bei einer Überarbeitung der Satzung durch die Generalmitgliederversammlung diese beiden Paragraphen wörtlich übernommen. Eine grundsätzliche völkisch-weltanschauliche Programmatik ist der Satzung nicht zu entnehmen. Auch die Bestimmung über die Mitgliedschaft – § 3: „.... jeder unbescholtene Angehörige des deutschen Volkes ... rein arischer Abstammung"[20] – ist noch nicht als eine solche zu werten.

Knapp 4½ Monate später aber, am 14. August, erfolgte in einer außerordentlichen Sitzung eine Änderung der Satzung. Diese Änderung trug zum einen der neuen Situation Rechnung – parteiamtliche Anerkennung durch Hitler, Gleichschaltung der freien Wohlfahrtspflege unter NSV-Führung (dazu später) –, zeigt aber zum anderen, daß mit diesem Statuswandel auch ein tiefgreifender programmatischer Wandel einhergegangen war. Grundsätzlich heißt es jetzt: „Vornehmste Pflicht der N. S. V. ist es, die lebendigen, gesunden Kräfte des deutschen Volkes zu entfalten und zu för-

[18] Institut für Zeitgeschichte, München: Fa 16.
[19] Ebenda.
[20] Ebenda.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dern. Sie übernimmt die Gesundheitsführung des deutschen Volkes."[21] Der Beschlußfassung über die Satzungsänderung war eine Rede Hilgenfeldts über Aufgaben und Aufbau der NSV vorausgegangen, in der er unter anderem ausgeführt hatte, „daß die NSV. nicht Wohlfahrtsorganisation im alten Sinne sei, sondern berufen zur Gesundheitsführung des Volkes und der Rasse. Unser Ziel sei ein starkes und kräftiges Volk, und darum liege die NSV.-Arbeit in verhütenden und vorbeugenden Maßnahmen. Den kirchlichen caritativen Organisationen bleibe die Aufgabe, Barmherzigkeit zu üben. NSV.-Arbeit aber weise in die Zukunft. Zur Gesundheitsführung des Volkes gehöre es, alles Gesunde und Kräftige zu fördern und zu entwickeln. ..."[22] Um die Entwicklung zu verstehen, die hier in wenigen Wochen von der Volksküchen-NSV zur NSV der Gesundheitsführung von Volk und Rasse führte und damit zu der weltanschaulichen Programmatik, die die spätere NS-Volkswohlfahrt kennzeichnete, müssen wir versuchen, die einzelnen Phasen zu rekonstruieren, soweit die Quellenlage dies zuläßt. Wann die Beziehung zwischen der Münchner Reichsleitung und der Berliner NSV sich zum Positiven wendete, ist nicht mit Sicherheit genau auszumachen. Obgleich Goebbels selbst sich für die NSV eingesetzt hatte und auch die Vermittlung durch ihn und insbesondere seine Frau Magda Goebbels maßgeblich betrieben wurde[23], zögerte sich die parteiamtliche Anerkennung hinaus. Andererseits hatten sich wichtige Voraussetzungen geändert, zumal mit Hitlers Machtantritt die Reichshauptstadt ohnehin zu einer neuen Machtbasis geworden war. Auch die Strasser-Krise war überwunden. Es war mit dem 30. Januar 1933 in mancher Hinsicht für die NSV eine neue Situation gegeben. Dies dürfte auch die Vorbereitung der Reichstagswahl des 5. März betroffen haben, für die eine im Volk verwurzelte und mit dessen Nöten vertraute Hilfstruppe willkommen sein mußte. Die NS-Volkswohlfahrt konnte zum Träger wichtiger Aufgaben der Partei ausgebaut werden – wenn sie in der Lage war, über den Rand der Suppentöpfe in ihren Volksküchen hinauszuschauen. Gerade dies aber schien gewährleistet in der Person Hilgenfeldts, der zur Übernahme der Führung der NSV in Berlin und im Reich bereit stand.

Erich Hilgenfeldt war am 2. Juli 1897 im Saargebiet geboren, hatte nach der Obersekundareife des Realgymnasiums als Kriegsfreiwilliger und bald dekorierter Offizier am Ersten Weltkrieg teilgenommen, anschließend nach einem abgebrochenen landwirtschaftlichen Studium verschiedene kaufmännische Tätigkeiten ausgeübt und war schließlich bis 1933 im Statistischen Reichsamt angestellt gewesen. Er gehörte seit 1925 dem Stahlhelm, seit 1929 der NSDAP an, in der er nach einer schnellen Karriere im März 1933 zum Gauinspekteur des Gaues Groß-Berlin avancierte. Ebenfalls 1933 wurde er Mitglied des Reichstags. Ab wann er mit der NSV in Berührung gekommen war, ist, wie erwähnt, mit Sicherheit nicht zu sagen. Doch wurde er anscheinend schon am 14. März durch den stellvertretenden Berliner Gauleiter Arthur Görlitzer

[21] Ebenda.

[22] Bericht in: Ms. Gesch. d. NSV, S. 255.

[23] Ebenda, S. 211; W. Reher; K. Bartelt, S. 8. Auch Ingeborg Altgelt und Frau von Schröder werden in diesem Zusammenhang wiederholt genannt.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Leitung der Berliner NS-Volkswohlfahrt beauftragt[24], nachdem die vorgezogenen Kommunalwahlen im März die bisher führenden Männer in höhere städtische Ämter gebracht hatten; und es ist zu vermuten, daß dieser Ernennung bereits Kontakte zwischen Hilgenfeldt und der NSV vorausgegangen waren.

Mit der Beauftragung Hilgenfeldts, der „Reichswalter" der NSV und Berliner „Gauwalter" wurde[25], sollte die Zusammenarbeit mit der Partei verstärkt werden. Dies erschien notwendig zumal durch die Auflösung der Hauptabteilung III der NSDAP im April, über die die direkte Bindung der NSV an die Partei bis dahin gegeben gewesen war. Daß mit dieser Amtsübertragung organisatorisch ein Schritt in eine neue Ära gemacht worden war, zeigte sich schon bald. Der neue Leiter der NS-Volkswohlfahrt erwies sich als hervorragendes Talent sowohl der Organisation als auch der Behauptung im Dschungel der Machtkämpfe und Kompetenzstreitigkeiten. Sein erstes Rundschreiben vom 21. März markiert bereits einen sichtbaren Einschnitt und zeigt einen Führer und Organisator am Werk, der mit seiner nur wenige Köpfe zählenden Mannschaft eine straffe Organisation aufzubauen verstand, deren Effektivität auf Befehl und Gehorsam beruhte[26]. So trat diese sich neu formierende NSV alsbald durch ein Großprojekt in das Licht der Öffentlichkeit. Es wurde ihr in diesen ersten Wochen eine Aufgabe zugewiesen, deren organisatorische Bewältigung der neuen Leitung einen großen Achtungserfolg und ihrem Führer Hilgenfeldt Respekt verschaffte. Es handelte sich um die Durchführung der „Adolf-Hitler-Geburtstagsspende", einer groß angelegten Sammelaktion zum 20. April, der eine weitere Straßensammlung zum 1. Mai folgte. Gleichzeitig lief der innere Ausbau der NS-Volkswohlfahrt an, mit Bildung von Arbeitsausschüssen und Schaffung einer an den vertikalen Aufbau der Partei gebundenen Organisation im Reich, sowie die „Erfassungsmaßnahmen", durch die in den Sommermonaten die nationalsozialistischen Wohlfahrtsaktivitäten und -verbände anderer Reichsgebiete, vor allem in Sachsen, Bayern und Thüringen, zusammengefaßt und dieser neuen Reichsorganisation eingefügt wurden, zu der die Berliner NS-Volkswohlfahrt e. V. sich wandelte. Der Paragraph 1 ihrer Satzung, Sitz der NSV sei Berlin, Wirkungskreis das Deutsche Reich, erhielt in diesen Wochen reale Konturen.

Mit dem allen ist jedoch noch nichts gesagt über die neue innere Linie, die wir als Bedingung für die Bedeutung der NSV ab Sommer 1933 postulierten. Noch die Mitgliederversammlung des 5. April hatte in ihrer leicht geänderten Satzung die alte Zielsetzung übernommen. Hilgenfeldt war anwesend gewesen. Allerdings ist bei dieser

[24] Ms. Gesch. d. NSV, S. 188 ff. Angaben aus Personalunterlagen Hilgenfeldts (Document Center, Berlin) sowie aus: Deutsches Führerlexikon 1934/35 und Der Großdeutsche Reichstag 1938. In einem parteioffiziellen Lebenslauf anläßlich des zehnjährigen Bestehens der NSV wie auch in einigen seiner diversen Fragebogen-Angaben ist der Beginn der Parteimitgliedschaft Hilgenfeldts auf 1928, das Jahr seines Aufnahmeantrags, vordatiert.

[25] Die Gauwaltung gab er im Juli desselben Jahres wieder ab, vermutlich im Zusammenhang mit der Übernahme des Auftrags, ein Winterhilfswerk zu organisieren, und mit der damit verbundenen verstärkten Ausbauarbeit der NSV.

[26] Rundschreiben Hilgenfeldts V 1/33 vom 21. März 1933, zitiert in: Ms. Gesch. d. NSV, S. 189 f.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Feststellung zu berücksichtigen, daß es sich ja nicht um eine Parteiversammlung handelte, sondern um die satzungsgemäße Sitzung eines Gremiums, das seiner bürgerlichen Rechtsform nach ein eingetragener Verein war. Die Mitgliederversammlung hatte den Vorsitzenden zu wählen. Dieser Vorsitzende war nicht Hilgenfeldt, er wurde es erst durch Wahl in eben dieser Sitzung. Damit zeigt sich bereits in einem frühen Stadium eine eigentümliche Unklarheit in der Rechtssituation des Vereins. Einerseits war man nach der Satzung frei in der Wahl des Vorsitzenden, und dieser genoß dann alle Rechte eines gewählten Vorsitzenden – Hilgenfeldt also ab dem 5. April –, und andererseits war der NSV von der Partei ein Leiter inzwischen vorgesetzt worden, den sie natürlich auch akzeptierte, weil sie sich zum Führerprinzip bekannte und ihr Wahlen als demokratisches Gebaren eigentlich zuwider sein mußten. Die Schwierigkeit der NSV, als Parteiorganisation mit der Rechtsform des „e. V." zu leben, wird uns noch beschäftigen. Denn diese Zwitterstellung, die bereits hier sichtbar wird, obgleich ein genauer definiertes Verhältnis zur Partei noch gar nicht gegeben war, mußte sich stets problematisch ausnehmen, wenn später die NSV gleichzeitig als „e. V." und als „angeschlossener Verband" der NSDAP auftrat, auch wenn diese Problematik dadurch kaschiert war, daß der Vereinsvorsitzende gleichzeitig auch von seiten der Partei oberster Führer des Verbandes war. Für den vorliegenden Fall der Beschlußfassung in der Mitgliederversammlung des 5. April bedeutete es zunächst, daß auch der von der Partei eingesetzte Leiter sich in diesem Gremium dessen statutarischen Regeln zu fügen hatte. Und es ist denkbar, daß von hierher dem anschließend neu zu wählenden Vorsitzenden Hilgenfeldt Zurückhaltung geboten war in der Frage, ob eine Umwandlung der Satzung schon zu diesem Zeitpunkt durchzusetzen sei – sofern er diese Umwandlung überhaupt jetzt schon wollte. Denn: organisatorisch wiederum war am 5. April alles noch viel zu ungesichert, als daß man es bereits satzungsmäßig hätte fixieren können. Daß aber Hilgenfeldt daran lag, diese Sicherung zunächst zu erreichen, nämlich die NSV in der Partei fest zu verankern und ihr damit eine breite Operationsbasis zu garantieren, muß außer Zweifel stehen.

Diese Sicherung erfolgte durch eine parteiamtliche Anerkennung am 3. Mai, dem Tag nach der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Gründung der von Robert Ley geführten Deutschen Arbeitsfront, mit der die NS-Volkswohlfahrt in den folgenden Jahren häufig kooperieren sollte. Man wird wohl vermuten dürfen, daß damit die Volkswohlfahrt als Bestandteil nationalsozialistischer Sozialpolitik grundsätzlich erkennbar gemacht wurde; und auch dies, daß hier eine Konkurrenzsituation programmiert wurde, die die Kooperation von NSV und DAF spannungsvoll gestalten konnte. Man wird es als Erfolg Hilgenfeldts ansehen dürfen, wenn hinsichtlich der Verantwortung für alle wohlfahrtspflegerische Arbeit in den Parteigliederungen und angeschlossenen Verbänden schließlich, am 5. Oktober 1936 (s. u.), die NSV den endgültigen Zuschlag erhielt. Die parteiamtliche Anerkennung des 3. Mai 1933, ausgesprochen durch Hitler selbst, besagte zunächst nur: „Die NS.-Volkswohlfahrt (E. V.) wird hiermit als Organisation innerhalb der Partei für das Reich anerkannt. Sie ist zuständig für alle Fragen der Volkswohlfahrt und der Fürsorge und hat ihren Sitz in

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berlin."[27] Damit war aber jedenfalls die Basis geschaffen für einen Ausbau der NSV, der sich an die Parteiorganisation anschließen und manchen anhaltenden Widerständen zum Trotz von deren bald erreichter Monopolstellung partizipieren konnte.

Bestätigt wurde der neue Rang der NSV durch einen großen Empfang im Kaiserhof am 6. Mai in Anwesenheit Hitlers und Goebbels' und weiterer Prominenz und mit großer Berichterstattung in der Presse. Und am 2. Juni gab Ley, der noch zwei Wochen zuvor Rudolf Heß gegenüber (und von diesem unterstützt) die Meinung vertreten hatte, „daß eine Anerkennung dieser Organisation durch die Reichs-Partei-Leitung nicht in Frage kommt"[28], die Führer-Verfügung den Gauleitern zur Kenntnis mit der Anweisung, unverzüglich einen geeigneten Parteigenossen als Leiter der NS-Volkswohlfahrt ihres Gaubereichs zu ernennen und bestätigen zu lassen und für den Aufbau der NSV Anweisungen von der Reichsleitung der Partei abzuwarten[29]. Schließlich ermächtigte die Partei am 5. Juli Hilgenfeldt, die Gleichschaltung der freien Wohlfahrt mit der NSV vorzubereiten, wörtlich: „alle ihm notwendig erscheinenden Verfügungen zu veranlassen, insbesondere für die Auflösung aller privaten Wohlfahrtseinrichtungen Sorge zu tragen, sowie die Führung des Charitasverbandes (sic) und der Inneren Mission in die Hand zu nehmen"[30]. Der parteiamtlichen Festigung der NSV-Position folgte die gesetzliche für die Stellung des Vereins im Wohlfahrtswesen des Reiches. Am 25. Juli verfügten der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Innern in einem gemeinsamen Schreiben, welche Organisationen fortan als Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege gelten sollten: an erster Stelle steht die NS-Volkswohlfahrt, ihr folgen Centralausschuß für die Innere Mission, Caritasverband und Deutsches Rotes Kreuz[31]. Die hier bereits sichtbar werdende führende Stellung, die die NSV sogleich für sich reklamierte, wurde ihr zwar erst 8 Monate später offiziell zuteil, als am 24. März 1934 die „Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands" als Zusammenschluß der Spitzenverbände unter Führung des NSV-Reichswalters Hilgenfeldt geschaffen wurde. Doch hatten die allgemeinen politischen Entwicklungen im Reich bis zum Juli auch in der Wohlfahrtspflege die Fakten gesetzt.

Dies war die Situation, in der Hilgenfeldt den neuen Charakter der NSV auch sta-

---

[27] Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, II. Bd., hrsg. von der Parteikanzlei, München o. J., S. 21.

[28] Schreiben des Stabsleiters der Obersten Leitung der P. O., gez. Schmeer, 25. 4. 1933, an Heß, bezugnehmend auf ein Anerkennungsgesuch Hilgenfeldts an Ley vom 20. 4. 1933; zustimmende Antwort Heß' in Schreiben vom 19. 5. 1933, gez. Stark (Kopien in Bundesarchiv: NS 22/vorl. 746 und 340). Heß müssen also die Berliner Entwicklungen der vorangegangenen Wochen noch unbekannt gewesen sein.

[29] Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 49, 2. Jg., S. 106.

[30] Bundesarchiv: NS 22/vorl. 340.

[31] Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, Teil I, 1933, S. 977/978. Vgl. auch D. Kramer, Das Fürsorgesystem im Dritten Reich, in: R. Landwehr/R. Baron (Hrsg.), Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Weinheim/Basel 1983, S. 173ff.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tutenmäßig festlegte. Die weltanschaulich ausgerichtete Programmatik war unter seiner Ägide immer deutlicher und dominierender geworden, zuletzt in ausführlichen Richtlinien für die Arbeit, die im Juli 1933 von der NSV-Reichsleitung herausgegeben wurden und in denen der Fürsorgearbeit der bisher bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen nur noch interimistische Funktion zugesprochen – „Solange ... der Aufbau der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft nicht vollendet ist" – und die eigentliche „aufbauende Arbeit" der NS-Volkswohlfahrt gegenübergestellt wurde[32]. Diese grundsätzliche Programmatik, gemeinsam mit der gewandelten realen Situation, mache daher eine Überprüfung der Satzung notwendig. Und damit nun haben wir also den Anlaß vor uns, der zu der außerordentlichen Mitgliederversammlung des 14. August führte. In ihr machte Hilgenfeldt seine erwähnten Ausführungen, und in ihr wurde die neue Satzung beschlossen, deren § 2 jetzt lautete: „Die N.S.V. ist nach Verfügung des Führers vom 3. Mai 1933 und nach Anordnung der Parteileitung vom 5. Juli 1933 die zuständige oberste Stelle der N.S.D.A.P. für alle Fragen der Wohlfahrt und Fürsorge. Sie hat die Führung der freien Wohlfahrtspflege und erläßt Richtlinien und Anweisungen für die gemeinsamen Aufgaben. Die N.S.V. ist ferner Dachorganisation für Wohlfahrts- und Selbsthilfeverbände. Die N.S.V. führt die Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, der der ‚Centralausschuß der Inneren Mission', der Caritas-Verband und das Deutsche Rote Kreuz angehören. Vornehmste Pflicht der N.S.V. ist es, die lebendigen, gesunden Kräfte des deutschen Volkes zu entfalten und zu fördern. Sie übernimmt die Gesundheitsführung des deutschen Volkes."[33] Der Vorsitzende wird jetzt von der Reichsleitung der NSDAP ernannt; er trifft die Entscheidungen allein; die Vorstandsmitglieder haben nur noch beratende Stimme. Als eine übergeordnete Entscheidungsinstanz erscheint statt dessen das Reichsministerium des Innern.

Mit der neuen Satzung, den Richtlinien vom Juli 1933 und den Maßgaben Hilgenfeldts war die neue Konzeption der künftigen Großorganisation NS-Volkswohlfahrt im nationalsozialistisch-weltanschaulichen Sinn festgelegt. Der Übergang vom unbedeutenden und innerhalb der Partei nur zögernd anerkannten lokalen Berliner Verein zur straff organisierten und weltanschaulich ausgerichteten Großformation und der bald unbestrittenen Trägerin völkisch bestimmter Wohlfahrtspflege im Kompetenzgerangel des Dritten Reiches vollzog sich innerhalb von Monaten. Am 17. November 1933 wurde sie durch Verfügung des Stabsführers und nachmaligen Reichsorganisationsleiters Dr. Ley einem bei der Obersten Leitung der Politischen Organisation der NSDAP neu errichteten selbständigen Amt für Volkswohlfahrt unterstellt[34]; und am 16. November 1934 erscheint dieses als selbständiges Hauptamt in der Reichsleitung

[32] Ms. Gesch. d. NSV, S. 235 f.

[33] Institut für Zeitgeschichte, München: Fa 16. Die im folgenden genannte Änderung in Vorsitz und Entscheidungsbefugnis ist in § 8 der neugefaßten Satzung enthalten.

[34] Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 60, 2. Jg., S. 132.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Partei[35]. Amts- bzw. Hauptamtsleiter war Erich Hilgenfeldt. Die Stellung der NSV zur Partei wurde schließlich in der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 29. März 1935 festgelegt: gemeinsam mit der Deutschen Arbeitsfront, dem NS-Lehrerbund und anderen Organisationen gehörte die NSV fortan zu den „angeschlossenen Verbänden", die als solche eigene Rechtspersönlichkeit besitzen konnten (was für die NSV zutraf) und der Finanzaufsicht des NSDAP-Reichsschatzmeisters unterstanden[36] und nach der am 29. April 1935 erlassenen Ersten Ausführungsbestimmung zu der genannten Verordnung als „nationalsozialistische Gemeinschaften" mit eigenem Vermögen bezeichnet wurden[37].

Am 5. Oktober 1936 schließlich erließ Hitlers Stellvertreter Heß eine Anordnung, die unter Bezugnahme auf bisherige Regelungen die Zuständigkeit der NSV festlegte: „Unter diese Zuständigkeit und Verantwortlichkeit fällt auch die wohlfahrtspflegerische Arbeit, die von Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der NSDAP. geleistet wird. Diese sind demgemäß gehalten, wohlfahrtspflegerische Maßnahmen nur im Einvernehmen mit dem Hauptamt für Volkswohlfahrt durchzuführen, und zwar auch in den Fällen, in denen die Arbeit nur zum Wohle der eigenen Mitglieder geschieht."[38] Diese Anordnung, die ihren Niederschlag im Organisationsbuch der NSDAP fand, zeigt die starke Stellung, die das Hauptamt für Volkswohlfahrt und mit ihm die NSV im Reich gewonnen hatten. Und sie trug zugleich der Tatsache Rechnung, daß auch innerhalb der Wohlfahrtspflege selbst die NSV ihre Position hatte ausbauen können. War dies im Rahmen der freien Wohlfahrtspflege schon deutlich geworden, als hier am 24. März 1934 Hilgenfeldt die Führung der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft übernahm, so war am 22. Januar 1936 ein weiterer Machtzuwachs erfolgt, der nun auch die öffentliche Wohlfahrt einschloß: Der Deutsche Gemeindetag und die NSDAP-Reichsleitung/Hauptamt für Volkswohlfahrt vereinbarten einen „Reichszusammenschluß der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege", der mithin also die gesamte Wohlfahrtsarbeit im Reich umfaßte. Träger des „Reichszusammenschlusses" waren das NSDAP-Hauptamt für Volkswohlfahrt, das dabei zugleich die „Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege" vertrat, und der Deutsche Gemeindetag als Vertreter der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Vorsitzender war Erich Hilgenfeldt.

---

35 Ebenda, Folge 85, 4. Jg., S. 214 f.: Anordnung Nr. 39/34 des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley vom 16. November 1934. Dieses Datum wurde in Publikationen zumeist als Tag der Umwandlung des Amtes für Volkswohlfahrt in ein Hauptamt bezeichnet; doch besagt der Text der Anordnung lediglich, daß hier ein Tatbestand „ins Gedächtnis zu rufen" beabsichtigt sei.

36 Reichsgesetzblatt, Teil I, Jg. 1935, S. 502/503.

37 Ebenda, S. 583–586.

38 Anordnung Nr. 128/36 vom 5. Oktober 1936, in: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 130, 1936, S. 443.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III

Die NS-Volkswohlfahrt war mit ihren in alle Bezirke des öffentlichen Lebens ausgreifenden Aktivitäten für alle Wohlfahrt treibenden Organisationen ein Rivale, dessen Machthunger bald gefürchtet war. Unter dem Rechtstitel „Der Führer hat am 3. Mai 1933 die NSV ..." – mit dieser Beschwörungsformel begannen zahlreiche Briefe Hilgenfeldts, die unliebsame Konkurrenten gefügig machen sollten – suchte sie sich auf allen Gebieten der Wohlfahrtsarbeit auszudehnen: auf denen der freien, auch der kirchlichen Fürsorgetätigkeit wie in der öffentlichen Wohlfahrtsarbeit. Hier bildeten die Reibereien und Streitigkeiten, die Befürchtungen, Verdächtigungen und Unterstellungen den ständigen Hintergrund der offiziellen Zusammenarbeit insbesondere mit dem Deutschen Gemeindetag und fand der Argwohn, daß die NS-Volkswohlfahrt die gesamte Wohlfahrtspflege okkupieren wolle, entgegen allen Beteuerungen Hilgenfeldts wie auch des Reichsinnenministers, immer neue Nahrung.

Aber auch innerhalb der Partei wurde die NSV bald zu einem Überschneidungsfeld nahezu sämtlicher NS-Organisationen. Es war ihr gelungen, dem dadurch entstehenden Sog standzuhalten und der Gefahr, in diese anderen Parteigliederungen und -verbände hinein aufgelöst zu werden, zu entgehen. Sie hatte sich im Gegenteil zu einem eigenen Machtzentrum konsolidiert, das die gleichgerichteten Aktivitäten der anderen an sich zog und integrierte und sich bald selbst eine kaum noch bestreitbare Führungsrolle sicherte. Der Fülle von Kompetenzunklarheiten und Zuständigkeitsüberschneidungen begegnete sie mit Hilfe immer neuer Vereinbarungen über „enge Zusammenarbeit" mit den zahlreichen Verbänden und Ämtern. Daß die damit beschlossenen Kooperationen keineswegs ohne Probleme verliefen, läßt sich anhand des erhaltenen Materials durchaus erkennen. So gab es vor allem im Arbeitsbereich des Hilfswerks „Mutter und Kind" eine durchgehende intensive Kooperation mit der NS-Frauenschaft und dem Deutschen Frauenwerk, die nicht ohne Spannungen gewesen zu sein scheint. Schon in den ersten Monaten des Bestehens dieses Hilfswerks sah sich Hilgenfeldt veranlaßt, in einem Rundschreiben die Kompetenzabgrenzung deutlich zu machen und zu betonen: „Der N.S.V. ist als Aufgabengebiet die Fürsorge-Tätigkeit des Hilfswerkes ‚Mutter und Kind' zugewiesen. In der Fürsorge-Tätigkeit ist die NS-Frauenschaft nicht etwa ausgeschaltet, sie ist im Gegenteil gehalten, hierbei mit allen Kräften, unter Führung des Amtes für Volkswohlfahrt, mitzuarbeiten. In dieser Arbeit kann es kein Gegeneinander, sondern nur ein Miteinander geben."[39] Appelle der Hauptamtsleitung Volkswohlfahrt und der Reichsfrauenführung, in Anbetracht der „außerordentlichen Bedeutung, die der Mitarbeit der Frauen an den Aufgaben der deutschen Wohlfahrtspflege zukommt", erwarte man von allen Beteiligten, „daß sie durch verständnisvolle und reibungslose Zusammenarbeit die für die deutsche Bevölkerung notwendigen Aufgaben lösen", wurden mit der Einrichtung des Amtes von Verbindungsreferentinnen verbunden, deren Aufgabe es sein sollte, „die Zusammenarbeit zwischen NS.-Volkswohlfahrt und den deutschen Frauen-

[39] Rundschreiben Nr. V 42/34 vom 18. Juni 1934 (Bundesarchiv: NS 37/1013).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

organisationen zu fördern"[40]. Von „Schwierigkeiten", die in der Zusammenarbeit mit der NS-Frauenschaft aufgetaucht seien, schreibt Hilgenfeldts Amtsleiter Althaus im Sommer 1940[41]. Und in einem gemeinsamen Schreiben der Abteilung Hilfsdienst des Deutschen Frauenwerks und des Hauptamts für Volkswohlfahrt aus dem Januar 1943 heißt es: „In den Kriegsjahren hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Hilfsdienst im Deutschen Frauenwerk und der NS.-Volkswohlfahrt immer mehr gefestigt. Eine auf Grund der Praxis erkannte notwendige Abgrenzung von bestimmten Aufgabengebieten auf der einen Seite und die Erkenntnis einer erforderlichen gegenseitigen starken Ergänzung bei bestimmten Arbeiten auf der anderen Seite haben das kameradschaftliche Handinhandarbeiten nur gefördert."[42] Die in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen zwischen dem Hauptamt für Volkswohlfahrt und der NS-Frauenschaft sind insofern vielleicht besonders bemerkenswert, als Hauptamtsleiter Hilgenfeldt – diese wenig bekannte Tatsache ist u. a. in den NSDAP-Jahrbüchern nachzulesen – oberste Leitungsfunktionen auch in der NS-Frauenschaft ausübte.

Scharfe Differenzen gab es mit der Reichsjugendführung in der Frage der fürsorgerischen Jugendlichenbetreuung. Die NSV reklamierte deren Trägerschaft für sich. In einem Schreiben an Schirach im April 1935 beschwerte sich Hilgenfeldt darüber, daß dieser „Führungsanspruch der NSV" nicht genügend respektiert werde; es gehe nicht an, „wenn etwa die Hitler-Jugend ihre Angehörigen hinsichtlich der Jugendfürsorge selbst betreuen würde, da es mir gerade darauf ankommt, die erbgesunde Jugend, soweit sie besonderer sozialer Erziehungsmaßnahmen bedarf, ganz zu erfassen"[43]. Nachdem dies Schreiben wie schon ein vorhergegangenes unbeantwortet geblieben war, drängte Hilgenfeldt auf eine formelle Vereinbarung, zu der er einen Entwurf vorlegte[44]. Der Reichsjugendführer aber ließ ihm schließlich mitteilen, dieser Vorschlag überschätze „den nach dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz möglichen Aufgabenkreis der NSV.-Jugendhilfe": diese könne „keine Zuständigkeit kraft eigenen Rechts haben", sondern nur einen bestimmten Kreis von Aufgaben übertragen bekommen. Zudem: „Es entspricht dem Charakter der NSV.-Jugendhilfe, daß sie nur zusätzliche Erziehungsarbeit leistet." Die Hitlerjugend dagegen sei „ihrem Wesen nach selbständiger Erziehungsträger" und „würde sich also ihrer wesentlichen Aufgabe begeben, wenn sie ihre Erziehungsarbeit auf so wichtigem Gebiete nicht unmittelbar verwirklichen könnte"[45]. Die Gereiztheit hatte beiderseits einen Grad erreicht, der sich

[40] Anordnung Nr. V 2/37 des Hauptamts für Volkswohlfahrt vom 12. Mai 1937, unterz. Hilgenfeldt und Gertrud Scholtz-Klink (Bundesarchiv: NS 37/1024).

[41] Schreiben Althaus vom 19. Juli 1940 (Bundesarchiv: NS 37/1004).

[42] Enthalten ist dieses von der Hilfsdienst-Hauptabteilungsleiterin Lotte Jahn und Hauptamtsleiter Hilgenfeldt unterzeichnete Schreiben aus dem Januar 1943 in einem Schreiben Hilgenfeldts vom 10. März 1943 (Bundesarchiv: NS 37/1010).

[43] Schreiben Hilgenfeldts an Schirach, 9. April 1935 (Abschrift in Bundesarchiv: NS 10/59).

[44] Schreiben Hilgenfeldts an Schirach, 20. Juli 1935 (Abschrift ebenda).

[45] Schreiben der Reichsjugendführung, gez. Goldmann, an Hilgenfeldt, 20. August 1935 (Abschrift ebenda).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darin ausdrückte, daß jeder schließlich damit auftrumpfte, eine Abschrift des eigenen Schreibens nunmehr dem Stellvertreter des Führers vorzulegen. Schließlich kam es am 4. Februar 1936 zu einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Hauptamt für Volkswohlfahrt und der Reichsjugendführung, in der Zusammenarbeit beschlossen und deren Einzelheiten ausgehandelt wurden und beide Beteiligten je einen bevollmächtigten Verbindungsmann der anderen Seite in den eigenen Amtsapparat eingliederten[46].

„Enge Zusammenarbeit" erscheint oft als Beschwörungsformel, wo sich die Arbeitsgebiete so durchdrangen, daß Zuständigkeitsprobleme unausweichlich waren. Dies galt für die Beziehung zu Parteiorganisationen wie insbesondere der Deutschen Arbeitsfront, mit der man sich in mehreren Anläufen auf Terrainabgrenzungen einigte[47]. Es galt aber natürlich besonders dort, wo die NSV selbst am weitesten über das engere Gebiet der Wohlfahrtspflege hinaus vorgeprescht war. In ihrer oben zitierten Satzung vom 14. August 1933 hatte es geheißen: „Vornehmste Pflicht der N.S.V. ist es, die lebendigen, gesunden Kräfte des deutschen Volkes zu entfalten und zu fördern. Sie übernimmt die Gesundheitsführung des deutschen Volkes." Die „Gesundheitsführung" wurde aber uneingeschränkt vom Hauptamt für Volksgesundheit beansprucht, was in verschiedenen Zusammenhängen auch nachdrücklich zur Geltung gebracht wurde. Das Hauptamt für Volksgesundheit war am 14. Juni 1934, zunächst als Amt für Volksgesundheit, in Durchführung einer Verfügung von Hitlers Stellvertreter Heß errichtet worden; und es hatte in dem entsprechenden Schreiben des Reichsorganisationsleiters Ley geheißen: „Das Amt für Volksgesundheit ist die für sämtliche Parteigliederungen, einschließlich der betreuten Organisationen – mit Ausnahme der SA und der SS – in volksgesundheitlichen Belangen allein zuständige Stelle. Keine dieser Stellen ist in Zukunft berechtigt, ohne Genehmigung dieses Amtes zentrale oder örtliche volksgesundheitliche Weisungen herauszugeben. Die Weisungen des Amtes für Volksgesundheit sind laut Verfügung des Stellvertreters des Führers für sämtliche Gliederungen verbindlich."[48]

In den Durchführungsbestimmungen hierzu, betreffend „Zuständigkeit des Hauptamtes für Volksgesundheit in der Reichsleitung der N.S.D.A.P.", am 8. November 1935 von Ley erlassen, kommt zusammen mit dem Hauptamt für Volksgesundheit auch die Deutsche Arbeitsfront ins Spiel, deren Führer Ley war: „Die Durchführung der vom Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP gestellten Aufgaben bzw. der von diesem getroffenen Anordnungen erfolgt über die einzelnen Parteigliederungen und betreuten Organisationen, vor allem über die DAF und NSV."

---

[46] Vereinbarung zwischen dem Hauptamt für Volkswohlfahrt und der Reichsjugendführung, unterzeichnet von Schirach und Hilgenfeldt, 4. Februar 1936 (Bundesarchiv: NS 37/1014).

[47] So vor allem in einer Vereinbarung zwischen Ley und Hilgenfeldt vom 28. März 1942 über die Zusammenarbeit von DAF und NSV auf dem Gebiet der Betriebsfürsorge (Wortlaut in: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 231, April 1942).

[48] Andordnung Nr. 20/34 vom 14. Juni 1934, zit. in Rundschreiben Nr. V 47/34 des Amtsleiters Hilgenfeldt vom 27. Juni 1934 (Bundesarchiv: NS 37/1013). Das Wort „allein" ist im Text unterstrichen.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der DAF wird die „Menschenführung" zugesprochen, „mit der die Gesundheitsführung zu höchster Leistungsfähigkeit und Gesundheit Hand in Hand arbeiten muß": „Der Gesundheitsführung dient das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP zusammen mit der Deutschen Arbeitsfront." Dieser fast gleichberechtigten Kooperation auf höchster Ebene gegenüber nimmt sich die Aufgabe der NSV vergleichsweise bescheiden aus, „den erbgesunden Menschen zu helfen, wenn Gesundheits- und Leistungszustand der Hilfe bedürfen, diese aber aus öffentlichen Mitteln noch nicht, oder nicht mehr, gewährt werden kann."[49]

Ob man im Hauptamt für Volkswohlfahrt gewillt war, die ihm zugedachte untergeordnete Stellung gegenüber dem Hauptamt für Volksgesundheit zu akzeptieren oder nicht: dessen von höchster Stelle verfügter Zuständigkeit in Fragen der „Gesundheitsführung" mußte man sich beugen. Am 13. September 1934 hatte Hilgenfeldt in einem Hausrundschreiben mitgeteilt: „Nach der Errichtung des Amtes für Volksgesundheit sind die Aufgaben der Abteilung II des Amtes für Volkswohlfahrt an dieses übergegangen."[50] Doch trafen bereits am 4. Mai 1935 die beiden Hauptamtsleiter Dr. Wagner (Volksgesundheit) und Hilgenfeldt (Volkswohlfahrt) eine Vereinbarung über ein „NSV-Amt für Volksgesundheit" im Hauptamt für Volkswohlfahrt zur Durchführung der „volksgesundheitlichen Maßnahmen in der NSV"[51]. Damit wurde eine Handlungsfähigkeit der NSV in den Bereichen ermöglicht, in denen ihre Wohlfahrtsarbeit gesundheitsfürsorgerische Maßnahmen mit umfaßte wie Erholungsfürsorge, Heilverschickungen, Gesundheitsberatung. Doch konnte der Leiter des NSV-Amtes für Volksgesundheit nur im Einvernehmen mit dem Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit ernannt werden und war ihm in allen gesundheitlichen und gesundheitspolitischen Fragen verantwortlich und an seine Weisungen gebunden. Sinngemäß entsprechend war auf den unteren Ebenen zu verfahren, wo der Gauamtsleiter des Volksgesundheits-Hauptamts selbst die Leitung des NSV-Amts für Volksgesundheit zu übernehmen hatte und in den gesundheitlichen Fragen, also in den zentralen Belangen seiner NSV-Tätigkeit, dem Hauptamt für Volksgesundheit unterstand.

Erst im Sommer 1938 kam es zu einer neuen Regelung. „Unter Aufhebung der Vereinbarung der beiden Hauptämter vom 4. Mai 1935" wurde nun eine etwas veränderte Gewichtung festgelegt: „Da sich die in der Dienstanweisung des Amtes für Volksgesundheit der NSV festgelegten Aufgaben weitgehend mit den Arbeiten der Hauptstelle ‚Gesundheitsführung der deutschen Familie' im Hauptamt für Volksgesundheit decken, wird diese Hauptstelle durch den Leiter des Amtes für Volksgesundheit der NSV bzw. durch seinen Beauftragten besetzt. Dieser Arzt wird im Einvernehmen mit dem Leiter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt vom Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit berufen. Er hat eine enge Verbindung zwischen den sachlichen Anweisungen des Hauptamtes für Volksgesundheit und der organisatorischen

[49] Anordnung Nr. 22/35 vom 8. November 1935: Durchführungsbestimmungen zur Anordnung Nr. 20/34 vom 14. Juni 1934 (Bundesarchiv: NS 37/1014).

[50] Hausrundschreiben Nr. 64 vom 13. September 1934 (Bundesarchiv: NS 37/1001).

[51] Vereinbarung, unterz. Dr. Wagner und Hilgenfeldt, 4. Mai 1935 (Bundesarchiv: NS 37/1013).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Durchführung durch die NSV herzustellen." Damit blieb zwar die bisherige Weisungsgebundenheit des NSV-Amtes für Volksgesundheit in Fragen der Gesundheit und Gesundheitspolitik erhalten – der entsprechende Passus ist in der neuen Vereinbarung wiederholt –; doch hatten in der Zwischenzeit die weitgespannten Aktivitäten des Hauptamtes für Volkswohlfahrt dessen Aktionsrahmen stark ausgedehnt; die NSV, Trägerin unter anderem des umfangreichen Hilfswerks „Mutter und Kind" und Organisatorin des riesigen Winterhilfswerks, hatte vergleichsweise erheblich an Gewicht gewonnen. In den ersten beiden Punkten heißt es: „1. Das Hauptamt für Volksgesundheit stellt dem Hauptamt für Volkswohlfahrt zur Durchführung volksgesundheitlicher Aufgaben im Rahmen des Amtes für Volksgesundheit der NSV Ärzte und ärztliches Hilfspersonal zur Verfügung. 2. Das Hauptamt für Volkswohlfahrt stellt dem Hauptamt für Volksgesundheit Mittel zur Verfügung, soweit das Hauptamt für Volksgesundheit zur Erfüllung seiner Aufgaben derartiger Mittel bedarf. Über Höhe und Ansatz dieser Mittel entscheidet ausschließlich das Hauptamt für Volkswohlfahrt."[52]

Allerdings: der Anspruch, die „Gesundheitsführung des deutschen Volkes" zu übernehmen – immerhin ein Zentralpunkt der NSV-Satzung –, mußte aufgegeben werden. Noch am 22. Oktober 1935 hatte Hilgenfeldt in einem Rundschreiben die Bezeichnung einer der fünf Hauptstellen des neuen NSV-Amtes für Volksgesundheit mit „Gesundheitsführung" angegeben. Wenige Monate später jedoch heißt es in einem Hauptamtsschreiben nur noch „Gesundheitshilfe". Und bei H. Störmer, der 1940 die Satzung zitiert, ist der betreffende Passus kommentar – und ersatzlos gestrichen[53]. Am 1. Mai 1940 ordnete Heß unter dem Betreff „Aufsichtsrechte und -pflichten des Amtes für Volksgesundheit" an: „Um jeder Zersplitterung vorzubeugen und den zweckmäßigen Einsatz aller vorhandenen Kräfte des Gesundheitswesens sicherzustellen, ist eine straffe Lenkung und Steuerung durch das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP. erforderlich. Führungs- und Aufsichtsrechte des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP. und seiner nachgeordneten Ämter sind im Organisationsbuch festgelegt. Alle Parteigliederungen und angeschlossenen Verbände sind danach an die Weisungen des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP. und seiner nachgeordneten Dienststellen gebunden."[54] Und dieser Anordnung folgte wenig später das parteiamtliche Verbot an alle NS-Organisationen, das Wort „Gesundheitsführung" zu benutzen, da es „engstens mit dem Leiter des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP., dem Reichsgesundheitsführer, verbunden" sei[55].

---

[52] Vereinbarung, unterz. Dr. Wagner und Hilgenfeldt, 5. August 1938 (Bundesarchiv: NS 37/1015).

[53] Schreiben Hilgenfeldts v. 22. 10. 1935, Bundesarchiv, NS 37/1013; Schreiben des Hauptamts für Volkswohlfahrt v. 5. 2. 1936, ebenda, NS 37/1014; H. Störmer, Das rechtliche Verhältnis der NS-Volkswohlfahrt und des Winterhilfswerkes zu den Betreuten im Vergleich zur öffentlichen Wohlfahrtspflege, Berlin 1940, S. 30.

[54] Anordnung Nr. A 51/40 vom 1. Mai 1940, in: Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 210, Juli 1940.

[55] Anordnung Nr. 7/40 vom 18. Mai 1940, in: Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, II. Bd., hrsg. von der Parteikanzlei, München o. J., S. 1.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV

Die ideologisch-konzeptionelle Ausrichtung der NSV ab dem Frühjahr 1933 hatte von der traditionellen Wohlfahrtspflege weggeführt zu einer „Volks"-Wohlfahrt, die sich primär bevölkerungspolitisch verstand. „Für die Neuausrichtung der völkischen Wohlfahrtspflege hat die im Nationalsozialismus verankerte Idee der Volksgemeinschaft die Grundlage gegeben. Die Wohlfahrtspflege wurde ihres individualistischen Charakters entkleidet und in den Dienst der Volksgemeinschaft gestellt. Sie erblickt ihre vornehmste Aufgabe in der Sicherung und Stärkung der Volkskraft." So charakterisierte später Reichsarbeitsminister Seldte den Kurs der NSV[56]. Bereits in der Mitgliederversammlung des 14. August 1933 hatte Hilgenfeldt im Zusammenhang seiner Ausführungen über den zukunftweisenden Grundzug der NS-Volkswohlfahrt einen groß angelegten bevölkerungspolitischen Aufklärungsfeldzug angekündigt, der sogleich in den Monaten September bis November mit großem Propagandaaufwand und Aufklärungsbroschüren mit Millionenauflage im ganzen Reich durchgeführt wurde. Die Leitung dieser Aktion lag in den Händen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda. Mit der Durchführung war die NS-Volkswohlfahrt als „Treuhänderin" beauftragt. „Es geht heute um Leben und Sterben der deutschen Nation", schrieb Hilgenfeldt dazu im Nationalsozialistischen Volksdienst, der neuen Zeitschrift der NSV. Es gelte, „das Werk des Führers für die Zukunft" zu unterstützen. Denn: „Ein Volk stirbt nicht aus, sondern es wird ausgeboren."[57] Es ist charakteristisch für die neue NS-Volkswohlfahrt, daß den Auftakt ihrer Arbeit diese Kampagne mit Parolen wie „Mütter, kämpft für eure Kinder!" bildete[58], die schon jetzt den grundsätzlich bevölkerungspolitischen Akzent des späteren „Kernstücks" der NSV signalisiert: des 1934 ins Leben gerufenen Hilfswerks „Mutter und Kind".

Die NS-Volkswohlfahrt erscheint im Verständnis vieler ihrer führenden Funktionäre als das eigentliche Zentralstück der NSDAP, als der Ort, an dem die Partei ihr Programm realisiert und ihre Weltanschauung in konkrete Politik umsetzt. Idee und Wirklichkeit der NSV gilt als „der sichtbarste Ausdruck des Grundsatzes, mit dem der Nationalsozialismus unsere Zeit gewandelt hat ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz'"[59]. Damit wird, neben der faktischen Durchsetzung der Organisation, der hoch angesetzte und ehrgeizige Anspruch sichtbar, den sie im konkurrierenden Nebeneinander der nationalsozialistischen Gliederungen und Verbände erhob. Das gilt zum einen hinsichtlich des Verständnisses von Sozialismus. Denn sie ist es, in der die Partei

---

[56] F. Seldte, Sozialpolitik im Dritten Reich 1933–1938, München/Berlin 1939, S. 247. Vgl. zur bevölkerungspolitischen Zielsetzung der nationalsozialistischen Sozialpolitik W. Scheur, Einrichtungen und Maßnahmen der sozialen Sicherheit in der Zeit des Nationalsozialismus, Diss. Köln 1967, S. 194 ff., 211 ff.

[57] Nationalsozialistischer Volksdienst, 1933, S. 4.

[58] Dies der Titel einer der Aufklärungsschriften.

[59] 10 Jahre Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (o. Vf.), in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik, 1942, S. 95.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem internationalen marxistischen Sozialismus den „wahren" Sozialismus entgegenstellt, der im Volk selbst wurzele, völkische Solidarität bewirke und damit die im nationalsozialistischen Sinn anzustrebende Volksgemeinschaft schaffe. Die Glaubwürdigkeit dieses nationalen „Sozialismus der Tat" wurde neben der Programmatik aus den sichtbaren Erfolgen gezogen, die die NSV mit ihren verschiedenen Hilfswerken und ihren weit verzweigten Aktivitäten aufzuweisen hatte: Sie organisierte ab 1933/34 das Winterhilfswerk, das im Laufe der Jahre Spendenaufkommen in Milliardenhöhe auswies. Sie rief im Frühjahr 1934 das Hilfswerk „Mutter und Kind" ins Leben, das zum eigentlichen Zentrum aller Familienhilfe und Familienpolitik wurde. Bis 1937 gab es laut NSV-Statistik über 24 000 Mütter-Hilfs- und Beratungsstellen, wurden über 250 000 Mütter-Erholungsverschickungen durchgeführt, über 1,75 Millionen Kinderverschickungen, über 520 000 Urlaubsverschickungen durch die „Hitler-Freiplatz-Spende", 3500 Kindergärten und über 4000 Erntekindergärten eingerichtet, im Rahmen der Gesundheitsfürsorge annähernd 15 000 Heilverschickungen und mehr als 17 000 Tuberkulose-Einweisungen durch das Tuberkulose-Hilfswerk durchgeführt, 2400 NS-„Gemeindepflegestationen" sowie eine motorisierte Schulzahnpflege eingerichtet; hinzu kamen Jugendhilfe mit einem breiten Zuständigkeitsbereich, Haushaltshilfe für werdende oder kranke Mütter und für Wöchnerinnen, Wohnungs- und Siedlungsbeihilfe, das Ernährungshilfswerk im Rahmen des Vierjahresplans und eine Vielzahl weiterer Aktivitäten[60].

Zum anderen wurde die Wohlfahrtsarbeit der NSV verstanden als „Volkspflege" im ausdrücklichen Gegensatz zur herkömmlichen Armenfürsorge mit ihrem Zuschnitt auf individuelle Not. Die Wohlfahrtspflege des Dritten Reiches definierte sich gegenüber der Weimarer Zeit neu: „‚Freie' Wohlfahrtspflege bedeutet im Dritten Reich nicht wie früher eine unabhängig vom Staate, womöglich gegen den Staat wirkende Form, geschweige denn ‚liberale' Wohlfahrtspflege, sondern ‚freiwilligen' Einsatz des Volkes ... Es handelt sich ... um einen planmäßigen, organisierten Dienst am ganzen Volke durch das ganze Volk, der sich nicht in einer privaten Hilfe von Mensch zu Mensch als einzelnen erschöpft."[61] Diese Wohlfahrtspflege kam mithin dem einzelnen im dem Maß – und nur in dem Maß – zu, wie es dem Wohl des ganzen Volkes diente. Über diesen Belang hinaus hatte der einzelne keine Eigenbedeutung. Am alleinigen Maßstab des Volksganzen gemessen, konnte es sogar verwerflich erscheinen, ihm zu helfen.

Die nationalsozialistische Volkswohlfahrt behielt sich – das gilt auch für das Winterhilfswerk – hinsichtlich des Kreises der zu Betreuenden wie im Blick auf Höhe und Umfang der Leistungen alle Entscheidungen selbst vor. Grundsätzlich galt nur, daß ihre Hilfe eine zusätzliche Maßnahme zu denen der öffentlichen Fürsorge und den eigenen Anstrengungen zu sein hatte, zu denen die Bedürftigen erzogen werden sollten. Ein Recht auf diese Hilfe durfte es nicht geben; vielmehr entschieden NSV und

[60] Die Zahlen sind der offiziellen Statistik (Informationsdienst) der NSV entnommen. Die in der Tagespropaganda verbreiteten Zahlen liegen zum Teil wesentlich höher.

[61] E. K. Spiewok, Der Aufbau des Wohlfahrtswesens im nationalsozialistischen Staat, Berlin o. J., S. 45.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WHW als „Treuhänder" des Volkes frei, „ob, in welcher Höhe und in welcher Weise sie leisten wollen"[62], was vor allem für die Träger der gesetzlichen Fürsorge, in deren Rechte und Zuständigkeiten mit dieser willkürlichen Handhabung eingegriffen wurde, Gegenstand ständiger Kritik war. Genauere gesetzliche Festlegungen wurden dabei von der NS-Volkswohlfahrt vermieden, statt dessen die Wohlfahrtsgesetzgebung von 1924 beibehalten und je nach Zweckmäßigkeit uminterpretiert, da eine gesetzliche Neuregelung der Entwicklung nicht vorangehen dürfe, sondern ihr folgen müsse, und da letztlich jeder Versuch, „die Idee und die Aufgabe der NSV. oder sogar die Art und das Maß ihrer wohlfahrtspflegerischen Tätigkeit" in Gesetzen zu „verankern", dem Wesen nationalsozialistischer Volkswohlfahrt widerspreche und die Bewegung zum Erstarren bringen würde[63]. So heißt es in einem gemeinsamen Runderlaß des Reichsministers des Innern, des Reichsarbeitsministers und des Reichsfinanzministers vom 12. September 1938: „Die vom Führer geschaffene NS.-Volkswohlfahrt und das von ihm ins Leben gerufene Winterhilfswerk sind Einrichtungen für eine umfassende Hilfe für das deutsche Volk mit dem Ziel, neben der öffentlichen Fürsorge mit gesammelter Kraft den vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus besonders wertvollen Volksgenossen eine zusätzliche Hilfe zu gewähren."[64]

In diesem Bewertungskontext war der einzelne eine rein funktionale Größe, abgeleitet vom Volk und von der Volksgemeinschaft. Sinn und Bedeutung kamen ihm nur vom Familienverband her zu, der als „Keimzelle" des Volkes dessen Weiterleben verbürgte und dementsprechend im Mittelpunkt der NSV-Arbeit stand. Da aber nur die gesunde Familie Garant für ein gesundes Volk war, kam der NS-Volkswohlfahrt die Aufgabe zu, „die Minderwertigen in einer ausmerzenden Erbpflege zurückzudrängen" und durch „aufbauende Wohlfahrtspflege" die „erblich wertvollen Schichten" des Volkes zu fördern, unter „Abdrosselung des kranken Erbstromes"[65]. Denn: „Jeder Minderwertige, dessen sinnlos teure Heimunterbringung jährlich Tausende von Mark verschlang, war ein Vampyr an der gesunden Lebenskraft des Volkes."[66] Nationalsozialistische „Volkspflege", wie sie von der NSV betrieben wurde, geschah unter

---

[62] B. Gerl, Fürsorgeleistungen und NS.-Volkswohlfahrt, in: Nationalsozialistischer Volksdienst, 1938, S. 132.

[63] H. Störmer, S. 33.

[64] Aus: Ministerial-Blatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern, 1938, S. 1514. Vgl. dazu F. Linde/L. Zimmerle, Fürsorge des Staates, Fürsorge der Partei, München/Berlin 1943, V 19. Es heißt in dem Runderlaß weiter: „Die NS.-Volkswohlfahrt und das Winterhilfswerk betreiben hiernach eine ergänzende und zusätzliche Fürsorge. Sie selbst tragen die Gewähr, daß diese zusätzlichen Leistungen neben der gleichzeitig laufenden öffentlichen Fürsorge die Grenzen einhalten, über die hinaus gleichzeitige öffentliche Fürsorge ungerechtfertigt wäre; durch Zusammenarbeit mit der öffentlichen Fürsorge wird dies gesichert. Deshalb sind Zuwendungen der NS.-Volkswohlfahrt und des Winterhilfswerkes an einen Hilfsbedürftigen grundsätzlich als zusätzliche Leistungen zu den Leistungen der öffentlichen Fürsorge zu erachten und daher bei der Gewährung von Leistungen der öffentlichen Fürsorge außer Ansatz zu lassen ..."

[65] H. Althaus, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Berlin ²1936, S. 17 f.

[66] I. Altgelt, S. 9.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Leitaspekt der „Nationalbiologie"[67] und war eine ausschließlich bevölkerungspolitische Maßnahme, die das Kranke und Schwache als für die Gemeinschaft untauglich der natürlichen Auslese anheimgab, konkret es in seiner „Befürsorgung" auf deren absolutes Mindestmaß herunterstufte. In der Ablehnung humanistisch-christlicher Wertsetzungen fühlte man sich einer Humanität höherer Ordnung verpflichtet, in direkter Übernahme und praktischer Anwendung von Maximen, wie Hitler sie in „Mein Kampf" verkündet hatte. So entsprach der Wichtigkeit der „erbbiologischen Gesundheit" die der „rassebiologischen Hochwertigkeit". Beide machten gemeinsam den bevölkerungspolitischen Stellenwert des zu Betreuenden aus, und beide waren für ein helfendes Eingreifen der NS-Volkswohlfahrt unabdingbar. Insofern war „Wohlfahrtspflege nationalsozialistischer Prägung grundsätzlich erbbiologisch und rassenhygienisch orientiert", wie Hilgenfeldts Amtsleiter für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe schrieb[68].

Daß nicht Mildtätigkeit betrieben, sondern der Wille des Führers und der Partei realisiert wurde, hatte nicht nur den Begriff Wohlfahrtspflege in der NSDAP respektabel gemacht, sondern deren Träger, das Hauptamt für Volkswohlfahrt und die NSV, zu einer der stärksten Potenzen erhoben, deren Leiter Erich Hilgenfeldt die Verwaltung dieser „Hausmacht" mit einer totalen Hingabe an den Führer verbunden zu haben scheint. Anläßlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen der NSV schrieb Bormann an Hilgenfeldt: „Die von Ihnen geleitete Arbeit der NSV. hat einen wesentlichen Teil des Programms der NSDAP. der Verwirklichung näher gebracht und damit die Tätigkeit der Partei selbst in entscheidender Weise unterstützt."[69] Und Rosenberg schrieb zum selben Anlaß: „Gerade diese stets betonte weltanschauliche Haltung hat Entscheidendes für die Sicherung der ganzen nationalsozialistischen Weltanschauung zu bedeuten gehabt und wird es auch später tun."[70]

Seit dem März 1935 gab es im Reichsschulungsamt der NSDAP eine Hauptstelle „NS-Volkswohlfahrt", deren Leiter in Personalunion Reichsschulungsbeauftragter des Hauptamts für Volkswohlfahrt war. Er wurde ernannt für das Reichsschulungsamt vom Reichsschulungsleiter, als Reichsschulungsbeauftragter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt von dessen Leiter Hilgenfeldt und besaß Entsprechungen auf Gau- und Kreisebene. In der Anordnung des Reichsschulungsamtes vom 12. Februar 1935, die diese Neueinrichtung bekannt gab, heißt es: „Das Hauptamt für Volkswohlfahrt der NSDAP. und die von ihm betreute Millionenorganisation der NSV. hat die Aufgabe, unter Führung des Hauptamtsleiters, Pg. Hilgenfeldt, das wichtige Gebiet der Volkswohlfahrtspflege im weitesten Umfange nach nationalsozialistischen Grundsätzen neu zu gestalten. Für diese Aufgabe allen im Rahmen der NS.-Volkswohlfahrt tätigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern die notwendige weltanschau-

[67] H. Althaus, S. 15.

[68] Ebenda, S. 16.

[69] Schreiben vom 17. April 1942, zit. in Rundschr. Hilgenfeldt Nr. V 5/42 vom 23. April 1942 (Bundesarchiv: NS 37/1016).

[70] Schreiben vom 16. April 1942, zit. in Rundschr. Hilgenfeldt Nr. V 8/42 vom 16. Juli 1942 (Bundesarchiv: NS 37/1016).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

liche und fachliche Schulung zu vermitteln und darüber hinaus im gesamten deutschen Volke für die nationalsozialistischen Grundsätze der Volkswohlfahrtspflege das notwendige Verständnis zu schaffen, ist das Ziel der Schulungsarbeit im Rahmen des Hauptamtes für Volkswohlfahrt."[71] Dies entsprach dem Kurs Hilgenfeldts, der am 21. Januar desselben Jahres geschrieben hatte: „Die fachliche Schulung der N.S.V.-Mitarbeiterschaft ist Aufgabe der Dienststellen des Hauptamtes für Volkswohlfahrt. Auch für die Fragen der Fachschulung ist die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Schulungsleiter der N.S.D.A.P. erforderlich. Erst nach klarer Erfassung der Grundsätze nationalsozialistischer Weltanschauung wird die wichtige fachliche Unterweisung in technischer und gesetzlicher Hinsicht für die N.S.V.-Mitarbeiterschaft die richtige praktische Auswirkung im Sinne neuer Wohlfahrtspflege finden."[72]

War die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt nach dem Verständnis vieler ihrer Führer Zentralstück des Nationalsozialismus überhaupt, so hatte sie ihr eigenes Zentrum wiederum in dem Hilfswerk „Mutter und Kind". Unter dem Motto des Goebbels-Wortes „Mutter und Kind sind das Unterpfand für die Unsterblichkeit eines Volkes"[73] umfaßte es die ganze Familienhilfe und hatte in Zusammenarbeit namentlich mit dem Deutschen Frauenwerk ein Netz von Hilfsstellen aufgezogen, in denen ehrenamtliche Kräfte beratend und erzieherisch auf ratsuchende Frauen einwirkten. Diese Hilfsstellen und die (zahlenmäßig weit geringeren) ärztlich geleiteten Beratungsstellen arbeiteten eng zusammen mit den NS-Gemeindeschwesternstationen, ebenfalls einer NSV-Einrichtung – die NS-Gemeindeschwester als „der dauernde Beobachtungsposten für die sozialen Nöte ihres örtlichen Bereichs und damit wichtige Mitarbeiterin des Hilfswerks"[74] –, die die „volkspflegerische Erfassung" der Familien ergänzte. Man wird sagen müssen, daß das Hilfswerk „Mutter und Kind", Kernstück der NS-Volkswohlfahrt, wohl auch deren deutlichster Wesensausdruck war. Es war der wichtigste Träger ihrer „Gesinnungspflege" und wies ihre weltanschaulichen Grundvorstellungen und Prinzipien auf in seiner Zuwendung zu den Müttern als den „ewigen Quellen des Lebens" und den Kindern als den „Trägern unserer nationalen Zukunft": „Weil wir die Ewigkeit des deutschen Volkes wollen, müssen wir auch für die Ewigkeit des deutschen Volkes sorgen."[75]

So ist am Beispiel des Hilfswerkes „Mutter und Kind" wohl auch am deutlichsten zu sehen, wie diese weltanschauliche Programmatik in die Praxis umgesetzt wurde. Deren unterstützende Maßnahmen waren zentral auf die Familie gerichtet; nur als ganze wurde sie betreut, nicht einzelne Familienmitglieder, Einzelpersonen mithin

---

[71] Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Folge 91, 1935, S. 243 f.

[72] Anordnung Nr. V 3/35 (Bundesarchiv: NS 37/1024).

[73] Als Geleitwort unter anderem in der Broschüre „Arbeitsplan für die Durchführung des Hilfswerkes ‚Mutter und Kind' des Amtes für Volkswohlfahrt", o. J. (1934). Vgl. auch T. E. J. de Witt, The Nazi Party and Social Welfare 1919–1939, Diss. Univ. of Virginia 1972, S. 244 ff.

[74] H.-E. v. Hausen/H. Rößler, Grundriß der deutschen Wohlfahrtspflege, Leipzig 1939, S. 93.

[75] E. Hilgenfeldt in einem Artikel über bolschewistische und nationalsozialistische Wohlfahrtsarbeit, in: Blätter der Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg, 1936, S. 199.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur, soweit sie alleinstehend waren. Erklärtes Ziel der gesamten „volkspflegerischen" Arbeit war die Gesundheit und die gesunde Fortpflanzung. Insofern gehörten hierher natürlich alle Unterstützungen, die hierfür den materiellen Rahmen sicherten: Hilfen bei Arbeitslosigkeit des Ernährers, Arbeitsplatzhilfe, Wohnungsbeschaffung, Ernährungs- und Kleidungsbeihilfen u. dgl. Aber neben dieser allgemeinen Familienhilfe, die als flankierende Maßnahme zu betrachten ist, wird man das Schwergewicht vor allem auf vier Hauptaktivitäten sehen müssen: 1. den Hilfs- und Beratungsstellen, 2. der Gesundheitsverschickung, 3. der Betreuung von Schwangeren, Wöchnerinnen, kranken Müttern, 4. den Kindertagesstätten.

Da diese Aktivitäten vielfach ineinandergriffen, zum Teil eigene Formen der Unterorganisationen ausbildeten und organisatorische Wandlungen vollzogen, sind sie schwer voneinander abzugrenzen. Zudem wurden sie zumeist in ebenfalls sich wandelnden (und Kompetenzprobleme aufwerfenden) Kooperationen mit anderen Organisationen – vor allem der NSF bzw. dem Deutschen Frauenwerk, aber auch der HJ, dem BDM, der DAF, dem Hauptamt für Volksgesundheit und anderen, schließlich den kommunalen Wohlfahrtsbehörden, Gesundheitsämtern usw. – durchgeführt. Doch ist die Schwerpunktsetzung eindeutig. Die Hilfs- und Beratungsstellen für Mütter hatten gesundheitsbezogene Funktion und wurden durch die von Schwestern geleiteten „Gemeindepflegestationen"[76], durch das NSV-Tuberkulose-Hilfswerk, die Motorisierte Schulzahnpflege der NSV sowie eine Reihe von Sonderaktionen ergänzt. Die Gesundheitsverschickung von Müttern (allein oder mit ihren Kleinkindern) war neben der „örtlichen" Erholungspflege und der direkten Heilverschickung Schwerpunkt der Heil- und Erholungsmaßnahmen der NSV. Sie machte, ähnlich wie bei der Schwangeren- und Wöchnerinnenbetreuung, Haushaltsvertretungen notwendig, oft auch Unterbringung der Kinder. Und diese gehörten wiederum, wenn Verwandten- und Nachbarschaftshilfen fehlten, zum Tätigkeitsbereich des Hilfswerks „Mutter und Kind", unter Mithilfe der NS-Frauenschaft, des Mütterdienstes des Deutschen Frauenwerkes sowie des BDM. Auch die Kindertagesstätten, die in ähnlichen Kooperationen geleitet wurden, hatten eine die Mütter entlastende Funktion, neben dem Ziel der frühen Erziehung der Kleinkinder zur Volksgemeinschaft.

Rückgang der Säuglingssterblichkeit, Arbeit der Hilfs- und Beratungsstellen, Mütter- und Kinderverschickung und Kindergärten stehen denn auch vornean, wo die Leistungen der NS-Volkswohlfahrt aufgezählt werden[77]. Es folgen: „Hitler-Urlauber" (Hitler-Freiplatzspende), NS-Schwesternschaft, Hilfswerk Bayerische Ostmark, Kinderzahnpflege, Tuberkulose-Hilfswerk, Bettenversorgung, Wohnungs- und Siedlungshilfe, das Ernährungshilfswerk, Kleiderhilfe u. a. – fast ausnahmslos Aktivitäten, die in direkter Beziehung zur Arbeit des Hilfswerks „Mutter und Kind" stehen. Ten-

[76] Die Gemeindepflegestationen, eine Einrichtung der öffentlichen Wohlfahrtspflege, deren sich die NSV bemächtigt hatte, wurden unter ihrer Führung von freien Schwestern (des Reichsbundes der freien Schwestern und Pflegerinnen) und NS-Schwestern geleitet, beide seit Juli 1941 im NS-Reichsbund Deutscher Schwestern zusammengeschlossen.

[77] Leistungen der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege, mit Vorwort von Hilgenfeldt, München/Berlin 1937.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denziell wie auch, im erreichten Umfang, faktisch entsprach dessen Wirksamkeit wohl am klarsten der „aufbauenden" Fürsorge der NSV. Daß der erreichte Umfang der Arbeit – des Hilfswerks „Mutter und Kind" wie der gesamten NSV – selbst in manchen zentralen Bereichen bei weitem nicht so groß war, wie der ständig und allenthalben präsente Anspruch es suggerierte, motivierte erst recht dazu, diesen Anspruch durchzusetzen, gegenüber den rivalisierenden Wohlfahrtsträgern wie gegenüber den anderen Partei-Organisationen. Gerade ihnen war stets die führende Stellung der NSV im Aufbauwerk der Volksgemeinschaft zu demonstrieren, der sie in ihrer Arbeit für die Gesundung der Familie erst die notwendigen Voraussetzungen schuf: „Alle Maßnahmen, wie: Eheberatung, Erziehung des weiblichen Nachwuchses zur Ehe, Sorge für die werdende und gewordene Mutter, für Säugling und Kleinkind, Erholungspflege für Mutter und Kind, Mütterschulung, Wohnungsbeschaffung, in förderndem Sinne auch Wohnungsbau und Siedlung, sind auf das eine Ziel ausgerichtet, recht viel erbgesunde, kinderreiche Familien begründen und erhalten zu helfen."[78] In sehr direkter Weise war die NS-Voklswohlfahrt und in ihr besonders das Hilfswerk „Mutter und Kind" Vollstrecker des Willens des Führers und der nationalsozialistischen Idee. Ihre Aufgabenstellung, „im Sinne einer gesunden Bevölkerungspolitik Mutter und Kind in gesundheitlicher und fürsorgerischer Hinsicht zu erfassen" zum Zweck der „Förderung des erbbiologisch wertvollen Teiles des deutschen Volkes"[79], resultierte aus dem Punkt 21 des NSDAP-Programms: „Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes ..." Allerdings war es nicht der Staat, der hier tätig war. Die NS-Volkswohlfahrt war Sache der Partei. Sache des Staates dagegen war das Winterhilfswerk.

V

Das *Winterhilfswerk des deutschen Volkes,* dessen Eröffnung Hitler sich jedes Jahr selbst vorbehielt, verdankte sein Entstehen direkt Hitlers Befehl. Zwar hatte es bereits 1931/32 und 1932/33 angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Not eine gemeinsame „Winterhilfe" der freien Wohlfahrtsverbände gegeben, unterstützt von der Reichsregierung. Doch waren die Erfolge beider Aktionen mit weniger als 100 Millionen Reichsmark im ersten Winter und rund 90 Millionen im zweiten vergleichsweise bescheiden gewesen und dienten der nationalsozialistischen Propaganda in der Folgezeit als Beispiel für beschämende Almosen-Mentalität der „Systemzeit" und als Folie zur eigenen Selbstdarstellung. Denn bereits das erste vom nationalsozialistischen Staat durchgeführte Winterhilfswerk 1933/34 erbrachte Geld- und Sachspenden im Wert von über 358 Millionen Mark. Und es hat vielleicht wenige Maßnahmen gegeben, bei denen die Mittel und Möglichkeiten eines autoritären Gleichschaltungsstaates, propagandistisch und mit Zwangsmaßnahmen – die Freiwilligkeit wurde al-

[78] H. Althaus, S. 22.
[79] Arbeitsplan für die Durchführung des Hilfswerkes „Mutter und Kind", S. 5 f.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lerdings stets mit Nachdruck betont – alle Bürger zu „erfassen" und Aktivitäten zu koordinieren, als so effektiv und hilfreich begrüßt wurden in einer breiten Öffentlichkeit wie bei diesem ersten Winterhilfswerk, das vielen als Bestätigung des neuen nationalen Sozialismus und als Neubeginn der von Hitler verkündeten „nationalen Solidarität"[80] erscheinen mochte, als Verwirklichung der propagierten Volksgemeinschaft.

Mit der Schaffung des Winterhilfswerks hatte Hitler bereits im Sommer 1933 den Reichsminister Goebbels beauftragt, der sich hierzu der im Aufbau befindlichen Organisation der NSV bediente. So wurde der NSV-Reichswalter Hilgenfeldt mit dem Amt eines Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk betraut und die neue Aktion in die Hände einer Organisation gelegt, die aufgrund ihrer schnellen und umfassenden Konsolidierung Gewähr für größtmögliche Effizienz bot und ihren Ausbau nunmehr mit besonderem Blick auf die neue Aufgabe intensivierte. Mit einem kleinen Mitarbeiterstab dirigierte Hilgenfeldt als „Reichsbeauftragter des Winterhilfswerkes" von seinem Büro im Berliner Reichstagsgebäude aus ein Unternehmen, das bald zum Inbegriff der Wohlfahrtsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland werden sollte und als der Welt größtes Hilfswerk gepriesen wurde. Mit dem Führer-Auftrag „Keiner soll hungern, keiner soll frieren" war die Direktive für dieses erste Winterhilfswerk gegeben, für das Hitler die Losung ausgab: „Wir wollen die lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes aufbauen!"[81] In seinem Aufruf zur Eröffnung am 13. September stellte er diese nationale Solidarität, die „blutmäßig ewig begründet" sei, gegen die „internationale marxistische Solidarität"[82] und schlug mit der Forderung des freiwilligen Opfers und der Betonung seines erzieherischen Wertes das in den folgenden Jahren ständig wiederkehrende Leitmotiv an.

Die Durchführung des Winterhilfswerks oblag den untergeordneten Ämtern für Volkswohlfahrt gemäß den Befehlen der Berliner Amtsleitung und umfaßte Geldsammlungen ebenso wie die Sammlung und Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung, Brennstoffen usw. einschließlich eines regulierten Systems der Bedarfserhebung und -anmeldung, der Bedürftigkeitsüberprüfung sowie der Organisation des Transportwesens, der Lagerhaltung und sonstiger Maßnahmen. Mit einem Gesamtaufkommen von 358 136 000 Reichsmark im Winter 1933/34[83] und einer Organisation, deren Befehlsstruktur zentrale Steuerung bis in die letzten Verästelungen des Apparats sicherte, wurde diese Unternehmung ein spektakulärer Erfolg. Faktisch wie psychologisch trug hierzu auch bei, daß alle denkbaren Organisationen der öffentlichen und freien Fürsorge, einschließlich der kirchlichen (Innere Mission und Caritas), alle staatlichen Behörden, Verbände der Wirtschaft etc., und natürlich die Organisationen der NSDAP, unter Führung der NS-Volkswohlfahrt zusammenwirkten und damit eine

[80] Vgl. Hitler in seinem Aufruf zur WHW-Eröffnung 1933/34, in: Führer-Reden zum Winterhilfswerk 1933–1936, Berlin 1937. Vgl. auch de Witt, S. 184 ff.

[81] Hitler, S. 3.

[82] Ebenda.

[83] Laut Informationsdienst für die soziale Arbeit der NS-Volkswohlfahrt, Jg. 4.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

starke Konzentration der Kräfte darstellten. Dies geschah durch die Gründung einer Reichsarbeitsgemeinschaft des Winterhilfswerks und entsprechender Arbeitsgemeinschaften in den Gauen, Kreisen und Ortsgruppen. Daneben stand ein Reichsbeirat mit repräsentativen Aufgaben, dem die Reichs- und Länderminister, die Reichsstatthalter, führende Persönlichkeiten der Kirchen, der Industrie, des Handwerks, der Kunst und Wissenschaft und andere angehörten. Dem Reichsbeirat entsprachen auf den unteren Ebenen der Gau- und Kreisbeirat.

Die hier zum Ausdruck kommende Mitarbeit der anderen sozial tätigen Behörden und Organisationen, vor allem des Deutschen Gemeindetags und der karitativen Werke der Kirchen, bringt die komplexe Problematik des Verhältnisses zwischen diesen und der NSV ins Blickfeld, die die Jahre 1933 bis 1945 in teilweise recht wechselvollen Konstellationen durchzieht. Die Zuweisung von kranken, aus erbbiologischen Gründen nicht tragbaren Hilfsbedürftigen an die öffentliche Wohlfahrt und an die Fürsorge der Kirchen und die Reservierung der Gesunden für die NSV – diese Arbeitsteilung zum Wohle der Volkspflege und bis zur endgültigen Alleinherrschaft von deren Träger hatte Hilgenfeldt schon im Sommer 1933 vorgeschlagen[84] – war weder für die Kirchen noch für den Deutschen Gemeindetag akzeptabel, deren Arbeit im übrigen auch faktisch auf lange Zeit gar nicht entbehrlich war. Dies ergab die irritierende Situation einerseits der permanenten Konkurrenz, andererseits der Zusammenarbeit, wo diese erforderlich und möglich schien – für die Kirchen beim Winterhilfswerk, wie es scheint, mehr als bei den wesenseigeneren Aktivitäten der NSV; aber auch mit diesen kam es zu vielen Kooperationen, auch solchen, die auf höchster Ebene vertraglich vereinbart wurden[85].

Die Verdrängung kirchlich-diakonischer Arbeit auf der einen Seite (der Bahnhofsmission, der Beratungstätigkeiten, Kindergärten; Ersetzung von Diakonissen und Ordensschwestern durch „braune" NS-Schwestern etc.) bis hin zu offener Okkupation, oft verbunden mit staatspolizeilichen Beschlagnahmen ihrer Einrichtungen im Krieg zugunsten der NSV, und die bis in die Kriegsjahre andauernden Bemühungen um Einvernehmen und Zusammenarbeit mit der NSV und ihren Werken auf der anderen Seite zeigen ein Bild, das dem des Verhältnisses der Kirchen zum nationalsozialistischen Staat durchaus entsprochen haben dürfte und das auf seiten der kirchlichen Werke gleichermaßen von dem Bestreben gekennzeichnet war, an ihrer staatspolitischen Zuverlässigkeit keinen Zweifel aufkommen zu lassen, solange dies noch eben vertretbar erschien. Die Problematik dieses Verhältnisses zwischen NSV (und WHW) und den kirchlich-diakonischen Verbänden kann indessen hier nur angedeutet werden; sie erfordert eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen. Jedenfalls aber dokumentierte im vorliegenden Fall des Winterhilfswerks die in der Reichsarbeitsgemeinschaft gegebene umfassende Trägerschaft entsprechend der national-

[84] S. o. Hilgenfeldts Ausführungen vom 14. August 1933.

[85] Vereinbarungen gab es mit dem Zentralausschuß der Inneren Mission und mit dem Caritas-Verband unter anderem über die Zusammenarbeit der Mutterhäuser mit der NSV, über Schwesternbetreuung für Heimbedürftige usw. Natürlich ging es für die kirchlichen Werke immer wieder um ihre Bestandssicherung vor den Zugriffen der NSV.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialistischen Volksgemeinschafts-Ideologie und unter der Parole „Ein Volk hilft sich selbst", daß hier das ganze Volk gemeinsam das Werk der Selbsthilfe in Angriff genommen habe – ein Gedanke, der in der Propaganda, aber auch in den juristischen Einordnungsversuchen des WHW eine Rolle spielen sollte.

Was im Winter 1933/34 noch manche Anzeichen der Improvisation trug, erwies sich doch als konzeptionell richtungweisend für den weiteren Ausbau. Im folgenden Winter stand bereits ein Organisationsapparat in sämtlichen Gauen, 878 Kreisen und 21 121 Ortsgruppen bereit. Die Zahl der Blockwalter hatte sich annähernd verdoppelt auf ca. 180 000, die der zumeist freiwilligen Helfer lag insgesamt bei über 1,3 Millionen[86]. Mit einer Leistung, die jährlich um mehr als 10 Millionen Reichsmark stieg und ab 1936/37 diesen Zuwachs vervielfachte, 1937 eine Gesamtsumme von fast 1,5 Milliarden erreicht und bis 1942 die 5-Milliarden-Grenze überschritten hatte[87], war das Winterhilfswerk im Laufe der Jahre ein gewichtiger ökonomischer Faktor und einer der bedeutendsten Arbeitgeber der deutschen Wirtschaft geworden. Als Unternehmen dieses personellen wie wirtschaftlichen Ausmaßes hatte es seine rechtliche Form durch ein Reichsgesetz vom 1. Dezember 1936 erhalten, und zwar im Sinne rechtsfähiger Stiftungen des bürgerlichen Rechts[88]. Und auf der Grundlage dieses WHW-Gesetzes erließ Goebbels als der mit der Führung und Beaufsichtigung des Winterhilfswerks beauftragte Reichsminister[89] am 24. März 1937 eine Verfassung für das Winterhilfswerk. In ihr hieß es: „1. Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, in dem Einsatzbereitschaft und Opferfreudigkeit eines Volkes im Kampf gegen Hunger und Kälte des Winters ihren lebendigsten Ausdruck gefunden haben, wird nach dem Befehl des Führers als ständiges Werk der Tat gewordenen Volksgemeinschaft fortgeführt. 2. Die Arbeit des Winterhilfswerks des Deutschen Volkes wird bestimmt von dem Leitsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz!"[90]

Zu beachten ist, daß Goebbels seine leitende Funktion im WHW in seiner Eigenschaft als Reichsminister hatte, nicht als Amtsträger der Partei. Auch war die Statusregelung per Reichsgesetz, anders als etwa die NSV-Anerkennung Hitlers vom Mai 1933, eine Rechtshandlung von Reichs wegen, das Winterhilfswerk „des Deutschen Volkes" – nicht der NSDAP – von vielen Kräften und Organisationen getragen, wenn auch unter führender Beteiligung der NSV, deren oberster Leitung die Befehlsgewalt und deren Apparat die Durchführung zukam[91]. Dementsprechend waren die

---

86 Angaben nach E. Wulff, Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, Berlin 1941, S. 22, 25.

87 Informationsdienst; Rechenschaftsbericht 1941/42 des Kriegswinterhilfswerks (in: Der Führer zum Kriegswinterhilfswerk 1942/43, 1942); vgl. H. Stadelmann, Die rechtliche Stellung der NS.-Volkswohlfahrt und des Winterhilfswerkes des Deutschen Volkes, München/Berlin 1938, S. 25.

88 Gesetz über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, 1. Dezember 1936 (Reichsgesetzblatt Teil I, Jg. 1936, S. 995).

89 Ebenda, § 3.

90 Reichsgesetzblatt Teil I, Jg. 1937, S. 423.

91 Auch für das Hilfswerk „Mutter und Kind" gab es als Träger einen Reichsarbeitsausschuß, der eine breite Basis garantieren sollte und sich ähnlich zusammensetzte. Doch war dieses Hilfswerk eindeutig Sache der NSV selbst und mithin der Partei.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grenzen für das Winterhilfswerk weiter gesteckt als die der NS-Volkswohlfahrt und nicht so streng an Partei-Vorgaben ausgerichtet, was die Empfänger der Hilfe betraf. Beide hatten den Charakter zusätzlicher Hilfe zu den Leistungen der öffentlichen Fürsorge. Kamen jedoch für die NSV nur „Erbgesunde" und „rassisch Hochwertige" in Betracht, so galt für das WHW diese Einschränkung nicht, auch wenn, vor allem ab 1938/39, Juden in verstärktem Maße auf die Jüdische Winterhilfe verwiesen wurden. In den Anordnungen zur Durchführung des Winterhilfswerkes vom Juli 1938 heißt es: „Die Betreuung hilfsbedürftiger Juden erfolgt unter Aufsicht des Reichsbeauftragten für das WHW. nach besonderen, von ihm genehmigten Richtlinien durch die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und die ihr angeschlossenen Stellen. Hilfsbedürftige Familien aus Mischehen zwischen Deutschblütigen und Juden werden unterstützt vom WHW., wenn der Haushaltungsvorstand deutschblütig ist, von der Jüdischen Winterhilfe, wenn der Haushaltungsvorstand jüdisch ist. Hilfsbedürftige jüdische Mischlinge werden durch das WHW. unterstützt."[92] Als hilfsbedürftig im Sinne des Winterhilfswerks galt allgemein, „wer den nötigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhalten kann"[93]. Auch die Propaganda zugunsten des Winterhilfswerks setzte sich wie die der NSV natürlich mit Betonung vom mildtätigen Fürsorge- und Almosenwesen der „Systemzeit" ab. Aber dies geschah eher im quantitativen Sinn der eigenen größeren Effizienz, des stärkeren Einsatzes, der besseren Organisation. Die Verurteilung fiel unter diesen Aspekten zwar kaum weniger vernichtend aus; doch fehlte dem WHW selbst zumeist das Grundsätzliche, das bei der NS-Volkswohlfahrt der rassisch-weltanschaulichen Bedeutung von Begriffen wie „Volkspflege" anhaftet.

VI

Verbunden mit der konzeptionellen Problematik des Verhältnisses der beiden so eng verflochtenen Organisationen war die *rechtliche Problematik.* Die NSV war ihrer bürgerlichen Rechtsform nach ein eingetragener Verein. Als solcher hatte sie einen Mitgliederbestand, der nach der parteiamtlichen Anerkennung und dem intensiven Ausbau bereits Ende 1933 etwa 112000 betrug, ein Jahr später 3800000, im Jahr 1936 die 6-Millionen-Grenze überschritt und 1942 mit über 16 Millionen beziffert wurde[94]. Die NSV war durch landesrechtliche Erlasse als „milde Stiftung" im steuerrechtlichen

[92] Anordnungen zur Durchführung des Winterhilfswerkes, hrsg. vom Reichsbeauftragten für das WHW, 1938, S. 24.

[93] Ebenda, S. 20.

[94] H. Althaus, S. 43; 10 Jahre Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, S. 94; vgl. die Angaben im Informationsdienst. Die Zahlen ab 1938 beziehen Österreich und Sudetenland mit ein.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sinn[95] sowie durch die erwähnte Ministerverfügung vom 25. Juli 1933 als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege anerkannt. Innerhalb der NSDAP war sie ein „angeschlossener Verband" und somit eine „nationalsozialistische Gemeinschaft" mit eigenem Vermögen, unter der Finanzaufsicht des Reichsschatzmeisters der NSDAP und unter gesetzlichem Schutz hinsichtlich ihres Aufbaus, ihrer Einrichtungen und Symbole[96].

Aber bereits das Verhältnis zwischen dem Verein NS-Volkswohlfahrt e. V. und dem Hauptamt für Volkswohlfahrt, dem er unterstand, war ein juristisch recht kompliziertes. Das Hauptamt für Volkswohlfahrt in der NSDAP-Reichsleitung war mit seinen nachgeordneten Ämtern in den Gau-, Kreis- und Ortsgruppenleitungen weder eine Gliederung der Partei noch ein angeschlossener Verband, sondern es war der Partei „im engeren Sinne" zugehörig. Deren Dienststellen aber beanspruchten aufgrund des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 und seiner Durchführungsverordnung vom 29. März 1935 den Charakter von öffentlichen Behörden[97], insofern sie nach neuem Rechtsverständnis „die in der Ausgestaltung öffentlicher Gewalt gebildeten Amtsstellen" waren, „die berufen sind, nach dem Willen des Führers und Reichskanzlers die öffentlichen Aufgaben zu erfüllen."[98] Im Gegensatz zum Hauptamt für Volkswohlfahrt als Parteidienststelle war dagegen der „angeschlossene Verband" NS-Volkswohlfahrt seiner bürgerlichen Rechtsform nach ein eingetragener Verein, somit eine selbständige juristische Person, durch ihren Vorsitzenden gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Sie galt als ein von der Partei betreuter Verein. Da jedoch ihr Vorsitzender, der zugleich als Vorstand im Sinne des Bürgerlichen Gesetzes galt, von der Reichsleitung der NSDAP ernannt wurde, bestätigt durch den Reichsminister des Innern, und die außer ihm als Organ des Vereins bestehende Mitgliederversammlung entsprechend dem Führerprinzip nur beratende Stimme hatte, war die Leitung durch die Partei eine sehr direkte. Denn in der Person Erich Hilgenfeldts, der Vorsitzender des Vereins und „Reichswalter" des angeschlossenen Verbandes, zugleich Hauptamtsleiter für Volkswohlfahrt in der NSDAP-Reichsleitung war, sehen wir die „betreuende" Partei und die „betreute" NSV personell zusammengefaßt. Entsprechendes wiederholt sich auf den Stufen der Gaue, Kreise und Ortsgruppen. Dabei war der jeweilige NSV-Dienststellenleiter, in seiner Eigenschaft als NSV-„Walter", kein politischer Leiter, mithin auch nicht Angehöriger einer öffentlichen Behörde. Faktisch aber war er es doch, durch die bestehende Per-

[95] H. Stadelmann, S. 11.

[96] Gesetz zum Schutze von Bezeichnungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 7. April 1937 (Reichsgesetzblatt Teil I, Jg. 1937, S. 442).

[97] Entscheidung des Reichsgerichts vom 17. Oktober 1935 (vgl. Deutsche Justiz 1936, S. 16).

[98] W. Laforet, Deutsches Verwaltungsrecht, 1937, S. 79, zit. bei J. F. Zimmermann, Die NS.-Volkswohlfahrt und das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes als die vom Hauptamt für Volkswohlfahrt der Reichsleitung der NSDAP. betreuten Sozialgemeinschaften des Dritten Reiches, Diss. Würzburg 1938, S. 39. Für die Qualifizierung der Parteidienststellen und also auch des Hauptamtes für Volkswohlfahrt als öffentliche Behörden beruft sich Zimmermann auf verschiedene Reichsgesetze und auf das erwähnte Urteil des Reichsgerichts vom 17. Oktober 1935 (S. 38 ff.).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonalunion, in seiner Eigenschaft als Leiter einer Dienststelle des NSDAP-Hauptamtes für Volkswohlfahrt.

Einerseits also wird man, wie es J. F. Zimmermann in seiner 1938 vorgelegten Dissertation tut, auseinanderhalten müssen: „Das Hauptamt für Volkswohlfahrt als Dienststelle der Reichsleitung der Partei, mit der Eigenschaft einer öffentlichen Behörde, ohne eigene Rechtspersönlichkeit, das die Aufgabe hat, den Verein NS.-Volkswohlfahrt e. V. zu betreuen, und der der NSDAP. angeschlossene Verband NS.-Volkswohlfahrt e. V. mit rechtlicher Selbständigkeit, jedoch ohne Behördeneigenschaft, mit der bedeutenden Aufgabe, die Mittel für die Ziele der nationalsozialistischen Wohlfahrtspflege aufzubringen, die vermögensrechtlichen Angelegenheiten zu übernehmen und das Vermögen unter Aufsicht des Reichsschatzmeisters und seiner Unterbevollmächtigten zu verwalten."[99] Andrerseits war dieser Unterschied in der Praxis aufgehoben. Die Organisation der NSV war der der Partei angeschlossen und damit die Führung der NSV durch die Partei auf allen Ebenen gesichert.

Die Reichswaltung der NS-Volkswohlfahrt/Hauptamt für Volkswohlfahrt der NSDAP-Reichsleitung gliederte sich in die fünf Ämter: Organisationsamt, Finanzverwaltung, Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, Volksgesundheit, Werbung und Schulung. Diese „horizontale" Gliederung wiederholte sich unter der Bezeichnung „Hauptstellen" jeweils auf den niedrigeren Ebenen der „vertikalen" Gliederung, wo die Gauamtsleiter, Kreisamtsleiter und Ortsgruppenamtsleiter der Ämter für Volkswohlfahrt (als nachgeordnete Ämter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt) zugleich die Gauwalter, Kreiswalter und Ortswalter der NSV e. V. waren; unter ihnen folgten die Zellenwalter und Blockwalter, auf deren Ebenen es die „horizontale" Gliederung in Hauptstellen nicht mehr gab[100]. Der Aufbau des Winterhilfswerks folgte dem der NSV: der Hauptamtsleiter für Volkswohlfahrt war zugleich der WHW-Reichsbeauftragte, der Gauamtsleiter Gaubeauftragter, der Kreisamtsleiter Kreisbeauftragter und der Ortsgruppenamtsleiter Ortsbeauftragter für das WHW. Auf diesen vier Ebenen bestand als Träger des Winterhilfswerks die Reichs- bzw. Gau-, Kreis- und Ortsarbeitsgemeinschaft des WHW; und auf den drei obersten Ebenen stand dem jeweiligen Beauftragten der Reichs- bzw. Gau- und Kreisbeirat[101] zur Seite. Unterhalb der Ortsgruppenebene gab es den Helferstab, der den größten Teil der praktischen Arbeit verrichtete.

Das Winterhilfswerk war im Gegensatz zur NS-Volkswohlfahrt weder eine der Partei angeschlossene „nationalsozialistische Gemeinschaft" noch ein Verein, der Mitglieder besessen hätte. Weder das bürgerliche Recht noch das öffentliche Recht bot Möglichkeiten der Einordnung für eine derartige Institution mit einem derartigen Volumen an Sammelvermögen. Ein Gerichtsurteil vom Sommer 1935 versuchte, durch eine Rechtskonstruktion das Dilemma zu umgehen, indem es vom Zweck des WHW eine Analogie zur Rechtsform der Stiftung gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch herstellte[102]. Doch war auch dieser Versuch kaum tauglich, das Winterhilfswerk in bestehende Rechtsformen einzuordnen. So haben letztendlich auch nicht Merkma-

[99] J. F. Zimmermann, S. 48 f.
[100] Die Hauptstellen Volksgesundheit gingen in der Regel nur bis zum Kreisamt hinunter.
[101] Letzterer nur in besonderen Fällen.
[102] Vgl. H. Stadelmann, S. 21; J. F. Zimmermann, S. 102.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

le wie der Stiftungscharakter gemäß dem BGB die Rechtsfähigkeit des WHW konstituiert; vielmehr geschah dies durch ein eigenes Reichsgesetz, das wie erwähnt am 1. Dezember 1936 als „Gesetz über das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes" erlassen wurde und in seinem ersten Paragraphen besagte: „Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes ist rechtsfähig. Es finden die Bestimmungen über die rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts sowie die Vorschriften der §§ 26, 27 Abs. 3, 30 und 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sinngemäß Anwendung. ..."[103] Damit ist einerseits natürlich ein Bezug zu vergleichbaren Institutionen im traditionellen Rechtssystem hergestellt und auch der Hinweis auf die Stiftung aufgenommen. Andrerseits ist das Winterhilfswerk durch dieses speziell auf seinen Sonderstatus zugeschnittene Gesetz in gewisser Weise dem bisherigen Rahmen entzogen.

Das Winterhilfswerk wurde dem Gesetz vom 1. Dezember 1936 zufolge „durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geführt und beaufsichtigt". Auf dessen Vorschlag wurde von Hitler ein Reichsbeauftragter ernannt, der seinerseits die Stellung des Vorstandes hatte[104]. Dieser Reichsbeauftragte war wiederum Erich Hilgenfeldt, was die rechtliche Problematik weiter komplizierte, die (faktisch allein relevante) organisatorische jedoch vereinfachte, indem die jeweiligen NS-Walter auf allen Ebenen als WHW-Beauftragte fungierten. Gemäß dem WHW-Gesetz erließ am 24. März 1937 Reichsminister Goebbels eine „Verfassung für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes", aus der oben bereits zitiert wurde.

Drängte die Schwierigkeit, ein Werk von der Beschaffenheit und den Ausmaßen des Winterhilfswerks in gesetzlich vorgesehenen Kategorien unterzubringen, über das bestehende Rechtssystem offenbar hinaus, so fällt auch in den juristischen Kommentierungen das Bestreben auf, aus der Inadäquatheit des bestehenden Rechtssystems zu folgern, dieses selbst sei eben der neuen Zeit nicht mehr angemessen und müsse daher überwunden werden. Das Beispiel des Winterhilfswerks zeige, so meint J. F. Zimmermann, „wie wichtig die schöpferische Arbeit der Rechtswissenschaft gerade auf dem Gebiet der Schaffung neuer und passender Rechtsformen für die Gemeinschaftsformen des Dritten Reiches ist"[105]. Für die NSV hält H. Stadelmann den Status des e. V. „üblicher Prägung" für faktisch überwunden; und er konstatiert, daß NSV und WHW – das als „Werk der Tat gewordenen Volksgemeinschaft" (§ 1 der WHW-Verfassung) ja in herkömmlichem Rechtsdenken schwer unterzubringen war – über solche Rechtsformen hinausdrängten[106]. Man bediente sich demgegenüber der Rechtsfigur der „Sozialgemeinschaft", die auf der „Gemeinnutz-vor-Eigennutz"-Forderung des NSDAP-Programms und den Prinzipien der Freiwilligkeit und Unterordnung beruhe. Nur für eine „Übergangszeit vom individualistischen Rechtsdenken zum Denken in der Gemeinschaft" brauche man noch Begriffe des bürgerlichen Rechts, um die rechtliche Stellung von NSV und WHW zu definieren. Grundsätzlich aber gelte: „NS.-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk sind als Gemeinschaften im Rechtsleben vorhanden, ohne daß es einer ausdrücklichen Bestätigung ihrer ‚Rechtsfähigkeit' durch Hilfskonstruktionen bedarf."[107]

---

[103] Reichsgesetzblatt Teil I, Jg. 1936, S. 995.
[104] Ebenda, § 3.
[105] J. F. Zimmermann, S. 109.
[106] H. Stadelmann, S. 11, 30 ff.; ähnlich Zimmermann.
[107] H. Stadelmann, S. 34.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was aber insbesondere das Verhältnis beider Organisationen zueinander angeht, so weist vor allem H. Störmer auf die enge organisatorische und personelle Verflechtung hin und erklärt die rechtliche Sonderstellung des (staatlichen) Winterhilfswerks gegenüber der (NSDAP-Gemeinschaft) NS-Volkswohlfahrt als „von rein formaler Bedeutung": In Wirklichkeit sei, entsprechend der engen Verbindung von Staat und Partei, auch das Winterhilfswerk „als ausschließliche Angelegenheit der NSV. und damit der Partei" anzusehen[108]. Diese Feststellung entspricht der tatsächlichen Situation[109] und läßt sich mit dem Hinweis auf die allenthalben anzutreffende Personalunion der Funktionsträger leicht verifizieren. In welcher Eigenschaft sie das eine oder das andere Amt ausübten, war letztlich ohne praktischen Belang; und dies galt bis in die oberste Spitze – gerade der Jurist Störmer weist darauf hin[110] –, wo Goebbels zwar betontermaßen in seiner Eigenschaft als Reichsminister die Führungsaufgaben übertragen bekommen hatte, dies aber ebensowenig von seinem Amt als NSDAP-Reichspropagandaleiter trennte wie Hilgenfeldt und alle seine untergeordneten „Walter" oder „Beauftragten".

Dieser Tatbestand, der im übrigen dem Anspruch der Partei ja durchaus entsprach, impliziert natürlich andrerseits das Problem der unterschiedlichen Konzeptionen von NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk. Für die NS-Volkswohlfahrt war das Ziel eine „Volkspflege", „die einen sozialbiologischen, eugenischen und erzieherischen Auftrag als Einheit ansah"[111]. Sie verstand sich in diesem Sinne als „Vorsorge" und sah ihre doppelte Aufgabe in der „Erhaltung und Ertüchtigung der leistungsfähigen Glieder für ihre Aufgaben in der Volksgemeinschaft" und in der „Bewahrung und Ausmerzung der für die Volksgemeinschaft nicht oder nicht mehr in Frage kommenden Glieder"[112] – wobei „Bewahrung" terminus technicus für „geschlossene Fürsorge" (=Anstaltsfürsorge, gelegentlich auch Haft) ist. Von dieser radikalen Absage an humanistisches oder christliches Ethos her konnte die Arbeit des Winterhilfswerks kaum als im eigentlichen und letzten Sinn nationalsozialistisch empfunden werden. Ihr Organisator, der Hauptamtsleiter und NSV-Reichswalter Hilgenfeldt, dürfte sich, wie auch sein oberster Vorgesetzter Goebbels, mit ihr kaum wirklich identifiziert haben, obgleich er als Reichsbeauftragter für das WHW hier ein Hilfswerk von großen Ausmaßen und Auswirkungen geschaffen hatte.

Zwar war und blieb das Winterhilfswerk Aushängeschild nationalsozialistischer Sozialpolitik und Fürsorge. Es wurde als „gigantisch" und als „größtes Sozialwerk aller Zeiten" gerühmt in Hitlers jährlichen Eröffnungsaufrufen und in Goebbels' Rechenschaftsberichten. Doch blieb es letztlich weltanschaulich zurück gegenüber der Parteilinie und behielt an diesem Maßstab gemessen den Charakter des Uneigentlichen und nur Vorläufigen. Es sei eine „Sonderarbeit" gewesen, „die eigentlich nicht in die Marschrichtung der NS-Volkswohlfahrt hineinpaßte", schrieb I. Altgelt und sah als den wesentlichen Beitrag der WHW-Arbeit für die Ausrichtung der Volkswohl-

[108] H. Störmer, S. 53.

[109] Zu den finanziellen Transaktionen s. unten; das Rechnungsprüfungswesen übte übrigens gemäß § 8 der WHW-Verfassung ebenfalls der NSDAP-Reichsschatzmeister aus.

[110] H. Störmer, S. 53.

[111] E. Hilgenfeldt, 10 Jahre NSV. – 10 Jahre nationaler Sozialismus, in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik, 1943, S. 30.

[112] O. Glaue, Leitfaden des Jugendrechts und der Jugendpflege, Stuttgart 1941, S. 1.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fahrtsarbeit, daß hier „erzieherische Kräfte wirksam" geworden seien, „wie sie stärker und eindrucksvoller nicht entwickelt werden können"[113]. In der Tat spielt der Erziehungsgedanke durchgehend eine wichtige Rolle – auch ihn finden wir in erster Linie bei Hitler selbst. Die Bedürftigen werden zur Selbsthilfe, die Besitzenden zum Opfern, Partei- und NS-Organisationsmitglieder zur Sammeltätigkeit, die Öffentlichkeit zur Gewöhnung an diese Form „volklicher Selbsthilfe" und die gesamte Bevölkerung auf diese Weise zur Volksgemeinschaft erzogen. „Der Nationalsozialismus hat an die Stelle des Wohlfahrtsstaates den Erziehungsstaat gesetzt."[114] Die Schriften über Wesen und Aufgaben der NS-Volkswohlfahrt sind voll von diesem erzieherischen Impetus. Doch hat das Winterhilfswerk, so hoch es in dieser Beziehung auch veranschlagt wird, einen eher propädeutischen Charakter. Denn das eigentliche Erziehungsziel ging weit über das hinaus, was das WHW zu leisten vermochte. Es umfaßte die „nationalbiologischen" und rassischen Elemente, die nicht dem WHW sondern der NS-Volkswohlfahrt innewohnten. Hilgenfeldt schrieb 1943 rückblickend: „Die Betreuung der Hilfsbedürftigen – ein Erbe der Systemzeit – konnte nur eine Übergangserscheinung sein. Der Kampf gegen Hunger und Kälte, im Zeichen des ersten Winterhilfswerkes des Deutschen Volkes ausgetragen, hatte daher den Charakter eines Vorfeldkampfes. Am Ende hatte eine Volkspflege zu entstehen."[115]

Entsprechend finden wir eine volle Anerkennung des Winterhilfswerks dort, wo es diesen „Vorfeldkampf" beendete und seine Leistungen der wahren „Volkspflege" zur Verfügung stellte. Dies war ab 1936/37 der Fall, als erstmals in größerem Umfang WHW-Gelder an die NS-Volkswohlfahrt abgeführt wurden, und steigerte sich in den folgenden Jahren. Beim Kriegs-WHW 1940/41 betrug, soweit der offiziellen Statistik angesichts der schwer durchschaubaren Finanzpraktiken zu glauben ist, das gesamte Aufkommen über 916 Millionen Reichsmark; davon gingen annähernd 600 Millionen an andere nationalsozialistische Sozialeinrichtungen, und zwar zu über 90 Prozent an das Hilfswerk „Mutter und Kind"[116]. Schon 1938 konnte H. Stadelmann feststellen, mit dieser Aufgabe, „die finanzielle Grundlage für die nationalsozialistische Wohlfahrtspflege überhaupt sicherzustellen", sei das Winterhilfswerk „über seine ursprüngliche zeitbedingte Aufgabe hinausgewachsen zu einem überzeitlichen Werk, das durch die Erziehung des Einzelnen zum volksgemeinschaftlichen Handeln seinen Wert in sich trägt"[117].

VII

Die NS-Volkswohlfahrt selbst hatte ursprünglich einmal als Nothilfe begonnen. Doch akzeptierte sie diese ihre Vorgeschichte mit Zurückhaltung und nur im Kontext

[113] I. Altgelt, S. 59.

[114] Nationalsozialistische Volkswohlfahrtspflege – ihre Organisation, Arbeitsgebiete und Aufgaben, bearb. von der Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentl. Betriebe u. a., o. J., S. 25.

[115] E. Hilgenfeldt, 10 Jahre etc., S. 30.

[116] Zuwendungen an „Mutter und Kind" und andere soziale Einrichtungen im Informationsdienst a. a. O.

[117] H. Stadelmann, S. 7.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Ausnahmesituation der „Kampfzeit". Als solche glorifizierte man sie als Ausdruck der Kameradschaft und Solidarität und pries die „Sozialisten der Tat"[118]. Ihre wirkliche Geschichte ließ die NSV im allgemeinen mit dem 3. Mai 1933 beginnen, mit der parteiamtlichen Anerkennung durch Hitler und dem Beginn des Umbaus zur Volkspflege im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Die Anfänge vor 1933 wurden, hier der Qualität des Winterhilfswerks vergleichbar, als Vorstadium gewertet, dem das Eigentliche des Nationalsozialismus noch fehlte. Es war – dieser Begriff wurde dann, durchaus lobend, von Goebbels auf das erste Winterhilfswerk von 1933/34 angewendet – „Provisorium", es war „Vorfeldkampf". Seine Überwindung brachte der Übergang zur Ära Hilgenfeldt. In ihr entwickelte sich, wie wir sahen, die NS-Volkswohlfahrt zum wichtigsten Instrument der nationalsozialistischen rassisch-erbbiologischen Volkspflege.

Diese Entwicklung setzte sich auch im Krieg fort. Doch brachten die Jahre ab 1938, verstärkt ab 1939/40, neue Situationen und neue Erfordernisse. Umsiedlungen, Evakuierungen und Flüchtlingsprobleme stellten die NSV gleich zu Beginn vor die Aufgabe, schnelle Nothilfeaktionen zu organisieren, nachdem sie bereits durch Maßnahmen wie die Anlage von Lagern mit Lebensmitteln, Kleidung, Werkzeugen u. a. entlang der polnischen Grenze in die Kriegsvorbereitung einbezogen worden war[119]. Notstände, die durch Kampfhandlungen entstanden oder bereits vorgefunden worden waren, veranlaßten Sofortmaßnahmen, die für die erste Zeit der Blitzkriege eine überlegene Organisation erkennen lassen. Küchen, Lebensmittelausgabestellen, medizinische Notversorgung spielen eine zentrale Rolle. Als Anfang September 1939 Hitlers Evakuierungsbefehl für die westlichen Grenzgebiete an Oberrhein, Saar und Mosel erging, war dies der Auftakt zu einer neuen „Sonderaktion" der NSV, die vor allem im Zusammenstellen und Begleiten der Sonderzüge, LKW-Transporte und Marschkolonnen, in der Errichtung und Betreibung von Verpflegungsstationen und in der Betreuung der Evakuierten in den „Bergungsgauen" bestand. Diese und ähnliche Einsätze waren aber nur der Auftakt zu einer Schwergewichtsverlagerung der NSV-Arbeit auf aktuelle Nothilfeleistung.

Am 3. Juni 1940 ließ Hitler den Hauptamtsleiter Hilgenfeldt, jetzt Oberbefehlsleiter, ins Führerhauptquartier einfliegen, um den Einsatz der NSV in den besetzten westlichen Gebieten in großem Maßstab zu organisieren[120]. Die propagandistische Ausschlachtung der nun folgenden, von Hilgenfeldt persönlich von Compiègne aus geleiteten NSV-Aktionen war enorm. Sie betraf deren perfekte Organisation auf dem Negativ-Hintergrund vorgefundener Hinterlassenschaften der geflüchteten Regierungen und Administrationen. Sie betraf den Umfang der geleisteten Hilfe, aber auch

[118] So der Titel eines vom Amt für Volkswohlfahrt des Gaues Groß-Berlin herausgegebenen Buches (o. J.).

[119] So standen nach Angabe von H. Bernsee allein in der Lagerei von Gleiwitz und Beuthen 300 000 Brote, 40 000 Doppelzentner Mehl, 200 000 Büchsen Milch sowie große Mengen Fleisch- und Gemüsekonserven etc. zur Verfügung (H. Bernsee, Aufgaben der NS.-Volkswohlfahrt im Kriege, Berlin 1941, S. 13).

[120] Ebenda, S. 22.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Fähigkeit, unter schwierigsten Umständen Möglichkeiten zum Helfen zu finden. In dem Maße aber, in dem die Effizienz der NSV-Tätigkeit sich nach der Zahl der verteilten Essensrationen berechnete – von Juni bis Anfang September 1940 nach offiziellen Angaben in Belgien und Nordfrankreich 27 Millionen kalte und über 15 Millionen warme Verpflegungsportionen, 8,5 Millionen Portionen Milch für Mütter und Kinder, über 3 Millionen Brote[121] – und nach der Erstellung von Notlagern und Durchführung ärztlicher Notversorgung, in dem Maße erhielt die NSV eine bloße Notfunktion in der Kriegsmaschinerie. Dies gilt in den besetzten Gebieten wie im Reich, auch wenn die Einrichtung von Kindergärten, die Durchführung von Müttererholungen und andere Maßnahmen des NSV-Hilfswerks „Mutter und Kind" bis zuletzt Kontinuität zur „volkspflegerischen" Arbeit zeigen und die „Gesunderhaltung und volksbiologische Aufartung des Deutschtums" angesichts derzeit ganz anderer Notwendigkeiten als „letztes Ziel" der NS-Volkswohlfahrt beschworen werden[122].

Die wirklichen Erfordernisse ließen solche Ziele, wie sie der NS-Volkswohlfahrt von ihrer weltanschaulichen Ausrichtung her eigen waren, zurücktreten. Wurde in den ersten Kriegsjahren ihre perfekte Organisation gerühmt, so in zunehmendem Maße ihre Fähigkeit, unter immer schwierigeren Umständen zu improvisieren. Der Einsatz der „braunen" und „blauen" Schwestern[123] verlagerte sich immer stärker von den „volkspflegerischen" Vorsorgetätigkeiten auf die Verwundetenpflege und auf kriegsbedingte Katastropheneinsätze, auf Bahnhofs-Notdienste und Flüchtlingsbetreuung. Mit Brotmarkensammel- und Volksgasmaskenaktionen und Nothilfen für Kriegswaisen wurde die NSV in den Kriegsalltag einbezogen, in zunehmendem Maße auch in den Alltag des Bombenkrieges. Von dieser Entwicklung war auch das Hilfswerk „Mutter und Kind" nicht ausgenommen, das mehr und mehr Katastrophenschutz-Funktionen wahrnehmen mußte und dessen Aufgabenbereich „Kinderlandverschickung" – einst eine Einrichtung für die „körperliche und seelische Kräftigung, die Vermittlung des Erlebnisses der Naturschönheiten, des Frohsinns des ländlichen Lebens, die Erweckung des Gemeinschaftssinnes"[124] und Garant für die alle Standesschranken überwindende Volksgemeinschaft – jetzt, in der Form der „erweiterten Kinderlandverschickung", schließlich nur noch Notstandsaufgaben an Kindern aus luftgefährdeten Gebieten wahrnehmen konnte.

Ein Fernschreiben Hilgenfeldts vom 27. November 1944 an die „Hauptaufnahmegaue" gibt einen Eindruck von der Schwerpunktverlagerung der NSV-Tätigkeit und den jetzt vordringlichen Sorgen des Hauptamtes. Es verpflichtet die Gaue zur Aufnahme von Flüchtlingen auch über die festgesetzten Kapazitäten hinaus, verbietet jedes Abschieben oder zielloses Weiterleiten von Transporten und ordnet tägliche telefonische bzw. telegraphische Meldung an. „Grundsätzlich können bei Aufnahme

[121] Ebenda, S. 38.

[122] Ebenda, S. 17.

[123] Die „braunen" waren die NS-Schwestern, die „blauen" die des Reichsbundes freier Schwestern und Pflegerinnen e. V.

[124] E. Hilgenfeldt in dem erwähnten Artikel über bolschewistische und nationalsozialistische Wohlfahrtsarbeit, S. 199.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch keine Atempausen eingelegt werden, weil es solche auch nicht an der Front und im Luftkrieg gibt. NSV. muß jetzt ihre höchste Bewährung ablegen und mit anfallenden Schwierigkeiten in jedem Fall fertig werden. Ich erwarte von jedem Gauamtsleiter den letztverantwortlichen Einsatz."[125] Im August 1944 hatte Hilgenfeldt rigorose Einschränkungen, teilweise sogar Einstellungen von Tätigkeiten auf den meisten Gebieten des Hauptamtes bekannt gegeben. Dies geschah unter dem Stichwort „Vereinfachung der Arbeit im totalen Kriegseinsatz"[126], trug aber gleichzeitig eben der Tatsache Rechnung, daß viele Arbeiten längst nicht mehr durchführbar waren, weder im Reich, wo Zerstörung, Transportprobleme und Flüchtlingselend alle Maßnahmen zunehmend lähmten, noch im Hauptamt selbst, das infolge von Bombenschäden zeitweise schon nicht mehr voll funktionsfähig war. Selbst die Schulungsmaßnahmen fielen unter diese Einschränkungen, wenngleich ihr „Ziel" weiterhin betont wurde; „unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die Kraft für das Durchstehen der harten Gegenwart und für die Erfüllung der vermehrt anfallenden NSV.-Arbeit zu vermitteln" und dabei insbesondere auf die weltanschaulich-politische Zielsetzung hingewiesen wurde[127].

Die weltanschauliche Grundkonzeption mit ihren zunehmend forcierten Schulungsmaßnahmen und die praktische Tätigkeit, die sich zunehmend wieder einer Notfunktion näherte, traten zumindest für weite Arbeitsgebiete der NS-Volkswohlfahrt auseinander. Von der Grundkonzeption her blieb die NSV ihrer Zielsetzung verbunden. Die weltanschauliche Schulung erhielt im Zeichen des Totalen Krieges besonders wichtigen Stellenwert zugeschrieben. Hitler gab der NSV in einer Verfügung vom 22. August 1944 noch einmal Anweisung und Bestätigung: „Die Erhaltung und Stärkung der Lebenskraft des deutschen Volkes ist eine der grundlegenden Aufgaben der NSDAP. Die Volkspflege ist hierbei von ausschlaggebender Bedeutung. Ich verfüge daher: 1. Träger und Repräsentant der Volkspflege ist die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Die Erziehung des Einzelnen zur Mitverantwortung am Wohl der Gemeinschaft bestimmt die Grundlinie ihrer Arbeit. Alle ihre Maßnahmen haben dieser biologischen und erzieherischen Aufgabe zu dienen. ..."[128] Die Zuweisung der Aufgaben selbst ist daneben unkonkret und allgemein gehalten, und es wird auf die vom Leiter der Parteikanzlei zu erlassenden Ausführungsbestimmungen verwiesen. Von den NSV-Hilfswerken findet allein „Mutter und Kind" in der Verfügung Erwähnung, in der ebenfalls sehr allgemeinen Formulierung bekannter Aufgabenbeschreibungen: „Im Hilfswerk ‚Mutter und Kind' nimmt sich die NS.-Volkswohlfahrt der erbgesunden, förderungswürdigen deutschen Familie an. Sie errichtet und leitet die zur Erholung und Betreuung der Mütter und werdenden Mütter, der Kleinkinder und Jugendlichen notwendigen Einrichtungen." Wo die Verfügung überhaupt konkret wird, spricht sie dagegen die Notfunktion an, die sich für die NSV aus der

[125] Bundesarchiv: NS 37/1017.
[126] Mehrere Schreiben vom 10. August 1944 (Bundesarchiv: NS 37/1017).
[127] Rundschreiben Hilgenfeldts Nr. 103/44 vom 10. August 1944 (Bundesarchiv: NS 37/1017).
[128] Verfügung Nr. 11/44 vom 22. August 1944 (Bundesarchiv: NS 6/347).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegslage ergab: Verpflegung und Unterbringung der Bombengeschädigten, Betreuung Evakuierter, Fürsorge für Verwundete usw.[129].

Die Ausführungsbestimmungen Bormanns, die unter dem gleichen Datum erschienen, gehen detailliert auf die Arbeitsgebiete der NS-Volkswohlfahrt ein, lassen dabei aber auf weite Strecken überhaupt nicht erkennen, daß man sich in einem Krieg befand, der in großen Gebieten des Reiches diese Tätigkeiten immer weniger zuließ. Auch der Tenor der Schlußsätze nimmt den früher oft zu findenden Hinweis auf die Dynamik der NS-Volkswohlfahrt auf, wenn es heißt: „Die Erfüllung der Aufgaben der NSV. bedeutet Arbeit am lebendigen Volkskörper. Die vorstehende Aufzählung ihrer Arbeitsgebiete kann daher keine abschließende und endgültige sein. Der Kreis ihrer Aufgaben ist einer stetigen Entwicklung unterworfen und muß daher laufend ergänzt werden."[130] Aber was an Ergänzungen faktisch aktuell war, erscheint im wesentlichen unter dem Punkt „Kriegsaufgaben der NSV" und betrifft Notmaßnahmen, in denen sich die Kapazität der NSV mehr und mehr erschöpfte: Erweiterte Kinderlandverschickung, Umquartierung, Versorgung der Zivilbevölkerung mit Volksgasmasken, Soforthilfen bei Luftangriffen, Heilverschickung Bombenverletzter, Wehrmachts- und Verwundetenbetreuung und anderes mehr.

Wenige Tage später, am 1. September 1944, wurde im Hauptamt für Volkswohlfahrt ein Beauftragter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP eingesetzt, „zuständig für alle in der NSV.-Arbeit anfallenden rassen- und bevölkerungspolitische (sic) Fragen" und mit der Aufgabe, „die Übereinstimmung der Grundlinien der Nationalsozialistischen Volkspflege mit denen der Rassen- und Bevölkerungspolitik zu sichern und Anregungen und Vorschläge zur Durchführung rassen- und bevölkerungspolitischer Maßnahmen im Rahmen der gesamten volkspflegerischen Arbeit in Schulung und Praxis zu geben", da die „von der NSDAP. vertretenen Grundsätze der Rassen- und Bevölkerungspolitik ... einen unabdingbaren Bestandteil der Nationalsozialistischen Volkspflege" bildeten[131]. Und am 28. September 1944, fünf Wochen nach Hitlers Erlaß und Bormanns Anordnung, gab das Hauptamt für Volkswohlfahrt, im Einvernehmen mit dem Reichsschulungsleiter der NSDAP, Richtlinien heraus[132], die durch Intensivierung der schulungsmäßigen Erfassung aller Amtsträger und Mitarbeiter die weltanschauliche Ausrichtung und den Einsatz von „fanatischen Nationalsozialisten"[133] zum Zweck der Erfüllung des volkspflegerischen Auftrags des Führers sicherstellen sollten. Doch konnten zu dieser Zeit Schulungen längst nicht mehr im vorgesehenen Umfang stattfinden und mußten selbst fest geplante Schulungstagungen abgesagt werden, wie aus Mitteilungen des Hauptamtes hervorgeht[134].

Es hat sich an der grundsätzlichen Konzeption bis zum Schluß nichts geändert.

---

[129] Ebenda.

[130] Anordnung Nr. 197/44 vom 22. August 1944, betreffend „Arbeitsgebiete und Betreuungsgrundsätze der NSV" (Bundesarchiv: NS 6/347).

[131] Rundschreiben Althaus Nr. 127/44 vom 7. Oktober 1944 (Bundesarchiv: NS 37/1017).

[132] Bundesarchiv: NS 37/1023.

[133] Verfügung Hilgenfeldts Nr. 6/44 vom 28. September 1944 (Bundesarchiv: NS 37/1023).

[134] Bundesarchiv: NS 37/1011.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch wurde mit Fortschreiten des Krieges, mit Verschlechterung der Bedingungen und mit den notwendig und vordringlich werdenden Sondereinsätzen der NSV deren grundsätzliches Ziel immer mehr in eine später zu erwartende Zukunft verschoben. Für die Gegenwart fiel sie gewissermaßen zurück in das Stadium der „Vorfeldkämpfe". Ihre praktische Arbeit betraf immer mehr die „uneigentlichen" Aufgaben, wie sie bisher dem Winterhilfswerk überlassen gewesen waren für eine interimistische Zeit und im Prinzip einer Epoche zugerechnet worden waren, die man für überwunden erklärt hatte. Die Glorifizierung ihrer Taten im Krieg glich häufig der der „Kampfzeit", in der die „eigentliche" Aufgabe vorbereitet, aber noch nicht begonnen worden war. Welche Erheblichkeit den hohen Geldüberweisungen vom WHW an die NSV unter diesen Bedingungen noch zuzusprechen ist – „Mutter und Kind", das den Hauptteil erhielt, war inzwischen weitgehend zu einem Evakuierungsunternehmen geworden –, soll hier unerörtert bleiben; es müßte in eine solche Erörterung ohnehin das gesamte problematische Finanzgebaren von NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk einbezogen werden. Doch wird man sagen müssen, daß die NSV in dem Maße, in dem sie faktisch ihre Grundkonzeption den Kriegserfordernissen unterordnen mußte, sich von der volkspflegerischen „Vorsorge" wieder zur situationsdiktierten Fürsorge wandelte und damit unbeschadet weltanschaulicher Prinzipien und Zielprojektionen wieder in die Nähe von Funktionen ihrer Anfangszeit und des Winterhilfswerks geriet. Diesen aber lag, wie wir sahen, letztlich eine Konzeption zugrunde, die nicht die der NSDAP war.

In diesem Zusammenhang schließlich erhält eine Maßnahme der NSDAP-Leitung Sinn, die dem stets zu beobachtenden Streben Hilgenfeldts nach höchstmöglicher Identifizierung der Partei mit der NSV scheinbar überraschend entgegenkommt. Es handelt sich um eine Anordnung Leys vom 7. Januar 1944, in der es heißt: „Ab sofort vollziehen die NSV. und der Reichsbund Deutscher Schwestern ihre gesamte Arbeit unter dem Namen der NSDAP." Entsprechend seien ihre Einrichtungen zu kennzeichnen, wobei lediglich die „NSV-Rune", das bekannte Abzeichen der NS-Volkswohlfahrt, erhalten bleiben solle[135]. Was sich hinter dieser Anordnung verbarg, zeigen Sitzungsprotokolle und Schriftwechsel vor allem zwischen der Parteikanzlei, dem Reichsschatzmeister Schwarz, dem Reichsorganisationsamt und dem Hauptamt für Volkswohlfahrt. Diesen Unterlagen zufolge den Überlegungen in zwei Abteilungen der Parteikanzlei entsprungen, war der Gedanke diskutiert worden, „daß gerade in der jetzigen Zeit die Partei mit zahlreichen schweren, undankbaren und vor allem unpopulären Aufgaben belastet sei und daher die dringende Notwendigkeit bestehe, in der Öffentlichkeit diejenigen Tätigkeitsgebiete der NS.-Volkswohlfahrt e.V. und vielleicht auch der Deutschen Arbeitsfront, die im Volk die größte Anerkennung finden, auch unter dem Namen der NSDAP. in der Öffentlichkeit erscheinen zu lassen. Es müßten künftig die wertvollsten öffentlichen Leistungen der NS.-Volkswohlfahrt e.V. (z.B. Kindergärten, Müttererholungsheime, Krankenanstalten, Betreuungseinrichtungen, Bahnhofsdienst usw.) unter dem Namen der NSDAP. durchgeführt wer-

[135] Anordnung 1/44 Leys, „im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei, dem Reichsschatzmeister und dem Leiter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt", 7. 1. 1944, Bundesarchiv, NS 1/2259.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den" – so die Argumentation während einer Sitzung im Rechtsamt des Reichsschatzmeisters am 17. September 1943[136]. Und am 2. Oktober schrieb Bormann an Ley: „Da der Erfolg der Arbeit der Partei von dem Vertrauen abhängt, das sie sich bei allen Schichten des Volkes zu erwerben versteht", müsse Wert darauf gelegt werden, daß „alle von der Bevölkerung positiv bewerteten Maßnahmen und Einrichtungen unter dem Namen der Partei in Erscheinung treten." Er, Bormann, halte es für erforderlich, „zunächst der NSV. die Berechtigung bezw. Weisung zu erteilen, ihre Einrichtungen und Maßnahmen grundsätzlich unter dem Namen der NSDAP. laufen zu lassen". Ley möge im Einvernehmen mit Schwarz und Hilgenfeldt die notwendigen Maßnahmen vorbereiten[137]. Das Ergebnis war die oben genannte Anordnung Leys.

Nun war die NSV zweifellos eine der bekanntesten Erscheinungen der NSDAP während der ganzen Jahre seit 1933 gewesen. Daß sie aber stets in dem hohen Ansehen bei der Gesamtbevölkerung gestanden habe, das ihre offiziellen Verlautbarungen herausstellten, ist nach vielfältigen Zeugnissen höchst unwahrscheinlich. Sie wurde aufgrund ihrer penetranten Kontributionsmethoden, mit denen sie zugleich weit über den Bereich der Wohlfahrt hinaus alles an sich zu reißen suchte und in alle Bezirke des öffentlichen und privaten Lebens übergriff, als aufdringlich empfunden. Ihre immer weniger verhüllten Zugriffe namentlich auf kirchliche Einrichtungen waren in Teilen der Öffentlichkeit durchaus registriert worden. Und mit ihren weltanschaulichen Prinzipien und Propagandaformeln scheint gerade sie, von der man in erster Linie Nothilfe erwartete, in der breiten Öffentlichkeit auf wenig Beachtung oder gar Verständnis gestoßen zu sein. Achtung und sogar Vertrauen erwarb sie sich dagegen, wo sie in Notsituationen diese Nothilfe tatsächlich leistete; und dies weniger durch ihre Kindergärten und Heime als durch ihren Bahnhofsdienst und die unter immer schwierigeren Umständen zu improvisierenden Betreuungen. Ihre Einsätze nach Bombenangriffen in den Großstädten – hier waren es wieder die Suppentöpfe, die am unmittelbarsten wirksame Hilfe brachten – und ihre Betreuung durchreisender Flüchtlings- und Verwundetentransporte in den von Bomben oft zerstörten Bahnhöfen in den letzten Kriegsjahren und -monaten waren es, die den positiven Teil ihres Bildes in der Bevölkerung am nachhaltigsten geprägt haben. An erster Stelle dieser, wie wir sahen, „uneigentlichen" Aufgabe, vom Winterhilfswerk bis zu den Kriegseinsätzen, verdankte sie ihre Popularität – für ihre „eigentliche" Konzeption eine vernichtende Feststellung. Es ist nicht ohne Ironie, daß, nach allen machtorientierten Bemühungen der weltanschaulich so linientreuen NSV um Identifizierung mit der Partei, es letztlich dann die NSV der Katastropheneinsätze und Nothilfe war, deren Image der Parteileitung so begehrenswert erschien, daß sie diese möglichst restlose Identifizierung nun vornahm.

---

[136] Protokoll in Bundesarchiv: NS 1/2259. Ein Teilnehmer bemerkte, „es sei schon seit langem von verschiedensten Seiten auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, daß die NSDAP. mehr als bisher gerade im Zusammenhang mit Leistungen und Aktionen der NSV. in Erscheinung treten sollte".

[137] Schreiben Bormanns an Ley, II A – Me/Al –, vom 2. Oktober 1943 (Durchschlag in Bundesarchiv: NS 1/2259).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOHN GILLINGHAM

ZUR VORGESCHICHTE DER MONTAN-UNION WESTEUROPAS KOHLE UND STAHL IN DEPRESSION UND KRIEG

Wenn auch die Historiker heutzutage den Zweiten Weltkrieg gewöhnlich als Vorbedingung der neuen Ära europäischer wirtschaftlicher und politischer Integration ansehen, die mit dem Schuman-Plan begonnen hat, so ist doch der behauptete Zusammenhang bislang nie angemessen erklärt worden. Die Literatur zur Vorgeschichte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union) hat sich zwar mit dem Einfluß der Pressionen einer Supermacht und „europäisch" gesinnter politischer Denker beschäftigt, aber die Analyse wirtschaftlicher Strukturen nahezu vollständig vernachlässigt[1]. Indes hätte die französisch-deutsche Verständigung über Kohle und Stahl nicht geschehen können, hätte es nicht in der westeuropäischen Schwerindustrie eine Tradition der Produzenten-Kooperation gegeben. Sie begann im Jahre 1926, als das Internationale Stahlkartell geschaffen wurde[2]. Das ISK fungierte als Vorläufer umfassender Vereinbarungen zwischen Produzenten und Regierungen, als Instrument der Diplomatie und als Vehikel faktischer wirtschaftlicher Integration.

Die Ähnlichkeiten zwischen ISK und Montan-Union mögen ja deutlich genug scheinen, doch hat noch niemand den Nachweis versucht, daß beide zu einer kontinuierlichen Tradition gehören[3]. Der Grund liegt wohl darin, daß allgemein angenommen wird, der Zweite Weltkrieg habe die zuvor entstandenen wirtschaftlichen Beziehungen zerrissen, einen völligen Bruch mit der Vergangenheit gebracht. In Westeuropa war das aber nicht ganz der Fall. Zwar herrschten in den Kriegsjahren in der Tat außergewöhnliche Verhältnisse, wenn auch weniger auf Grund materieller Zerstörung, sondern mehr wegen der Unterbrechung der Handelsbeziehungen, des Oktroys fremder politischer Institutionen und der dem nationalsozialistischen System inhärenten, stets gegenwärtigen Drohung des Chaos. Gleichzeitig behauptete sich jedoch der Wille, möglichst viel „Normalität" zu bewahren, im Deutschen Reich ebenso wie in den besiegten Nationen Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs. Dies war zum Beispiel die vorherrschende Stimmung in den Kreisen von Kohle und Stahl.

---

[1] W. A. McDougall, Political Economy versus National Sovereignty. French Structures for German Economic Integration after Versailles, in: Journal of Modern History, Vol. 51 (Dez. 1979), S. 6. Eine Ausnahme ist H. Rieben, Des Ententes de Maîtres de Forges au Plan Schuman, Lausanne 1954. Vgl. V. R. Berghahn, Montanunion und Wettbewerb, in: H. Berding (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984.

[2] E. Hexner, The International Steel Cartel, Chapel Hill 1943.

[3] Vgl. G. Kiersch, Internationale Eisen- und Stahlkartelle, Essen 1954.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die deutsche Schwerindustrie wird oft mit allzu breitem Pinsel angeschwärzt. Wohl war die Ruhr ein Instrument nationalsozialistischer Besatzungspolitik, doch darf sie mit letzterer nicht identifiziert werden[4]. Die deutschen Kohle- und Stahlproduzenten, die nach 1933 ein gewisses Maß an funktionaler Autonomie bewahrten, haben ihre Standesgenossen in Frankreich und den anderen westeuropäischen Ländern während des Krieges nicht beraubt, vielmehr die vor dem Krieg geknüpften Bande zu erhalten gesucht, und zwar in der Überzeugung, daß dies nach dem Ende der Feindseligkeiten von Nutzen sein werde. Dabei hatten sie im allgemeinen Erfolg. Gewiß konnten sie die ärgsten der kriegsbedingten wirtschaftlichen Übel nicht abwenden. Die Gruben und Stahlwerke des besetzten Westeuropa gingen aus der Kriegszeit in einem Zustand hervor, der von bestenfalls halbwegs befriedigend bis schlimmstenfalls kaum noch funktionsfähig reichte. In mancher Hinsicht wurden aber die vor dem Krieg entstandenen Bindungen in der Besatzungsperiode sogar fester. Der Krieg brachte die Ausdehnung der deutschen Methoden eines „organisierten Kapitalismus", die 1926 mit einem weitgehend erfolglosen Versuch zur Organisierung von Produzentensyndikaten für den einheimischen Markt begonnen hatten, dann aber bei der Rationierung der Rohstoffe angewendet worden waren, bei der Zentralisierung der Auftragsplazierung, beim gemeinsamen Einkauf und Verkauf, bei der Standardisierung. Nach vier Jahren deutscher Verwaltung nahmen die Produzentenvereinigungen Frankreichs und der übrigen westeuropäischen Länder Züge an, die mit ihren Modellen an der Ruhr eine verblüffende Ähnlichkeit aufwiesen. Zweitens hat der Krieg, auch wenn er viele finanzielle und kommerzielle Verbindungen zerstörte, andererseits neue Beziehungen geschaffen. Schließlich hat die Bedrohung, der sich alle Kohle- und Stahlproduzenten – im zunächst siegreichen Deutschland ebenso wie in den eroberten Staaten – ausgesetzt sahen, nämlich die Bedrohung durch die Agenten des politischen und wirtschaftlichen Chaos, die Entstehung einer gemeinschaftlichen Vision von der Zukunft gefördert, von einem künftigen Europa, das zu einem großen gemeinsamen Markt zusammengeschlossen und als Gemeinschaftsunternehmen von den Wirtschaftskapitänen geführt werden sollte.

Die Bedeutung solcher Entwicklungen zeigte sich nach 1945, als sich herausstellte, daß zum Wiederaufbau Europas nicht allein das Ruhrgebiet als Motor der Produktion gebraucht wurde, sondern ebenso die dort entstandene und dann ins übrige Westeuropa exportierte kooperative Organisationsmethodik. Trotz striktester amerikanischer „Verbote" von Kartellen, besonders von internationalen Kartellen, begannen die Produzenten Frankreichs und der Benelux-Länder zu einem überraschend frühen Zeitpunkt „Fühler" auszustrecken, um ihre Restaurierung zu betreiben, dabei weniger, so ist zu argwöhnen, von der Liebe zu den Repräsentanten der ehemaligen Eroberer motiviert, sondern mehr von der Überzeugung, daß es zur Rückkehr zu den erprobten und richtigen Geschäftsmethoden einfach keine Alternative gebe. Und dies

[4] J. Gillingham, Belgian Business in the Nazi New Order, Ghent 1977; G. Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945, Stuttgart 1984, S. 9.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war eine Realität, mit der Jean Monnet (der wahre „Vater" des Schuman-Plans) und die Technokraten in seiner Umgebung ebenfalls konfrontiert waren. Monnet, der die Schwerindustrie durch die Einführung eines Wettbewerbs im europäischen Maßstab zu „amerikanisieren" hoffte, zimmerte ein Gefüge, das wie eine modernisierte Version jener Vereinbarungen zwischen Produzenten und Regierungen aussah und funktionierte, die 1926 erstmals entwickelt, in den dreißiger Jahren praktiziert und während des Krieges verbessert worden waren.

Das Internationale Stahlkartell von 1926 war mehr als ein „Kind der Not". Es wurde sofort als eine wichtige politische Station begriffen und galt später als Auftakt zum französisch-deutschen Handelsvertrag von 1927, der die kurze „Ära des Wohlwollens" vor Beginn der großen Depression einleitete. Aber das ISK war außerdem Instrument einer neuen Art der Diplomatie, der funktionalen wirtschaftlichen Integration. Am 12. Dezember 1927 hat Emile Mayrisch, Generaldirektor von ARBED und einer der Gründer der ISK, vor einer ausgewählten Gruppe von Industriellen dargelegt, wie das möglicherweise funktionieren werde. Das ISK, so sagte er, könnte zum Kern eines ganzen Netzes industrieller Vereinbarungen werden, mit denen die Produzenten den durch Krieg und kurzsichtige politische Interventionen gestörten internationalen Handelsverkehr wiederherstellen und regulieren würden. Mayrisch forderte seine Zuhörer auf, zum Nutzen aller mit der Organisierung wechselseitiger Kapitalbeteiligungen, Pools und Holding-Gesellschaften fortzufahren[5].

Wenn auch die Unterschiede in den Geschäftstraditionen und politische Konflikte dafür sorgten, daß nicht einmal Mayrischs Nahziele erreicht wurden, tat das ISK doch die ersten entscheidenden Schritte in der von ihm gewiesenen Richtung. Das geschah zwar lediglich zur Lösung bestimmter Probleme, erforderte aber einen fundamentalen Wandel in den Geschäftsmethoden. Um eine internationale Kartellisierung funktionsfähig zu machen, war es notwendig, sowohl auf dem einheimischen Markt wie auf ausländischen Märkten den Verkauf zu regulieren. Zwecks Eintritt in das ISK schufen also Belgier und Franzosen analoge Einrichtungen zum Ruhrstahlkartell, dem „Stahlwerksverband". Jedoch brauchte die neue Maschinerie eine gewisse Einlaufzeit. Bis dahin blieb dem ISK nichts anderes übrig, als den Schwanz mit dem Hund wedeln zu lassen – d.h. die Produktion indirekt zu regulieren, und zwar mit der Durchsetzung der Kontrolle über die Exportmärkte. So wurden vierteljährlich globale Produktionsquoten für den Binnenmarkt wie für den Export zugeteilt. Doch 1928/29 variierte der Bedarf der Mitgliedstaaten an Stahl erheblich, wobei die Deutschen ständig überproduzierten, und die überlastete Kompensationsmaschinerie brach bald zusammen. Das ISK kollabierte 1931 auf Grund belgischen Dumpings[6].

Aber die Saat war gesät. Im Februar 1933 wurde das ISK wiederbelebt, diesmal in

---

[5] E. Mayrisch, Les Ententes internationales et la Paix, in: E. Mayrisch, Précurser de la construction de l'Europe, Lausanne 1967.

[6] Hexner, Steel Cartel; Statement of James Stewart Martin, House of Representatives, Committee on the Judiciary, Subcommittee on Study of Monopoly Power, 81st. Congress, Bundesarchiv (BA), R 131/613; J. W. Reichert, Ein Rückblick auf das zehnjährige Bestehen der internationalen Stahlverbände, in: Stahl und Eisen, Heft 48, 1936.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besserer organisatorischer Form. Der Erfolg mußte von einer tieferen Verpflichtung der Mitglieder zur Produzenten-Kooperation abhängen. Die wiederbelebte Organisation wies etliche neue technische Züge auf. Gemeinsame Verkaufsagenturen (Comptoirs) wurden geschaffen, um die hauptsächlichen Exportgüter zu vermarkten. Sie koordinierten den Verkauf, setzten Preise und Produktionsstandards fest. Auf den meisten Märkten war, mit anderen Worten, das Kartell nur durch eine Verkaufsstelle pro Produkt vertreten. Quoten wurden ebenfalls auf neue Weise festgelegt, begrenzt auf Exporte und nach einer beweglichen Skala, die in Zeiten geringeren Bedarfs die Produzenten mit kleinem Binnenmarkt begünstigte (Luxemburg und Belgien), die anderen (Deutschland und Frankreich) bei veränderter Situation. Das neue ISK-Arrangement unterstellte im übrigen einfach, daß die Mitglieder in der Lage seien, die jeweiligen Binnenmärkte zu disziplinieren. Daran läßt sich der Fortschritt ermessen, den die korporativen Formen in den frühen Depressionsjahren machten[7].

In den dreißiger Jahren begann das ISK auch Rahmen für die weiteren Vereinbarungen bereitzustellen, die Mayrisch vorgeschwebt hatten. Zunächst stieg die Zahl der Mitglieder. Polen, die Tschechoslowakei und die übrigen mitteleuropäischen Produzenten traten 1935 und 1936 bei. Großbritannien wurde 1935 assoziiertes Mitglied, 1938 folgten die Vereinigten Staaten als affiliertes Mitglied. Bereits 1939 kontrollierte das ISK direkt oder indirekt 90 Prozent der Weltstahlexporte; als einzige wichtige unabhängige Produzentennation verblieb Japan. Zweitens entwickelte das ISK komplementäre Strukturen für die Kohle. Eine 1932 zustande gekommene anglodeutsche „Verständigung" über Koks führte 1934 zur Formierung eines Kartells; das gleiche Resultat hatte 1938 eine 1936 erreichte „Verständigung" über Kohle. Kleinere europäische Exporteure wurden ebenfalls in die Vereinbarungen über die festen Kraftstoffe aufgenommen. Bilaterale zwischenstaatliche Konventionen verstärkten noch die Regulierung des europäischen Koks- und Kohlehandels. Schließlich entwickelte sich auch eine gemeinsame Sehweise in außenpolitischen Fragen – das Ergebnis der Erfahrungen, die beim Herumschlagen mit den Problemen des internationalen Handels und der internationalen Diplomatie gemacht worden waren[8].

Der Ruhr kommt das größte Verdienst an diesen Resultaten zu. Etliche Tendenzen der dreißiger Jahre – manche davon evident, andere weniger – stärkten ihre traditionelle Führungsrolle in der westeuropäischen Schwerindustrie. Zunächst veranlaßte das Bedürfnis, einen Ersatz für den diskreditierten Wirtschaftsliberalismus zu finden, die Kohle- und Stahlproduzenten der Nachbarländer dazu, in der Ruhr eine Art Lehrmeister zu sehen. Zweitens verschaffte ihr die Notwendigkeit, bei der Stimulierung der wirtschaftlichen Erholung die Kooperation zwischen Regierung und Privatwirtschaft auszubauen, einen Machtzuwachs in der Handelspolitik. Drittens trat

[7] Report of the Federal Trade Commission on International Steel Cartels, Washington D.C. 1948. Vgl. auch Kiersch, Eisen- und Stahlkartelle.

[8] Hexner, Steel Cartel; J. Gillingham, Industry and Politics in the Third Reich. Ruhr Coal, Hitler, and Europe, New York-London-Stuttgart 1985, S. 169.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Großbritannien, das Westeuropa nun als deutsche Einflußsphäre ansah, nicht mehr als Konkurrent um Einfluß auf. Viertens stärkte der große Bedarf auf dem deutschen Binnenmarkt, zusammen mit der schwachen Nachfrage anderswo, die Verhandlungsposition der Ruhr gegenüber ihren Kartellpartnern. Natürlich nahm die Macht der Ruhr auch auf Grund der deutschen politischen Expansion zu.

Das ambivalente Verhältnis der Ruhr zum NS-Regime bestimmte den Gebrauch, der von dieser Macht gemacht wurde. Das Dritte Reich hatte eine Wirtschaft der „industriellen Selbstverwaltung", die auf einem politischen Geschäft beruhte: Die Privatwirtschaft unterstützte das Regime, ja übernahm in dessen Namen Verantwortlichkeiten und erhielt als Gegenleistung freie Hand in den eigenen Angelegenheiten. Daher gab es keinen scharfen Bruch mit früheren Praktiken, lediglich die Auferlegung einer neuen Schicht kooperativer Institutionen. Alle Produzenten hatten in eine gigantische öffentliche Einrichtung einzutreten, nämlich in die „Reichsgruppe Industrie", die als Nachfolgerin des „Reichsverbands der deutschen Industrie" aus den zwanziger Jahren gelten kann, und in ihre Zweige, die sog. „Wirtschaftsgruppen". Diese hatten funktionale Bedeutung: sie kontrollierten Verträge mit der Regierung, rationierten sowohl Rohstoffe wie Devisen und nahmen außenwirtschaftliche Aufgaben wahr. Das System hatte auch eine privatwirtschaftliche Seite. Aus politischen Gründen mußte die Industrie die Märkte kontrollieren. Daher förderte das Regime die Entstehung von Produzenten-Allianzen, und die deutsche Industrie erreichte einen höheren Grad der Kartellisierung als je vorher und nachher[9]. Doch deckten sich die Prioritäten der Schwerindustrie an der Ruhr nur bis zu einem gewissen Punkt mit denen des Regimes. Die Haltung der Kohle- und Stahlproduzenten war überwiegend konservativ, im Grunde hatten sie an einer Expansion auf neue Felder kein Interesse. Aus dem latenten Konflikt wurde 1936 eine Konfrontation, als die Industrie Görings Forderung ablehnte, zur Verarbeitung des qualitativ schlechten Salzgitter-Erzes gewaltige neue Hochöfen zu errichten. Göring entschloß sich dann dazu, sie selbst bauen zu lassen. Die „Reichswerke Hermann Göring" hielten sich bei ihren Geschäftspraktiken nicht an die üblichen Spielregeln. Weder konkurrierten sie noch schlossen sie sich irgendwelchen Kartellen an, vielmehr expropriierten sie, unter Anwendung politischen Drucks, private Unternehmen. Dank solcher Taktik entwickelten sich die „Reichswerke" in der relativ kurzen Zeit zwischen dem Anschluß Österreichs und dem Marsch nach Prag zum größten Industriekonzern der Welt. Görings Ambitionen bedrohten die Ruhr unmittelbar und stellten, so wurde befürchtet, Vorboten jenes „deutschen Sozialismus" dar, den die Propagandisten des Regimes gelegentlich verhießen[10]. Um dem Regime nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein, war es für die Industriellen an der Ruhr nur vernünftig, ihre ausländischen Allianzen zu stärken. Das taten sie denn auch, Land für Land.

Luxemburg war schon seit 1926 ihr engster Verbündeter im ISK, als die deutsche

[9] Gillingham, Industry and Politics.

[10] M. Riedel, Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen 1973.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stahlindustrie ARBED, dem größten Produzenten im Großherzogtum, eine Quote zubilligte, die es dem luxemburgischen Unternehmen erlaubte, sein Kölner Zweigwerk, Felten Guilleaume, zu versorgen. ARBED war daher in der Lage, auch nach dem 1919 erfolgten Einschluß Luxemburgs in den belgischen Zollbereich weiterhin als ein Konzern zu operieren. Die Vereinbarung über die bewegliche Quoten-Skala spiegelt Luxemburgs Einfluß in den Verhandlungen zur Erneuerung des ISK wider. Nach 1933 sorgte die Unterstützung der Ruhr dafür, daß ARBED's deutschen Zweigwerken die gleiche Behandlung zuteil wurde wie den reichsdeutschen Firmen[11].

Belgien stellte im ISK eine ständige Quelle der Unruhe dar, und zwar auf Grund der Beharrungskraft einer starken freihändlerischen Tradition wie auf Grund der Rivalität zwischen der seit langem dominanten Holding-Gesellschaft Société Générale de Belgique und einem „Parvenü-Imperium" gleicher Art, das Baron Paul de Launoit dirigierte (Banque de Bruxelles/Brufina/Confinindus). Diese Gruppen hielten annähernd gleiche Anteile an der belgischen Stahlindustrie und die größten Anteile an der luxemburgischen Stahlindustrie, ARBED eingeschlossen. Jedoch schmolzen in den zwanziger Jahren unabhängige Produzenten noch immer 30 bis 40 Prozent der gesamten belgischen Stahlerzeugung; sie übten einen sehr störenden Einfluß auf den Markt aus. Die Ruhr stützte die „starken Bataillone", nämlich die Société Générale, bei dem Versuch, sowohl de Launoit wie die Unabhängigen zu unterwerfen und den Markt zu organisieren. Dabei waren gewisse Erfolge zu verzeichnen. Zwischen 1930 und 1933 erwarben die beiden Holding-Gesellschaften etliche nahezu bankrotte Hütten und arbeiteten bald enger zusammen; eine 1933 eingerichtete Verkaufsagentur, COSIBEL (Comptoir de Vente de la Sidérurgie Belge), vermarktete die meisten Walzstahlprodukte, und kurz danach wurde eine entsprechende Organisation für die Kohle geschaffen[12].

Die Niederlande gehörten zwar nicht dem ISK an, waren aber mit der Ruhr durch die Kohle verbunden. Ein Mann hielt auf holländischer Seite alle Fäden in der Hand, Frederick H. Fentener van Vlissingen, dessen Familie die wichtigste holländische Großhandelsfirma, Steenkolen Vereeniging, besaß, gemeinsam mit dem Rheinischen-Westfälischen Kohlensyndikat (RWKS). Er kontrollierte auch 10 bis 12 Prozent der Vereinigten Stahlwerke, des größten deutschen Stahlproduzenten. In den zwanziger Jahren half das RWKS Fentener van Vlissingen bei der Organisierung eines Kohlekartells für den niederländischen Markt. In den dreißiger Jahren verhalf die Ruhr Fentener zu weltweiter Prominenz als Präsident der Internationalen Handelskammer[13].

---

[11] E. Poensgen, Hitler und die Ruhrindustriellen. Ein Rückblick, Berlin 1948 Ms. (NIK, Bülow-Nr. 198).

[12] Hexner, Steel Cartel, S. 120f.; U.S. National Archives (USNA), T 501/102/1096, Gesamtbericht über die Tätigkeit auf den wichtigsten Industriegebieten, 31. 8. 1940.

[13] USNA/OMGUS, 56-1/2, Fentener van Vlissingen; F. Friedenburg, Der Steinkohlenbergbau der Niederlande und seine Wettbewerbslage gegenüber dem Ruhr-Revier, Essen 1944; USNA/OMGUS, 56-1/2, The Vereinigte Stahlwerke.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frankreich, vom deutschen Standpunkt aus gewiß das wichtigste ISK-Mitglied, war ebenfalls ein enger Verbündeter. Die Vereinbarung von 1926, die darauf beruhte, daß Lothringen eine bedeutende Quote auf dem südwestdeutschen Markt eingeräumt wurde, machte im Bereich des Stahls dem Konflikt zwischen den beiden Ländern praktisch ein Ende. Das Comptoir Sidérurgique, 1926 wieder eingerichtet, funktionierte gut genug, um die Entstehung von Problemen zu verhindern, wie sie in Belgien auftauchten. In den dreißiger Jahren nahm dann die französisch-deutsche Zusammenarbeit auch im Bereich der Kohle zu. Die Gießereien Lothringens, die zum größten Teil den de Wendels und den Laurents gehörten, hingen von der Belieferung mit Ruhrkohle ab, besonders bei anspruchsvollen Arbeitsverfahren. Als nach 1936 der Bedarf auf Grund der Aufrüstung zunahm, lieferte die Ruhr die erforderliche Kohle. Die Kohlelieferungen erreichten gewiß nie die projektierten Umfänge, doch nicht deshalb, weil die Ruhr ihr Produkt als diplomatische Waffe eingesetzt hätte. Das haben die Grubenbesitzer stets abgelehnt; ohne ihre Kooperation hätte die Maginot-Linie nicht gebaut werden können[14].

Das Internationale Stahlkartell entwickelte sich zu einem Vehikel funktional-integrativer Diplomatie nicht allein durch seine Erfolge auf wirtschaftlichem Felde (vor allem durch die Stabilisierung der Preise), sondern ebenso durch die Lösung geschäftlicher Probleme, die sich aus der deutschen Machterweiterung ergaben. Als die Saar am 12. Februar 1935 ins deutsche Zollgebiet zurückkehrte, erklärte sich die Ruhr bereit, die 450000 Tonnen Stahl abzunehmen, die von den saarländischen Stahlwerken normalerweise pro Jahr in Frankreich abgesetzt worden waren, womit eine französische Drohung abgewendet wurde, die Zölle zu erhöhen. Eine solche französische Maßnahme hätte die Laurents daran gehindert, ihre lothringischen Walzwerke mit Stahl aus ihren saarländischen Gießereien zu versorgen. Durch das „Sicap"-Arrangement wurde ferner eine Verständigung über den deutschen Erwerb der saarländischen Kohlegruben durch Warenlieferungen erreicht[15].

Nach der Annexion Österreichs überließ die Ruhr zweitens Belgien und Luxemburg, wo das Produktionsniveau noch immer relativ niedrig war, einen Teil der früheren österreichischen Stahlexportquote. Und nach dem Anschluß des Sudetenlandes, das normalerweise 40 Prozent der tschechischen Stahlerzeugung aufnahm, erklärte sich die Ruhr damit einverstanden, die Importe aus dem „Rumpfgebiet" nur leicht zu erhöhen und den Rest der früheren tschechischen Tonnage zwischen ihren drei westeuropäischen Partnern aufzuteilen[16]. Die politische Ostexpansion Deutschlands zahl-

[14] BA, S7/621, RWM Nr. III 20574/37111, 15.4. 1937, Kohlenverständigung; USNA, T 129/2610 IE 4110115, Aktenvermerk Ritter, 2.7. 1935; Auswärtiges Amt (AA), Botschaft Paris 892 a/2, Bd. 21, Lothringische Minette und Ruhrkoks, 12.7. 1937; USNA, RG 151/1575, New Franco-German Trade Agreement, 16.7. 1937.

[15] AA, Botschaft Paris 890 b, Bd. 13, Döhle an Botschafter, 29.1. 1935; ebenda, Le réglementation des échanges franco-saarois, La Journée Industrielle, 15.3. 1935; USNA, T 120/1638/E021741, Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich, o. D.

[16] BA, R13I/270, Bericht über die Sitzung des Joint Coordinating Committee, 15.2. 1939 (in Paris); Hexner, Steel Cartel, S. 112.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te sich also in Westeuropa aus. Das gab der Vorstellung, durch wirtschaftliche Vereinbarungen großen Maßstabs könne der Drift zum Kriege entgegengewirkt werden, eine gewisse Plausibilität.

In der Atmosphäre lächelnder Verzweiflung, die seit Ende des Jahres 1938 herrschte, versagte die „Wirtschaftsdiplomatie" allerdings. Ernst Poensgen, einer der Ruhrstahl-Manager, erinnerte sich 1948 daran, daß „wir (ISK-Mitglieder) uns nach den Treffen von Bad Godesberg und München alle zur Mäßigung und Weisheit unserer Staatsmänner gratulierten"[17]. Das war die simple Wahrheit. Die folgenden Monate sollten zu Zeugen erheblicher Anstrengungen des Quai d'Orsay und des Foreign Office werden, den Krieg durch die Schaffung von Kohle- und Stahlallianzen abzuwenden. Beide Initiativen kulminierten in Versuchen, Pakte mit der „Reichsgruppe Industrie" abzuschließen, und beide schlugen jämmerlich fehl.

Der erfolgreiche Abschluß von Kohlegesprächen im November 1938 führte zum britischen „economic appeasement". Oliver Stanley, der Handelsminister, betrachtete sie als „wertvolle Vorläufer der umfassenderen Gespräche, die nun beginnen sollen ... Vielleicht dürfen wir in ihrem Abschluß einen Wendepunkt nicht nur in den anglo-deutschen industriellen Beziehungen, sondern in der Geschichte und in den Hoffnungen der ganzen Welt erblicken"[18]. Am 16. März 1939 wurde zwischen der „Federation of British Industry" und der „Reichsgruppe Industrie" das berühmte „Düsseldorfer Abkommen" geschlossen. Die Vereinbarung sah nicht weniger vor als eine weltweite Wirtschaftspartnerschaft. Die einzelnen Industriezweige sollten veranlaßt werden, in sofortige Verhandlungen über bilaterale Kartellverträge nach dem Muster der Festkraftstoff-Absprachen einzutreten. Damit wollte man ein besonderes Verhältnis begründen: Dem Beitritt Außenstehender sollte stets eine anglo-deutsche Verständigung vorausgehen. Auch garantierten die beiden Regierungen das Abkommen und vereinbarten, seine Einhaltung nötigenfalls durch staatliche Intervention zu erzwingen. Der deutsche Marsch nach Prag hat die Abmachung freilich sogleich torpediert: Danach war es für die britische Regierung politisch unvertretbar geworden, derartige Geschäfte mit dem Hitler-Regime auch nur zu diskutieren[19].

Frankreichs „economic appeasement" war noch weniger erfolgreich, weil die kommerziellen Beziehungen zu Deutschland schon auf Grund der Depression zusammenbrachen. Verursacht durch Zahlungsschwierigkeiten, ist der Handelsvertrag vom 10. Juli 1937, der vornehmlich einen Aufschwung des Koks-Erz-Austauschs bezweckte, als erste Bemühung um „détente" gescheitert. Nach München fiel die Aufgabe, Deutschland gegenüber die Appeasement-Politik auf wirtschaftlichem Felde fortzusetzen, dem Leiter der Handelsabteilung am Quai d' Orsay zu, dem Grafen de la Baume. Die Verhandlungen begannen am 7. Dezember 1938, und die französische

[17] Poensgen, Hitler.

[18] Anglo-German Trade, in: The Times, London, 22. 2. 1939.

[19] B.-J. Wendt, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik von 1933 bis 1939, Düsseldorf 1971, S. 574.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Delegation machte alsbald eine Anzahl recht konkreter Vorschläge zum Ausbau des Handels, für gemeinsame Unternehmungen und zur Ausdehnung der Kartelle auf weitere Produktionszweige. Für einen Pakt zwischen der „Reichsgruppe Industrie" und der „Confédération Générale du Patronat Française" wurden Entwürfe in der Art des „Düsseldorfer Abkommens" präsentiert, und am 22. Februar 1939 riefen einige führende Politiker das „Centre Economique Franco-Allemand" ins Leben, um „economic appeasement" der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen. Aber das Desinteresse der deutschen Produzenten außerhalb der Bereiche von Kohle und Stahl verurteilte diese Initiative zum Scheitern, noch ehe auch hier der Marsch nach Prag für ein unübersteigliches politisches Hindernis sorgte[20].

Indes hat der Mißerfolg der „Wirtschaftsdiplomatie" nicht das Ende der Produzenten-Kooperation in der westeuropäischen Schwerindustrie gebracht, sondern eine neue Phase eingeleitet: die wirtschaftliche Kollaboration. Sie war im Haag und in Brüssel ebenso offizielle Politik wie in Vichy, und die Produzenten dienten als ihre Exekutoren[21]. Im Sommer 1940 setzten die Regierungen und die Privatwirtschaft gemeinsam eine Maschinerie in Betrieb, um aus einheimischen Guthaben massive Exporte ins Deutsche Reich zu finanzieren, und konstruierten gleichzeitig eigene Versionen der deutschen Einrichtungen für die Zuteilung von Rohstoffen. Ferner wurde die Kartellisierung der Binnenmärkte eingeführt, die zentrale Steuerung der deutschen Aufträge an die einheimischen Produzenten, eine Lohnbeschränkung zur Sicherung der Gewinnspannen und, als dies fehlschlug, eine umfassende Subventionspraxis. Allerdings hatte die wirtschaftliche Kollaboration anfänglich formidable Hindernisse zu überwinden.

Eines dieser Hindernisse war die von der deutschen Eroberungspolitik bewirkte Umgestaltung der Landkarte Europas, die traditionelle Marktbeziehungen unterbrach. Elsaß-Lothringen wurde teils dem Reich, teils Josef Bürckels Gau Saarpfalz zugeschlagen, Luxemburg dem Gau Koblenz-Trier unter Gustav Simon. In den Niederlanden wurde ein Reichskommissar eingesetzt, in Belgien ein Militärbefehlshaber, zu dessen Bereich die beiden französischen Departments Nord und Pas-de-Calais gehörten. „Rumpf"-Frankreich war in ein besetztes Gebiet, das die übrigen nordfranzösischen Industriebezirke einschloß, und ein unbesetztes, von der theoretisch unabhängigen Regierung in Vichy kontrolliertes Territorium geteilt. Eine Demarkationslinie, die vom Kanal in südöstlicher Richtung zu den Vogesen verlief, hemmte den Güterverkehr über die besetzte Zone.

Die nationalsozialistischen Agenten des Chaos stellten für die wirtschaftliche Kollaboration ein noch größeres Hindernis dar. Göring ist unter ihnen wohl als Primus inter pares anzusehen, doch darf die negative Rolle, die Gauleiter und opportunisti-

[20] Documents on German Foreign Policy, D, IV, 371; AA, Botschaft Paris, Note, 11.3. 1939 (Abschrift, WIF 1594); AA, Botschaft Paris 892 c, Bd. 1, Bevorstehende Gründung eines „Centre économique Franco-Allemand", 22.2. 1939.

[21] Gillingham, Belgien Business; Hirschfeld, Fremdherrschaft, S. 200; A. S. Milward, The New Order and the French Economy, Oxford 1970.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Geschäftsleute spielten, nicht unterschätzt werden. Die Vertreter solcher Interessen verfolgten keinen konsistenten politischen Kurs, es sei denn die Parole „Nimm, was du kriegen kannst". Der Beginn deutscher Herrschaft stand im Zeichen eines wahnwitzigen Geraufes um industrielle Vermögen, das, auch wenn seine Heftigkeit allmählich etwas nachließ, während der ganzen Besatzungszeit andauerte. Die Drohung eines erneuten Ausbruchs destruktiven Wahnsinns war stets gegenwärtig.

Der deutschen Wirtschaft fiel die Aufgabe zu, die Industrie der besetzten Gebiete in den Rahmen der „Neuen Ordnung" einzupassen. Ihre Repräsentanten hatten den Apparat einzurichten und in Betrieb zu halten, der die Zuteilung der Rohstoffe regelte, die Placierung der Aufträge, die Finanzierung der Importe und die Disziplinierung der Arbeitskräfte. Selbstverständlich hing das Funktionieren dieses Apparats von der Kooperation der Produzenten im Okkupationsraum ab, doch ist das in Berlin nicht sofort begriffen worden. Das Verständnis kam erst, als die Ausweitung des Krieges den Bedarf des Reiches an zusätzlicher Produktion steigen ließ. Vor allem in den ersten Phasen der Besatzungsherrschaft hätte die Ruhr versuchen können, die westeuropäischen Standesgenossen abzuhalftern oder doch zum eigenen Vorteil auszubeuten. Statt dessen wurden die westeuropäischen Produzenten zu Juniorpartnern gemacht. Der Ruhr kommt zumindest ein Teil des Verdienstes daran zu, daß Westeuropa kein zweites Polen wurde.

Die Politik, die Ruhrkohle und Ruhrstahl gegenüber Westeuropa verfolgten, war an den „Kriegsziel"-Erklärungen orientiert, welche von der Industrie auf Grund einer Weisung entworfen wurden, die Wirtschaftsminister Walter Funk in den letzten Tagen der Eroberung Frankreichs erteilt hatte. Im Vergleich mit den Debatten während des Ersten Weltkriegs war die „Kriegsziel-Diskussion" vom Juni 1940 nüchtern, um nicht zu sagen phantasielos. Die in den Kreisen der Ruhrkohle erörterte Hauptfrage lautete, ob die Vorkriegsbeziehungen einfach zu restaurieren oder als Ausgangspunkt zu benutzen seien. Zur Unterstützung der letzteren Auffassung wurde in einer Minderheitenerklärung die Schaffung eines einzigen westeuropäischen Kohlesyndikats befürwortet, das die Verkäufe auf den internationalen Märkten zentral regeln, Zoll- und Quotenbarrieren beseitigen, die Mechanisierung fördern, die Investitionen koordinieren und sowohl Unterschiede in der Steuerstruktur wie das Währungsgefälle ausgleichen sollte. Ernst Russel, im RWKS für Außenhandel zuständig, repräsentierte die vorherrschende Meinung. In einem Brief, den er am 3. September 1940 an Funk schrieb, betonte er, daß die Festigung der 1938/39 mit Großbritannien erreichten Verständigung erste Priorität als „Kriegsziel" erhalten müsse, und so trat er für einen Appell an die Briten ein, die Vereinigungen ihrer Kohle- und Koksproduzenten nach dem deutschen Muster zu stärken. Den sekundären Produzenten im besetzten Westeuropa galt Russels Interesse nicht im gleichen Maße, doch empfahl er auch hier die Einführung von Organisationen im Stile des RWKS. Das, so hoffte er, werde die westeuropäischen Produzenten insgesamt instand setzen, im Rahmen eines einzigen Konsortiums zu operieren, hierin von der Wirtschaftlichkeit des Transportsystems wie der neuen Größenordnung zu profitieren und so für alle Mitglieder ein gewisses

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Maß an Sicherheit zu finden[22]. Auch die „Kriegsziele" von Ruhrstahl wurden mit dem Blick darauf formuliert, „die bewährte Freundschaft mit der deutschen ... Industrie der Jahre 1926 bis 1939 zu bewahren", und zwar durch die Schaffung einer westeuropäischen Stahlunion[23]. Ernst Poensgen hat bestimmte Einzelheiten dieser Politik in einem Rundschreiben vom 7. Juni 1940 genannt. Folgendes müsse, so sagte er, gelten: kein Transfer von Gruben- oder Gießereibesitz vor der Wiederherstellung des Friedens, es sei denn Außenstehende erhöben zuvor Ansprüche; Priorität des Zugangs zur Minette für die Firmen des Raums, wobei die Ruhr Überschüsse verteilen solle; bei der Erwerbung von Vermögen nach dem Kriege Vorzugsbehandlung früherer Besitzer; eine gemeinschaftliche deutsche Verwaltung nicht genutzter Erzvorkommen, sofern diese nicht früheren Besitzern zugesprochen würden[24]. Am 7. August 1940 erläuterte Poensgen seine „persönlichen" Pläne für Luxemburg und Lothringen im Falle eines deutschen Sieges. Auf folgende Punkte kam es ihm besonders an: Den Produzenten des Gebiets müßten 75 Jahre Belieferung garantiert werden, ehe Außenstehende Ansprüche auf Reserven erheben dürften, und Belgien sei die Deckung des normalen Jahresbedarfs zu garantieren. Erzverkäufe sollten mit den Kokslieferungen koordiniert werden. Anlagen unterhalb der optimalen Größe seien wegzurationalisieren, Integration sei, wenn es die Kosten rechtfertigten, zuzulassen. Alle Veränderungen, so schloß er, hätten die „traditionellen Beziehungen zu westlichen Märkten zu respektieren"[25].

Die meisten der großen Stahlinteressen an der Ruhr stimmten mit Poensgens Generallinie überein. Hoesch-Direktor Bruck scheint die ganze „Kriegsziel"-Debatte nicht sehr ernst genommen zu haben. Er schrieb einen Brief, in dem er eine Kombination mit ARBED vorschlug, ein schon aus „rein technischen Gründen" unverdaulicher Bissen. Direktor Hans Kellermann von der Gutehoffnungshütte lehnte es ab, Ansprüche seines Unternehmens anzumelden, bis ihm Poensgen sagte, daß dies andere bereits getan hätten, und selbst dann beschränkte er sich einfach auf die Forderung nach gleicher Berücksichtigung wie die übrigen deutschen Produzenten. Zwei Unternehmen, die anderswo aktive Erwerbspolitik trieben, machten keine Ansprüche in Westeuropa geltend. Mannesmann hatte freilich mit der Übernahme der Prager Ei-

---

22 Westfälisches Wirtschaftsarchiv (WWA), F 26/464, Denkschrift Russel; vgl. auch BA, R 7II/615, RWKS an Funk, 3.9. 1940; Gutehoffnungshütte (GHH), 400101320/98, Lübsen an Sogemaier, 14.8. 1940; BA, R 13/1782708, Zur Neuordnung der europäischen Kohlenwirtschaft, 28.8. 1940; GHH, 400101320/88, Sogemaier: Zur künftigen Gestaltung der europäischen Kohlenwirtschaft, Sommer 1940; WWA, F 26/464, Aktennotiz über die Sitzung des kleinen Handelsausschusses, 12.8. 1940; WWA, F 26/464, Russel, 22.7. 1940, Erwägungen zu einer europäischen Kohlenordnung nach dem Krieg.

23 Nürnb. Dok. NI 3557, Eidesstattliche Erklärung Otto Steinbrinck; NI 3576, Besprechung im Kleinen Kreis, 7.6. 1940.

24 BA, R 2/30287, Betr.: Eisenhüttenwerke in Lothringen und in Luxemburg; GHH, 400101306/27, WgEsI, Rundschreiben, Tgb. Nr. 11788, R/Mu, 26.7. 1940.

25 Rijksinstitut voor Oorlogsdocumentatie (RO), HR 13, Circulaire, Tgb. Nr. 11788, R/Mu, 6.8. 1940.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

senwerke, einem der großen tschechischen Röhrenproduzenten, genug zu tun. Aber die Inaktivität des zweiten Unternehmens, nämlich Krupps, stellte selbst die Ruhr vor ein Rätsel[26].

Zwei Interessen folgten dieser Linie jedoch nicht. Friedrich Flick wünschte glühend SA Aciéries de Rombas/Rombach zu erwerben. Seine Ansprüche auf Entschädigung, die er mit früheren Einbußen begründete, standen auf so wackligen Beinen, daß ihn die übrige Stahlindustrie verdächtigte, mit Göring unter einer Decke zu stecken, so wie Ende der dreißiger Jahre, als er seine Anteile an der Harpener Bergbau AG und der Essener Steinkohle AG, zweier erstklassiger Ruhrgruben, gegen die lukrativen Braunkohlevorkommen tauschte, die den „Nicht-Ariern" Ignaz und Julius Petschek genommen worden waren[27].

Hermann Röchling, Oberhaupt des saarländischen Stahl-Clans, war ebenfalls auf Erwerb aus. Zwar wegen seiner technischen Sachkenntnis hochgeschätzt, war Röchling andererseits ein fanatischer Nationalist, der überdies einen persönlichen Groll gegen die Familie de Wendel hegte, die 1919 die von den Röchlings geliebte Karlshütte in Thionville übernommen hatte. Jedoch war Röchling zugleich ein Realist. Wenn er die Franzosen auch haßte, so fuhr er doch fort, mit ihnen Geschäfte zu machen, über das Pariser Büro, das sein frankophiler Vetter Ernst leitete[28].

Gerangel zwischen den Gauleitern Bürckel (Saarpfalz) und Terboven (Essen) entschied über die Zuweisung von Interessensphären in der westeuropäischen Kohle- und Stahlindustrie. Terboven hoffte, Otto Steinbrinck als schwerindustriellen Hegemon einzusetzen. Hochdekorierter U-Boot-Kommandant des Ersten Weltkriegs, war Steinbrinck seit langem mit Flick verbunden und zugleich General d. R. in der SS. Er und Terboven verwalteten gemeinsam Fritz Thyssens Anteile an den Vereinigten Stahlwerken, nachdem Thyssen aus Deutschland geflüchtet war. Dennoch vertrat Steinbrinck jene Politik, die Poensgen empfahl. Im Mai 1940 wurde Steinbrinck zum Generalbeauftragten für Eisen und Stahl in Belgien, Nordfrankreich und dem Distrikt Longwy ernannt. Auf Grund Bürckels Opposition kam aber „Meurthe-et-Moselle-Sud", wo sich der Großteil der französischen Stahlindustrie befand, unter die Zuständigkeit des Generalbeauftragten Hermann Röchling. Die Auseinandersetzung über die Kohle war nicht so heftig, doch nicht weniger signifikant. Die holländischen Gruben wurden von einem Treuhänder Görings verwaltet, die in Belgien und Nordfrankreich von Beauftragten des Militärbefehlshabers in Brüssel, nominiert von der Ruhr, und die im östlichen Frankreich von den Franzosen selbst. Mangel an Einigkeit

[26] NI-Pl. 127 (Fritz von Bruck), Dir. Hoesch an Paul Körner, 2.8.1940; GHH, 400101306/27, Beteiligung GHH bei der Verteilung der Eisenindustrie Lothringens-Luxemburgs; ebenda, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Herrn Ernst Poensgen, 26.8.1940.

[27] BA, R 131/621, Besprechung im Kleinen Kreis; NI-3517, Flick an RWM, 7.10.1940; NI-3463, Herrn Flick zur Rücksprache, 13.7.1943; NI-5395, Notiz für Herrn Flick, 26.6.1941; NI-31, Biography of Dr. Flick; NIK, Besprechung im Kleinen Kreis, 7.6.1940.

[28] J.S. Martin, All Honorable Men, Boston 1950, S. 35; NI-3023, Erklärung Hermann Röchling, 18.12.1946; Plaidoire pour le Conseiller de Commerce Hermann Röchling par Otto Kranzbühler (Röchling an Göring, 27.3.1937).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Einheitlichkeit charakterisierte alle Aspekte der Behandlung des Kohleproblems[29].

In dem Gebiet, das direkt oder indirekt von der Ruhr kontrolliert wurde, erhielten Vorkriegskartelle die notwendigen Befugnisse zur Durchsetzung der Rohstoffrationierung und zur Zuteilung der deutschen Aufträge. In einigen Fällen wurden zur Wahrnehmung dieser Aufgaben auch neue Kartelle gebildet. Bei Stahl waren lediglich kleine Anpassungen erforderlich. COSIBEL verwandelte sich in SYBELAC (Syndicat belge de l' Acier), dem alle Produzenten beizutreten hatten. Das Comptoir Sidérurgique de France machte eine ähnliche Häutung durch und hieß nun CORSID (Comité d' Organisation Sidérurgique de France). Die Leitung beider Kartelle blieb unverändert. In Belgien erfuhr das Kohlekartell bzw. erfuhren die Kohlekartelle eine radikale Zentralisierung, wobei die „Fedération des Associations Charbonniers" zum „Office Belge des Charbons" wurde, dem ein „Office Belge des Cokes" attachiert war. In Nordfrankreich inkorporierte man das bestehende Kohlekartell in das COH (Comité d' Organisation des Houillières). Für die Gruben des holländischen Limburg wurde ein neues Kartell geschaffen[30].

Die annektierten Territorien und „Meurthe-et-Moselle-Sud" wurden zum Schauplatz eines hemmungslosen Kampfes aller gegen alle, in dem mächtige deutsche Interessen miteinander um das Recht zur Ersetzung der Franzosen und Belgier stritten. Paul Pleiger, der Chef der „Reichswerke", hatte die Absicht, sich eine zusätzliche Jahreskapazität von 14,6 Millionen Tonnen anzueignen und so die „Vereinigten Stahlwerke" als größten Produzenten im Reich zu überholen[31]. Röchling scheint sich zur Kontrolle der meisten Unternehmen in den benachbarten französischsprechenden Gebieten berechtigt geglaubt zu haben, und die Ruhr wollte natürlich ihre traditionell dominierende Rolle behalten.

Der Kampf endete mit einem Kompromiß, der sämtliche Kontrahenten unbefriedigt ließ. Die Ruhr behielt hinsichtlich des – nicht immer respektierten – Prinzips die Oberhand: Alle Unternehmen in dem fraglichen Gebiet sollten nach „wirtschaftlichen" Grundsätzen geführt werden. Für die Gießereien wurden Treuhänder bestellt, die für eine Besitzverteilung nach dem Kriege einen Anspruch auf Vorzugsbehandlung erwarben. Ferner entstand ein deutsch geleitetes Konsortium, um die Minette nach den von Poensgen formulierten Richtlinien zu verteilen. Simpler Raub war mithin ausgeschlossen: Größere Konfiszierungsaktionen sollte es ebensowenig geben wie eine Entfernung von Personal oder Maschinen ohne die Zustimmung der franko-belgischen Besitzer. Was die Treuhänderschaften angeht, so schnitt die Ruhr im Vergleich mit den anderen Interessen jedoch schlecht ab. Sie wurden folgendermaßen verteilt[32]:

---

29 NI-3023, Erklärung Hermann Röchling; NI-275, Poensgen an Flick, 27.6.1940.

30 Gillingham, Belgian Business, S. 127 f.; E. Dejonghe, Pénurie charbonnière et répartition en France (1940–1944), in: Revue de la Deuxième Guerre Mondiale, April 1976, S. 21–55.

31 NI-322, Objekt: Usines nationales Hermann Goering. Participation à l'industrie sidérurgique, 29.5.1941; NI-Pl. 115, Vorschlag Pleiger zum Aufbau der Hermann Göring Werke, 9.11.1941.

32 GHH, 400101306/27, RWM II EM 3-31133/41 III, 21.2.1941, Eisenhüttenwerke in Lothringen und Luxemburg.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Werk		
A. Lothringen	Bisherige Besitzer	Treuhänder
1. Karlshütte	Hout Fourneaux et Aciéries de Thionville (Laurent)	Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke, (Saar)
2. Kneuttingen	Société Métallurgique Knutange	Klöcknerwerke, Duisburg
3. Ückingen	Forges et Aciéries des Nords et Lorraine	Neunkirchner Eisenwerk (Stumm), Saar
4. Rombach	S.A. des Aciéries de Rombas	Friedrich Flick, Berlin
5. Hayingen-Moevern	Les Petits-Fils de F. de Wendel	Reichswerke Hermann Göring
6. Hagendingen-SAFE	UPMI	
B. Luxemburg		
1. Rodingen	S.A. d'Ougrée-Marihaye	Gemeinschaft Faust/Hahl
2. HADIR	Sec. Gén. – kontrolliert	Vereinigte Stahlwerke
3. ARBED	Sec. gén. – kontrolliert	–

Wenn Röchling diese Regelung auch grollend akzeptieren mußte, so übte er an ihr doch bittere Kritik. Daß Klöckner die Kneuttingen-Treuhandschaft erhalten habe, sei falsch, weil es sich bei den Söhnen Peter Klöckners (der das Werk aufgebaut hatte) um „unwürdige Erben" handle, und Flicks Mandat für Rombach müsse er als „Herabsetzung meiner Person" ansehen[33]. Die Bestellung der Treuhänder, so schrieb er am 24. Januar 1941, sei nach dem Motto erfolgt, daß nichts bekommen solle, wer seit 1914 gekämpft, gesiegt und gute Dienste geleistet habe, daß hingegen belohnt werden solle, wer nicht gekämpft und keine Opfer gebracht, statt dessen aber Geld gescheffelt habe. Und doch müßten jetzt, da der Sieg im Westen „unser" sei, die Helme fester gebunden werden: „Wir brauchen Kämpfer, keine Händler!"[34] Alles, so fuhr er fort, absolut alles spreche dagegen, Beteiligungen franko-belgischen Eigentümern zu belassen, die seit 1871 in ihren Schlössern gesessen seien und antideutsche Propaganda gemacht hätten[35]. Andererseits hat selbst Röchling, noch während er insgeheim mit Gauleiter Bürckel konspirierte, um den Anschluß von Longwy-Briey an das Deutsche Reich durchzusetzen, seine Untergebenen angewiesen, sich so zu verhalten, daß man sich nach dem Kriege mit „unseren franko-belgischen Kollegen" jederzeit „wieder an einen Tisch" setzen könne[36].

Die frustrierten Ambitionen der „Reichswerke" galten vor allem ARBED, Gegenstand eines erbitterten Streits hinter den Kulissen, der nicht im Sommer 1940 beigelegt wurde, vielmehr bis Kriegsende weiterging. Gegen das Göring-Kombinat hatte sich eine recht heterogene Koalition regionaler und wirtschaftlicher Interessen for-

[33] RO, HR 79, Röchling an Hanneken, 1. 2. 1941.
[34] RO, HR 78, Röchling an Körner, 24. 1. 1941.
[35] GHH, 400101306/27, Röchling an Reichert, 6. 8. 1940.
[36] RO, TGD 110, Affidavit Paul Hahmel, 13. 3. 1948.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

miert. In der Erkenntnis, daß seine Tage als Leiter der Zivilverwaltung in Luxemburg gezählt sein mußten, sollten die „Reichswerke" ARBED an sich reißen, bombardierte Gauleiter Simon die Reichskanzlei in Berlin mit Protesten, während er gleichzeitig die Leitung des Unternehmens mit seinen eigenen Leuten bestückte. Die Deutsche Bank, mit der Ruhr verbündet, wies wiederholte Versuche der Dresdner Bank, des wichtigsten Finanzinstituts der „Reichswerke", ab, von der Société Générale de Belgique, die das ARBED kontrollierende belgische Konsortium leitete, gewaltsam eine Sperrminorität zu erwerben. Diese Abwehrschlacht führte übrigens zum Abschluß eines Rückversicherungsvertrags, in dem sich die Société Générale und die Deutsche Bank zu gegenseitiger Unterstützung verpflichteten, wie immer der Krieg auch ausgehen mochte. Als dritter Gegenspieler der „Reichswerke" trat die Ruhr selbst auf, die um so stärker war, als sie in diesem Fall auf die Hilfe Röchlings zählen konnte. Beide fungierten gemeinsam als Treuhänder der Werke in Rodingen, die unter die kommissarische Verwaltung durch „zwei fähige und verdiente junge Männer", hinter denen Geld stehe, gestellt worden waren: es handelte sich um einen früheren Röchling-Angestellten namens Faust und einen Steinbrinck-Freund namens Hahl[37].

Die erste Runde ging an das Göring-Kombinat, dem es gelang, Staatssekretär Königs zum Administrator von ARBED ernennen zu lassen. Die nächste Runde gewannen aber die gegen die Reichswerke verbündeten Kräfte, indem sie die Rechte und den Einfluß der Anteilseigner retteten. 1943 fand tatsächlich eine Jahresversammlung statt, wenn auch bei der Abstimmung nur 50 000 Aktien (von 250 000) repräsentiert waren. Davon hielt die Société Générale 38 000. Alois Meyer blieb Generaldirektor des Unternehmens. Im Oktober 1940 kam ARBED als Mitglied zum Westbezirk der Wirtschaftsgruppe Stahlindustrie, später dann, als 1942 die organisatorischen Strukturen im Zeichen des totalen Kriegs gestrafft wurden, zu der Nachfolge-Organisation „Reichsverband Eisen" (RVE). In wirtschaftlichen Angelegenheiten sah sich ARBED, trotz der Kämpfe um die Kontrolle, ebenso behandelt wie „jede andere deutsche Firma"[38].

Die harten Realitäten einer „Neuen Ordnung", in der fundamentale wirtschaftliche Entscheidungen vom Ergebnis der Schlachten zwischen raubgierigen und kurzsichtigen Interessengruppen abhingen, die Wirkungen einer bizarren rassistischen politischen Ideologie und die Launen eines Hitler mußten die Hoffnung, unter nationalsozialistischer Herrschaft den Geschäften nachgehen zu können, als sei nichts geschehen, zur Illusion stempeln. Hitler hat nie einen Plan für die Nutzbarmachung der produktiven Energien des besetzten Westeuropas entwickelt. Fast die ganze Kriegszeit hindurch herrschten dort depressionsartige Verhältnisse, die, verschärft

[37] BA, R7/839, RWM III, Wog 17927/40, 23.9. 1940; BA, R2/30287, Betr. Eisenhüttenwerke in Lothringen und in Luxemburg.

[38] BA, R2/30287, fol. 1, Bericht vom 11.2. 1944, ARBED; BA, R7/840, fol. 1, Verordnung zum Schutz der Wirtschaft in Luxemburg, 30.1. 1941; NI-966, Bormann an Lammers, 9.6. 1941; NI-343, Simon an Lammers, 5.6. 1941; NI-344, Simon an Körner, 15.5. 1941; USNA/OMGUS, 58-1/2, Aktennotiz Kurzmeier, 16.11. 1941, Aktennotiz Abs, 3.4. 1941, Schröder an Abs, 29.4. 1941, Aktennotiz Abs an Kurzmeier, 21.9. 1943; BA, R2/30287, Eisenhüttenwerke in Lothringen und in Luxemburg.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch eine heftige Inflation, zu hoher Arbeitslosigkeit führten, zu einem jähen Sinken des Lebensstandards, zu gewaltigen Verlusten und zum Verfall der Werke; dazu kam die Wahrscheinlichkeit künftiger Zugriffe auf Kapitalgüter und Aktien. Die „Sofortprogramme" der letzten Kriegsjahre haben die Lage nur verschlimmert. Am Vorabend der Befreiung drohte der Mangel an Kohle die Industrie des gesamten besetzten westeuropäischen Territoriums lahmzulegen. Hitlers Europa war alles andere als ein Paradies für Geschäftsleute[39].

Und doch hatte die Allianz zwischen der Ruhr und den französischen, belgischen, holländischen und luxemburgischen Unternehmern, dazu die von dieser Allianz gestützte Politik der wirtschaftlichen Kollaboration, während der ganzen Dauer der deutschen Herrschaft in Westeuropa Bestand. Zum Teil beruhte das auf der Bedrohung durch die Funktionäre des nationalsozialistischen Systems, der sich alle Produzenten gemeinsam ausgesetzt sahen, zum Teil auf der Tatsache, daß es selbst in der „Neuen Ordnung" möglich war, ein profitables Geschäft zu machen. Die eigentliche Erklärung ist jedoch darin zu suchen, daß die deutsche Herrschaft seit langem in Gang befindliche Wandlungen der wirtschaftlichen Strukturen förderte, vor allem den Übergang von einer liberalen zu einer „organisierten" Form des Kapitalismus. Die Okkupation hat also nicht allein die wirtschaftlichen Praktiken und Institutionen in Westeuropa „homogenisiert", sondern zugleich die Vision Mayrischs und der Vorkriegsexponenten einer „Wirtschaftsdiplomatie" neu belebt, die Vision von einem funktional und ökonomisch durch Produzenten-Vereinbarungen integrierten Europa.

Im besetzten Belgien hielt die Schwerindustrie vom Anfang bis zum Ende an der dort praktizierten Variante der Kollaboration fest, der „Politik der Produktion". Dies stellte einen Triumph für die Grundsätze und das Verhalten Steinbrincks dar, der 1940 für Kohle und Stahl neue Produzentenorganisationen errichtete und über sie seine Aufträge placierte. Als Steinbrinck im „Flick-Prozeß" wegen „Ausplünderung der besetzten Gebiete" angeklagt war, haben Vertreter praktisch aller belgischen Gießereien sein „gutes Verhalten" bezeugt. Er wurde denn auch freigesprochen[40]. Hermann Röchling löste Steinbrinck im Juni 1942 ab, und zwar mit dem Auftrag, die Stahlproduktion ohne Rücksicht auf die Kosten zu steigern. Er ignorierte SYBELAC, führte eine von ihm selbst entwickelte Methode zur Herstellung hochwertigen Stahls nach dem Thomas-Verfahren ein und forcierte aufs äußerste die Produktion von Elektrostahl[41]. Diese Veränderungen führten bei den Werken zu gewaltigen Verlusten. Außerdem waren Röchlings anmaßende Manieren und seine Grobheit wenig geeignet, die besorgten Belgier zu beruhigen[42]. Doch erfüllten sie Röchlings Forderungen, wenn sie sich dabei auch nach der Wiederkehr der besseren Tage unter Steinbrinck sehnten.

---

[39] Gillingham, Industry and Politics, Kap. VII.

[40] NI, Steinbrinck-Dok. 3, 3 a, 6, 7, 8, 13, 16, 17, 23, 36, 38 b.

[41] RO, SEF 609 (Göring VO, 26. 8. 1940); BA, R 7/839, Wirtschaftsbericht über die Lage der MVW in Frankreich, September 1940; GHH, 400101306/27, Hanneken an Röchling, 30. 5. 1941, Hanneken an Poensgen, 30. 5. 1941.

[42] Gillingham, Belgian Business, S. 143 f.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die elenden Realitäten der Besatzungsherrschaft standen aber Bemühungen um engere Geschäftsbeziehungen zu Deutschen nicht immer im Wege. Die Gestalt des Barons de Launoit ist in dieser Hinsicht von besonderer Bedeutung. Wenn die Société Générale vornehmlich zur Bewahrung des industriellen Status quo kollaborierte, so de Launoit zu seiner Änderung. Er war, wie Baron Kurt v. Schroeder sagte, ein veritabler „Eurovisionär", dessen Geist fortwährend Ideen für eine belgisch-deutsche Kollaboration in den Bereichen der Chemie, der Elektroenergie und des Kanalbaus hervorbrachte. Sein hauptsächliches Stahlunternehmen, Ougrée-Marihaye, verband sich mit Otto Wolff in Köln, um eine gemeinsame Export-Agentur für den Verkauf der Produkte der gesamten belgischen Stahlindustrie ins Leben zu rufen. Er schlug auch vor, mit der Dresdner Bank eine Holding-Gesellschaft (50 zu 50) zu gründen, in der seine und der Société Générale ARBED-Anteile, Rodange, Chiers, Thy-le-Château und die Campine-Gruben zusammengefaßt werden sollten. Die belgischen Partner sollten als Kompensation Anteile an Ruhrzechen erhalten. Die Société Générale lehnte das jedoch ab. Baron de Launoit ließ sich dadurch nicht beirren und richtete am 2. Februar 1941 ein „geheimes und privates Büro" zum Studium „möglicher Felder der Kollaboration mit der Dresdner Bank" ein. Im März 1943 traf er mit Dr. Rasche, dem Repräsentanten der Bank, zusammen, um die Resultate der Arbeit jenes Büros zu besprechen. Zur Dämpfung seines Eifers reichten die militärischen Rückschläge Deutschlands noch keineswegs aus[43].

Frankreich, teilweise besetzt und unter territorialen Verlusten leidend, von einem Feldzug hart getroffen und zum Opfer rassischer wie sprachlicher nationalsozialistischer Verfolgung geworden, brachte es, und zwar nicht zuletzt mit Hilfe gewisser wirtschaftlicher Arrangements, gleichwohl fertig, vielen der schlimmsten Übel des Krieges zu entgehen. In den Gebieten, die unter die Zuständigkeit Steinbrincks fielen, also in Longwy und Nord/Pas-de-Calais, waren die Zustände so ähnlich wie in Belgien. Hingegen herrschten in den abgetrennten lothringischen Territorien schlechtere politische, jedoch bessere wirtschaftliche Verhältnisse. Deutsche Treuhänder, die dort damit rechneten, Besitzer der ihnen anvertrauten Unternehmen zu werden, taten alles, was in ihrer Macht stand, um den Betrieb der Werke normal zu halten. Dazu gehörte offenbar nicht nur der Schutz der Anlagen und der Rohstoffe, sondern auch der des Personals. In Rombach investierte Flick erheblich, und die Beziehungen zwischen den deutschen Kontrolleuren und dem französischen Leitungsstab waren keineswegs schlecht. Jacques Laurent, der Besitzer des Unternehmens, bescheinigte dem deutschen Produktionsleiter, er habe „sich den Direktoren und dem Stab gegenüber mit Mäßigung und Verständnis verhalten ... Er machte jeden Versuch, um den französischen Ingenieuren zur Zeit der Ausweisungen im August und November 1940 zu helfen, ihre Möbel wiederzubekommen, und unternahm löbliche Anstrengungen, die Ausweisung zahlreicher Lothringer zu verhindern, darunter viele Arbeiter und Büro-

[43] J. Gillingham, The Baron de Launoit. A Case Study in the „Politics of Production" of Belgian Industry during Nazi Occupation, in: Revue Belge d'Histoire Contemporaine V (1974), S. 1–59; NI-6106, S. D. Tractations Brufina-Dresdner Bank.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

angestellte. Ich habe Beweise für den Mut, den er gegenüber den Nazi-Behörden aufbrachte, die für die Ausweisungen verantwortlich waren."[44]

In „Meurthe-et-Moselle-Sud", wo Röchling bestimmte, war eine überraschende Mäßigung die Regel. Humbert de Wendel, Angehöriger jener Familie, die Röchling so sehr verabscheute, sagte über ihn: „Röchling war stets ein Alldeutscher alter Schule. Er gab seine Loyalität Hitler, weil er diesen fähig glaubte, aus ‚Deutschland über alles' eine Realität zu machen. Aber [Röchling] fiel nie auf die Dummheiten der Nazipartei herein ... Er war ein Mann der Reichswehr [sic], nicht der Gestapo."[45] Nach de Wendel hat Röchling den von Bürckel angeordneten Ausweisungen vom Oktober und November 1940 widersprochen, da sie exzessive Personaleinbußen verursachten, wiederholt versucht, die Gestapo aus den seiner Aufsicht unterstehenden Fabriken draußen zu halten, und in zahllosen Fällen für seine Angestellten bei der Polizei interveniert[46].

Bis zu einem gewissen Grad mag dieses Zeugnis von den besonderen Maßnahmen beeinflußt worden sein, die Röchling zugunsten der französischen Stahlbesitzer traf. Vor allem ließ er die Hauptquartiere der unter seine Kontrolle gestellten Gesellschaften weiterarbeiten, wobei er ihnen einen bestimmten Prozentsatz der Brutto-Einnahmen zur Deckung ihrer Kosten zuwies. Die Vereinbarungen waren von Firma zu Firma etwas verschieden, doch kann als typisches Beispiel das Hauptquartier von Homécourt gelten, das 4 Prozent Kommission auf „freie Verkäufe" erhielt, eine Kommission von 3 Prozent auf Verkäufe durch den „Stahlwerksverband", 2 Prozent auf Thomas-Schlacke, verschiedene kleinere Kommissionen bei anderen Nebenprodukten und zusätzliche Kommissionen als Verkaufsagenten und Einkäufer im Namen der Fabriken. Dabei handelte es sich um rein nominelle Funktionen, da alle Verkäufe und Einkäufe entweder über die Kartelle oder über die Rohstoffverteilungsstellen erfolgten. Rund 7,5 Millionen Francs wurden während der Okkupationszeit an die Hauptquartiere der drei größten Gießereien von „Meurthe-et-Moselle-Sud" gezahlt. Die französischen Direktoren hatten Zugang zu den Büchern ihrer Firmen und konnten den Betrieb in regelmäßigen Abständen überprüfen[47]. Vielleicht ist hierin der Grund dafür zu suchen, daß, nach dem Zeugnis des deutschen Verwalters von Neuves Maisons, die Beziehungen zum französischen Management recht herzlich waren. Der Produktionschef, M. Thédral, „war [mein] häufiger und willkommener Gast ... Meine französischen Gäste waren oft verblüfft, in meiner Wohnung das bekannte Bild vom Einzug der Alliierten in das flaggengeschmückte Straßburg nach dem Ersten Weltkrieg zu sehen ... Es braucht nicht betont zu werden, daß ich es nie entfernte ... Am Ende meiner Tätigkeit bot mir M. Thédral den großen Werks-Re-

[44] RO, TGD 714, Attestation de Jacques Laurent (Dir. Gen., Soc. Lorraine des Aciéries de Rombas), 25.7.1946.

[45] RO, TGD 64, Déclaration de M. Humbert de Wendel.

[46] RO, TGD 1261, Vernehmung von Eugène Roy, Gen. Dir. Aciéries de Longwy, 3.3.1947; TGD 64, Déclaration de M. Humbert de Wendel.

[47] RO, TGD 597, Rapport de M. Albert Maier pour M. de la Cotte sur la situation financière des usines en Meurthe-et-Moselle-Sud.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nault an, damit ich nach Hause kommen konnte ... Er sagte zu mir, daß meine Dienste den Verlust des Wagens aufwägen."[48]

Ernst Röchling, der das Pariser Büro des Unternehmens leitete, hatte erheblichen Anteil an der Bewahrung guter Beziehungen zu den Franzosen. In einem durchaus typischen Kommentar schilderte ihn Jules Aubrun, der Vorsitzende von CORSID, „als einen Mann der Versöhnung, der den Eindruck vermittelte, mit seinem Vetter nur unter Zwang zusammengearbeitet zu haben"[49]. Aber Ernst Röchling gewann auch als Praktiker der Vermittlung Ansehen, nicht zum wenigsten 1944, als er die Rückkehr der Stahlwerke von „Meurthe-et-Moselle-Sud" unter französische Kontrolle sicherstellte. Jean Bichelonne, in Vichy Minister für industrielle Produktion, hatte darüber seit Anfang 1942 verhandelt, doch war es aus finanziellen Gründen nie zu einem Abschluß gekommen. Damals zahlte der französische Staat an die Werke außerhalb von „Meurthe-et-Moselle-Sud" Produktionssubventionen bis zu 205 Francs pro Tonne, war aber nicht in der Lage, die zusätzlichen Gelder aufzubringen, die erforderlich gewesen wären, um die Werke innerhalb jenes Gebiets in Betrieb zu halten. Mit Hilfe des niederländischen Staates beschaffte Ernst Röchling das Geld. Die Art und Weise dieser Operation bietet interessante Aufschlüsse darüber, wie bestimmte Transaktionen im Europa der „Neuen Ordnung" abgewickelt werden konnten.

Das Ereignis, das die Dinge in Bewegung brachte, war die Aufhebung der deutsch-holländischen Zollgrenze Anfang 1941. Aus obskuren Gründen waren damals alle holländischen Guthaben mit mehr als 100 Millionen Reichsmark blockiert. Das traf besonders eine Finanzgesellschaft, TREDEFINA, die 1921 zur Finanzierung niederländischer Exporte ins Deutsche Reich gegründet worden war. Etliche deutsche Wirtschaftsgrößen, darunter F. F. v. Siemens, Hugo Stinnes und Hjalmar Schacht, saßen im Aufsichtsrat der Gesellschaft, doch wurden die Geschäfte praktisch von Direktor Ernst Kreuter im Namen der Niederländischen Staatsbank geleitet. Kreuter war zugleich der Berliner Repräsentant der Wall Street-Maklerfirma Dillon/Read, die zu den Garanten jener Wertpapier-Emissionen gehörte, mit denen die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke begründet wurden. Nach der Blockierung der TREDEFINA-Fonds wies der Direktor der Niederländischen Staatsbank, Trip, Kreuter an, Investitionschancen wo immer möglich wahrzunehmen, einschließlich direkter Beteiligungen an privaten Unternehmen. Kreuter setzte sich daraufhin mit Ernst Röchling in Paris in Verbindung, der wiederum Wirtschaftsminister Funk überredete, 200 Millionen Reichsmark von dem blockierten Konto freizugeben.

Der nächste Schritt bestand darin, eine französische Investitionsgesellschaft zu gründen, die den Namen „Société de Crédits et d' Investissements" (SCI) erhielt. Kreuter wurde Direktor, und Ernst Röchling erhielt einen Sitz im Aufsichtsrat, ebenso der Pariser Vertreter von Dillon/Read. SCI erwarb zuerst einen kontrollierenden Anteil an der Kaufhaus-Kette „Galeries Lafayette", indem sie eine Option zum Ankauf jener Aktien nahm, die von einer Scheinfirma gehalten wurden, nachdem diese

[48] RO, TGD 588, Déclaration Friedrich Amende, 28. 3. 1948.
[49] RO, TGD 602, Affidavit Aubrun, Januar 1947.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den „arisierten" Aktienbesitz der sog. Bader-Gruppe übernommen hatte. SCI kaufte auch Bauxit-Minen bei Toulon, eine Waggon- und Lokomotivenfabrik, dazu eine beträchtliche Anzahl wertvoller Grundstücke in Paris, bei denen es sich ebenfalls um „arisierten" Besitz handelte (früher Maison Wildenstein). Diese Erwerbungen erschöpften offenbar die freigegebenen 200 Millionen Reichsmark.

Nun waren noch immer rund 80 Millionen auf dem TREDEFINA-Konto blokkiert. Um ihre Freigabe zu erreichen, verschaffte sich Ernst Röchling die Zustimmung Speers zu ihrer Verwendung als Produktionssubventionen für die Stahlwerke von „Meurthe-et-Moselle-Sud", anscheinend im Tausch gegen langfristige französische Staatspapiere. So geschah es denn auch. Im Februar 1944 erhielten jene französischen Besitzer, die sich zur Fortsetzung der Kollaboration mit Deutschland verpflichteten, die Kontrolle über ihre Betriebe zurück. Die Subventionen glichen die bei der Produktion entstehenden Verluste mehr als aus und scheinen sogar eine gewisse Schuldentilgung ermöglicht zu haben. Die Werke des Distrikts registrierten in der Besatzungszeit einen Profit von 101 400 000 Francs, die in ganz Frankreich 227 000 000[50].

In den besetzten Niederlanden war es Frederick H. Fentener van Vlissingen, der mit einer Reihe von Geschäften die wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland stärkte. Die Details vieler dieser Geschäfte waren obskur, und das sollten sie auch sein. In jedem Falle handelte es sich um ein gemeinschaftliches holländisch-deutsches Unternehmen, bei dem unklar blieb, welche Seite die dominierende Rolle spielte. Das war ein taktisches Rezept, um die Interessen der Partner bei jedem möglichen Kriegsausgang zu schützen. Was die Kohle betrifft, so brachte Fentener van Vlissingen die Staatsmijnen in die Steenkolen Handelsvereeniging (SHV), jene Verkaufsagentur, die er zusammen mit dem Ruhr-Syndikat, RWKS, kontrolliert hatte. Die Staatsmijnen wiederum erwarben einen kontrollierenden Anteil an der SHV. Im Stahl-Bereich half Fentener den „Vereinigten Stahlwerken" beim Erwerb einer Majorität der Aktien von Hoogovens, dem führenden holländischen Stahl-Unternehmen, und zwar anscheinend im Tausch gegen eine für später zugesagte Kompensation. Der Boden dafür war bereitet, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Ymuiden-Werke, nördlich von Amsterdam, auf Grund der britischen Blockade nicht mehr beliefert und daher nicht wieder in Betrieb genommen werden konnten. Daraufhin erklärten sich die Vereinigten Stahlwerke bereit, die 3 Millionen Stammaktien zu kaufen, die von der Stadt Amsterdam gehalten wurden, ebenso die 4,5 Millionen Stammaktien und die 700 000 Vorzugsaktien, die sich in niederländischem Staatsbesitz befanden. Nun wurde eine Scheingesellschaft ins Leben gerufen, die 49,6 Prozent der VS-Stammaktien an Hoogovens und die übrigen Aktien direkt hielt. Eine Dachgesellschaft, Administratiekantoor voor Andeelen Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken, gab dann an Stelle von Aktien mit Stimmberechti-

[50] USNA/OMGUS, 58-2/2, Dr. Kreuter, 4. 3. 1947, 58-2/2, Report on Alexander Kreuter, OMGUS Financial Investigation Section; RO TGD 1261, Vernehmung Eugène Roy, 3. 3. 1947; RO, TGD 1229, Niederländische Militärmission beim internationalen Kontrollrat in Deutschland; RO, TGD 1224, Statement by Dr. Kreuter, 4. 3. 1947; RO, TGD 1226, Erklärung Kreuter, 13. 4. 1948; Martin, All Honorable Men, S. 205 f.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung Aktien ohne Stimmberechtigung aus. Fentener fungierte als Aufsichtsratsvorsitzender von Administratiekontoor, und durch ihn übten die VS effektiv die Kontrolle über Hoogovens aus. Über Hoogovens kontrollierten die VS auch etliche andere holländische Stahl- und Walzwerke. Die „Fentener van Vlissingen-Konnexion" war aber nicht auf Kohle und Stahl beschränkt. Fentener hatte den Vorsitz im Aufsichtsrat von Werkspoor, dem wichtigsten holländischen Hersteller von Eisenbahn-Ausrüstung, wo Rheinmetall-Borsig einen kontrollierenden Anteil erworben hatte, zugleich saß er in den Aufsichtsräten der Maschinenfabrik Breda und der Flugzeugwerke Fokker, die beide ebenfalls unter deutsche Kontrolle geraten waren.

Das ambitiöseste deutsch-holländische Arrangement betraf die Algemeene Kunstzijde Unie (AKU), die zu den vier größten Unternehmen der Niederlande zählte. Seit den zwanziger Jahren hatte die Vereinigte Glanzstoff (VG) 30 Prozent ihrer Stammaktien und 24 ihrer 48 offenstehenden Vorzugsaktien gehalten. Letzteres berechtigte dazu, vier der acht Aufsichtsratssitze zu besetzen. Die Errichtung einer neuen Zellwollefabrik lieferte den nötigen Vorwand – eine Erhöhung des Kapitals um 10 Millionen Gulden – für zusätzliche deutsche Repräsentanz. Die Deutsche Bank finanzierte den Bau der Fabrik, wofür ihrem niederländischen Partner, der de Bary-Bank, ein weiterer Sitz im Aufsichtsrat eingeräumt wurde. Tatsächlich waren alle dem Aufsichtsrat vorgelegten Fragen schon zuvor entschieden worden, und zwar von Fentener, der die holländische Gruppe repräsentierte, und Hermann J. Abs von der Deutschen Bank, der die deutsche Gruppe vertrat. Die ganze Verflechtung hatte im Grunde keine andere Basis als gegenseitiges Vertrauen[51].

Die verschiedenen wirtschaftlichen Reaktionen im besetzten Westeuropa hatten einen gemeinsamen Nenner, nämlich die Wendung gegen den Wirtschaftsliberalismus. Wie Jean Bichelonne am 21. September 1942 in einer Rede sagte: „Die Große Depression, die 1929 in den Vereinigten Staaten begann, hat sowohl Unternehmer wie Wirtschaftswissenschaftler zum Nachdenken gebracht ... Die doktrinären Lösungen haben versagt." Bichelonne setzte hinzu, während in Frankreich fest verschanzte „Liberale" alle Versuche der Regierung vereitelt hätten, eine wirksame Kartellisierung einzuführen, „hat uns nun Deutschland mit seinen ‚Fachgruppen', ‚Reichsstellen' und ‚Wirtschaftsgruppen', mit seinem Wirtschaftsministerium und vor allem mit den unbestreitbaren Erfolgen, die durch derartige Institutionen erzielt wurden, hat uns also Deutschland, sage ich, ein Muster wirtschaftlicher Führung gegeben, methodisch organisiert mit dem Blick auf zweckmäßige Anwendung"[52].

Berlin hätte aus diesem Enthusiasmus für die wirtschaftliche Reorganisierung Europas Kapital schlagen können, machte dazu aber nur einen ernsthaften Versuch, und zwar in Diskussionen, die der von Gustav Schlotterer, Staatssekretär im Wirtschafts-

[51] USNA/OMGUS, 56-1/2, The Vereinigte Stahlwerke Complex; E. H. Degener, USMPO/Haag, Dr. Frederick Fentener van Vlissingen, 56-1/2, Final Report on the Investigation of AKU, August 1946.

[52] AA, Ha Pol II a, Frankreich, Wirtschaft 6-1/7976 f., Vortrag von Generalsekretär Bichelonne, Die Grundzüge der Wirtschaftsführung in Frankreich, 21. 9. 1942.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ministerium, eingesetzte Planungsstab für die „Neue Ordnung" im Spätsommer 1940 veranstaltete. Die Schlotterer-Gespräche brachten Vertreter jener deutschen Industrien und Institutionen, die im Export eine besondere Rolle spielten, mit führenden Repräsentanten der Wirtschaft des besetzten Westeuropas zusammen. Zu den deutschen Teilnehmern gehörten Dr. Ilgner von IG Farben, Dr. Kimmich und Abs von der Deutschen Bank, Dr. Pildner von der Dresdner Bank, Paul Reusch von der Gutehoffnungshütte und Dr. Blessing von der Reichsbank. Unter den Sprechern der besetzten Länder befanden sich Galopin, Gouverneur der Société Générale de Belgique, de Launoit und der Generaldirektor der Belgischen Nationalbank, dazu die Niederländer Dr. Hirschfeld, Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Woltershom von der Rotterdam Bank und Fentener van Vlissingen.

Die Treffen produzierten etliche wichtige Empfehlungen. Zunächst ergab sich Übereinstimmung über „die Notwendigkeit, einen europaweiten Marktraum [zu schaffen] und den innereuropäischen Handel von Zöllen, anderen Schranken und Währungsgefällen zu befreien". Zweitens wurde festgestellt, daß „die Souveränität kleiner Staaten" respektiert werden müsse. Drittens seien internationale Vereinbarungen „besser auf privater als auf offizieller Ebene abzuschließen". Viertens komme es darauf an, „die Handels- und Finanzbeziehungen mit der Außenwelt aufrechtzuerhalten". Eine andere Sache war von besonderem Interesse. Nach Schlotterers Bericht sagte „der belgische Industrielle Baron de Launoit", das Gebiet, das die Ruhr, Südholland, Belgien, Lothringen, Luxemburg und Nordfrankreich umfasse, sei „ein natürlicher Wirtschaftsraum", dessen politische Zersplitterung den technischen Fortschritt behindere und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung schädige. Die Kohle- und Stahlindustriellen sollten die Grenzen durchbrechen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten zusammenarbeiten. Der Gedanke fand in den folgenden Diskussionen durchaus Zustimmung. Andere Vorschläge, die ebenfalls positiv aufgenommen wurden, betrafen die Schaffung eines vereinheitlichten Transportsystems, die „Rationalisierung der Industrie" in einem europäischen Maßstab, die Gründung multinationaler europäischer Korporationen und vor allem die Organisierung einer europäischen Wirtschaftsunion auf wesentlich privater Basis, deren Mitglieder Anteile wie „in einem Pool" halten sollten. Damit war gemeint, daß das Kartell-Prinzip anzuwenden sei: Jedes Mitglied müsse eine Quote bekommen, die je nach den gegebenen Umständen eingebracht, verkauft, erhöht oder reduziert werden dürfe. Dies würde, so sagte Schlotterer, auf „ein wirtschaftliches Paneuropa" hinauslaufen, das nicht der Zusammenschlüsse von Staaten bedürfe, sondern der Vereinigung von Nationalwirtschaften auf der Grundlage von Verträgen zwischen den Nationen. Die Leitung der Vereinigung sei Sache wirtschaftlicher Verbände und Organisationen, während den staatlichen Behörden nur eine Überwachungsfunktion zukomme; ihre Befugnisse seien auf den Erlaß allgemeiner Direktiven zu beschränken und müßten das Recht auf Mitsprache bei der Führung der Geschäfte ausdrücklich ausschließen[53].

[53] NI-11375, Deposition of Gustav Schlotterer concerning his career, the economic New Order for Europe, and IG Farben's position in the German economy, 20. 9. 1947.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn auch die Schlotterer-Gespräche im Frühherbst 1940, als der Staatssekretär zu dem Planungsstab für die Besetzung Rußlands versetzt wurde, endeten und später keine Fortsetzung fanden, so blieben doch die in den Diskussionen geäußerten Empfindungen und Vorstellungen lebendig[54]. Der harte Charakter und die chaotischen wirtschaftlichen Zustände der Besatzungsherrschaft weckten nirgends den Wunsch, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Vorkriegszeit zurückzukehren. In einem repräsentativen Beitrag zu einer Reihe offiziöser Studien zur belgischen Nachkriegswirtschaft schrieb der künftige Gouverneur der Société Générale 1942, daß „wir den Erfolg unserer wirtschaftlichen Erholung sicherlich gefährden würden, sollten wir nach der Befreiung unseres Territoriums zu einem Regime [der industriellen und kommerziellen Freiheit] zurückkehren"[55]. Er schlug vor, statt dessen die zukünftige Entwicklung der Industrie auf die während der Besatzungszeit eingeführten organisatorischen Fortschritte zu gründen; wo es „Konsolidierung" und „Kartell-Bildung" gegeben habe, sei in Zukunft langfristige gesamt-industrielle Planung möglich. Tatsächlich blieben die Stellen, die in der Besatzungszeit in Westeuropa für die Zuteilung der Rohstoffe eingerichtet worden waren, nach dem Ende der deutschen Herrschaft bestehen, wobei insbesondere die französischen „Comités d' organisation" als Kerne neuer „organisations professionels" dienten. Solche Organisationen zeigten in der Tat ein starkes Beharrungsvermögen. Die Briten, die sich für ihre Besatzungszone auf die Eliminierung der Vereinigungen der Kohle- und Stahlproduzenten festgelegt hatten, erwiesen sich doch als unfähig, die Kraftstoffwirtschaft anders als durch die traditionellen Management-Strukturen zu verwalten.

Die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den schwerindustriellen Produzentengruppen dauerte Jahre. Die Wirtschaft des Deutschen Reiches brach 1945 zusammen, deutsche Industrielle wurden als potentielle oder tatsächliche Kriegsverbrecher behandelt, und die Vereinigten Staaten, die bei allen Entscheidungen zur wirtschaftlichen Reorganisierung Europas das letzte Wort hatten, verlangten eine radikale Reform nach freihändlerischen Prinzipien. Unter den gegebenen Umständen blieb den zuvor besetzten Staaten nichts anderes übrig, als den amerikanischen Idealen Lippendienste zu zollen, während die Deutschen sich zurückhalten, sich so kooperativ wie möglich zeigen und im übrigen darauf hoffen mußten, daß die Dinge, nachdem eine angebliche „Stunde Null" erreicht war, nur besser werden konnten[56]. Doch selbst während dieses Rückfalls in das „dunkle Mittelalter" industrieller Kooperation gab es eine Kontinuität sowohl der Personen wie der Institutionen. Außerhalb der französischen Automobilindustrie wurde kein Industrieller der ersten Garnitur wegen wirtschaftlicher Kollaboration enteignet. Auch ein Baron de Launoit sah sich entlastet. Alois Meyer, der vor den alliierten Armeen nach Koblenz geflüchtet

[54] Gillingham, Industry and Politics.

[55] M. Nokin, La Coordination industrielle, Brüssel 1942.

[56] Public Record Office, CAB 134/195, The Schuman Plan Proposals: Background of French Policy, by D. Wilson, 31. 5. 1950; J. S. Martin Papers (im Besitz des Verf.); L. Vaubel, Zusammenbruch und Wiederaufbau. Ein Tagebuch aus der Wirtschaft 1945–1949, München 1984.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war, nahm wieder den Vorsitz von ARBED ein. Fentener van Vlissingen amtierte sogar als Leiter eines niederländischen Tribunals, das Fälle angeblicher wirtschaftlicher Kollaboration zu untersuchen hatte. Diese Männer – und andere – bemühten sich um die Wiederherstellung der traditionellen Handels- und Produzentenbeziehungen mit Deutschland, wobei als erster offenbar wichtiger Anlauf das Remagener Treffen mit Vertretern der Ruhr anzusehen ist, das die Franzosen bereits Ende 1945 organisierten[57].

Nachdem die amerikanische Entscheidung gefallen war, die europäische Wirtschaft auf der Grundlage eines erholten Deutschland wiederaufzubauen, konnte der Versuch, die traditionellen Produzentenbeziehungen zu restaurieren, an Schwung gewinnen. Der Leiter der deutschen „Stahlvereinigung" war schnell mit dem Argument bei der Hand, daß die europäische Kooperation, die der Marshall-Plan anvisiere, am besten durch die Wiederherstellung des Internationalen Stahlkartells zu fördern sei[58]. Im Dezember 1947 bot Robert Pferdmenges, dabei mit der Unterstützung seines Freundes Konrad Adenauer handelnd, den französischen Stahlproduzenten nicht weniger an als 50 Prozent Besitzbeteiligung an den Stahlwerken der Ruhr. Die daraus folgenden Verhandlungen zwischen der Ruhr, Alois Meyer und Humbert de Wendel dauerten bis zum Frühjahr 1948[59]. Anfang 1949 begannen private Diskussionen zwischen Hermann Reusch, dem Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, und Repräsentanten des französischen Stahlsyndikats[60]. Im März 1950 schickten die Franzosen eine Delegation an die Ruhr, um eine Verständigung über die Saar-Exporte nach Süddeutschland zu erreichen, was beide Seiten als Vorspiel zu Vereinbarungen nach dem Muster des Jahres 1926 verstanden[61].

Etwa zur gleichen Zeit setzte Jean Monnet ein Team an die Arbeit, um jene Vorschläge zu formulieren, die dann am 9. Mai 1950 der Welt als Schuman-Plan mitgeteilt wurden. Monnets Absichten sind bisher nie befriedigend erklärt worden. In Opposition sowohl zur Wiedergeburt der europäischen Kartelltradition wie zu einem militärisch starken deutschen Staat stehend, mag Monnet einfach defensiv gehandelt haben. Aber er stand gegen die Strömung. Die Vereinigten Staaten hatten sich längst dafür entschieden, die Reformierung Deutschlands seiner wirtschaftlichen Erholung unterzuordnen; mit dem Ausbruch des Koreakriegs am 25. Juni 1950 kam auch bald der Augenblick, in dem Washington überdies die deutsche Wiederbewaffnung forderte. Monnet konnte daher in den Verhandlungen über den Schuman-Plan keine

---

57 Archives du Quai d'Orsay, Z. Allemagne 83, Direction de l'Europe, Perspectives d'une politique française á l'egard de l'alliance, 30. 11. 1948.

58 W. Bührer, Europa im Kalkül der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie 1945–1952. Studien zur Tradition, Reorganisation und Politik industrieller Interessenverbände, Diss. Hamburg 1985, S. 324 f.

59 USNA/OMGUS, 58-1/2, Extract from weekly Intelligence Report Nr. 93, Office of the Division of Intelligence, D. T. D., 21. 2. 1948.

60 F. R. Willis (Hrsg.), Schuman Breaks the Deadlock. European Integration, New York 1975, S. 19–38; Bührer, Europa im Kalkül, S. 325.

61 BA, B 109/97, Stahlvereinigung. Übernahme von Roheisen aus Frankreich bzw. der Saar, B 109/97, Übernahme von Roheisen aus Frankreich bzw. der Saar/Lieferung von Spezialeisen nach Frankreich bzw. der Saar, 25. 3. 1950.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dominierende Rolle spielen, und die aus ihnen entstehende Gemeinschaft für Kohle und Stahl – die als Einleitung einer Ära französisch-deutscher Versöhnung von historischer Bedeutung ist – brachte in der organisatorischen Struktur der westeuropäischen Kohle- und Stahlwirtschaft keinen fundamentalen Wandel. Die Macht der nationalen Produzenten-Vereinigungen nahm nach 1950 eher noch zu. Der Prozeß der industriellen Konzentration hat sich bei Kohle und Stahl, ganz besonders an der Ruhr, weiter beschleunigt. Kompensationen, Subventionen und zahlreiche andere marktfremde Praktiken wurden beibehalten[62]. Am 19. März 1953 bildeten die EGKS-Produzenten ein Stahlexportkartell für Verkäufe an dritte Nationen, über das sie mehr Produkte absetzten als innerhalb der Gemeinschaft[63]. Am 21. Oktober 1954 wurde eine noch wichtigere Vereinbarung erreicht, und zwar zwischen dem Bundesverband der deutschen Industrie und dem Conseil National du Patronat Français. Die Vereinbarung forderte von den Regierungen zusätzliche Unterstützung französisch-deutscher Produzenten-Verbindungen, die Errichtung branchenspezifischer Kartelle, die Aufnahme anderer NATO-Länder in den Rahmen französisch-deutscher Abmachungen, die Kooperation bei künftigen Aufgaben – Staatsaufträge eingeschlossen – und die Entwicklung einer konsortialen Rüstungsindustrie („insbesondere in der Luftfahrtindustrie"). Um die genannten Ziele zu erreichen, sollten Rationalisierungs- und Spezialisierungsabsprachen ausgehandelt werden, dazu Abkommen über den Austausch von Patenten. Verstaatlichung müsse von allen Parteien als Grund zur Kündigung der Vereinbarung gelten. Die Produzenten wandten sich auch scharf gegen „dirigistische" Methoden, wie sie Jean Monnet als Präsident der Hohen Behörde der Montan-Union anzuwenden versucht hatte. Statt dessen sah der Pakt vor, daß „franko-deutsche Industrielle gemeinsam an der Lösung konkreter Probleme arbeiten", so an der Kommerzialisierung der französischen Landwirtschaft, dem ersten notwendigen Schritt zu einer Steigerung der Exporte nach Deutschland[64].

Zehn Jahre nach dem Krieg war ein Pakt zustande gekommen, wie ihn Mayrisch befürwortet hatte und wie er von den französischen bzw. britischen Anwälten eines „economic appeasement" angestrebt worden war, ebenso von den Produzenten der „Neuen Ordnung". Anders als seine Vorläufer sollte er nicht lediglich als Ausdruck des Vertrauens in die Möglichkeiten einer funktionalen wirtschaftlichen Integration interpretiert werden, sondern als Reflex der Tatsache, daß diese Integration in 25 Jahren gewachsen war, in denen wirtschaftliche Anschauungen und Strukturen konvergierten, weil die westeuropäische Schwerindustrie gleichartige, wesentlich deutsche organisatorische Modelle übernahm, um mit gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Problemen fertigzuwerden. Ohne die korporative Vorgeschichte ist die Gemeinschaft für Kohle und Stahl ebensowenig denkbar wie ohne den sogenannten Schuman-Plan.

---

[62] F. R. Willis, France, Germany and the New Europe, Stanford 1965, S. 220.

[63] Rieben, Des Ententes, S. 477.

[64] Archives Jean Monnet, AMH 22/5/16, Procès-verbal concernant un accord convénu entre le Bundesverband der deutschen Industrie et le Conseil National du Patronat Français, 22. 10. 1954.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

HANSJAKOB STEHLE

DER LEMBERGER METROPOLIT ŠEPTYĆKYJ UND DIE NATIONALSOZIALISTISCHE POLITIK IN DER UKRAINE

Machtpolitik, die auf Beherrschung oder Unterwerfung anderer Völker gerichtet ist, bedient sich oft nationaler Befreiungsparolen, deren trügerische Funktion schwer oder erst spät durchschaubar wird. Dieses Mittels hat sich jedoch Hitlers – auf irrationale „Lebensraum"- und Rassen-Ideologie fundierte – Eroberungspolitik in Osteuropa nicht oder nur in flüchtigen Ansätzen bedient; auch nicht dort, wo es dafür – unter antikommunistischen wie nationalistischen Vorzeichen – besonders günstige Voraussetzungen gab: in der *Ukraine,* zumal in deren westlichem Teil, in dem bis 1939 polnischen, dann bis 1941 sowjetischen Galizien. Hier, wo von 4,4 Millionen Einwohnern ukrainischer Muttersprache fast 3,4 Millionen der „unierten", mit Rom verbundenen Kirche des slawisch-byzantinischen Ritus angehörten[1] und ihre ethnische Identität immer wieder gefährdet sahen, verkörperte Graf *Andrej Šeptyćkyj* (1865–1944), der seit dem Jahre 1900 Metropolit und Erzbischof von Lemberg[2] war, eine geistliche Autorität, mit der sich immer wieder auch nationale Hoffnungen verbanden. In ihrem katastrophalen Scheitern während der letzten drei Lebensjahre Šeptyćkyjs spiegelt sich zugleich exemplarisch ein bisher wenig beachtetes Kapitel nationalsozialistischer „Ostpolitik".

Seit Jahrhunderten dem wechselnden Sog ihrer russischen und polnischen Nachbarn ausgesetzt, war den Ukrainern der Nationalstaat versagt geblieben; orthodoxes Staatskirchentum hatte dem Russifizierungsdruck, lateinischer Katholizismus der Polonisierung gedient. Nur in der relativen Toleranz der Habsburgermonarchie waren die Ukrainer Galiziens zu Autonomie gelangt. In deren Klima hatte sich der Metropolit Šeptyćkyj (der selbst aus polnischem, einst ukrainischem Adel stammte) der

[1] Diese hatte sich 1595/96 durch die „Union von Brest" vom orthodoxen Patriarchat getrennt. Sie wurde nach den Teilungen Polens in dem zu Österreich-Ungarn gehörenden Galizien als „griechisch-katholische" bezeichnet und wird heute meist „ukrainisch-katholische Kirche" genannt. – Zu ihrer Geschichte vgl. die von Lubomyr Husar eingeleitete Dokumentation: Ukrajinska Katolykka Cerkwa (Bd. II der Martyrolohija ukr. cerkow), Toronto-Baltimore 1985; A. Chodkiewicz, Zarys historii Kosciola greckokatolickiego, Warschau 1984; J. Madey, Kirche zwischen Ost und West, München 1969; A. Ammann, Abriß der ostslawischen Kirchengeschichte, Wien 1950; K. Chodnikki, Kosciól prawosławny a Rzeczpospolita Polska, Warschau 1936; A. Fortescue, The Uniate Eastern Churches, London 1923.

[2] Ukr. *Lviv;* poln. *Lwów;* seit 1807 Erzbischofsitz mit den Suffragan-Bistümern Przemysl und Stanislawów.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Idee der kirchlichen „Union" verschrieben. In seiner von religiösem Eifer wie politischer Romantik geprägten Gedankenwelt weitete sich diese ökumenische Idee einer Verschmelzung römischen und östlichen Christentums – durch „Bekehrung Rußlands" – zum politischen Ziel einer vereinigten Großukraine[3]. Der Metropolit, der schon 1908 mit falschem Paß nach Kiew, Moskau und St. Petersburg gereist war, um die Möglichkeiten seiner Konzeption zu sondieren, empfahl zu Beginn des Ersten Weltkriegs in einem Memorandum für Kaiser Franz Josef, die von Österreich besetzten Gebiete „möglichst einschneidend von Rußland zu trennen", die orthodoxe Kirche vom moskovitischen Einfluß „durch und durch" zu reinigen und der Unterstellung unter die Synode von St. Petersburg zu entziehen[4]. Nach der russischen Besetzung Lembergs im September 1914 verhaftet und in einem Kloster in Susdal interniert, erlebte Šeptyćkyj die Revolution von 1917 zunächst als Befreiung, auf die er neue missionarische und politische Hoffnungen setzte. Doch das „revolutionäre Prinzip der Selbstbestimmung", das er in seiner letzten Rede vor dem Herrenhaus in Wien pries[5], bescherte schließlich nicht den Ukrainern, sondern den Polen einen Staat, zu dem Šeptyćkyj nur langsam und schwer ein Verhältnis fand – gemischt aus Loyalität und (gegenseitigem) Argwohn. Eine systematische Warschauer Polonisierungspolitik, die sich gegen Ukrainer und Weißrussen richtete und 1938 in der mutwilligen Zerstörung von 130 orthodoxen Kirchen gipfelte, stieß auf energische Proteste des Metropoliten[6], der sich jedoch auch gegen terroristische Aktionen ukrainischer Nationalisten wandte und so der Kritik von beiden Seiten aussetzte. „Meine traurigen Erfahrungen lehren mich, daß je sorgfältiger man sich jeder Politik fernhält, desto leichter unterliegt man oft dem Vorwurf der Politik", schrieb Šeptyćkyj in deutscher Sprache[7] und ahnte noch nicht, daß ihm die bittersten Erfahrungen solcher Art erst bevorstanden.

Der Untergang des polnischen Staates durch Hitlers Angriff im September 1939, ermöglicht durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Teilungsvertrag, er-

---

[3] Vgl. die Biographien: aus kirchlicher ukrainischer Sicht von Cyrille Korolevskij, Metropolit André Szeptyckyj, Rom 1964; Gregor Prokoptschuk, Der Metropolit, München 1967; aus kommunistisch-polnischer Sicht: Edward Prus, Władyka Swiętojurski. Rzecz o arcybiskupie Andrzeju Szeptyckim, Warschau 1985. Prus, der als marxistischer Historiker Zugang zu Lemberger Archivbeständen hatte, mildert seine tendenziöse Darstellung durch Kritik am rein propagandistischen Šeptyćkyj-Bild sowjetischer Autoren (vgl. die Rezension von B. Heydenkorn in „Zeszyte Historyczne", Paris, Nr. 73, 1985). Unter dem Titel „Andrei Sheptyts'kyj. His Life and Work" erscheint 1987 ein Sammelband mit den Referaten eines von Paul R. Magocsi (Chair of Ukrainian Studies, University of Toronto) im November 1984 veranstalteten Symposiums, bei dem der Verf. eine Studie vortrug, die in erweiterter Fassung dem vorliegenden Aufsatz zugrundeliegt.

[4] Memorandum v. 15. 8. 1914 im Haus-Hof- und Staatsarchiv, Wien. Vgl. Hornykiewicz, Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, Bd. I, 1966, S. 8–11; E. Winter, Russland und das Papsttum, Teil 2, Berlin(Ost) 1961, S. 583/84.

[5] Sitzung v. 28. 2. 1918, Stenograph. Prot., S. 809–812.

[6] Vgl. Georges Castellan, Gott schütze Polen! Geschichte des polnischen Katholizismus 1795–1982, Freiburg 1983, S. 164–167.

[7] Im Vorwort des von der katholischen Emigrantenfürsorge herausgegebenen Buches „Die Kirche und das östliche Christentum, Ukraine und kirchliche Union, Berlin 1929, S. 9.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schreckte die ukrainischen Katholiken und ihren Metropoliten nur durch die eine – unerwartete – Folge: die Besetzung Galiziens und Lembergs durch die Sowjets. Diese – so schien es Šeptyćkyj – schonten dort „ein wenig die Polen als Alliierte Englands", hatten aber „keinerlei Grund uns [d. h. die Ukrainer] zu schonen – uns, von denen sie nicht ohne Grund annahmen, daß wir alle Hilfe von Deutschland erwarteten"[8]. Von Sympathien des Metropoliten für den deutschen Nationalsozialismus konnte zwar keine Rede sein; noch kurz vor Kriegsbeginn 1939 hatte er Gläubige und Klerus vor der Rassen-Ideologie Hitlers gewarnt[9]. Doch jetzt war die erwartungsvolle Rücksicht auf Deutschland so groß, daß der Metropolit durch seinen Seelsorgebeauftragten in Berlin, *Petro Werhun,* dem päpstlichen Nuntius *Orsenigo* noch am 1. Juni 1940 Informationen über die relative Behutsamkeit und Vorsicht der sowjetischen Religionspolitik zugehen ließ („Bis jetzt wird die Religion innerhalb der Kirchen respektiert... Es gibt sogar Offiziere des bolschewistischen Heeres, die geheim ihre Kinder taufen lassen"), und zwar mit der Absicht, „jene Nachrichten zu bremsen, die die russische Verfolgung viel wilder *(assai più feroce)* ausmalen, um die Schuld der Deutschen zu vergrößern, die die Russen eingeladen haben, diese Gebiete zu besetzen"[10].

Da Hitler seinen Überfall auf die Sowjetunion unter dem Deckmantel des Nichtangriffspaktes mit Stalin, ja scheinbar freundlicher Beziehungen vorbereitete, konnte sich der Metropolit kaum eine genaue Vorstellung machen, welche Art von „Befreiung" die Ukraine zu erwarten hatte – als Verbündeter, Satellit oder Kolonie. Begegnungen mit deutschen Mitgliedern einer gemischten Repatriierungs-Kommission, die 1939/41 einen Bevölkerungs-Austausch zwischen dem deutsch und dem sowjetisch besetzten Gebiet Polens organisierte[11], konnten Šeptyćkyj nur einseitige Hinweise vermitteln. So besuchte ihn wahrscheinlich schon seit dem Frühjahr 1940 Professor Hans Koch, ein Theologe vom Breslauer Osteuropa-Institut, der mit Dr. Otto Wächter, dem Beauftragten des Krakauer Generalgouverneurs Hans Frank in der Kommission, zu Gesprächen mit den Sowjetbehörden nach Lemberg kam. Hans Koch, im Rang eines Hauptmanns der Wehrmacht, beschäftigte sich seit dem Winter 1940/41 im Auftrag der „Abwehr" (Canaris) damit, die Emigranten der „Organisation Ukrainischer Nationalisten" (OUN) – in der es Anfang 1940 zur Spaltung zwischen den radikalen Anhängern Stepan Banderas und den gemäßigten Andrei Melnyks gekommen war – für eine „Ukrainische Legion" zu gewinnen und Fühler zum ukrainischen Untergrund in Galizien auszustrecken. Koch war zugleich der Verbindungsmann der

---

8 Brief v. 30. 8. 1941 an den päpstlichen Nuntius in Budapest. Siehe die vatikanische Aktenpublikation „Actes et Documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale" (im folgenden zit.: ADSS), Bd. III, Nr. 297.

9 Siehe „Polska Zbrojna", Nr. 281/8. August 1939.

10 Siehe ADSS, III, Nr. 144 u. Nr. 105. – Petro Werhun (geb. 1890 in Horodek, gest. 1951 in Krasnojarsk/Sibirien) war bis Kriegsende in täglichem Informationskontakt mit SS-Sturmbannführer Albert Hartl, dem Leiter der Abteilung IV des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA); siehe Records of the National Archives, Washington, RG 238-CIPIR/106, CI-FIR, 123.

11 Die Kommission beförderte Post des Metropoliten nach Westen, so seinen Brief vom 26. 12. 39 an Kardinal *Tisserand* in Rom (ADSS, III, Nr. 79).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Abwehr" zu Alfred Rosenberg, den Hitler schon als „Reichs-Minister für die besetzten Ostgebiete" vorgesehen hatte. Während Rosenberg in dieser Vorbereitungsphase noch für Zerschlagung der Sowjetunion in separate Nationalstaaten – darunter einen ukrainischen – plädierte, warnte Generalgouverneur Frank im Herbst 1940 davor, „der ukrainischen Nation das großukrainische Reich zurückerobern", und forderte „die nötige Distanz" zu den Ukrainern, „die wohl Freunde, nicht aber Vertraute des deutschen Volkes sind"[12].

Hans Koch hat sich bei seinem Besuch auf der Burg des Metropoliten in Lemberg wohl kaum auf Rosenberg berufen, der dem Metropoliten als extremer Feind von Kirche und Christentum bekannt war; es ist auch sehr fraglich, ob Šeptyćkyj ein genaues Bild der Position von Volodymyr Kubijovyč hatte, dem Vorsitzenden des Krakauer „Ukrainischen Hauptausschusses", der sich der „distanzierten" Linie des Generalgouverneurs Frank anpaßte. Auch mit den für Massenmorde, vor allem an Juden, bereitgestellten „Einsatzgruppen" des ReichsführersSS Himmler rechnete der Metropolit nicht, sondern vertraute auf Wehrmachtsoffiziere, unter deren Führung dann am 22. Juni 1941 auch zwei ukrainische Bataillone („Nachtigall" und „Roland") in Richtung Lemberg marschierten – religiös betreut durch den vom Metropoliten bestätigten Feldkaplan Ivan Hrynioch. Ihnen folgte eine Gruppe von Politikern unter Jaroslav Stećko, die mit der OUN Banderas verbunden und fest entschlossen waren, ihre deutschen Protektoren so schnell wie möglich vor das „fait accompli" einer ukrainischen Staatsgründung zu stellen.

Dazu bedurften sie der aktiven Unterstützung des Metropoliten. Nicht nur, weil dessen Prestige ihm die Rolle einer „dritten Kraft" zwischen den beiden Flügeln der gespaltenen OUN zuwies[13], sondern weil sein Gewicht im gesamten ukrainischen Leben Galiziens so groß war, „daß man ihn nicht übergehen konnte, wenn man nicht eine politische Niederlage riskieren wollte"[14]. So besuchten Stećko und Hrynioch noch am Tage der Eroberung Lembergs (30. Juni 1941) den Metropoliten und erhielten dessen „Zustimmung und Segen" zur Proklamation eines unabhängigen ukrainischen Staates. Der Text dieses Dokuments versprach eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland („das unter der Leitung seines Führers Adolf Hitler für eine neue Ordnung Europas und der ganzen Welt kämpft") und wurde schnell über „Radio Lviv" verbreitet – ohne Vereinbarung mit den Deutschen.

Gewiß war Šeptyćkyj nicht so naiv, zu glauben, Hitler würde sich durch „vollende-

---

[12] Am 12. 9. 1940. Vgl. Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975 (im folgenden zit.: Frank-Tagebuch). Zu den zitierten Differenzen in der deutschen Ukraine-Politik siehe Roman Ilnitzkyj, Deutschland und die Ukraine 1934–1945, Band 2, München 1958; Ryszard Torzecki, Kwestia ukrainska w politice III Rzeszy 1933–1945, Warszawa 1972; Gerald Reitlinger, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962; Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945, Düsseldorf 1958; Wolodymyr Kosyk, Das Dritte Reich und die Ukrainische Frage. Dokumente 1934–1944, München 1985.

[13] Ilnitzkyj, S. 176 u. 184.

[14] Torzecki, S. 234.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te Tatsachen" seine Ukraine-Politik diktieren lassen. Doch der Metropolit – durch Lähmung an den Rollstuhl gefesselt – wußte weder, daß die OUN seit mehr als einem Jahr gespalten war, noch daß die Zustimmung Hitlers für eine ukrainische Staatsgründung fehlte – beides hatten ihm seine Besucher Stećko und Hrynioch verschwiegen. Andererseits hatten anarchische, blutige Eruptionen von Haß und Rache in Lemberg vor dem deutschen Einmarsch, aber auch während der Besetzung, die Erwartungen des Metropoliten und auch seine Sympathien für die OUN sehr gedämpft[15].

Erst von Professor Koch, der ihn am Nachmittag des 30. Juni besuchte, hörte Šeptyćkyj, daß man auf deutscher Seite gegen eine „voreilige Regierungsbildung" war – und Koch erfuhr von Šeptyćkyj, daß eben diese zur gleichen Stunde schon im Gang war. Im Gebäude der „Prosvita" war eine Nationalversammlung zusammengetreten, in der Bischof Josef Slipyj den Metropoliten vertrat. Sofort eilte Koch dorthin, um zu bremsen und zu warnen, doch vergebens. Ein Hirtenbrief des Metropoliten, der am nächsten Tag (1. Juli) bei einem Dankgottesdienst vorgelesen wurde, empfahl zwar die „historische Tat" der Unabhängigkeitserklärung dem Segen Gottes, klang aber nun eher vorsichtig[16]. Da gab es keinen Kampfruf gegen den Bolschewismus und kein Gebet für Hitlers Sieg (wie im Aufruf Kubijovyćs aus Krakau vom 22. Juni[17]), nur eine Aufforderung an das ukrainische Volk, „durch Disziplin, Solidarität und gewissenhafte Pflichterfüllung zu beweisen, daß es zu einem staatlichen Leben reif ist". Zweifel an dieser Reife klangen an. Sie bestätigten sich schon am nächsten Tag, als ukrainische „Miliz" – die an diesem 2. Juli der SS-Einsatzgruppe unterstellt wurde – sich am Pogrom gegen Juden beteiligte. Die Regierung Stećko sah machtlos zu. Aber auch ein „Ukrainischer Nationalrat" (Senioren-Rat), der sich am 6. Juli unter dem Ehrenvorsitz des Metropoliten bildete, vermochte der Regierung Stećko und sich selbst keine wirksame Autorität zu verschaffen.

Dennoch versuchte Hans Koch sogar noch kurz nach der am 6. Juli erzwungenen Auflösung der Regierung und der Verhaftung Stećkos durch deutsche Polizei, dem Nationalrat (und vielleicht auch sich selbst) einzureden, an die Bildung eines ukrainischen Staates sei nur so lange nicht gedacht, bis die Hauptstadt Kiew durch die Wehr-

---

15 Im Brygidki-Gefängnis von Lemberg wurden vor dem Abzug der Sowjets die (meist politischen) Häftlinge erschossen. Am frühen Morgen des 1. Juli 1941 wurden tausende Lemberger Juden durch Ukrainer „in deutschen Uniformen mit gelb-blauen Abzeichen" zusammengetrieben und gezwungen, die halbverwesten Leichen aus den Gefängniskellern zu tragen, und dann selbst im Gefängnishof erschossen; erst am Abend „kam ein deutscher Offizier, befahl das Massaker zu beenden" und ließ die etwa 60–70 überlebenden Juden frei. Einige, unter ihnen der Rabbiner David Kahane und der 16jährige Sohn des ermordeten Rabbiners Jechezekiel Lewin, fanden Unterschlupf in der Residenz des Metropoliten Šeptyćkyj, wo sie überlebten. (Augenzeugen-Notizen von Kurt I. Lewin, New York, dem Verf. am 6. Dezember 1984 übermittelt). Vgl. auch IMT, XXXIII, S. 287 ff.; Kurt Lewin in: Unitas, Nr. 2, Vol. XII, 1960, S. 133 ff.; Josef Tennenbaum, In Search of a lost People, New York 1948, S. 115; Miroslav Kalba, Nachtigal. A Bataillon of the Ukrainian Nationalists, Denver 1984, S. 100 f.; Joop Zwart, Lemberg 1941 und Oberländer, Amstelveen 1960.

16 Siehe Gregor Prokoptschuk, Der Metropolit, München 1955, S. 211 f.

17 Ilnitzkyj, S. 152.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

macht erobert sei (was erst am 19. September geschah). Koch behauptete auch, alle Gerüchte über einen Anschluß Galiziens an das polnische Generalgouvernement seien nichts als „eine Provokation"[18]. Koch, der in diesem Sinne auch auf den Metropoliten einwirkte und ihn in einen ukrainischen „Vertrauensrat" einfügen wollte, überschritt dabei offensichtlich seine Kompetenzen. Wie Minister Rosenberg Monate später dem Generalgouverneur Frank erklärte, sei es überhaupt nicht „Sache Kochs gewesen, ukrainische Politik zu betreiben"; er, Rosenberg, habe seinen „Plan, einen ukrainischen Staat zur Abschirmung gegen die russischen Einflüsse zu schaffen, aufgegeben"[19].

Hitler, der von Anfang an einen kolonialen Eroberungskrieg führen wollte („beherrschen, verwalten, ausbeuten"), hatte am 17. Juli beschlossen, das – wie er es empfand – „alt-österreichische" Galizien als Provinz dem Generalgouvernement Hans Franks anzugliedern und in Kiew kein ukrainisches Staatsoberhaupt oder gar einen Patriarchen einzusetzen, doch in Rowno seinen brutalen Statthalter, Erich Koch, als Chef eines „Reichskommissariats Ukraine"[20]. Vergeblich wies Šeptyćkyj am 22. Juli 1941 in einem Telegramm an die Reichsregierung auf die „sehr unerwünschten Folgen" dieser Absichten hin und benutzte dabei politische Argumente, welche die Interessen des deutschen Regimes mit denen der Ukraine zu verknüpfen versuchten:

„Seit 1918 führt die ukrainische Nation einen blutigen Kampf gegen den polnischen und bolschewistischen Staat für ihr Ideal einer vereinten, freien Ukraine... Die Annullierung ihres staatlichen Ideals würde ihre aufrichtige Sympathie und das Vertrauen zur deutschen Regierung erschüttern und sich äußerst negativ auf die Lebensinteressen des ukrainischen Volkes wie überhaupt auf die gerechte Neuordnung Europas auswirken."[21]

Doch ungerührt durch solche Einwände ließ Hitler den Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement am 1. August vollziehen. Hans Frank feierte in Lemberg die Übernahme der Verwaltung aus den Händen der Wehrmacht mit Reden, Trinksprüchen und einer „Proklamation an die Bevölkerung von Galizien", die auch der Kirche die bittere Pille versüßen sollte und in den Straßen der Stadt zweisprachig angeschlagen wurde:

„... Euer Privateigentum soll wiederhergestellt, die Freiheit eures völkisch-kulturellen Lebens gesichert und freie Religionsausübung [„praktik" hieß es im ukrainischen Text] gewährleistet werden... Galizien ist damit in den Reichszusammenhang zurückgekehrt... Ich grüße euch im Namen des Führers! Möge der Herrgott seinen Segen geben zu dem Werk, das wir gemeinsam beginnen!"[22]

Enttäuschung und Verbitterung ließen sich damit nicht beheben; sie entsprachen

[18] Ilnitzkyj, S. 210.
[19] Frank-Tagebuch, S. 412.
[20] Das Protokoll der Bormann-Hitler-Unterredung IMT, Bd. XXXVIII, Dok. L-221.
[21] Prokoptschuk, S. 223.
[22] Verordnungsblatt für das Generalgouvernement, 1941, S. 441; Faksimile und Fotos aus Lemberg siehe Max du Prel, Das Generalgouvernement, Würzburg 1942. Vgl. auch Franz Obermaier, Ukraine, Land der schwarzen Erde, Wien 1942.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Grad der vorangegangenen Hoffnungen und Illusionen. Doch als sich nun die Anhänger der radikalen OUN Banderas gegen die Deutschen wandten und zum Teil in den bewaffneten Untergrund gingen, mahnte der Metropolit zur Mäßigung: Im „Nationalrat", der jetzt freilich nur noch ein Schattendasein führte, ließ Šeptyćkyj durch seine Beauftragten – Bischof Slipyj und Priester Kostelnik – vor antideutschen Aktivitäten warnen; diese könnten „schreckliche Folgen" haben, nämlich die Ukrainer in die Lage der Polen bringen[23].

Als der Metropolit dann am 30. August 1941 Gelegenheit hatte, durch einen ungarischen Offizier dem päpstlichen Nuntius in Budapest einen Brief an den Vatikan zu übermitteln, berichtete er fast ausschließlich über seine Erfahrungen mit dem sowjetischen Regime und nichts über das, was seit dem 30. Juni geschehen war (vielleicht weil er damit rechnen mußte, daß der Brief in deutsche Hände fallen konnte). Nur vorsichtig deutete Septyckyj an, daß jetzt „die sozialen Grundlagen jeder [!] Autorität gewaltig erschüttert" und „die Lasten des Krieges groß" seien. Der Brief ließ aber auch erkennen, daß der Metropolit sich noch immer positive Wirkungen – auch im religiös-pastoralen Sinne – von Hitlers Krieg erhoffte:

„Eine der endgültigen und entscheidenden Früchte ist, daß unser Volk nie mehr an irgendeine kommunistische Propaganda glauben wird... Zum neuen Beginn unserer apostolischen Arbeit haben wir ein großes Argument, das alle verstehen – die Notwendigkeit von Gebet und Glauben, den tiefen Abgrund, in den sich eine von Gott und seiner heiligsten Gnade getrennte menschliche Natur stürzt... Wir sind sehr daran gehalten (bien tenus), die deutsche Armee, die uns vom bolschewistischen Regime befreit hat, zu unterstützen, damit sie diesen Krieg, der – Gott gebe es – ein für allemal den atheistischen und militanten Kommunismus beseitigt (supprimera), zum guten Ende führen kann."[24]

Auch für seine alten missionarischen und ökumenischen Pläne meinte der Metropolit noch Chancen zu sehen. Schon im September 1939, als die sowjetische Besetzung Galiziens scheinbar die Grenze nach Osten geöffnet hatte, hatte sich Šeptyćkyj beeilt (mit nur zögernder und begrenzter Zustimmung des Vatikans), das Territorium der UdSSR von Weißrußland bis Sibirien kirchlich-administrativ in vier Exarchien aufzuteilen[25]. Eine Synode, die er nach Lemberg einberief, forderte 1940 die Priester auf, sich „vorzubereiten, um nach Rußland zu gehen, sobald sich dessen Tore für eine Unions-Arbeit öffnen"[26]. Er selbst hatte Ende 1940 zwei Jesuiten, den polnischen Amerikaner Walter Cisek und den Russen Nestrow, unter falschen Namen und getarnt als freiwillige Forstarbeiter hinter den Ural geschickt[27]. Nun schien die deutsche Eroberung der Ukraine eine neue Gelegenheit zu bieten. Zwei aus Lemberg entsandte Priester (Prociuk und Kladocznyj) erreichten tatsächlich Kiew und gründeten dort

[23] Ilnitzkyj, S. 218 f.
[24] ADSS, III, Nr. 297.
[25] ADSS, III, Nr. 375.
[26] Can. 20; siehe Histoire des Conciles, Paris 1952, Band XI, S. 962.
[27] Vgl. die Memoiren Ciszeks, der erst nach 23 Jahren Gefängnis- und Lagerhaft in die USA zurückkehrte (With God in Russia, New York 1964).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine unierte Pfarrei, mußten aber schon vor Ostern 1942 ihre Kirche wieder schließen[28]. Erich Koch und Alfred Rosenberg, die sonst gegeneinander konkurrierenden „Vizekönige" Hitlers im Osten, waren sich in diesem Punkt einig, den das Reichssicherheitshauptamt schon im Juli 1941 unmißverständlich klargestellt hatte: „Es wird zu verhindern sein, daß der Katholizismus im russischen Raum, der mit deutschem Blut erkämpft wird, dort zum eigentlichen Kriegsgewinnler wird."[29] Als Berichte (die sich als falsch herausstellten) über einen entgegenkommenden Brief Stalins an den Papst durch die Welt gingen, wurde die unierte Kirche in Kiew vorübergehend wieder geöffnet, doch war das nur ein taktischer Gegenzug.

Grundsätzlich förderte die deutsche Kirchenpolitik auch gegenüber der orthodoxen Kirche der Ukraine, die sich Mitte August 1941 als „autokephale" vom Moskauer Patriarchat lossagte, die Spaltungs-, nicht die Unionstendenzen[30]. Dennoch meinte Šeptyćkyj in einem Brief vom 7. November 1941 nach Rom: Die Hoffnungen, „unsere Dissidenten-Brüder der Großukraine in die Einheit der Kirche zurückkehren zu sehen, sind um so größer, als die Möglichkeiten, dafür das zu tun, was man soll, gleich null sind". Den logischen Widerspruch seines Gedankens löste er religiös auf: „Gott selbst" müsse das Werk vollbringen[31]. So ergebnislos briefliche Rufe Šeptyćkyjs blieben, die er an die orthodoxen Bischöfe und die Intellektuellen der Ukraine richtete, um sie zur Rückkehr unter die Autorität der Papstkirche zu bewegen[32], so wenig Erfolg hatte er mit einer anderen, in einem Brief an Kardinal Tisserand dem Papst übermittelten – theologisch wie kirchenrechtlich kühnen – Bitte: er möge die „gutgläubigen Dissidenten" durch einen Akt gemeinsamer Fürbitte („suffrages communes") gleichsam spirituell der katholischen Kirche einverleiben („incorporer") und dafür den erzbischöflichen Titel von Kamenets Podolskiy (Camenecensis Ruthenorum), der dem Metropoliten von Lemberg nur als Ehrentitel zustand, mit territorialer Jurisdiktion ausstatten und so eine Missionsarbeit im deutsch besetzten Podolien ermöglichen. „Im Augenblick ist das Gebiet zwar für unsere Priester nicht ganz zugänglich, denn die deutschen Behörden erlauben es nicht", schrieb der Metropolit nach Rom, aber das Verbot werde „nicht in solcher Weise praktiziert, daß die Sache unmöglich wäre; es handelt sich darum, zu wissen, ob ich das Recht habe, Priester in dieses Gebiet zu senden."[33] Pius XII. lehnte den Vorschlag ab; die Sondervollmachten Roms, die Šeptyćkyj seit 1940 besaß, sollten genügen, meinte der Papst[34]. Wie aussichtslos die Situation im Generalgouvernement war, wußte man in Rom spätestens seit dem Brief des Krakauer Erzbischofs Sapieha, der am 28. Februar 1942 über Ter-

[28] ADSS, III, Nr. 375.
[29] Vgl. die Studie von Robert A. Graham in: Civiltà Cattolica, Rom, vom 4. 11. u. 2. 12. 1972 („Come e perché Hitler bloccò il Vaticano in Russia").
[30] Vgl. John A. Armstrong, Ukrainian Nationalism, New York 1963, S. 188–210.
[31] ADSS, III, Nr. 324.
[32] Armstrong, S. 197/98.
[33] ADSS, III, Nr. 367.
[34] ADSS, III, Nr. 418.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ror, Konzentrationslager und Deportationen berichtete[35]. Dies betraf allerdings vor allem die Polen, während sich die Ukrainer im Gebiet des Generalgouvernements (nicht in Erich Kochs „Reichskommissariat"!) „im allgemeinen" sogar in einer besseren Lage als vor 1939 befanden – so schreibt ein polnischer Historiker und erwähnt dabei auch die „ziemlich große Freiheit" der Kirchen[36]. Generalgouverneur Frank, der im Oktober 1941 nach Galizien reiste und in Lemberg in der ukrainischen Oper den „Zigeunerbaron", aber nicht den Metropoliten besuchte, erklärte am 16. Dezember: „Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen." In der gleichen Rede sagte er jedoch, die ukrainische Frage sei komplizierter, da die Ukrainer als „Gegengewicht gegen die Polen" dienten; dennoch dürfe man sie nicht als Teil des „wenn auch nur geistigen Großukrainertums" behandeln und Lemberg dürfe nicht „eine Art Ersatz-Kiew" werden[37].

Waren es diese – im Kriegsalltag weit hinter der Front durchaus spürbaren – „Klima-Unterschiede", die den Metropoliten trotz seiner Erfahrungen vom Sommer 1941 noch immer das Wesen nationalsozialistischer Herrschaft nicht durchschauen ließen? Zeitzeugen, die zu dieser Problematik befragt werden konnten, vermitteln ein widersprüchliches, doch eben als solches wohl zutreffendes Bild:

Der Archimandrit *Johannes Peters*, ein Deutscher, den Šeptyćkyj 1937 zum Priester geweiht, in sein Studitenkloster aufgenommen und bei Kriegsausbruch in die Heimat geschickt hatte, kam im Sommer 1941 nach Lemberg zurück. Er erinnert sich[38], der Metropolit sei „falsch informiert" gewesen, erst er, Peters, habe ihm „reinen Wein eingeschenkt" über den Nationalsozialismus und so die „gefährlichen Einflüsse" auf Šeptyćkyj unterbrochen, worauf ihn der Metropolit „zu einer Art Geheimsekretär für politische Aufgaben" ernannt habe. Bis zu seiner Verhaftung durch die Lemberger Gestapo, Ende 1942, fuhr Peters mehrmals (in Zivilkleidung mit falschem Beamtenausweis) als Kurier des Metropoliten nach Berlin, um dem päpstlichen Nuntius Orsenigo Briefe nach Rom zu übergeben und Hilfsgelder (u.a. vom deutschen katholischen Caritas-Verband) nach Lemberg zu bringen. Peters entwarf und beförderte Anfang 1942 einen Brief Šeptyćkyjs an den ReichsführerSS Himmler, in dem der Metropolit dagegen protestierte, daß „ukrainische Hilfspolizisten gezwungen werden, Juden zu erschießen"[39]. Vergebens versuchte die Lemberger Gestapo zu erfahren, wer den Brief nach Berlin transportiert hatte.

Der SS-Sturmbannführer Dr. Ludwig Losacker, von August 1941 bis Ende 1942 Chef der Zivilverwaltung des Distrikts Galizien, hatte Ende 1941 mehrere vertrauliche Zu-

---

35 ADSS, III, Nr. 357.

36 Siehe Czeslaw Madajczyk, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Warszawa 1970, Band I, S. 466.

37 Frank-Tagebuch, S. 458.

38 Tonband-Protokoll vom Gespräch des Verfassers mit Peters (geb. 1905) in Pietzenkirchen/Bayern am 18. 1. 1985.

39 Dieser Brief, den Peters in Berlin in einen Briefkasten (!) warf, ist bislang in keinem Archivbestand gefunden worden. Eine Kopie des Briefs und eine Antwort Himmlers (der Metropolit solle sich nicht in Dinge mischen, „die ihn nichts angehen") sah Kurt Lewin 1943 im Archiv Šeptyćkyjs.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sammenkünfte mit Šeptyćkyj. Wie sich Losacker erinnert[40], sprach der Metropolit „in vorsichtiger Weise" von der einzigartigen Gelegenheit, die den Deutschen gegeben sei, um das von Stalin geschaffene „großrussische Reich" in einzelne Nationalstaaten aufzuteilen – darunter einen ukrainischen Staat. „Nur dann sei der Bolschewismus besiegt." Aber die Hoffnungen des Metropoliten auf einen deutschen Sieg seien drastisch reduziert worden, als er „die Schüsse von Exekutionen sogar nahe bei seiner Residenz hörte", berichtet Losacker. Der Metropolit habe auch protestiert während eines offiziellen Besuchs, den ihm der Distrikt-Gouverneur Lasch in Begleitung Losackers abstattete. In seiner Antwort habe Lasch die Verantwortung für die Exekutionen dem Lemberger Polizeichef Friedrich Katzmann gegeben und auf Šeptyćkyjs Darlegung der politischen Zukunftsperspektiven brüsk geantwortet: „Ja, ich merke schon, die Kirche denkt mal wieder in Ewigkeiten, wir denken kürzer – von heute auf morgen."

Der von Frank eingesetzte 37jährige Distrikt-Gouverneur für Galizien, Karl Lasch – laut Losacker „ein Opportunist schlimmster Sorte" –, betrachtete und behandelte das Gebiet ausschließlich als Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung und als Arbeitskräfte-Reservoir. 250 000 Ukrainer wurden (bis 1. August 1942) zur Arbeit nach Deutschland deportiert; der Metropolit ermahnte sie in einem Hirtenbrief, sich dort nicht zum Abfall von ihrem Glauben überreden zu lassen[41]. Die Bauern, die Šeptyćkyj noch im Juli 1941 aufgerufen hatte, fleißig zu sein, um den deutschen „Befreiern" zu helfen, standen unter dem Druck steigender Zwangsablieferungskontingente, während die versprochene Rückgabe des Privateigentums ausblieb und sich Hunger ausbreitete. Nachdem Gouverneur Lasch Ende 1942 plötzlich abgesetzt und wegen Korruption verhaftet worden war (später ließ ihn Himmler ohne Gerichtsverfahren erschießen), wurde er durch den SS-Brigadeführer Dr. Otto Wächter ersetzt, einen österreichischen Nationalsozialisten[42], der versuchte, eine gemäßigtere, rationalere Politik zu betreiben. Wächters persönlicher Referent Dr. Heinzgeorg Neumann erinnert sich[43]: „Wir förderten aus politischer Zweckmäßigkeit die Ukrainer, doch galten unsere Sympathien deutlich mehr den Polen. Im übrigen versuchte Wächter so sehr wie möglich an die österreichische Tradition Galiziens anzuknüpfen." Dies wirkte sich auch bei Wächters Kontakten mit dem Metropoliten aus, bei denen Neumann

[40] Tonband-Protokoll vom Gespräch des Verf. mit Losacker (geb. 1906) in Heidelberg am 1. 11. 1984. Losacker wurde von Himmler 1943 degradiert, weil er Exzesse der Besatzungspolitik in Polen kritisiert hatte. Aus einem amerikanischen Internierungslager wurde er 1947 auf Empfehlung einer polnischen Untersuchungs-Kommission freigelassen (vgl. Frank-Tagebuch, S. 950, und ungedruckte Memoiren Losackers, in die der Verf. Einblick nehmen konnte).

[41] Prokoptschuk, S. 224; siehe auch Frank-Tagebuch, S. 531.

[42] Otto Gustav Freiherr von Wächter (geb. 1901), Rechtsanwalt, war 1934 maßgeblich am NS-Putsch in Österreich gegen die Dollfuß-Regierung beteiligt (Vgl. VfZ 12, 1964, S. 200–218). Er starb am 14. 7. 1949 unter dem Namen Alfredo Reinhardt in Rom, wo er vom ukrainischen Bischof Bučko und vom österreichischen Bischof Hudal betreut wurde (vgl. Alois Hudal, Römische Tagebücher, Graz 1976, u. Tonband-Protokoll vom 28. 9. 1984 eines Gesprächs d. Verf. mit der 1985 verstorbenen Witwe Charlotte von Wächter, die auch Einblick in den Nachlaß gewährte).

[43] Laut Brief von Dr. Heinzgeorg Neumann (geb. 1915) an den Verf. vom 17. 10. 1984 u. Tonband-Aufzeichnung eines Gesprächs mit N. in Bonn am 11. 12. 84.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeuge war: „Beide sprachen über Alt-Österreich, der Metropolit aus eigener Erfahrung – er war ja österreichischer Kavallerieoffizier gewesen, ehe er Priester wurde –, der Gouverneur Wächter aus der Tradition einer österreichischen Offiziersfamilie. Und beide trauerten – jeder auf seine Weise – dem untergegangenen Vielvölkerstaat nach."

Beeinflußt von solchen fast idyllisch wirkenden Szenen unterschrieb Šeptyćkyj Anfang 1942 als „Präsident des Nationalrats" (zusammen mit Melnyk und anderen) einen Brief „an Seine Exzellenz, den Führer Adolf Hitler", um bittere Klage über die „Nichtzulassung der Ukrainer zur Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen ihren Erbfeind" und überhaupt über ihre Behandlung zu erheben. Der Brief, der am Ende versicherte, daß die „führenden Kreise der Ukraine" nach wie vor zur möglichst engen Zusammenarbeit mit Deutschland bereit seien, bediente sich antikommunistischer, aber auch antirussischer und antipolnischer Argumente, die den deutschen Diktator überzeugen sollten[44]. Mit der Unterschrift eines Erzbischofs vom moralischen Prestige Šeptyćkyjs mußte der Text sehr befremdend wirken, als er im Westen bekannt wurde. Der polnische Vatikanbotschafter Kazimierz Papée sandte ihn am 23. März 1942 dem Kurien-Kardinal Eugene Tisserand, der seinen Augen nicht traute und an eine Fälschung glaubte („un coup monté"), die den Metropoliten im römischen Milieu diskreditieren sollte[45].

Der Brief, den die Polizei abfing und nicht an den Adressaten gelangen ließ, beschleunigte nur das Ende des „Nationalrats" in Lemberg. Auch der Antrittsbesuch des neuen Gouverneurs Wächter beim Metropoliten änderte daran nichts. Zwar erklärte sich Wächter auf Bitte Šeptyćkyjs bereit, auch den Nationalrat zu empfangen und so als Volksvertretung zu legitimieren; Wächter schien dazu auch noch entschlossen, als ihm Bischof Slipyj am 20. Februar im Namen des Metropoliten den Gegenbesuch abstattete. Doch schon drei Tage später forderte der Polizeifunktionär Kolf die Auflösung des „Nationalrats", nannte als Grund den Brief an Hitler und drohte am 4. März sogar mit der Verhaftung der Nationalratsmitglieder – allerdings mit Ausnahme seines Präsidenten Šeptyćkyj, auf dessen Autorität man Rücksicht nehmen müsse, weil er schon einmal Gefangener des zaristischen Rußlands und Polens gewesen sei.[46]

Bei den letzten Sitzungen des Nationalrats vor seiner Zwangsauflösung, am 11. und 27. Februar 1942, gaben die im Auftrag des Metropoliten sprechenden Mitglieder des Rates ihre unverblümte Meinung zu Protokoll: Tödlicher Hunger und Mißbrauch von Gewalt hätten eine unerträgliche Lage geschaffen, sagte Bischof Slipyj. Das Volk werde unterdrückt, der Metropolit sei beleidigt worden, sagte Juljan Dzerovyc, und Prälat Kostelnyk erklärte: „Die Deutschen verstehen uns nicht und wollen uns nicht verstehen... Es ist nicht ausgeschlossen, daß das ukrainische Volk uns einmal verantwortlich macht, weil wir nicht energisch genug protestierten gegen alles Böse, was jetzt überall geschieht."[47]

---

[44] Text des Briefs bei Ilnitzkyj, S. 276–279. Vgl. auch Kosyk, S. 137.
[45] Siehe Papée-Papiere, Hoover-Library.
[46] Ilnitzkyj, S. 250–256.
[47] Ilnitzkyj, S. 248.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was tatsächlich geschah, dokumentierte Generalgouverneur Frank selbst in seinem Tagebuch: Als er im Sommer 1942 zum zweitenmal nach Lemberg fuhr, um Galizien zu inspizieren, empfingen ihn 15000 Sänger der „Vereinigten Ukrainischen Chöre" mit Beethovens 9. Symphonie, er jedoch dankte dafür, daß Hitler die Stadt, „dieses alte Judennest, dieses Polacken-Siedlungsheim, endlich deutschen Fäusten anvertraut hat". Am 15. August 1942 notierte Frank, daß im deutschen Interesse „ein Spannungsverhältnis zwischen Polen und Ukrainern aufrechterhalten werden müsse", und am 24. August, daß die Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide „auf Kosten der fremdvölkischen Bevölkerung, eiskalt und ohne Mitleid" gesichert werden müsse.[48] „Daß wir 1,2 Millionen Juden zum Hungertod verurteilen, sei nur am Rande festgestellt." Fünf Tage später, am 29. August, griff der Metropolit zur Feder, um mit zitternder Hand sein Entsetzen, seine Enttäuschung, seine Anklage niederzuschreiben und die höchste moralische Autorität seiner Kirche, den Papst, anzurufen[49]:

Nach den ersten Monaten einer gewissen Erleichterung sei von den Deutschen ein „von Tag zu Tag unerträglicheres Terror-Regime" eingerichtet worden. „Heute ist sich das ganze Land darüber einig, daß das deutsche Regime in einem vielleicht noch höheren Grade als das bolschewistische böse, ja fast teuflisch ist. Seit einem Jahr vergeht kein Tag, an dem nicht die abscheulichsten Verbrechen verübt werden... Die Zahl der getöteten Juden in unserem kleinen Land hat gewiß 200000 überschritten... In Kiew wurden in wenigen Tagen 130000 Männer, Frauen und Kinder exekutiert... Hunderttausende wurden meist ohne Rechtsgrundlage verhaftet, eine Menge junger Leute ohne plausiblen Grund erschossen, der bäuerlichen Bevölkerung wird ein Sklaven-Regime aufgezwungen... Man proklamierte mehrmals die Rückgabe des Privatbesitzes, ohne das Versprechen zu halten, im Gegenteil: die Behörden bedienen sich ohne Zurückhaltung der von den Bolschewisten konfiszierten Güter und erklären, daß alles Land Staatseigentum sei...[50] Man kontinuiert, verbreitet und vertieft das bolschewistische System. Gewiß gibt es unter den leitenden Beamten *(dirigeants)* auch anständige Leute, man begegnet sogar manchmal guten Katholiken, aber die große Mehrheit der Leute, denen wir begegnen, sind ohne Glauben und ohne Recht und erlauben sich ganz unglaubliche Mißbräuche. Man behandelt die Dorfbewohner wie die Neger in den Kolonien... Es ist alles einfach so als ob eine Bande von Rasenden *(furieux)* oder tollwütigen Wölfen sich auf ein armes Volk stürzt."

Šeptyćkyj teilte dann dem Papst mit, daß die anti-katholischen Gesetze des Deutschen Reichs auf die Kirche in Galizien „noch nicht" angewendet werden, daß der ukrainische Klerus eine „freiwillige Unterstützung" (deutsch im Original) von 50 Reichsmark erhalte und auch stille Hilfe durch deutsche Katholiken. Aber all das sei „kein ausreichendes Gegengewicht gegenüber der unsagbaren Demoralisierung",

[48] Frank-Tagebuch, S. 532 u. 548–550.

[49] ADSS, III, Nr. 406.

[50] Am 18. Juni 1942 hatte der Sicherheitschef, SS-Oberguppenführer Krüger, einen Vorschlag von Gouverneur Wächter, „den Ukrainern ihr Eigentum an Grund und Boden zurückzugeben", als „verfrüht" abgelehnt (Frank-Tagebuch, S. 509).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem bewußten Morden, dem Verlust des Sinns für Gerechtigkeit und Menschlichkeit[51]. Der Metropolit erinnerte den Papst daran, daß dieser ja selbst dieses Regime kenne – „dieses System der Lüge, des Betrugs, des Unrechts, der Plünderung, der Karikatur aller Ideen von Zivilisation und Ordnung, dieses System des bis zum Absurden übertriebenen nationalen Chauvinismus, des Hasses auf alles Gute und Schöne, dieses System, das etwas so Phänomenales ist, daß die Bestürzung (stupeur) vielleicht die erste Empfindung, die man beim Anblick dieses Ungeheuers (monstre) empfindet. Wohin wird dieses System das unglückliche deutsche Volk führen?"

Der Metropolit, der 1939 in einem Brief Pius XII. gebeten hatte, ihn zum Märtyrertod zu „delegieren" (ohne auf diesen mystischen Wunsch eine Antwort aus Rom zu erhalten), schreibt jetzt, er glaube „die beste und einzige Gelegenheit" unter sowjetischer Besetzung verloren zu haben: „Diese drei Jahre haben mich überzeugt, daß ich eines solchen Todes nicht würdig bin." Der Brief läßt eine verzweifelte Stimmung spüren, doch ohne Resignation. Er habe, berichtet Šeptyćkyj dem Papst, einen Protestbrief an Himmler geschrieben[52]; er habe die ukrainische Jugend davor gewarnt, sich in die „Milizen" einzuschreiben, wo sie verdorben werden könne; er habe protestiert durch Hirtenbriefe, die das Verbrechen des Mordes mit Exkommunikation bedrohten; diese Hirtenbriefe seien „natürlich konfisziert", aber doch mehrmals vor dem versammelten Klerus verlesen worden.

Pius XII. hat auf diesen dramatischen Brief nicht geantwortet; vielleicht glaubte er die Antwort vorweggenommen zu haben durch ein kurzes, in elegantem Latein stilisiertes Schreiben vom 24. August 1942, in dem Šeptyćkyj und sein Klerus ermahnt wurden, im Glauben nicht nachzulassen und „angesichts der zunehmenden Übel" niemals die Hoffnung zu verlieren, sondern alles mit „heiterer Geduld" (serena patientia) zu ertragen[53]. Als dieser bescheidene Trost den Metropoliten drei Wochen später erreichte, wagte er es nicht, den Papstbrief zu publizieren, weil er „ein Schreiben des Stellvertreters Christi nicht der amtlichen Konfiszierung aussetzen" wolle – so schrieb er am 14. September 1942 nach Rom[54]. Immerhin war es dem Metropoliten möglich, in der Novemberausgabe des offiziellen Organs seiner Diözese („Livivski Archieparchialni Vidomosti") einen vom 21. November 1942 datierten Hirtenbrief gegen das große Morden zu drucken und dann auch in die (am 3. Dezember 1942 verabschiedeten) Beschlüsse der Diözesan-Synode (Sobor) einzufügen. Unter dem Titel des 5. Gebotes „Du sollst nicht töten" warnte er „vor dem Bösen, das sich in letzter Zeit auf so furchtbare Weise unter uns verbreitet", und widmete er ein besonderes Kapitel dem Thema „Politischer Mord":

„Einer seltsamen Art von Selbsttäuschung geben sich jene hin, die politischen Mord nicht als Verbrechen betrachten – als ob die Politik den Menschen von der Verpflich-

[51] ADSS, III, Nr. 79.

[52] Vgl. Anm. 39.

[53] ADSS, III, Nr. 404.

[54] ADSS, III, Nr. 409. Am gleichen 14. September übermittelte der polnische Bischof Radoński aus London polnische Vorwürfe nach Rom wegen des päpstlichen Schweigens („... *et Papa tacet*"). Siehe ebenda Nr. 410 und die Antwort Kardinal Magliones, Nr. 460.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tung gegenüber den göttlichen Gesetzen entbinde und ein gegen die menschliche Natur gerichtetes Verbrechen rechtfertigen könnte. Das ist nicht so... Ein Mensch, der das unschuldige Blut seines Feindes, seines politischen Gegners vergießt, ist ebenso ein Mörder wie jener, der es aus Raublust tut, und er verdient ebenso Gottes Strafe und kirchliche Verurteilung."

Die folgenden zehn Zeilen des Hirtenbriefs, die in den zuerst gedruckten Exemplaren der „Vidomosti" noch enthalten waren, wurden – offenbar im letzten Augenblick – von der Zensur der deutschen Besatzungsbehörden entfernt[55]. Sie lauteten:

„Es gibt Leute, die in einer Art von moralischer Blindheit sich berufen fühlen, Todesurteile auszusprechen und als Strafe für irgendwelche Vergehen zu exekutieren. Der Staat darf den Übeltäter bestrafen soweit es notwendig ist und dem Strafgesetz entspricht, sogar mit einem Todesurteil. Aber das Naturrecht verlangt, daß der Übeltäter das Recht zur Verteidigung hat. Außerdem ist ein Todesurteil wie jede andere Strafe nur rechtmäßig, wenn das Verbrechen, das bestraft werden soll, bewiesen ist. Und wenn die Beweise dem Angeklagten, der bestraft werden soll, vorgelegt werden, dann muß er die Möglichkeit haben, an einen höheren und höchsten Gerichtshof zu appellieren, und deren Pflicht ist es, zu prüfen, ob das Urteil der ersten Instanz gerecht ist und ob das Verbrechen wirklich geschehen und bewiesen ist."

Diese zensierten Sätze waren eindeutig an die Besatzungsmacht adressiert. Warum aber erlaubte diese überhaupt die Veröffentlichung des Hirtenbriefes? Weil er sich auch, ja vor allem gegen die bürgerkriegsartigen, fast anarchischen Zustände richtete, die 1942/43 in dem bis dahin relativ ruhigen Galizien entstanden und für die Deutschen immer mehr zum Sicherheitsrisiko wurden: Es war der offene und untergründige, durch nationalsozialistische Kriegspolitik provozierte Zusammenprall zwischen den – auch unter sich selbst – zerstrittenen osteuropäischen Nationalismen. Mit scharfen Formulierungen beklagte der Metropolit in seinem Hirtenbrief den Haß und die Uneinigkeit unter den Ukrainern als „Degeneration des nationalen Gewissens und des patriotischen Geistes", der sie bis zum Blutvergießen treibe. „Was für andere Feinde hat die Ukraine zu fürchten, wenn Ukrainer sich gegenseitig befeinden und sich ihres Hasses nicht einmal schämen!... Die Welt geht unter aus Mangel an Liebe, sie stirbt an menschlichem Haß!"

Schon in einem Privatbrief vom 3. September 1942 an Kardinal Tisserand in Rom hatte Šeptyćkyj beklagt, daß Deutschland die ukrainische Jugend in Polizei- und Milizformationen rekrutiere, ihr einrede, ein patriotisches Werk zu tun, sie jedoch „für ihre perversen Zwecke" mißbrauche[56]. Acht Monate später, am 8. Mai 1943, berichtete der Metropolit nach Rom über die Ermordung des orthodoxen Erzbischofs Alexis (durch jene, „die wir Partisanen nennen") und skizzierte dabei auch kurz die chaoti-

[55] Auch Prokoptschuk's Text (a. a. O., S. 230 ff.) zitiert diese Sätze nicht; sie stehen auf Seite 179 der „Vidomosti" v. November 1942, von denen dem Verf. zwei verschiedene Exemplare vorliegen. In einem Exemplar ist die Überschrift des Hirtenbriefs auf der Titelseite beim Umbruch ca. drei Zentimeter nach unten gerückt, wodurch sich der gesamte Umbruch des Textes verschiebt und die Streichung auf Seite 179 unsichtbar gemacht wird.

[56] Siehe Tisserand, L'Eglise militante, Paris 1950, Seite 14.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche allgemeine Lage: „Ganz Wolynien und Teile Galiziens sind voll von Banden, die einen gewissen politischen Charakter haben. Es gibt solche, die aus Polen bestehen, andere aus Ukrainern, und andere auch aus Kommunisten, andere sind wirkliche Banditen, Leute aller Nationalitäten."[57] Am 12. Juni 1943 bringt ein Signor Malvezzi (der Vertreter des italienischen Staatskonzerns IRI in Polen) die letzte Nachricht des Metropoliten nach Rom, vor allem mündlich; nur mit wenigen lateinisch geschriebenen Sätzen an Kardinalstaatssekretär Maglione deutet Šeptyćkyj an, daß das „unglaubliche" Morden weitergeht[58].

Inzwischen hatte – seit der Schlacht von Stalingrad – der deutsche Rückzug aus der östlichen Ukraine begonnen und die drohende Niederlage veranlaßte führende NS-Funktionäre, für eine Milderung der Repressionspolitik zu plädieren, für „elastisches" Verhalten, sogar für einen späten Versuch, doch noch die bislang verschmähten „ukrainischen Verbündeten" zu gewinnen[59]. Generalgouverneur Frank, der im Juli 1942 in Lemberg noch erklärt hatte: „Wir sind ein Herrenvolk", sagte bei seinem dritten Inspektionsbesuch am 21. Juni 1943: „Der Ausdruck ‚Herrenvolk' müßte verboten werden." Die Ukrainer lobte er nun als „harmloses, gutmütiges Volk", aus dem sich 70 000 Männer freiwillig für die „SS-Schützendivision Galizien" gemeldet hätten[60]. Diese Division, die auch die antirussische und antipolnische Partisanen- und Terroraktivität des ukrainisch-nationalistischen Untergrunds unter Kontrolle bringen und in „legale" deutsche Kanäle leiten sollte[61], war vor allem ein Werk des Gouverneurs Wächter, der ihre Aufstellung am 24. April 1943 verkündete und in Lemberg einen ukrainischen „Wehrausschuß" zur Anwerbung bildete, aber auch des Lemberger SD-Chefs, SS-Sturmbannführer Schenk, eines ehemaligen evangelischen Theologen, der ständigen Kontakt zu Šeptyćkyj hatte[62]. Wächter erreichte es, daß dieser Ausschuß mit seinem deutschen „Kontrolleur", dem pensionierten Oberst Alfred Bisanz, am 8. Juli 1943 vom Metropoliten empfangen wurde[63]. Zehn Tage später ernannte er fünf Militärkapläne für die Division – eine Neuheit in der Waffen-SS. Einer von ihnen, Wasil Laba, predigte über den „schweren Kampf gegen den Bolschewismus" während einer Messe, die Bischof Slipyj im Auftrag des Metropoliten für die Soldaten der Division zelebrierte[64].

---

57 ADSS, III, Nr. 503.

58 ADSS, III, Nr. 521.

59 So Gouverneur Wächter in Lemberg, aber auch Generalgouverneur Frank (Frank-Tagebuch, S. 728, 718). Vgl. Wächters Memorandum vom 20. 3. 1943 (Nürnberger Dokument NO-3255). Siehe auch Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1965, S. 168 ff., und Torzecki, S. 275–281.

60 Frank-Tagebuch, S. 534 und 696. Vgl. Basil Dmytryschyn, The Nazis and the SS-Volunteer Division Galicia, in: Slavic and Eastern European Review 1/56.

61 Torzecki, S. 293.

62 Mitteilung von Heinzgeorg Neumann (vgl. Anm. 43). Von Schenk existieren zwei aufschlußreiche Memoranden über „Die ukrainische Frage" (27 Seiten) und „Die polnische Frage" (28 Seiten), die Losacker am 23. 7. 1943 in Krakau an den Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen, Türk, weiterreichte (Bundesarchiv, Handakten Dr. Schlüter, R 102 II/11).

63 Vgl. „Lvivski Visti" v. 9. Juli 1943.

64 Vgl. „Stanislawski Slovo" v. 2. Mai 1943.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was hat den Metropoliten bewogen, trotz seines Abscheus gegen das Regime nun doch wieder einer Kollaboration mit diesem – sogar unter dem Zeichen „SS" – seinen Segen zu geben? Die Furcht vor der Rückkehr der Sowjets? Eine Hoffnung, daß diese doch noch verhindert werden könnte? Oder gar eine neue Illusion über einen Kurswechsel der deutschen Politik und ihre Siegeschancen? Immerhin ist erwiesen, daß Šeptyćkyj selbst im gleichen Frühjahr 1943 Kontakte und Gespräche zwischen der mit der Londoner Exilregierung verbundenen polnischen Widerstandsbewegung Armja Krajowa (AK) und dem ukrainischen Untergrund (OUN und UPA) vermittelte[65]. Dabei ging es dem Metropoliten vor allem um ein moralisches Anliegen: die Überwindung des polnisch-ukrainischen Antagonismus und seiner blutigen Auswirkungen in Galizien. Die Niederlage Hitler-Deutschlands war zwar schon nahezu gewiß, doch ungewiß war, in welchem Ausmaß – gestärkt oder geschwächt – die Sowjetunion zu den Siegern gehören würde. Und davon würde auch die künftige Ostgrenze Polens und die Zukunft der galizischen Ukraine abhängen. Die ukrainisch-polnischen Kontakte scheiterten vor allem an der fundamentalen Meinungsverschiedenheit über diese politische Zukunft, aber auch daran, daß die polnische AK – trotz ihrer antikommunistischen und antirussischen Gefühle – realistisch genug war, um nicht gegen die Sowjets, sondern ausschließlich gegen die Deutschen zu kämpfen. Die Illusion eines Teils der ukrainischen Nationalisten, durch einen Kampf gegen *alle* – Russen, Polen und Deutsche – die eigene Zukunft zu retten, lag dem Metropoliten gewiß ebenso fern wie eine Hoffnung auf Hitler oder Stalin. Was also bewog ihn ein Jahr vor der Katastrophe, die Bildung einer ukrainischen SS-Division zu unterstützen?

„Seiner Meinung nach sei die Bildung einer ukrainischen Armee eine Notwendigkeit. Wenn die deutschen Niederlagen fortdauern – so fügte er hinzu – und eine Zeit der Anarchie und des Chaos eintritt, werden wir sehr zufrieden sein, eine nationale Armee zu besitzen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und den schlimmsten Ausschreitungen entgegenzutreten bis reguläre sowjetische Truppen eingetroffen sind."

Dies sagte der Metropolit im September 1943 zu einem Gesprächspartner, dessen Bericht eine für Šeptyćkyjs Denken zu dieser Zeit einzigartige Quelle darstellt. Sie wirkt glaubwürdig, weil der Verfasser des Berichts mit dem Metropoliten offenkundig auf vertrautem Fuß stand, doch dessen Ansichten nicht teilte. Es war ein Franzose ukrainischer Herkunft, Dr. Vsevolod Frédéric, der mit den Deutschen kollaborierte und für das Auswärtige Amt arbeitete. Seit 1928 stand er mit dem Metropoliten in Verbindung und wurde deshalb beauftragt, diesen auszuhorchen. Der zwölf Maschinenseiten lange Bericht, den Frédéric am 19. September 1943 schrieb[66] (nachdem er

---

[65] Vgl. Ryszard Torzecki, Kontakty Polsko-Ukrainskie, in: Dzieje Najnowsze, 1981, Nr. 1–2; Edward Prus, Kolaboranci czy Herosi? in: Zycie Literackie, 8. 4. 1984; „Sprawa Ukrainska" (Dokument d. Exilregierung von 1944), in: Zeszyty Historyczne, Paris, Nr. 71/1985.

[66] Frédéric wird in einer Liste kollaborierender Publizisten 1943 als Mitarbeiter von „L'Europe Nouvelle" (Paris) verzeichnet. Sein Bericht befindet sich unter der Nr. CXLV a-66 im „Centre de Documentation Juive Contemporaine", Paris, mit einem Begleitschreiben von Rosenfelder (Ministerium f. d. besetzten Ostgebiete) an Dr. Bräutigam mit dem Hinweis, daß der Bericht aus dem Auswärtigen

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch mit Wächter, Neumann und Schenk gesprochen hatte), ist das Ergebnis von zwei Begegnungen, bei denen der Metropolit zunächst die „zunehmende Unsicherheit, Morde, Sabotageakte, Plünderungen" beklagt und bedauert hatte, daß es ihm nicht gelungen sei, dem „polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg" ein Ende zu machen; auch sein Versuch, die polnischen Bischöfe zu einer gemeinsamen Kanzelerklärung gegen das Morden zu bewegen, sei gescheitert. Angesichts dieser Lage begünstige er die Aufstellung der ukrainischen SS-Division als Ordnungskraft bis zum Einmarsch der Sowjets.

„Denn der Metropolit ist" – schreibt Frédéric – „trotz seiner loyalen Zusammenarbeit mit Deutschland von dessen unvermeidlicher Niederlage überzeugt. Er behauptet, daß die militärische Niederlage an der Ostfront bereits vollendet ist und daß es dort keinen deutschen Soldaten gibt, der noch die Hoffnung hat, die Bolschewisten mit den Waffen zu schlagen. Er glaubt auch, daß die Anglo-Amerikaner im Westen die Oberhand gewinnen würden – für kurze Zeit, denn der Endsieg des Bolschewismus sei sicher... Sie werden ohne Zweifel die ganze Welt regieren".

Frédéric fragte Šeptyćkyj, ob er nicht doch die Rettung durch Deutschland erwarte, und zitierte diese Antwort: „Deutschland ist schlimmer als der Bolschewismus. Der Nationalsozialismus hat mehr Anziehung auf die Massen, mehr Macht über die Jugend als der Bolschewismus. Dieser ist ein großes Phänomen, dessen Dauer nur vorübergehend sein kann oder er wird sich wandeln." Der Hauptvorwurf Šeptyćkyjs gegen die Deutschen ist „ihr unmenschliches Verhalten" gegen die Juden. Allein in Lemberg seien 100 000 getötet worden und „Millionen in der Ukraine"; ein junger Mann habe ihm in der Beichte gestanden, „allein in einer Nacht in Lemberg persönlich 75 Menschen ermordet zu haben".

Frédéric wandte ein, das Judentum sei doch eine „tödliche Gefahr für das Christentum", und notierte dazu: „Der Metropolit gab mir recht, aber er blieb dabei, daß die Vernichtung der Juden unzulässig sei." Frédéric führte das auf „Direktiven des Vatikans" zurück, der Metropolit hingegen glaubte, der Vatikan befinde sich „in den Händen der Deutschen"; empört bemerkte er, daß Radio Vatikan, „nachdem es zuerst stumm war", nun Sendungen in deutscher Sprache nur über religiöse Themen bringe. „Alles in allem genommen, findet der Metropolit sich damit ab, Europa bolschewisiert zu sehen. Die Religion, die in Rußland schon tot sei, werde vielleicht auch im Westen verschwinden."

In einer so düsteren Perspektive war Šeptyćkyjs naive Vorstellung vom Nutzen der SS-Division „Galizien" als nationaler Ordnungskraft bis zum Einmarsch der Sowjets ohnehin bedeutungslos. Der Metropolit erfuhr wohl nicht mehr, wie diese schlecht bewaffnete Division erst im Juli 1944 eingesetzt und im Kessel von Brody-Tarnów aufgerieben wurde; wie ihre dann wiederaufgefüllten Bataillone als „Ukrainische Nationalarmee" schließlich 1945 in Kärnten kapitulierten, wohin sich auch ihr politi-

---

Amt stamme, auch dem Reichspropagandaministerium vorgelegen habe und „bemerkenswert" sei. K. Pankiuskyj meint, daß sich hinter dem Pseudonym „Dr. Frederic" Professor René Martel (Paris) verbarg; vgl. Roky nimeckoji okupaciji, New York/Toronto 1965.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher „Erfinder" Otto Wächter (inzwischen „Inspekteur für die fremdvölkischen Einheiten") aus Berlin abgesetzt hatte, um in Österreich und später in Italien unterzutauchen[67].

Der Metropolit blieb in seinem Lemberg und erwartete die „Katastrophe, wie sie unser Volk noch nie erlebt hat", so prophezeite er zum Abschied seiner Synode. „Und diese Katastrophe droht uns... als Folge unseres eigenen Verhaltens."[68] Anders als der orthodoxe Metropolit Polykarp, der schon 1943 einen – nach Šeptyćkyjs Urteil – „wenig vorsichtigen"[69] Hirtenbrief gegen die Bolschewisten geschrieben hatte und im Mai 1944 noch immer Hitler den Sieg über die „jüdischen Kommunisten" wünschte[70], versuchte Šeptyćkyj jetzt ein letztesmal in seinem Leben eine Wende, um seine Rußland-Vision zu retten.

Kaum hatten die Sowjets am 27. Juli 1944 Lemberg besetzt – wieder, wie 1939, ohne den Metropoliten anzutasten –, rief er die Pfarrer auf, „mindestens 500 Rubel für die Verwundeten und Kranken der Roten Armee" zu sammeln, und erinnerte er die Gläubigen an „das Gebot der Nächstenliebe"[71]. Zugleich entwarf er einen Brief an – Josef Stalin: „Die ganze Welt neigt das Haupt vor Ihnen... Nach dem siegreichen Vormarsch von der Wolga zum San haben Sie von neuem die westukrainischen Gebiete mit der Großukraine verbunden... Dieses leuchtende Ereignis weckt auch in unserer Kirche die Hoffnung, daß sie wie das ganze Volk in der UdSSR unter Ihrer Führung volle Freiheit der Arbeit und Entfaltung zum Guten und Glück finden wird."[72]

Kurz darauf, am 1. November 1944, starb der fast achtzigjährige Metropolit an einer Grippe. Sein Nachfolger Josef Slipyj meldete es nach Rom in einem lateinischen Brief, der in Moskau aufgegeben wurde, doch erst am 6. März 1945 den Vatikan erreichte: „Mit Zustimmung der Sowjetregierung" (annuente gubernio sovietico) habe sich ein langer Trauerzug durch die Stadt gebildet mit allen Bischöfen, 150 Priestern, 200 Theologie-Studenten und einer „ungeheuren Volksmenge" (ingens numerus populi)[73]. Indessen meldete ein deutscher katholischer Bischof (V-Mann 38610) dem Reichssicherheitshauptamt besorgt, daß das Leichenbegängnis für Šeptyćkyj, das fünf Tage lang Zehntausende von Menschen in Lemberg versammelt habe und „zu einer großen Demonstration gegen Stalin" hätte werden können, von diesem schlau zu einer „Massenkundgebung für den Bolschewismus ausgebaut" worden sei; der Vatikan lasse sich dadurch zwar nicht beeindrucken, aber die ernste Sorge sei jetzt, daß – „Amerika bolschewistisch würde"[74].

---

[67] Vgl. Anm. 42 u. Armstrong, S. 168–173; ferner Pier Arrigo Carnier, Lo Sterminio mancato – La dominazione nazista nel Veneto orientale 1943–45, Milano 1982, S. 145 u. 320.

[68] „Lvivski Archieparchialni Vodomosti" (Jan.-Febr.-März 1944), S. 16–17.

[69] ADSS, III, Nr. 503.

[70] Frank-Tagebuch, S. 847.

[71] Centralnyj Derzawnyj Istorycznyj Archiw (CDIA), Lemberg, f. 201, op. 4 b, Spr. 2742, ark. 6.

[72] CDIA, f. 201, op. 4 b, spr. 2762, ark. 1 (zit. n. Prus, S. 296).

[73] ADSS, III, Nr. 586. Vgl. auch die Moskauer Prawda v. 4. 11. 1944, wo der Tod des „Oberhauptes der griechisch-katholischen Kirche in der UdSSR" verzeichnet wurde.

[74] Bericht Nr. 27/44 (Kopie im Archiv d. Verf.).

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die historische Wirklichkeit hat indessen alle Spekulation, die ideologische wie die politische, überholt. Die große Ost-West-Koalition, die Hitler gegen sich mobilisiert hatte, machte nicht nur dem monströsen Versuch deutscher Herrschaft in Osteuropa ein Ende; mit dieser – und an ihr – ist auch der national-messianische Traum des Metropoliten tragisch gescheitert. Sein Nachfolger Josef Slipyj, schon ein halbes Jahr nach der Lemberger Totenfeier verhaftet, mußte die Zwangsauflösung der ukrainisch-katholischen Kirche (März 1946) erleben und verdankte seine Befreiung nach siebzehn Jahren sowjetischer Haft und Verbannung nur einer Phase ost-westlicher Entspannung. Die Parole „pereat mundus, sed fiat iustitia" (die Welt möge zugrundegehen, aber Gerechtigkeit muß sein), die er der römischen Bischof-Synode 1971 zurief, war weit entfernt von der Überlebenskunst, mit der sein Vorgänger Šeptyćkyj seine Ideen verfochten hatte. Sie konnte in der Epoche atomarer Konfrontation weniger denn je zum Grundsatz kirchlichen und politischen Handelns werden[75]. 1984 starb Slipyj in Rom im Gefühl, ein „Gefangener des Vatikans" zu sein – nicht, wie er gewünscht hätte, als Patriarch, doch als Kardinal. Diese Würde war Šeptyćkyj in Lemberg, diesem „seismographischen" Ort epochaler Beben, stets versagt geblieben[76].

[75] Vgl. H. Stehle, Die Ostpolitik des Vatikans 1917–1975, München-Zürich 1975, S. 270 ff. u. 399.

[76] Ein am 5.12. 1958 von Papst Johannes XXIII. eingeleiteter Beatifikations-Prozeß, der zweimal durch Einspruch von polnischer kirchlicher Seite unterbrochen worden war, ist unter Papst Johannes Paul II., nach einer Prozedur-Reform in der vatikanischen „Congregatio pro Causis Sanctorum" (1983), wieder in Gang gekommen.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HERMANN-JOSEF RUPIEPER

DIE BERLINER AUSSENMINISTERKONFERENZ VON 1954

Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit?*

Als sich die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges erstmals nach fünfjähriger Unterbrechung in der Zeit vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin trafen, um einen weiteren Versuch zu unternehmen, die deutsche Frage zu lösen, stand die Konferenz unter dem Eindruck der Euphorie, die der Tod Stalins ausgelöst hatte. Nicht nur große Teile der deutschen und europäischen Öffentlichkeit, sondern auch einige Regierungsvertreter der Westmächte knüpften zunächst an den Tod Stalins beträchtliche Erwartungen auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen[1]. Die als konziliant empfundenen ersten außenpolitischen Äußerungen und Maßnahmen der neuen sowjetischen kollektiven Führung um den Vorsitzenden des Ministerrates Georgiy Malenkow, Innenminister Lawrentij Berija und Außenminister Wjatscheslaw Molotow verstärkten diesen Eindruck, zumal am 27. Juli 1953 ein Waffenstillstand in Korea unterzeichnet werden konnte und sich damit die Beseitigung eines gefährlichen Krisenherdes zwischen Ost und West anbahnte.

---

* Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines größeren Projekts über die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955 entstanden. Der Verfasser möchte an dieser Stelle dem American Council of Learned Societies für die großzügige Finanzierung eines längeren Archivaufenthaltes in den USA danken. Den Archivaren und Archivarinnen in den National Archives in Washington, in der Manuscript Division der Princeton University Library und in der Dwight D. Eisenhower Presidential Library in Abilene, Kansas, gebührt mein Dank für die jederzeit hilfs- und gesprächsbereite Zusammenarbeit. I dedicate this article especially to K. and S. who made my research most enjoyable.

[1] Es gibt bisher keine zufriedenstellende Darstellung von Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der Konferenz. Relativ ausführliche Zusammenfassungen finden sich bei Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, Stuttgart 1981, S. 211–221; Wilhelm Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 120–126; ders., Rückblenden 1976–1951, Frankfurt 1979, S. 174–187. Zur Darstellung der Konferenz aus der Sicht der Sowjetunion und der DDR: Viktor N. Belezki, Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit 1945–1976, Berlin (Ost) 1977, S. 153–161; Ernst Laboor, Auf dem Wege nach Helsinki 1954–1975. Die Berliner Außenministerkonferenz 1954 – Beginn des Kampfes der Sowjetunion um die Gesamteuropäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Berlin (Ost) 1977. Zu Adenauers Reaktion auf den Tod Stalins: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1949–1953, Stuttgart 1965, S. 559 f.; ders., Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 201 ff.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gleichzeitig verloren die polemischen Angriffe in der sowjetischen Presse gegen die Westmächte an Schärfe und die Lebensbedingungen der westlichen Diplomaten in Moskau erfuhren eine qualitative Verbesserung. Manchem zeitgenössischen Beobachter schien selbst eine Einigung mit der Sowjetunion über Deutschland und die Wiedervereinigung grundsätzlich nicht mehr ausgeschlossen, obwohl der Gedanke bei vielen eher Beklemmungen als Zustimmung auslöste[2]. Diese Einschätzung der politischen Absichten der neuen sowjetischen Führung bzw. einer Gruppe um Berija wird durch Informationen bestätigt, die zu einem späteren Zeitpunkt aus verschiedenen Quellen in den Westen gelangten. Demnach sollen Berija und seine Anhänger bei den Diadochenkämpfen im Kreml durchaus bereit gewesen sein, in der Deutschlandpolitik einen Kompromiß mit dem Westen einzugehen bzw. die Kontrolle über die DDR aufzugeben[3]. In einer sehr differenzierten Analyse hat jüngst Gerhard Wettig[4] erneut auf diesen Umstand verwiesen und deutlich gemacht, welche Bedeutung der Arbeiteraufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 für die innersowjetische Meinungsbildung besaß. Anders als Richard Löwenthal, der als Hauptexponent der These gelten muß, hält Wettig grundlegende deutschlandpolitische Differenzen jedoch für wenig wahrscheinlich, obwohl auch er dem 17. Juni eine Schlüsselrolle einräumt. Nachdem der Aufstand vor der Weltöffentlichkeit die sowjetische Herrschaft in der DDR desavouiert und zu einem beträchtlichen Prestigeverlust geführt hatte, war es für die Sowjets unmöglich, mit dem Westen aus einer Position der Schwäche zu verhandeln. Zunächst mußte das System der DDR stabilisiert werden. Aus dieser Einschätzung der Situation zieht Wettig das vorsichtige Fazit: „Eine sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen über eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis eines west-östlichen Interessenausgleichs läßt sich zwar nicht mit Sicherheit ausschließen, erscheint jedoch angesichts des gesamtpolitischen Kontexts und der wiederholt geltend gemachten Deutschlandvorstellungen wenig wahrscheinlich." Später fügt er jedoch hinzu: „Anhand der bisherigen Quellen verbleibt allerdings ein Rest an Ungewißheit."[5]

Für viele zeitgenössische Beobachter war der Zusammenhang zwischen dem Prestigeverlust der Sowjetunion durch den Aufstand und der nun fehlenden Verhand-

---

[2] Zum Stimmungsumschwung nach dem Tode Stalins vgl. Adam Ulam, Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy 1951–67, New York/Washington 1968, S. 539 ff.; Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, Stuttgart ²1985, S. 302 ff.; Richard Löwenthal, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. v. Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1979, S. 620 ff.

[3] Vgl. Ulam, S. 539 ff.; Nolte, S. 302 ff.; Hans Wassmund, Kontinuität im Wandel. Bestimmungsfaktoren sowjetischer Deutschlandpolitik in der Nach-Stalin-Zeit, Köln/Wien 1974, S. 32 ff.; Boris Meisner/Jörg K. Hoensch, Deutschland und Österreich, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955, hrsg. v. Dietrich Geyer, Köln/Wien 1972, S. 483 ff.

[4] Gerhard Wettig, Die sowjetische Deutschlandpolitik am Vorabend des 17. Juni, in: 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, hrsg. v. Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke, Köln 1982, S. 56. Hier auch die Auseinandersetzung mit der Literatur über die Ereignisse in der Sowjetunion. Die folgenden Ausführungen beruhen auf dieser Analyse.

[5] Ebenda, S. 67 f.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lungsbereitschaft der neuen kollektiven Führung keineswegs evident. So schrieb der amerikanische Hohe Kommissar in Bonn, James B. Conant, noch am 24. Juli 1953 einen Brief an Außenminister John F. Dulles, in dem er seine Erwartung hinsichtlich einer längeren Periode der Destabilisierung in der DDR ausdrückte und die Meinung vertrat, daß langfristig der Preis, den der Westen den Sowjets für die Wiederherstellung der deutschen Einheit würde zahlen müssen, noch beträchtlich sinken würde: „... the price they (die Sowjets) will ask for unification has been lowered but I doubt it is low enough as yet to make real negotiations a possibility. It would be my own view that the troubles in the East will continue and that the Russian price will continually decrease until a point comes when reunification and European integration are not antithetical doctrines."[6]

Als der Nationale Sicherheitsrat der USA am 13. August 1953 unter Vorsitz von Vizepräsident Richard Nixon neue Richtlinien zur Deutschlandpolitik verabschiedete, stand man gleichfalls noch unter dem Eindruck der Ereignisse in der DDR und erwartete, daß die Destabilisierung des sowjetischen Herrschaftssystems neue Ansätze zur Lösung der deutschen Frage ermöglichen würde[7]. Ähnlich sollte sich später Charles Bohlen, der neue amerikanische Botschafter in Moskau, äußern; Ende August war er jedoch sehr skeptisch[8]. Intern wurde sowohl in Washington als auch in London und Paris die Frage des „Preises" für eine Einigung mit der Sowjetunion diskutiert[9].

Die weiteren Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte 1953 scheinen jedoch eher die These von Wettig zu bestätigen. Im folgenden Notenaustausch zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über Deutschland, der am 15. Juli 1953 einsetzte, befand sich die Sowjetunion offenbar in der Defensive, versuchte durch die Einbeziehung Chinas und die Ausweitung der Diskussionen auf Fragen der europäischen Sicherheit und eine globale Abrüstung Zeit zu gewinnen und von Deutschland abzulenken. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Ereignisse um Verhaftung, Ausschaltung und Hinrichtung Berijas zunächst eine Konsolidierung der Macht der neuen Parteiführung notwendig machten, die nicht durch außenpolitische Aktivitäten gestört werden durfte, bevor man sich auf ein so schwieriges und gefährliches Thema wie Viermächteverhandlungen über Deutschland einließ. Nachdem es lange Zeit so aussah, als ob eine Konferenz bereits im Vorfeld an den unüberbrückbaren Positio-

---

[6] National Archives, RG 59, Records of the Policy Planning Staff, Box 16, Conant-Dulles 17.7.1953; Dulles-Conant 24.7.1953. Künftig werden nur die Record Group-Nummern (RG) zitiert.

[7] RG 273, National Security Council Policy Paper, NSC 160/1, 13.8.1953, „United States Position with Respect to Germany".

[8] Princeton University Library, Charles E. Bohlen, Oral History Interview 1964, S. 24f. Bohlen berichtet über Gerüchte in Moskau über die Bereitschaft zur Aufgabe der DDR, stellt jedoch fest, daß er dies damals nicht so gesehen hat. Bohlen glaubte im April sogar, daß die Sowjets den Rückzug der Truppen aus der DDR anbieten würden. Zu seiner Einschätzung der Situation im August 1953: RG 84, HICOG/Be 2176/3, Bohlen-SOS, Tel. 26, 25.8.1953; Charles E. Bohlen, Witness to History, 1929–1969, Melbourne/Toronto 1973, S. 348.

[9] Dazu ausführlich meine demnächst erscheinende Untersuchung „Der besetzte Verbündete: Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955". Hier wird die Entwicklung der amerikanischen Planungen und ihre Implementierung diskutiert.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen der Mächte scheitern würde, erfolgte für den Westen überraschend am 26. November 1953 die sowjetische Zusage zur Abhaltung einer Konferenz in Berlin[10].

Über die Gründe, die auf sowjetischer Seite zu einem ausgedehnten Notenaustausch führten, ist nur wenig bekannt. Außer der oben vermuteten Auswirkung des innenpolitischen Machtkampfes in der Nachfolge Stalins dürften jedoch weitere Entwicklungen eine Rolle gespielt haben. In einer offiziellen Darstellung zur sowjetischen Außenpolitik findet sich folgende interessante Erklärung, die die Änderung der sowjetischen Taktik auf die im August 1953 erfolgte Explosion der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe zurückführt: „Die UdSSR festigte ihre Position als unüberwindliche Atommacht immer mehr. Diese Wendung der Dinge bewirkte wesentliche Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis und zwang die Westmächte, ihre aggressiven Pläne in gewissem Maße zu verändern. Dies ermöglichte es der Sowjetunion, neue Schritte zu einer weiteren Entspannung zu unternehmen. Sie ging davon aus, daß nun günstige Bedingungen für eine allgemeine Entspannung und auch für die Lösung solch schwieriger und unaufschiebbarer Probleme wie der deutschen entstanden waren, und entwickelte die notwendigen Initiativen"[11].

Abgesehen davon, daß hier die tatsächliche Entwicklung auf den Kopf gestellt wird[12], zeigt diese Interpretation jedoch den Übergang von einer Politik der Schwäche zu einem neuen Selbstbewußtsein, auch wenn die Sowjetunion besonders bei den atomaren Trägerwaffen den USA weiterhin unterlegen war. Diese monokausale Erklärung für die sowjetische Zustimmung zur Abhaltung einer Konferenz dürfte jedoch den tatsächlichen Überlegungen kaum gerecht werden, zumal sie erst erfolgte, als die Westmächte in gleichlautenden Erklärungen vom 16. November 1953 deutlich machten, daß sie die bisherige sowjetische Haltung nur als Ausweichmanöver und eindeutige Absage an eine Viererkonferenz interpretieren konnten. Erst jetzt erfolgte innerhalb weniger Tage die offizielle Zusage, ohne daß der Westen alle bisherigen sowjetischen Forderungen akzeptierte[13]. Mehrere Gründe mögen zu dieser Entwicklung beigetragen haben: Die Ablehnung der Vorschläge des Westens bzw. ein Scheitern des Notenaustausches lag nicht im sowjetischen Interesse, hätte es doch vor der Weltöffentlichkeit die mangelnde Bereitschaft der neuen Führung zu ernsthaften Gesprächen deutlich gemacht und die bisherigen Stellungnahmen als Propaganda abqualifiziert. Immerhin hatten die Westmächte die Sowjetunion bereits wiederholt zu

[10] Für eine kurze Zusammenfassung des Notenwechsels vgl. Peer Lange, Konfrontation mit dem westlichen Bündnis in Europa, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955, hrsg. v. Dietrich Geyer, Köln/Wien 1972, S. 552f. Aus sowjetischer Sicht: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945–1970, 2. Teil, Autorenkollektiv, Berlin (Ost) 1971, S. 277/79; Belezki, S. 153ff.

[11] Belezki, S. 155.

[12] Die ersten Initiativen zu Gesprächen mit der Sowjetunion gingen vom britischen Premierminister Winston Churchill aus. Vgl. jetzt die ausführlichen Analysen der britischen Überlegungen in: Rolf Steininger, Ein vereintes unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953, in: MGM 2/1984, S. 105–144; Josef Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: Deutschland Archiv 17/2, 1984, S. 1286–1301. Zur Reaktion des Bundeskanzlers: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 201ff.

[13] Lange, S. 553; siehe auch Anthony Eden, Memoirs. Full Circle, London 1960, S. 53ff.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Konferenz in Lugano am 15. Oktober bzw. 9. November 1953 eingeladen. Ferner konnte ein ausgedehnter Notenwechsel diejenigen Kräfte in Frankreich und den anderen europäischen Ländern stärken, die ohnehin gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eingestellt waren und immer noch hofften, daß man sich mit den Sowjets über Deutschland würde einigen können. Die sowjetische Führung konnte dieses Thema durch einen längeren Notenwechsel voll ausreizen, durfte jedoch ihr diplomatisches Spiel nicht zu weit treiben, wenn sie nicht eine Desillusionierung dieser Gruppen herbeiführen wollte. Die sowjetische Zusage erfolgte ferner zu einem Zeitpunkt, als im belgischen Parlament gerade die Ratifizierung der EVG-Verträge erfolgte und in der französischen Nationalversammlung erstmals seit 21 Monaten wieder eine große außenpolitische Debatte geführt wurde, in deren Verlauf auch die deutsche Beteiligung an der EVG kontrovers diskutiert wurde. Bezeichnenderweise erfolgte die Bekanntgabe der Note auch einen Tag vor einer Vertrauensabstimmung in der französischen Nationalversammlung, bei der die Regierung Laniel ihre bisherige Europapolitik zur Abstimmung stellte und mit 275 Ja- bei 244 Nein-Stimmen und 103 Enthaltungen nicht gerade ein überzeugendes Vertrauensvotum erhielt. Ferner muß das plötzliche Nachgeben der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Bekanntgabe des Termins für eine Dreimächtekonferenz auf den Bermudas gesehen werden, auf der die Westmächte ihre Verhandlungsposition miteinander abstimmen wollten[14]. Schließlich bot auch die Abhaltung einer Konferenz nicht unbeträchtliche Vorteile, konnte man doch versuchen, die drei Westmächte durch unterschiedliches Eingehen auf die jeweiligen Interessen auseinanderzudividieren und so eine Verzögerung, vielleicht sogar die Aufgabe des EVG-Konzepts durchzusetzen. Nach dem Waffenstillstand in Korea war nicht auszuschließen, daß besonders die Franzosen für sowjetische Avancen empfänglich waren, befanden sie sich doch in Indochina in einer militärisch äußerst schwierigen Situation, die im Frühjahr 1954 zur Niederlage der französischen Truppen bei Dien Bien Phu führen sollte. Nach Aussagen von Außenminister Georges Bidault hat Molotow den Franzosen auf der Berliner Konferenz tatsächlich Hilfe bei der Beilegung des Konflikts in Indochina angeboten, die der französische Außenminister nicht annahm[15].

Aber auch die Westmächte trugen gleichfalls zu einer Verschiebung der Viermächtekonferenz bei. Obwohl der Tod Stalins, die Übernahme der Herrschaft durch eine kollektive Führung und der Aufstand in der DDR zunächst als Zeichen für eine Schwächeperiode der Sowjets interpretiert wurden, die eventuell Bewegung in die festgefahrene Situation in Mitteleuropa bringen konnte, verlangten besonders die Amerikaner zunächst eindeutige Zeichen für eine Verhandlungsbereitschaft der Sowjets. Angesichts der schwierigen innenpolitischen Lage der neuen Regierung

[14] Zu den Ereignissen in Paris und Brüssel Keesing's Archiv der Gegenwart, 23.–27.II. 1953, S. 4264–4269; Schwarz, S. 212. Zur Vorgeschichte der Bermudakonferenz Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952–1954, Bd. V, Teil 2, S. 1710 ff.

[15] Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, S. 641.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(McCarthy, große Erwartungen des konservativen Flügels der Republikaner) konnte Präsident Dwight D. Eisenhower, selbst wenn er es gewollt hätte, kaum ohne weiteres direkten Gesprächen mit den Sowjets zustimmen. Ferner sah man in einer Viererkonferenz beträchtliche Gefahren für die schnelle Ratifizierung der EVG-Verträge in Frankreich, was wiederum zu Problemen der Administration im Kongreß führen konnte, der wegen der jahrelangen Verzögerungen bei Fortschritten in der Frage der europäischen Einigung immer ungeduldiger wurde. Zeitweise dachte man sogar daran, weitere Militärhilfe für Europa zu sperren, eine Drohung, die auch Außenminister John F. Dulles gegenüber den europäischen Verbündeten einsetzte[16]. Aus diesen Gründen lehnte Eisenhower auch den Vorschlag des britischen Premierministers Winston Churchill ab, als dieser sich anbot, selbst nach Moskau zu reisen und die Einstellung der neuen Kremlführung zu eruieren. Ferner bestanden Unterschiede in der Einschätzung der Situation zwischen Eisenhower und Dulles, auf dessen Wunsch auch die harten und für die Sowjetunion nicht akzeptablen Vorbedingungen für Veränderungen in Europa und Ostasien in den Text der berühmten Friedensrede des amerikanischen Präsidenten vom 16. April 1953 aufgenommen worden waren[17]. Trotzdem wurde die Rede in Moskau offenbar als Zeichen für positive Veränderungen im Ost-West-Verhältnis interpretiert. In Europa und im außerwestlichen Ausland wurden die leidenschaftlichen Forderungen Eisenhowers nach Abrüstung, der Beendigung des Wettrüstens und einer internationalen Kontrolle der Atomenergie teilweise geradezu euphorisch bewertet[18].

Diese atmosphärischen Verbesserungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Westmächte von einem Vierertreffen relativ wenig erwarteten. Allenfalls ging es ihnen darum, die Absichten der neuen sowjetischen Führung zu testen und – wenn sich die skeptischen Erwartungen hinsichtlich der Intransigenz der Sowjets bestätigen sollten – vor der Weltöffentlichkeit den Beweis zu erbringen, daß alle Hoffnungen auf einen Ausgleich vergeblich waren. Damit wäre – so die verbreitete Meinung – der Weg frei für die Ratifizierung der EVG-Verträge durch Frankreich[19]. Diese Einstellung wird besonders in den Vorbereitungen des US-Außenministeriums für Gespräche mit der Sowjetunion deutlich. Dulles ging es vornehmlich darum, die Ratifizierung der EVG durch Frankreich und die anderen westeuropäischen Länder zu sichern und damit endlich Fortschritte auf dem Wege der europäischen Einigung zu machen. Diesem Ziel mußten alle anderen Erwägungen untergeordnet werden. Da man selbst noch keine konkreten Pläne für ein Vierertreffen besaß, galt es im Frühjahr 1953 im US-Außenministerium Pläne zu erarbeiten, „which (a) look reason-

---

[16] Zu den Schwierigkeiten der neuen republikanischen Administration siehe jetzt ausführlich Stephan E. Ambrose, Eisenhower. The President, New York 1985, S. 55 ff.; Eden, S. 55.

[17] Ebenda, S. 94 ff.; vgl. auch Foschepoth, S. 1287 ff.; Steininger, S. 114 ff.

[18] Herbert S. Parmet, Eisenhower and the American Crusades, New York 1972, S. 279; Ambrose, S. 96.

[19] Siehe hierzu die Einschätzung des amerikanischen Chargé d'Affaires in Paris, Theodore C. Achilles, nach Gesprächen mit Vertretern der europäischen Mächte, FRUS 1952–1954, Bd. V, Teil 2, S. 1718 ff.; Eden, S. 60 f.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

able to Western eyes, (b) offer little or no chance of Soviet acceptance, and thus (c) stymie the talks in advance"[20]. Nachdem im State Department im Sommer 1953 detaillierte Positionspapiere für einen Friedensvertrag mit Deutschland entwickelt worden waren, änderte sich diese Taktik. Man mußte nun nicht mehr fürchten, mit sowjetischen Forderungen konfrontiert zu werden, ohne selbst einen Friedensvertragsentwurf entwickelt zu haben. Die Prioritäten blieben allerdings bestehen. Die Schaffung der EVG war wichtiger als ein Kompromiß mit der Sowjetunion zur Lösung der deutschen Frage.

Ähnliche Überlegungen bestimmten die Politik des Bundeskanzlers. Adenauer wehrte sich lange vehement gegen eine Konferenz, da er sie nur als weiteres Beispiel einer sowjetischen Verzögerungstaktik interpretierte und ebenfalls die Auswirkungen von Verhandlungen auf die Ratifizierungsdebatte in Frankreich fürchtete. Ferner schloß Adenauer nicht aus, daß angesichts der labilen Einstellung einiger Mitglieder der französischen Regierung bzw. des französischen Außenministeriums zu einem deutschen Beitrag in der EVG ein Eingehen der Franzosen auf ein günstiges Angebot der Sowjetunion über eine Viermächtekontrolle Deutschlands nicht ausgeschlossen werden konnte. Die Rückkehr „nach Potsdam" hätte alles bisher Erreichte in der Bundesrepublik in Frage gestellt. Wenn schon eine Konferenz, dann mußte deutlich werden, daß sich die Sowjets auch nach dem Tode Stalins nicht bereitfanden, auf die Forderungen des Westens und der Bundesregierung einzugehen, wie sie seit dem Notenaustausch von 1952 bekannt waren und durch die Bundestagsresolution vom 10.6. 1953 erneut bestätigt wurden: freie Wahlen, Schaffung einer verfassunggebenden Nationalversammlung, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, Regelung der Grenzfragen, Friedensvertrag und das Recht zum Anschluß an Militärbündnisse, was bei der Stimmungslage in der Bundesrepublik nur Anschluß an den Westen bedeuten konnte. Aus wahltaktischen Gründen entschloß sich Adenauer plötzlich am 10.Juli 1953, seinerseits auf eine Viermächtekonferenz zu drängen, so daß schließlich auch der immer noch zögernde Dulles nachgab. Nachdem der Kanzler der Konferenz zugestimmt hatte, wollte er wenigstens verhindern, daß die Westmächte in Abwesenheit der Deutschen über einen Friedensvertrag verhandelten und forderte daher die Beschränkung der Tagesordnung auf Gespräche über freie Wahlen[21]. Dies stieß jedoch

[20] RG 59, 662.001/4-1753, Soviet Peace Campaign, Memorandum Brewster H. Morris (Direktor des Office of German Political Affairs) an James W. Riddleberger (Direktor des Bureau of German Affairs).

[21] Für diese Argumentation Foschepoth, S. 1298; Steininger, S. 121 f.; Schwarz, S. 212; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 224ff., bes. S. 245. Vgl. auch die Besprechung Adenauer – Dulles am 13. Dezember 1953 in Paris, RG 59, 762 A.00/12-1353 TSF, Memorandum of Conversation. Hier äußerte sich der Bundeskanzler folgendermaßen: „He (Adenauer) was worried by the opportunity for delay which it (die Konferenz) presented. The situation would not be so bad if it were only the U.S. which was meeting with the Soviets or the U.S. and U.K. What really worried him was that the French would fall for the Soviet delaying tactic. This brought him to another point which was that if the conference came to a dead end, it was very important that public opinion, particularly in France, see the failure of the conference as a result of Soviet obstructionism." Dulles teilte Adenauer mit, daß die Konferenz nicht länger als zwei bis drei Wochen dauern sollte.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf den Widerstand der Amerikaner. Die Haltung Adenauers, so formulierte es ein Angehöriger der amerikanischen Hohen Kommission in seiner Analyse der politischen-öffentlichen Meinung der Bundesrepublik, „leaves Chancellor open to charges that he is insincere in his pursuit of reunification"[22]. Auch der amerikanische Botschafter in Paris, Douglas C. Dillon, vertrat die Meinung, daß die starre Haltung Adenauers hinsichtlich des Notenaustausches mit der Sowjetunion problematisch sei. Dillon warnte: „We also feel Adenauer's recommendation will leave both him and Western Allies wide open to SPD charges that we unwilling make sincere effort for German unity, with brunt this criticism once again falling on US."[23] Da Adenauer von der Konferenz ohnehin keine Ergebnisse erwartete, ist es verständlich, daß er den Gesprächen mit großer Skepsis gegenüberstand – zumal er nicht selbst anwesend sein würde – und sicherstellen wollte, daß die Interessen der Bundesrepublik gewahrt wurden. Aber selbst für Angehörige der eigenen Partei und Minister der Koalitionsregierung bot sein übervorsichtiges Taktieren im Vorfeld der Konferenz die Gefahr, daß der Bundeskanzler jenen Gruppen eine lohnende Angriffsfläche bot, die ohnehin vermuteten, daß für Adenauer die Westintegration wichtiger sei als die Wiederherstellung der deutschen Einheit. So klagte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Heinrich von Brentano, wenige Tage vor Beginn des Vierertreffens: „Main characteristic Chancellor's position is excessive caution, which has led to proposals so complicated they could be understood neither by public nor Bundestag leaders and which were open to interpretation as indication Chancellor's preference for EDC over idea of German unity at this time."[24] Eine ähnliche Meinung vertraten Robert Tillmanns (Bundesminister für besondere Aufgaben), Jakob Kaiser (Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen) und Heinrich Krone (MdB), alle Angehörige des ehemaligen Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union der Sowjetischen Besatzungszone. Auch der Staatssekretär Kaisers, Franz Thedieck, äußerte sich in diesem Sinne. Aber weder Brentano noch die hier genannten Minister wagten es, offen gegen die Politik des Kanzlers vorzugehen, weil auch sie beträchtliche Zweifel an der Seriosität der sowjetischen Absichten hegten und der Öffentlichkeit nicht das Bild einer in

---

[22] RG 59, 762 A. 00/1-2154, Tel. HICOG Bonn 2019, E. T. Lampson, West German Political Weekly No. 54.

[23] RG 84, HICOG/Be 2176/5 Paris-SOS Tel. 16, 28. 8. 1950. Vgl. auch ebenda, SOS-Paris, Tel. 150, 30. 8. 1953, mit der Reaktion des U. S.-Außenministers. Zu Adenauer der Bericht von Conant ebenda, Bonn-SOS Tel. 846, 31. 8. 1953, und RG 59, 762 A.00/10-1253 Bonn-SOS Tel. 1361.

[24] RG 84, HICOG/Be 2179/3-87 Bonn-Berlin 457, 21. 1. 1954. Die Kritik richtet sich gegen die Forderung des Bundeskanzlers, die beiden deutschen Regierungen solange beizubehalten, bis in einem Friedensvertrag die Verantwortung an eine gesamtdeutsche Regierung übergeben werden konnte. „Almost whole CDU faction is opposed Chancellor's position on Volkskammer election, veto right on transfer of powers to All-German assembly, and continued existence separate East Zone Government, but as long as issue remains merely theoretical one, their loyality to him will prevent public criticism. Factions favor clear and simple policy which can be understood by public, i. e., genuinely free elections to lead to All-German government which from outset has complete freedom of action internally (within limits of contractuals as minimum) and in foreign affairs."

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich zerstrittenen CDU zu einem Zeitpunkt liefern wollten, zu dem Geschlossenheit wichtig erschien[25].

Wie wenig der Bundeskanzler und seine engsten Mitarbeiter von der Konferenz erwarteten, wird deutlich in einem Gespräch zwischen Herbert Blankenhorn, einem der beiden Leiter der deutschen „„Beobachter"-Delegation, und C. D. Jackson, einem der engsten Mitarbeiter von Eisenhower im Weißen Haus und hochgeschätztem Ghostwriter des Präsidenten, dem Eisenhower 1958 sogar die Nachfolge von Dulles als Außenminister anbot. Nach einem Essen im Hotel am Zoo, der Residenz der deutschen Beobachter in Berlin, nahm Blankenhorn Jackson beiseite, um sich mit ihm „ernsthaft" zu unterhalten. Nach Jackson verlief das Gespräch folgendermaßen: „The talk consisted of elaborate protestations of understanding and loyality on the part of Adenauer winding up with the many times repeated statement ‚*that the problem of the Berlin Conference was not so much what would result from the Conference but how to break it off so that it would look as though it were the fault of the Soviets*'." Diese Einstellung Blankenhorns, der hier die Meinung des Bundeskanzlers vortrug, ging jedoch selbst Jackson zu weit, der in Berlin nicht nur für die Verbindung zum Weißen Haus zuständig war, sondern auch in der Öffentlichkeitsarbeit der amerikanischen Delegation eine wichtige Rolle spielte. Er erklärte seinem deutschen Gesprächspartner, „that we were not plotting how to break off the Conference inasmuch as it was emotionally very difficult to fight with complete sincerity for a stated goal if in the back of your mind you were thinking how to break off the fight"[26].

Angesichts der Vorgeschichte der Konferenz und den bisher bekanntgewordenen Einstellungen der Mächte kann es daher nicht überraschen, daß die Konferenz in der Forschung vornehmlich unter propagandistischen Gesichtspunkten behandelt wird. Allgemein herrscht die Meinung vor, daß weder der Westen noch die Sowjetunion einen Ausgleich der gegensätzlichen Interessen anstrebten und vielleicht auch nicht mehr daran interessiert waren. So argumentiert Adam Ulam, daß die sowjetischen Erklärungen von vornherein jede Einigung ausschlossen[27]. Ernst Nolte macht deutlich, daß „nur geringe Hoffnungen" auf ernsthafte Verhandlungen vorhanden waren. An einer anderen Stelle weist er darauf hin, daß wegen der Intransigenz von Dulles und Molotow „die Konferenz nicht die geringsten Aussichten" auf Erfolg hatte[28].

Die Diskussionen während der Konferenz und das Scheitern der Gespräche, deren

---

[25] Ebenda. Auch der Leiter der deutschen Delegation in Paris, Professor Wilhelm Grewe, hielt das Taktieren Adenauers für problematisch.

[26] Dwight D. Eisenhower Presidential Library, C. D. Jackson Papers, Box 27, Folder Time Inc. File – Berlin, Memorandum Jackson – Merchant 5. 2. 1954 (meine Hervorhebung). Zu Adenauer auch Foschepoth, S. 1296 ff.; Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 145 f.; Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 224 f. Blankenhorn berichtet in seinen Memoiren nicht über dieses Gespräch (Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1980, S. 185 ff.).

[27] Ulam, S. 551/552.

[28] Nolte, S. 305 und S. 668 f., Fußnote 34; siehe auch Wassmund, S. 59 ff.; Wettig, Entmilitarisierung, S. 634 f.; Schwarz, S. 211 f.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einziges positives Ergebnis die Einberufung einer Indochinakonferenz auf den 26. April 1954 nach Genf war, bestätigen diese Interpretationen. Weder der Westen noch die Sowjetunion waren zu *signifikanten* Zugeständnissen bereit.

In sowjetischen Darstellungen zur Berliner Konferenz wird betont, daß es die Absicht Molotows gewesen sei, auf der Konferenz zu einer Einigung mit den Westmächten über die Wiedervereinigung Deutschlands und einen Friedensvertrag zu gelangen. Aufgabe der Konferenz soll es demnach, so Belezki, gewesen sein, über die Schaffung einer provisorischen Gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern der Bundesrepublik und der DDR und die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen die Wiedervereinigung eines neutralisierten Gesamtdeutschlands zu erlangen. Diese Wahlen sollten in „wirklicher Freiheit" stattfinden, was den „Druck auf den Wähler seitens der Großmonopole" ausschloß. Alle demokratischen Organisationen – also nicht nur die Parteien – sollten an Wahlen teilnehmen dürfen. Die Besatzungsmächte sollten sich ferner verpflichten, vor Durchführung der Wahlen alle Truppen bis auf kleine Kontingente abzuziehen. Schließlich sollte zur Verhinderung einer Fortdauer der Spannungen in Europa die Lösung der deutschen Frage in einem System der europäischen Sicherheit gefunden werden. Ferner behauptet Belezki: Die sowjetische Delegation ging davon aus, „daß die nationale Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden mußte"[29]. Abgesehen davon, daß diese Interpretation der Konferenz nicht auf die vielen für den Westen nicht akzeptablen Bedingungen für eine Einigung eingeht, die Grenzfrage im Osten ausklammert und eine Rechtfertigung der Politik der Sowjetunion bei gleichzeitiger Schuldzuweisung für das Scheitern der Konferenz und damit der deutschen Einheit an die Westmächte leisten muß, bleibt manches vage und ungenau. Dies trifft auch auf die sowjetische Argumentation während der Konferenz zu. Bei der Analyse der offiziellen Konferenzdokumente muß natürlich berücksichtigt werden, daß beide Seiten die Bedeutung ihrer Stellungnahmen für die Öffentlichkeit sorgfältig überprüften und ihren propagandistischen Wert bedachten. Daher kann es kaum überraschen, daß Erläuterungen unscharf blieben, detaillierte Hinweise auf die Durchsetzung der besonders strittigen Vorschläge teilweise fehlten und es allgemein schwerfällt, konkrete Ansätze für die von Belezki behauptete Gesprächsbereitschaft zu finden. Häufig hat man den Eindruck, daß die Reden zum Fenster hinausgehalten werden und einem Nachhaken der Vertreter des Westens stereotype Formulierungen über die aggressiven Absichten der NATO und der EVG unter deutscher Beteiligung entgegengehalten werden[30]. Einen in *Nuancen anderen Eindruck* vermitteln jedoch drei Gespräche, die Molotow während der Konferenz mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden am 27. Januar und am 2. Februar sowie mit Dulles am 6. Februar führte. Nach den harten, oft polemischen Auseinandersetzungen in den offiziellen Sitzungen ist dieser atmosphärische Abbau der Spannungen be-

[29] Belezki, S. 153 ff., Zitat S. 158.

[30] Hier werden die Konferenzprotokolle in der englischen Fassung zugrunde gelegt: Department of State, Foreign Ministers Meeting. Berlin Discussions. January 25 – February 18, 1954, Washington, D.C. 1954.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonders bemerkenswert und scheint zumindest zeitweise die Bemühungen Molotows nach einer Einigung mit den Westmächten über Deutschland zu unterstreichen. Wenn man die Unterschiede zwischen den Sitzungsprotokollen und den im Anhang gedruckten Dinner- und After-Dinner-Gesprächen nicht nur auf gesellschaftliche Umgangsformen am Rande der Konferenz oder auf die Wirkung von Bourbon, Scotch und Wodka zurückführen will, dann zeigen diese Gespräche bei vielfacher Übereinstimmung mit den offiziellen Konferenzprotokollen auch eine neue Qualität der Diskussion. Aber selbst wenn diese Interpretation verworfen wird, so bieten die Dokumente eine Fülle von interessanten Einsichten in Befürchtungen, Ziele und Hoffnungen des sowjetischen Außenministers.

Bereits am 27. Januar 1954 traf Eden mit Molotow zusammen (Dok. I). Dieser Meinungsaustausch zu Beginn der Konferenz ist besonders interessant, weil beide Seiten noch an einer Auslotung der Positionen interessiert waren und die jeweiligen Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage – der Eden-Plan und der sowjetische Friedensvertragsentwurf – noch nicht bekannt waren.

Während Eden seinem sowjetischen Kollegen den defensiven Charakter der EVG zu verdeutlichen suchte und klarmachte, daß der Westen eine deutsche Aggression gegen die Sowjetunion unter dem Schutzmantel des Bündnisses nicht dulden würde, hoffte Molotow offenbar noch auf eine Viermächteeinigung, die eine Rückkehr zum Potsdamer Abkommen oder eine noch genauer zu definierende Viermächtekontrolle Gesamtdeutschlands vorsah. Molotow ließ ferner keinen Zweifel daran, daß freie Wahlen nach den Erfahrungen mit der Endphase der Weimarer Republik nicht genügen würden, um die sowjetischen Befürchtungen hinsichtlich der Deutschen zu zerstreuen, und der Sowjetunion allein keine angemessene Sicherheit gewährten: „Molotov pointed out that Hitler came to power as result of free elections and, therefore, the important thing was to decide *what kind of Government* would result from free elections before they took place."[31]

Diese Position verdeutlicht eine sowjetische Grundeinstellung, die nach 1945 immer wieder festzustellen ist und die zentralen Fragen der sowjetischen Deutschlandpolitik anspricht: die feste Absicht, die Viermächtekontrolle aufrechtzuerhalten und Einfluß auf eine gesamtdeutsche Regierung zu erlangen. Mit anderen Worten, Molotows Angebot bestand aus der Neutralisierung Gesamtdeutschlands unter Viermächteaufsicht. Es ist bemerkenswert, daß die Stalin-Noten 1952 zwar von einem neutralisierten Gesamtdeutschland ausgingen, das eigentlich entscheidende Problem nach Einhaltung und Kontrolle der Neutralisierung jedoch nicht angesprochen hatten. Es fällt schwer zu glauben, daß die Sowjetunion eine unkontrollierte Neutralisierung akzeptiert hätte. Auch den Sowjets war schließlich nicht verborgen geblieben, daß

[31] Meine Hervorhebung. Vgl. Dokument I. In seinen Memoiren gibt Eden dieses Gespräch ausführlicher wieder. Im Gegensatz zu dem hier abgedruckten Dokument erläutert Eden dort die Bedeutung des britisch-sowjetischen Vertrags, betont, daß Molotow Adenauer scharf als Feind der Sowjetunion kritisierte und er, Eden, seinerseits um eine Zustimmung Molotows zur Lösung der deutschen Frage im Sinne des Westens geworben habe. Eden, S. 65/67.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich die Deutschen aus einer Vielzahl von Gründen, die hier nicht im einzelnen aufgeführt werden müssen, eher an den Demokratien des Westens als an der Sowjetunion orientieren würden. Bedauerlicherweise wurde das Thema von Molotow nicht vertieft, so daß über die Zusammensetzung bzw. die angestrebten Kontrollmechanismen nur Vermutungen möglich sind. Dafür, daß den Sowjets derartige Überlegungen nicht fremd waren, gibt es zumindest einen konkreten Hinweis. So erfuhren Vertreter Finnlands in Berlin Mitte Oktober 1953, also zu einem Zeitpunkt, als der Notenaustausch zwischen den Westmächten und der Sowjetunion noch nicht zu einer Einigung über eine Konferenz geführt hatte, daß Moskau bereit sei, der Wiedervereinigung zuzustimmen, wenn eine Beteiligung der Kommunisten an einer gesamtdeutschen Regierung arrangiert werden könnte. „Nykopp mentioned that Soviet officials recently told Finnish representatives in Berlin that they were ready to agree to the unification of Germany, if only the Communists would have some representation in the government. They recognized that the Communists could not control the German Government, and they wanted them in just so that they would be able to know what was going on."[32]

War dies wirklich ein gangbarer Weg? Glaubten die Sowjets tatsächlich, daß der Westen und die Bundesregierung, aber auch die SPD-Opposition, die gleichfalls offizielle Verhandlungen mit der Regierung der DDR rundweg ablehnte, einer derartigen Regelung zustimmen würden, wenn damit die nationale Einheit zu retten war? Bestand zu diesem späten Zeitpunkt also doch noch eine Chance für die Wiedervereinigung? Da weder der Name des sowjetischen Vertreters in Berlin bekannt ist noch weitere Informationen über den Stellenwert dieser Quelle vorliegen, muß sie mit größter Vorsicht behandelt werden. Schließlich besteht die Möglichkeit, daß ein untergeordneter sowjetischer Diplomat den finnischen Vertretern in Berlin diplomatisches Spielmaterial lieferte, um seinerseits vor einer Konferenz die Position des Westens auf mögliche Kompromisse auszuloten. Vielleicht handelte es sich auch um eine Initiative im Rahmen der später bekanntgewordenen und oben erwähnten innersowjetischen Diskussionen. Wie auch immer, die Sowjets konnten sicher sein, daß derartige Informationen an die Westmächte gelangten, was auch geschah. Andererseits zeigt dieser Vorstoß eine unglaubliche Naivität. Erwarteten die Sowjets wirklich, daß der Westen nach den Ereignissen der Jahre 1945–1948 in den Ostblockstaaten und der durch Drohungen, Manipulationen und andere Maßnahmen erfolgten Durchsetzung „volksdemokratischer" Regierungen eine Beteiligung der KPD/SED an einer gesamtdeutschen Regierung erlauben würde? Welche Bedeutung sollten ferner die Einheiten der Kasernierten Volkspolizei erhalten, deren Ausrüstungsstand als Kern der zukünftigen DDR-Volksarmee dem Westen durchaus bekannt war, während es eine vergleichbare Truppe in der Bundesrepublik noch nicht gab? Aus sowjetischer

[32] RG 59, 762.00/10-1953 Memorandum über ein Gespräch, das der finnische Vertreter in Washington, Johan R. Nykopp, mit G. Hayden Raynor, dem Direktor des Office of British Commonwealth and Northern European Affairs des US-Außenministeriums, und Howards Trivers, einem weiteren Angehörigen des Büros, führte.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sicht hatte eine gesamtdeutsche Regierung unter Beteiligung der Kommunisten natürlich den Vorteil, daß man jederzeit über den Gang der Entwicklungen informiert war und mißliebige Entwicklungen schon im Keim ersticken konnte. Letztlich bedeutete diese Anregung wohl kaum etwas anderes als die Übertragung des Modells der Volksdemokratien auf Gesamtdeutschland, angesichts der eindeutigen Einstellung der Vertreter der Westmächte und der Bevölkerung der Bundesrepublik eine geradezu absurde Vorstellung. Andererseits stimmt die Parallelität zwischen Osteuropa 1945–1948 und Deutschland 1954 natürlich nicht vollständig, denn eine Viermächtekontrolle über Gesamtdeutschland bot eine ganz andere Ausgangssituation, als sie die Anwesenheit der Roten Armee in den Staaten Osteuropas nach 1945 darstellte. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Viermächtekontrolle in Deutschland war dies gleichwohl keine realistische Lösung.

Es ist jedoch bemerkenswert, daß die sowjetische Position in der Frage der Viermächtekontrolle bisher nie genauer geprüft worden ist. Zunächst ist auffällig, daß Molotow bei den Dinner-Gesprächen nie direkt die Rückkehr zum Potsdamer Abkommen verlangte. Auf der Sitzung vom 1. Februar 1954 wies er sogar darauf hin, daß Teile des Abkommens überholt seien, wenn auch das Prinzip beibehalten werden müsse: „We acknowledge that many points of the Potsdam agreement have become outdated. Nevertheless, the fundamental meaning of these agreements remains fully in force. The meaning of these agreements is that, in a decision on the German problem, France, the U.S.S.R., England, and the U.S.A. should act together. In this way our countries may find a common language with the German people, that is, with the democratic forces, in order to avert a new war."[33] Während hier eine gewisse Einschränkung hinsichtlich des Abkommens vorgenommen wird, forderte Molotow an anderer Stelle eindeutig die Rückkehr zur Basis des Abkommens[34].

Mehr als politische Vorstöße im Stellungskrieg der Konferenz zur Beeinflussung der Öffentlichkeit in Deutschland und Frankreich dürften dies jedoch kaum gewesen sein. Es bleibt aber die Frage, warum weder Eden noch Dulles an dieser Stelle nachhakten und von Molotow genaue Erläuterungen über jene Teile des Abkommens verlangten, die überholt seien. Genauso berechtigt ist die Frage, die bereits Adam Ulam aufgeworfen hat: Warum hat der Westen nicht das Angebot der Sowjetunion diskutiert, vor Wahlen alle Besatzungstruppen bis auf geringe Kontingente abzuziehen. Über das Ergebnis derartiger Wahlen konnten kaum Zweifel bestehen[35]. Aber die Westmächte waren ihrerseits so auf ihre Maximalziele fixiert, wollten eine Verlängerung der Diskussionen auf jeden Fall vermeiden und die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ohne weitere Verzögerungen schnellstens vorantreiben, so daß eine Einigung mit den Sowjets – außer für den Fall der unwahrscheinlichen

[33] Molotow erwähnte Potsdam in den Gesprächen mit Eden und Dulles nicht. Beide gehen jedoch davon aus, daß eine Viermächtekontrolle die „Rückkehr nach Potsdam" bedeutet hätte. Zu Molotows Rede vom 1. Februar Foreign Ministers Meeting, S. 77.

[34] Ebenda, S. 16, S. 91, 93.

[35] Ulam, S. 551/552.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Annahme der Forderungen der Westmächte – von vornherein ausgeschlossen werden konnte. Der Status quo in Mitteleuropa sollte erhalten bleiben.

Andererseits hatten sowohl Eden als auch der beim ersten Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister anwesende Unterstaatssekretär im britischen Foreign Office, Frank Roberts, den Eindruck, daß auch für Molotow eine Bewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der EVG die „am wenigsten schlechte Alternative" sei (Dok. I): „That if Germany were to be rearmed Soviet (sic!) might consider EDC as the least bad alternative. The impression is in part due to the fact that while Molotov stated his opposition to EDC he did not violently denounce it. When Eden asked what his alternative to EDC was, Molotov replied ‚that's an easy question to ask but a difficult one to answer' and left it at that." Dies war jedoch nur die halbe Wahrheit, denn in seinen Memoiren nennt Eden ein weiteres Argument des sowjetischen Außenministers: „... it all depended upon *the kind of German Government* which controlled the future of the German army."[36]

Eden sprach im Verlauf der Konferenz noch ein weiteres Mal mit dem sowjetischen Außenminister. Dieses Gespräch erfolgte nach Vorlage des Eden-Plans und des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs, jedoch vor Bekanntgabe der sowjetischen Position über die Schaffung einer provisorischen deutschen Regierung und die Abhaltung freier Wahlen. Eden traf einen „müden" und einsilbigen Molotow, der offenbar vom bisherigen Verlauf der Konferenz und der Haltung der Westmächte enttäuscht war, zumal er noch am 30. Januar versucht hatte, eine nicht-öffentliche Sitzung der Außenminister zur weiteren Klärung der Positionen herbeizuführen. Wollte er auf dieser Sitzung den Westmächten konkrete Einzelheiten über die sowjetischen Vorstellungen mitteilen[37]? Am 3. Februar, bevor Molotow den Eden-Plan endgültig zurückwies, versuchte der britische Außenminister erneut, seinem sowjetischen Kollegen die Vorzüge der EVG und ihren nicht-aggressiven Charakter zu verdeutlichen, traf nunmehr jedoch auf noch weniger Verständnis als am 27. Januar. Molotow erklärte, daß es sich bei der EVG und der NATO um aggressive Bündnisse handele, die gegen die Sowjetunion gerichtet seien. Als Eden seinerseits seine Enttäuschung über den bisherigen Verlauf der Konferenz zum Ausdruck brachte und sich bei Molotow erkundigte, ob die Sowjets wirklich eine Einigung wollten, antwortete Molotow, „that he did want an agreement. Eden then said he hoped something would come from the Berlin Conference and asked what about Austria. According to Eden, Molotov replied, ‚Possibly, but I would have to have something on Germany'" (Dok. II). Mit anderen Worten, Molotow wäre eventuell bereit gewesen, bereits jetzt einer Lösung der österreichischen Frage zuzustimmen, wenn er dafür Konzessionen des Westens in der Behandlung Deutschlands hätte mit nach Moskau nehmen können. Für Molotow, der erstmals seit 1949 wieder als Außenminister auftrat, konnte ein Verhandlungserfolg nicht ohne Bedeutung sein. Mehrere Verzögerungen im

[36] Eden, S. 67 (meine Hervorhebung).

[37] Ebenda der Hinweis auf den Versuch Molotows und die Ablehnung. Siehe auch Blankenhorn, S. 186. Demnach erwartete Dulles in der Sitzung vom 3. 2. konkrete Vorschläge von Molotow.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konferenzverlauf scheinen auch darauf hinzudeuten, daß Molotow nach Vorlage der Vorschläge des Westens das weitere Vorgehen jeweils mit den anderen Mitgliedern der kollektiven Führung in Moskau abstimmte. Auch dieses Gespräch könnte ein Hinweis darauf sein, daß die Sowjets die Konferenz nicht ausschließlich unter Propagandagesichtspunkten betrachteten, wie dies in der Literatur immer wieder behauptet wird, sondern offenbar auf Konzessionen des Westens hofften. Den Vertretern der Westmächte war durchaus klar, daß sie sich der Sowjetunion gegenüber in einer Position der Stärke befanden. Moskau konnte zwar die Wiedervereinigung verhindern, aber es war nicht in der Lage, die politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis zu verhindern. Wenn die Sowjets aufgrund der immer wieder erwähnten historischen Erfahrungen mit den Deutschen wirklich an eine Bedrohung durch die Deutschen glaubten, dann mußten sie einen Preis zur Verhinderung der Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis nennen. Dieser Preis wurde jedoch nicht genannt. Ein neutrales Deutschland unter Viermächtekontrolle hätte nur eine Verschlechterung der Position des Westens gebracht und alle bisherigen Planungen für Europa ad absurdum geführt. Andererseits bleibt die Tatsache, daß Molotow immer wieder auf die Bedrohungsvorstellungen zurückkam, so wenn er am Abschluß des zweiten Gesprächs mit Eden erklärte: „He said from past experience, USSR had good cause to be suspicious of Germany. Eden countered by saying, Adenauer was a wise man who would not lead Germany back on path of militarism. Molotov nodded reflectively but said Adenauer was old and would not live long."[38]

Es existiert noch ein weiterer Hinweis darauf, daß die Sowjets auf der Berliner Konferenz auf eine Einigung mit dem Westen über Deutschland hofften. So notierte Harold Macmillan am 27. Dezember 1953 in sein Tagebuch, daß Julien Amery, Mitglied der Konservativen Partei und Schwiegersohn Macmillans, mit dem Chargé d'Affaires der sowjetischen Botschaft in London gesprochen habe, „who tried to make out that the Russians really wanted a settlement both on Germany and on the atomic problem"[39]. Abgesehen davon, daß der sowjetische Diplomat natürlich nicht zugeben konnte, daß die Konferenz nur ein taktisches Mannöver zur Verhinderung der Ratifizierung der EVG war, wird die entscheidende Frage nach den Bedingungen für eine Übereinkunft hier nicht beantwortet. Welche Rolle die Sicherheitsfrage für die Sowjetunion besaß, wird auch in einem Gespräch deutlich, das ein Mitglied der sowjetischen Botschaft, Rodionow, in London Ende Januar 1954 mit einem Vertreter der amerikanischen Botschaft führte. Der Kontakt kam auf die Initiative Rodionows zustande. Der sowjetische Diplomat malte ein düsteres Bild hinsichtlich der Erfolgschancen der Konferenz und vertrat als persönliche Meinung den Standpunkt: „It is

[38] Der Bericht Edens über dieses zweite Gespräch an Dulles unterscheidet sich ebenfalls von der Fassung in seinen Memoiren. Vgl. ebenda, S. 70–73. Hier werden weder die Äußerungen von Eden über Adenauer noch die Erwiderung Molotows erwähnt.

[39] Harold Macmillan, Tides of Fortune, 1945–1955, Melbourne/Toronto 1969, S. 518. Macmillan, zu diesem Zeitpunkt Minister of Housing and Local Government im Kabinett Churchill, nennt den Namen des sowjetischen Diplomaten nicht.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

idle to hope for progress on German and Austrian problems. Solution these problems can only be reached after Western powers have shown willingness relax tensions through agreement on (A) outlaw atomic weapons, (B) abandon advanced bases on Iron Curtain periphery, and (C) reduce percentage-wise present armed forces."[40]

In dem abgedruckten Dokument über das Gespräch Molotow – Dulles vom 6. Februar 1953 werden die hier angedeuteten Tendenzen noch deutlicher. Obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt klar war, daß sich die Diskussionen im Kreise bewegten, keine neuen Argumente mehr auftauchten und Molotow einer weiteren Diskussion auswich und nur die Aufhebung ökonomischer und finanzieller Verpflichtungen der DDR rückwirkend zum 1. 1. 1954 sowie die Beendigung der Reparationszahlen bekanntgab, schloß er in seinem abendlichen Gespräch mit Dulles in der Residenz des amerikanischen Außenministers in Berlin eine Einigung nicht aus, sondern erklärte auf die Frage von Dulles nach den Chancen für eine Einigung: „There was a possibility of some success on Germany." Allerdings betonte Molotow erneut, wie er sich die Einigung vorstellte, die Schaffung einer kleinen deutschen Armee „and a German Government which would be directed neither against the United States, France, Great Britain, nor the Soviet Union". Obwohl der amerikanische Außenminister dies sofort ablehnte, versuchte Molotow ihn am Ende des Gesprächs wiederum für diese Lösung zu gewinnen: „He (Molotov) repeated his belief that a small German army with a German government directed against none of the four powers might be possible, but he left the impression that if this was excluded, other courses might be considered." Die Wiederholung bestätigt die oben erwähnte Vermutung, daß es den Sowjets bei der Neutralisierung Gesamtdeutschlands nicht nur um die Schaffung eines neutralisierten unabhängigen Staates ging, sondern daß entweder eine Viermächtekontrolle oder die Beteiligung der KPD/SED an der Regierung oder sogar beides notwendig war, um die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu befriedigen. Diese Interpretation wird durch weitere Bemerkungen des sowjetischen Außenministers ausdrücklich bestätigt, wenn er – wie auch bei den offiziellen Sitzungen – aus den historischen Erfahrungen mit Deutschland in der Zwischenkriegszeit den Schluß zog: „The trouble had been that the Allied Powers did not keep control over the German Government. If the *wrong kind of government* got into power, then it was difficult to control what it did. *The important thing was to be sure that it was a government that we could control and that would not work against any of the Four Powers.*" Hier wird überdeutlich, daß für die Sowjets Wahlen allein nicht die Garantie für eine zufriedenstellende Entwicklung in Deutschland abgeben konnten. Als Molotow sich von Dulles verabschiedete, warb er erneut für sein Konzept und betonte: „... they should both think over their *whole conversation* this evening and give it the attention which its importance merited."

[40] RG 84, HICOG/Be 2179/3–87 London-Berlin Tel. 71, 28. 1. 1954. Winthrop W. Aldrich, der US-Botschafter in London, berichtet: „Above discussion arranged on initiative Rodionov who, however, stated views expressed were his own and not necessarily of his government." Wahrscheinlich handelt es sich um Gregoriy M. Rodionov, später Botschafter der UdSSR in Ghana.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch ein weiterer Punkt in den Gesprächen zwischen Molotow und den Vertretern der Westmächte verdient es, hervorgehoben zu werden. Nach den Erfahrungen mit den Deutschen in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg galt die angestrebte Integration der Bundesrepublik in die EVG auch bei den Westmächten zunächst als die beste Lösung der Schwierigkeiten mit der deutschen Frage, mußte ihre duale Politik – Verstärkung des Potentials des Westens durch einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der EVG und die im EVG-Konzept angelegte Kontrolle des Potentials der Bundesrepublik – doch den größten Teil Deutschlands an den Westen binden und die Rückkehr zu einer Schaukelpolitik der Deutschen zwischen Ost und West langfristig verhindern. Dieses Konzept wurde auch vom Bundeskanzler bedingungslos unterstützt, und für Adenauer gab es keinen Zweifel daran, was dies für Deutschland bedeuten würde. So erklärte er den drei Hohen Kommissaren in einem vertraulichen Gespräch auf Schloß Ernich am 24. September 1951: „We wish Ger(many) unified and integrated in West. Sov(iets) want unification but not integrated with West. Sov(iets) know full well integration of Europe is impossible without Germany. Sov(iets) wish to frustrate integration of Europe and will *pay a good price* for it. *Is the integration of Europe necessary in long run – if one accepts this it is necessary to turn down any Sov(iet) proposal whether favorable or otherwise.*"[41]

Mit anderen Worten, bei diesem Gespräch wird deutlich, daß für den Bundeskanzler die europäische Integration nicht Mittel zum Zweck der Erreichung eines Zieles – der deutschen Einheit – war, sondern daß Adenauer in der Integration selbst das eigentliche Ziel sah. Es ist ferner bemerkenswert, daß der Bundeskanzler vermutete, die Sowjetunion könnte bereit sein, einen „guten Preis" zur Verhinderung der Integration zu zahlen. Genauso deutlich wird jedoch, daß Adenauer nicht bereit war, diesen Preis anzunehmen – „whether favorable or otherwise". In späteren Gesprächen mit den Vertretern der Alliierten äußerte sich der Bundeskanzler ähnlich. Darauf soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Wichtig ist nur festzuhalten, daß die Westmächte auf der Berliner Konferenz eine Position vertraten, die voll mit den Ansichten des Bundeskanzlers übereinstimmte. Andererseits muß betont werden, daß die Sowjetunion mit der Ablehnung freier Wahlen und der Vorlage eines Sicherheitspaktes für Europa am 10. Februar 1954 Vorschläge unterbreitete, die vom Westen nicht angenommen werden konnten. Der Vertragsentwurf über ein System der kollektiven Sicherheit hätte die Auflösung der NATO, den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa und die Neutralisierung und permanente Teilung Deutschlands bedeutet. Nachdem die Vertreter der USA zunächst über die Vorlage nicht besonders glücklich waren, löste die Forderung Molotows nach einem Beobachterstatus für die USA und China bei den im Konferenzsaal anwesenden Amerikanern schallendes Gelächter aus. Molotow hatte seine Karten überreizt.

---

[41] RG 446, Box EO, EO (51) 73, Notes taken by General Hays at a meeting of the High Commissioners with the Federal Chancellor at Schloß Ernich, 24. September 1951 (meine Hervorhebung; die Abkürzungen wurden aufgelöst). Ausführlicher zu Adenauer meine in Fußnote 9 genannte Untersuchung.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„We were feeling less and less happy, because although his proposals were phoney all through, nevertheless they contained bits and pieces that could not help have appeal to the French and the Germans – withdrawal of troops, neutralization of Germany, and a lot of little twists that might look good to the folks in Paris or the Socialists in East Germany, etc. etc. EDC was roundly denounced, but NATO was left vague.

Then came the block-buster. The U.S. was specifically excluded from the collective security pact but was permitted to be an ‚observer' along with communist China. At that point we all laughed loud and the Russians were taken completely by surprise at our reaction. Molotow did a double take and finally managed a smile, but the Russian momentum was gone."[42]

Von diesem Zeitpunkt an befand sich Molotow auf der Konferenz eindeutig in der Defensive, zumal er nach der Antwort der Außenminister der Westmächte auch noch die Unseriosität des Vorschlages zugestehen mußte. Jackson: „Molotov's rebuttal was pathetic and almost ruined him because he had practically to admit that this plan called for the liquidation of NATO, which is the one thing France and England *know* is their salvation. He also admitted that his scheme would probably perpetuate the division of Germany for 50 years which certainly will endear him to his German audiences and he also admitted that this business of troop withdrawal was a phoney because the Russian could come back any time they wanted, literally without any pretext other than the unilateral announcement that they felt like coming back."[43]

Es ist verständlich, daß für die Westmächte nach dieser Erklärung Molotows die Konferenz endgültig gescheitert war. In den letzten Tagen der Konferenz spielte der Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und der europäischen Sicherheit keine Rolle mehr. Jackson fand die Darstellung der sowjetischen Position durch Molotow pathetisch und schwer verständlich. Er schrieb nach Washington: „... although they (die Russen) could not guess that having succeeded in embarrassing us, Molotov would throw the whole thing away and give us the greatest chance we have had this far. By two incautious or arrogant or just ill-informed (I don't know which)statements, the tide of the battle swung around and we nailed him so hard that I don't think he will be able to squirm out of it."[44]

Bei der Vorlage des sowjetischen Planes für die kollektive Sicherheit in Europa scheint tatsächlich etwas falsch gelaufen zu sein. Zumindest hatten die Vertreter der Sowjetunion nicht die sofortige Ablehnung durch die Westmächte erwartet. Wie wäre es sonst zu erklären, daß Anatoli F. Dobrynin bei einem Essen in der sowjetischen Botschaft in Washington sich Ende März 1954 bei Livingstone T. Merchant, dem Assistant Secretary for European Affairs im amerikanischen Außenministerium, über die

[42] C.D. Jackson Papers, Box 27, Time Inc. File – Berlin, Letter February 10, 1954.

[43] Ebenda (Unterstreichung im Original). Die Vorlage des Sicherheitsplanes war nach Meinung von Jackson der entscheidende Fehler der Sowjets. „The beauty of the nailing is not just the satisfaction in the meeting. The real victory is that in one package he has been made to alienate East and West Germans, and most important, the slightly neutralist SPD, plus the French, plus the British, plus anybody who wants to listen.

[44] Ebenda.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abrupte Zurückweisung der Vorschläge Molotows beklagte und erklärte, das sowjetische „scheme (sei) open to major amendment"[45].

Welches Resümee läßt sich nun anhand der hier vorgestellten Dokumente ziehen? Erstens wird deutlich, daß die Sowjetunion offenbar nicht nur aus verhandlungstaktischen Gründen der Konferenz zustimmte, obwohl dies natürlich auch ein Beweggrund war, sondern noch einmal versuchte, ihr eigenes Konzept zur Verhinderung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der EVG ins Spiel zu bringen. Ob es sich hierbei allerdings, wie Belezki behauptet, um den ernsten Willen zu einer Einigung gehandelt hat, muß bei einer nüchternen Analyse verneint werden. Auch wenn Molotow in den privaten Gesprächen am Rande der Konferenz wesentlich moderater und kompromißbereiter als bei den Sitzungen wirkte, so bleiben seine Aussagen häufig vage und verschwommen bzw. vermeiden es, die eigentlichen Probleme, die sich bei einer Viermächteeinigung über Deutschland sofort gestellt hätten, anzusprechen. Dies trifft besonders auf die Frage der Kontrolle Gesamtdeutschlands und die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung zu. Molotow vermied es konsequent, die Struktur der Kontrolle zu erläutern. Wer sollte sie durchführen – eine Viermächtekommission, die Botschafter der Siegermächte? Genauso unbefriedigt blieb auch die Frage nach der Zusammensetzung der gesamtdeutschen Regierung. Wie würde sie *nach den Wahlen* aussehen? Glaubte Molotow, eine Sperrminorität für die KPD/SED durchsetzen zu können? Es sind allerdings kleine Hinweise vorhanden, daß Molotow nicht bedingungslos sein Konzept verfocht. In einzelnen Punkten war er durchaus nicht vollständig unflexibel und griff teilweise auf Überlegungen zurück, die auch bei der Vorbereitung der Konferenz durch die Westmächte und die Bundesrepublik eine Rolle gespielt hatten. So heißt es in der sowjetischen Vorlage zur Bildung einer provisorischen Regierung: „Such a provisional government may be set up to replace the existing governments of Eastern and Western Germany, or, should this prove difficult at the present time, the two governments may temporarily remain in existence."[46] Darüber hätte man sicherlich reden können. Allerdings waren damit die oben angeschnittenen Hauptfragen noch lange nicht gelöst. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die sowjetische Führung nach dem Tode Stalins, den Diadochenkämpfen und dem Arbeiteraufstand in der DDR nicht doch noch nach einem Konzept für Deutschland suchte, selbst unsicher war und die Konferenz von seiten der Sowjetunion auch als Test für die Intentionen des Westens angesehen wurde. Insgesamt ist aber eine Tendenz zur Konsolidierung des Status quo in Deutschland erkennbar.

Zweitens verdeutlichen die Dinner-Gespräche, aber auch die veröffentlichten Konferenzprotokolle, daß die Beteiligung der Bundesrepublik an der EVG nicht nur als propagandistischer Hebel zur Rechtfertigung der Aufrüstung in der DDR und der Anwesenheit sowjetischer Truppen in den Satellitenstaaten angesehen werden darf.

---

[45] Princeton University Library, Livingstone T. Merchant Papers, Box 2, Folder Dobrynin, Anatoli, Dinner at Soviet Embassy 3/25/54.

[46] Foreign Ministers Meeting, S. 228. Paragraph 1, Absatz 2 des sowjetischen Entwurfs vom 4. 2. 1954. Zur Diskussion alternativer Lösungen durch die Westmächte vgl. die in Fußnote 9 genannte Arbeit.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Aufrüstung in der DDR war ohnehin bereits weiter fortgeschritten als in der Bundesrepublik. Vielmehr wird deutlich, daß es sich hier um ernstzunehmende sowjetische Befürchtungen handelte, die aus dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion zu erklären sind. Angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse in Europa scheint diese Furcht überzogen, aber es wäre verfehlt, das psychologische Trauma des Überfalls Hitler-Deutschlands und der damit verbundenen Leiden für die sowjetische Bevölkerung gering zu veranschlagen.

Drittens wird in diesen Gesprächen deutlich, daß auch die Vertreter der Westmächte die berechtigten Sicherheitsinteressen der Sowjetunion akzeptierten, so wenn Dulles und Eden den defensiven Charakter der EVG hervorhoben und ihre Bereitschaft zum Abschluß eines Sicherheitsvertrages oder einer Sicherheitsgarantie bekundeten. Dulles, in seinen sonstigen Äußerungen über die Sowjetunion nicht gerade zimperlich, machte Molotow schließlich das Angebot (Dok. III): „... if this (Furcht vor einer von der Bundesrepublik dominierten und daher aggressiven EVG) was the chief Soviet preoccupation it should not be impossible to find a formula whereby a correlation of actual military forces between the EDC and the Soviet system would be so adjusted as not to constitute a threat in either direction." Bei einer Einigung über Deutschland im Sinne des Westens wäre Dulles ferner bereit gewesen, ein System des Truppenausgleichs unter Einschluß der amerikanischen Truppen in Europa zu akzeptieren. Zur Unterstreichung der friedlichen Absichten der USA gab Dulles außerdem den weltweiten Abbau amerikanischer Truppen bekannt. Hierbei handelte es sich um die Reduzierung der Truppenstärke von 3.5 Millionen auf 3 Millionen Mann. Im Rahmen der neuen Nuklearstrategie wurden ferner Nachschub- und Versorgungseinheiten der USA in Europa abgebaut, „skeletonized", wie es in der Anordnung Präsident Eisenhowers hieß[47]. Für Dulles war es offenbar selbstverständlich, daß eine Einigung mit der Sowjetunion über Deutschland nur im Rahmen einer größeren europäischen Regelung der Sicherheitsfrage möglich war. Ein Jahr nach Scheitern der Berliner Konferenz schloß er eine diesbezügliche Übereinkunft mit der Sowjetunion offenbar nicht aus. Im Vorfeld der Genfer Gipfelkonferenz 1955 schrieb er an Präsident Eisenhower: „The Western Powers generally feel that it is not possible to have the unification of Germany except within the context of some general plan for regulating European security and assuring the Soviets that East Germany will not be made an advance military position of the West."[48] Bedeutet dies, daß Dulles bereit gewesen wäre, einer truppenfreien Zone in Europa zuzustimmen?

Viertens wird auch deutlich, was bereits aus anderen Untersuchungen bekannt ist: Die Westmächte waren unter gar keinen Umständen bereit, eine Neutralisierung Deutschlands zuzulassen, auch wenn im Frühjahr 1953 gerade vom britischen Premierminister Winston Churchill und von Feldmarschall Bernard L. Montgomery der-

[47] Ambrose, S. 143 ff.

[48] Princeton University Library, John F. Dulles Papers, Selected Correspondence and Related Material, Box 92, Folder Re Geneva Foreign Ministers Meeting, Memorandum for the President, June 18, 1955.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

artige Überlegungen angestellt wurden. Sie scheiterten jedoch sofort an der entschiedenen Ablehnung des Foreign Office, von der zu erwartenden Opposition der USA und der französischen Regierung ganz zu schweigen[49]. Damit befand man sich allerdings in voller Übereinstimmung mit Adenauer und der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, was geschehen wäre, wenn die Deutschen bereit gewesen wären, die Westintegration für die Neutralisierung und die Wiederherstellung der Einheit unter Viermächtekontrolle zu opfern. Diese Frage wurde ihnen nie gestellt. Als Dulles den Bundeskanzler bei einem Zwischenaufenthalt auf dem Flughafen Köln-Wahn persönlich über den Ablauf der Konferenz informierte, stimmten beide Politiker darin überein, daß die Ablehnung freier Wahlen durch Molotow die sowjetische Intransigenz bestätigt habe und nur über eine Politik der Stärke Veränderungen in Mitteleuropa bewirkt werden könnten[50].

Das Scheitern der Berliner Konferenz beendete endgültig die Hoffnungen derjenigen, die nach dem Tode Stalins einen Neuanfang in den Ost-West-Beziehungen erwartet und die Lösung der deutschen Frage nicht für gänzlich ausgeschlossen gehalten hatten. Es ist daher Wilhelm Grewe zuzustimmen, wenn er als einer der beiden Leiter der Beobachter-Delegation der Bundesrepublik in seinen Memoiren folgendes Fazit der Konferenz zieht: „Der Verlauf der folgenden Jahre läßt die Berliner Konferenz als den Zeitpunkt erscheinen, an dem die Weichen endgültig auf die getrennte und sich immer weiter voneinander entfernende Entwicklung der beiden Teile Deutschlands gestellt wurden."[51]

Dokument I[52]

Von: HICOG[53] Berlin 28. Januar 1954/5 PM
An: Dep(ar)t(ment) Secto 38[54] London 94 Paris 105 Kurierpost nach Moskau

Eden erzählt mir, daß sie bei seinem Dinner für Molotow am letzten Abend zunächst Tagesordnungspunkt I diskutierten (Fünfmächtekonferenz). Eden sagte, er habe die Position eingenommen, daß es zwecklos sei, weiterhin zu versuchen, Übereinstimmung in diesem Punkt zu erreichen, und darauf gedrängt, daß die Minister nach einer weiteren Runde am Konferenztisch zu den beiden nächsten Tagesordnungspunkten übergehen, und zwar mit

[49] Foschepoth, S. 1286 ff.; Steininger, S. 105 ff.

[50] RG 59, 762.00/2-1854 TSF, Memorandum of Conversation. An diesem Gespräch nahmen auch James B. Conant, Livingstone T. Merchant und Douglas MacArthur, auf deutscher Seite Walter Hallstein und Hans Heinrich von Herwarth teil. Adenauers Bericht über diese Zusammenkunft in Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 259–264.

[51] Grewe, Rückblenden, S. 186.

[52] RG 84, HICOG/B/2179/3-87. Zur Erleichterung der Lektüre wurden die Dokumente übersetzt. Die Originale können auf Wunsch vom Hrsg. zur Verfügung gestellt werden.

[53] HICOG = High Commissioner for Germany

[54] Secto = Abkürzung für Telegramm des Außenministers an das Department of State bei Abwesenheit im Ausland

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Verständnis, daß sie zu Punkt I zurückkehren können, wenn sie die Behandlung Deutschlands und Österreichs abgeschlossen haben. Molotow nahm keine definitive Position ein. Eden war sich nicht sicher, doch schien Molotow den Standpunkt zu vertreten, daß er durch eine Trennung der beiden Teile des „Vorschlags", den er im letzten Absatz seiner Rede vom 27. Januar (zusammenfassend wiedergegeben im vorletzten Absatz von Secto 35) formuliert hat, Konzessionen gemacht habe oder machen werde[55].

Sie hatten dann eine lange Diskussion über Europa. Eden erläuterte ausführlich die Gründe, warum die EVG geschaffen werden solle. Molotow ermunterte ihn darin nicht, und was er sagte, schien darauf hinauszulaufen, daß es weiterhin Viermächtekontrolle in Deutschland geben müsse. Eden betonte auch nachdrücklich freie Wahlen. Molotow wies darauf hin, daß Hitler als Ergebnis freier Wahlen zur Macht gekommen sei und deshalb der springende Punkt darin gesehen werden müsse, über die Art der Regierung, die aus Wahlen hervorgehen werde, zu entscheiden, noch ehe diese stattgefunden hätten.

Eden (wie auch Roberts[56], der ebenfalls anwesend war) hatte den (nicht auf eine bestimmte Äußerung gestützten) Eindruck, daß die Sowjets (im Original: the Soviet), wenn Deutschland schon wiederbewaffnet werden sollte, die EVG als die am wenigsten üble Alternative ansehen könnten. Dieser Eindruck beruht zum Teil auf der Tatsache, daß Molotow zwar seine Gegnerschaft zur EVG zum Ausdruck brachte, die EVG aber nicht heftig verdammte. Als ihn Eden fragte, wie denn seine Alternative zur EVG aussehe, antwortete Molotow, diese „Frage sei leicht zu stellen, aber schwer zu beantworten", und beließ es dabei.

Dulles

Dokument II[57]

Geheim

An: SecState[58] Washington Secto 78 3. Feb(ruar) 54/9 PM
Wiederholt für: Am(erikanische) Botschaft Moskau 181 London 117

Eden dinierte am vergangenen Abend mit Molotow, und das Folgende ist Edens Bericht (ergänzt durch Roberts, der ebenfalls anwesend war) über die dabei geführten Gespräche:

Molotow schien müde zu sein und gab sich, obwohl höflich, keine Mühe, mit Eden im Laufe des Abends irgendein Thema anzuschneiden. Infolgedessen hatte Eden alle substantiellen Gesprächseröffnungen selbst zu machen. Fast die ganze Unterhaltung drehte sich um Europa, mit dem Gewicht vor allem auf Deutschland, NATO, EVG und westliche Militärstützpunkte. Eden verwandte beträchtliche Zeit darauf, Molotow die organische Struktur von NATO und EVG zu erklären, wobei er darauf hinwies, daß das System schon auf Grund seiner Struktur rein defensiv sei und die westlichen Streitkräfte nicht unter der Kontrolle eines einzigen Landes stünden. Daher könnten sie nur eingesetzt wer-

[55] Department of State, Foreign Ministers Meeting. Berlin Discussions January 25 – February 18, 1954, Washington, D.C., S. 40. Dies bezieht sich auf Molotows Vorschlag, eine Fünfmächtekonferenz über Asien durchzuführen.

[56] Sir Frank Roberts, Undersecretary of State im Londoner Foreign Office.

[57] RG 84, HICOG/B/2179/3-87.

[58] Secretary of State.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, wenn die Mitgliedstaaten zustimmten. Gerade das sei die beste Garantie gegen eine Aggression. Molotow konterte mit einer langen Rede über die aggressiven Intentionen des Westens, wie sie in NATO, EVG, Militärbasen usw. ihren Ausdruck fänden, und sagte, daß die Streitkräfte der NATO trotz Edens Erklärung eben doch unter dem Oberbefehl eines amerikanischen Generals stünden, damit implizierend, daß die Vereinigten Staaten sie nach Belieben einsetzen könnten. Eden hielt dem entgegen, daß SACEUR[59], obwohl ein Amerikaner, einer internationalen Körperschaft (NAC)[60] verantwortlich sei und deshalb keine Handlungsfreiheit habe, die NATO-Streitkräfte nach eigenem Gutdünken einzusetzen. Mit anderen Worten: während sowjetische Generale allein einer höheren sowjetischen politischen Autorität verantwortlich seien, seien NATO-Befehlshaber einer internationalen politischen Autorität verantwortlich. Zu den amerikanischen Generalen sagte Eden dann, er glaube, daß Molotow während des Krieges oder kurz danach Präsident Eisenhower kennengelernt habe, dem wohl niemand vorwerfen könne, aggressive Absichten zu hegen. Molotow bestätigte, daß er den Präsidenten kennengelernt habe, und gab zu verstehen, daß ihm dieser als ein vernünftiger Mann erschienen sei. Er fügte hinzu: „Natürlich, Soldaten mögen den Krieg nicht."

Eden stellte Molotow die Frage, welche Alternativen ihm für NATO und EVG vorschwebten, da er ja gegen beide sei. Molotow gab keine Antwort. Zuvor, als Eden darauf hinwies, daß die Sowjets ein straffes militärisches Arrangement mit den Satellitenstaaten hätten, hatte Molotow erwidert, dies sei gegen Deutschland als Drohung gerichtet, während die NATO nicht auf Deutschland ziele, sondern auf Rußland.

Eden sagte, die derzeitige Viermächtediskussion über Deutschland sei enttäuschend, und fragte, ob Molotow eine Vereinbarung überhaupt wolle. Molotow antwortete, daß er in der Tat eine Vereinbarung wolle. Eden sagte, er hoffe, daß bei der Berliner Konferenz etwas herauskommen könne, und fragte, was mit Österreich sei. Laut Eden erwiderte Molotow: „Möglicherweise, aber ich müßte etwas über Deutschland haben." Molotow sprach dann Edens Vorschläge für deutsche Wahlen als eine Art Ultimatum an. Er sagte, nach früheren Erfahrungen habe die UdSSR guten Grund, mißtrauisch gegen Deutschland zu sein. Eden entgegnete dem mit der Bemerkung, Adenauer sei ein weiser Mann, der Deutschland nicht auf den Weg des Militarismus zurückführen werde. Molotow nickte nachdenklich, sagte aber, Adenauer sei alt und werde nicht mehr lange leben. (Während des Dinners stellte Eden Molotow die Frage, was er über die gestrige Erklärung des Ministers [Dulles] denke. Molotow antwortete mit der Bemerkung, er habe sich gedacht, sie scheine „defensiv" zu sein.)

Eden fragte Molotow ferner, ob es eine Chance für irgendeine Art von Vereinbarung über fernöstliche Angelegenheiten gebe. Molotow antwortete einfach: „Möglicherweise ja!"

Dulles

[59] SACEUR = Supreme Allied Commander, Europe

[60] NAC = North Atlantic Council

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument III[61]

Aufzeichnung der Unterhaltung

Teilnehmer:	Der Minister[62]	6. Februar 1954
	Herr MacArthur[63]	Herr Molotow[66]
	Botschafter Bohlen[64]	Herr Gromyko[67]
	(gegen Ende gesellte sich	Herr Zarubin[68]
	Herr McCardle[65] zu der Gruppe).	Herr Trojanowski[69]

Herr Molotow stellte, im Anschluß an einen Austausch von Freundlichkeiten nach dem Dinner, dem Minister die Frage, wie er über die Erfolgsaussichten der Berliner Konferenz denke und in welchen spezifischen Punkten sie zu einem Übereinkommen gelangen könnten.

Der Minister antwortete, er glaube, daß es möglicherweise eine bessere Chance für eine Verständigung in der österreichischen Frage gebe, weil Österreich schließlich nur ein kleines Land sei, von dem keine merkliche Wirkung auf das Gleichgewicht der Mächte in Europa ausgehen könne. Herr Molotow erwiderte, er denke, daß es eine Möglichkeit für einigen Erfolg im Hinblick auf Deutschland gebe. Der Minister fragte Herrn Molotow, was ihm dabei vorschwebe und wo er meine, daß im Hinblick auf Deutschland ein Fortschritt zu erzielen sei. In seiner Antwort auf die Frage des Ministers erkundigte sich Herr Molotow, ob nicht einiger Fortschritt entlang folgender Linie gemacht werden könne: eine kleine deutsche Armee, dazu eine deutsche Regierung, die weder gegen die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien noch gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Er frage sich, ob diese Möglichkeit gänzlich ausgeschlossen sei.

Der Minister sagte, daß nach unserer Auffassung die europäische Armee das beste Mittel darstelle, das wir uns denken könnten, um die Wiedergeburt des deutschen Militarismus zu verhindern, und er wolle Herrn Molotow mit allem Ernst, der ihm zu Gebote stehe, versichern, daß diese Idee nicht nur nicht gegen die Sowjetunion oder irgendein anderes Land gerichtet sei, sondern sogar die beste Möglichkeit biete, Deutschland an einer Bedrohung der sowjetischen Sicherheit zu hindern. Herr Molotow stellte fest, daß die Sowjetunion im Hinblick auf die europäische Armee große Befürchtungen habe, und er fragte, ob der Minister nicht spüre, daß sie einen Teil Europas gegen den anderen stelle. Er sagte, trotz aller Versicherungen und Argumente, die er zu hören bekommen habe, sei die Sowjetunion über diese Entwicklung ernstlich besorgt, und das sei nicht bloß so eine Idee

---

61 Dwight D. Eisenhower Library, Eisenhower Papers, Ann Whitman File, Box 2, Dulles – Herter Series, Correspondence. Eine Kopie des Berichts befindet sich auch in RG 59, 762.00/2-654.

62 John F. Dulles, Außenminister der USA.

63 Douglas MacArthur II, Councelor des Department of State März 1953–Dezember 1956.

64 Charles E. Bohlen, Botschafter der USA in Moskau 27.3. 1953–8.3. 1957.

65 Carl W. McCradle, ab 30.1. 1953 Assistant Secretary of State for Public Affairs im Außenministerium der USA.

66 Wjatscheslaw Molotow, Außenminister der UdSSR.

67 Andrej A. Gromyko, 1. stellvertretender Außenminister der UdSSR.

68 Georgij N. Zarubin, Botschafter der UdSSR in Washington.

69 Alexander Trojanowski, 1933–1939 Botschafter der UdSSR in Washington, seit 1946 Hochschullehrer.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von ihm, sondern eine Vorstellung, die in der Sowjetunion – und nicht allein in der Sowjetunion – weit verbreitet sei.

Der Minister legte sehr detailliert dar, warum nach unserer Auffassung das Konzept der europäischen Armee die größte Möglichkeit zur Garantierung der europäischen Sicherheit bietet, verglichen mit allen anderen Mitteln zur Lösung dieses Problems. Er wies darauf hin, daß in der Vergangenheit Diskriminierung und Kontrolle auf lange Sicht nur wenig gegen den Aufstieg des deutschen Militarismus vermocht hätten; daß der große Vorteil der europäischen Armee darin bestehe, daß sie Deutschland nicht diskriminiere, sondern bei Gleichberechtigung dem zähmenden Einfluß jener Länder unterwerfe, die, zusammen mit der Sowjetunion, unter dem deutschen Militarismus gelitten haben.

Herr Molotow wiederholte seine Auffassung, daß eine begrenzte deutsche Armee, mit einer Regierung, die gegen keine der vier Mächte gerichtet sei, einen möglichen Weg der Entwicklung darstelle. Der Minister stellte dazu fest, daß er dies nicht für eine sehr praktikable Lösung halte, da es im Grunde die Hauptfrage aufwerfe, die hier auf dieser Konferenz ans Licht gekommen sei. Zunächst einmal würde jedes derartige System mit einem hohen Maß an Kontrolle von außen verbunden sein, die nach aller Erfahrung als Mittel zur Kontrolle Deutschlands unverläßlich sei. Zweitens stellte er fest, daß es praktisch den Unterschied im physiologischen Typ unserer Regierung in den Konflikt bringen würde. Er glaube nicht, daß man die Regierungsform eines Landes diktieren oder garantieren könne, ohne unsere tiefsten Prinzipien hinsichtlich freier Wahlen zu verletzen.

Herr Molotow sprach erneut von der ernsten Sorge, die von der Sowjetunion unter dem Gesichtspunkt ihrer Sicherheit im Hinblick auf das Konzept einer europäischen Armee, die deutsche Streitkräfte einschließe, empfunden werde. Er sagte, sie verlangten keine Privilegien für die Sowjetunion, wollten aber auch nicht diskriminiert werden, und ganz abgesehen von den Erklärungen, die er auf der Konferenz abgegeben habe, verursache nicht allein in der Sowjetunion, sondern auch anderswo die Aussicht auf Deutschlands Wiederbewaffnung wirkliche Besorgnis. Er sagte, man brauche nur Äußerungen zu lesen, die in der westdeutschen Presse erschienen seien, besonders jene des Generals Kesselring[70], der vom ehemaligen deutschen Offizierskorps praktisch als Führer akzeptiert worden sei. Er stellte die Frage, ob eine deutsche Armee, unter der Führung und der Kontrolle von Männern wie Kesselring, nicht bald sowohl in Deutschland wie in der EVG den Ton angeben werde. Er setzte hinzu, daß das, was der Minister beschrieben habe, vielleicht der Anfang der EVG sei, aber wie werde das Ende sein? Er zweifle sehr daran, daß die anderen Mitgliedstaaten der EVG genügend Macht besäßen, um die deutschen Militaristen in Schranken zu halten, die am Ende nicht allein Deutschland, sondern auch die EVG beherrschen könnten.

Der Minister wiederholte seine Argumente zur EVG, wobei er erklärte, daß dies in der Tat eine schwierige Frage sei, daß das Konzept aber in keinem Sinne gegen die Sowjetunion gerichtet sei, sein Hauptzweck im Gegenteil in der Verhinderung einer Wiedergeburt des deutschen Militarismus bestehe, daß dieser Zweck, wie wir glaubten, nur in einem westeuropäischen Rahmen erreicht werden könne und daß jede deutsche Streitmacht auf einer nationalen Basis, wie begrenzt auch immer in ihren Anfängen, unweigerlich zu den gleichen Ergebnissen führen würde, die dem Vertrag von Versailles gefolgt seien. Der Minister bekräftigte die Überzeugung, daß ein Deutschland in der EVG der beste Schutz sei,

[70] Generalfeldmarschall Albert Kesselring.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den die Sowjetunion haben könne. Er sagte, einige Elemente in Frankreich, die gegen die EVG opponierten, gingen davon aus, daß sie Frankreich nicht in der EVG sehen wollten, weil das die Eliminierung einer französischen Nationalarmee bedeuten würde, so wie es die Eliminierung einer deutschen Nationalarmee bedeuten würde. Diese Elemente würden es vorziehen, Deutschland in der NATO zu sehen. Deutschland in der NATO, so sagte der Minister, würde nach seiner persönlichen Meinung der Sowjetunion geringere Sicherheit bieten als Deutschland in der EVG. In der NATO gebe es nicht die Zügel für die Nationalarmeen, die es in der EVG gebe. Wenn jedoch die EVG nicht Realität werden sollte, könnten die Vereinigten Staaten nicht die Möglichkeit ausschließen, daß eine akzeptable Alternative der Eintritt Westdeutschlands in die NATO sein werde. Er fragte Herrn Molotow, ob er in letzter Zeit einmal den Vertrag von Versailles gelesen habe, und sagte, daß die Lektüre sehr interessant sei. Herr Molotow sagte, er habe das getan. Der Minister sagte dann, daß Marschall Foch, der ein sehr guter General gewesen sei, in den Vertrag von Versailles fast jede vorstellbare Begrenzung und Kontrolle hineingeschrieben habe, einschließlich des Verbots von Sportverbänden, der Benutzung von Gewehren usw. Dennoch habe dies die Wiedergeburt deutscher Streitkräfte zugelassen, und er glaube, daß ein Versuch, diesen Prozeß zu wiederholen, die gleichen Resultate haben würde. Er sagte, andere Alternativen möge es geben, doch seien ihm keine eingefallen; vielleicht habe Herr Molotow in dieser Sache eine Idee.

Herr Molotow sagte, das Unheil habe darin bestanden, daß die Alliierten die Kontrolle über die deutsche Regierung nicht behalten hätten. Wenn die falsche Art von Regierung zur Macht komme, sei es schwierig, ihr Handeln zu kontrollieren. Es komme darauf an, sicher zu sein, daß es eine Regierung gebe, die wir kontrollieren könnten und die nicht gegen eine der vier Mächte arbeite.

Herr Dulles sagte, daß dies einen grundlegenden ideologischen Punkt aufwerfe, der uns trenne. Die sowjetkommunistische Überzeugung bestehe darin, daß den Menschen im allgemeinen nicht zu trauen und es deshalb notwendig sei, daß eine kleinere Gruppe die Kontrolle über die Wahlmaschinerie behalte und so für die Wahl der „richtigen" Leute sorge. Wir glaubten nicht an dieses System und seien willens, den Menschen zu vertrauen und ihnen wahre Wahlfreiheit zu geben. Hier scheine, nach der Entwicklung dieser Konferenz, eine sehr grundsätzliche Frage zwischen uns zu stehen.

Der Minister fuhr fort, er könne die Besorgnisse der Sowjetunion voll und ganz verstehen; es gebe ja auch Leute, die glaubten, die Streitkräfte der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Länder, die immer noch erheblich stärker seien als die Westeuropas, seien gegen den Westen gerichtet und stellten eine Bedrohung anderer Länder dar. Er persönlich glaube das nicht, da er meine, daß die sowjetischen Führer diese Streitmacht zur Verteidigung geschaffen hätten, und deshalb hoffe er, daß die Sowjetunion die gleiche Haltung gegenüber der EVG einnehmen könne. Er sagte, wenn dies die sowjetische Hauptsorge sei, sollte es nicht unmöglich sein, eine Formel zu finden, mit der eine Korrelation der effektiven militärischen Kräfte zwischen der EVG und dem Sowjetsystem so justiert werden könne, daß keine Drohung in die eine oder die andere Richtung entstehe. Er sagte, die Streitkräfte des sowjetischen Systems seien in der Vergangenheit erheblich stärker gewesen als jene der Westmächte in Europa, sie seien auch zur Zeit erheblich stärker. Er glaube, daß es möglich sein könne, eine Formel zu entwickeln für ein Verhältnis zwischen den Landstreitkräften der Sowjetunion und der mit ihr verbundenen Staaten auf der einen und den Landstreitkräften der EVG und den in Europa stationierten Landstreitkräften sonstiger westlicher Nationen auf der anderen Seite. Da die Sowjetunion, auf Grund ihres gro-

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ßen Territoriums und ihrer vielen Grenzen, vielfältige Verantwortlichkeiten habe, würde eine solche Formel bedeuten, daß die Stärke der in Europa stationierten Landstreitkräfte der westlichen Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten, zahlenmäßig geringer sein werde als die Streitkräfte der Sowjetunion und der mit ihr verbundenen osteuropäischen Staaten.

Herr Molotow sagte, die Frage betreffe nicht allein die Streitkräfte der proponierten europäischen Armee und der Sowjetunion, sondern Streitkräfte in einem weltweiten Maßstab, was alle Großmächte angehe. Er sagte, die Sowjetunion sei, wie sie bereits klargemacht habe, bereit, eine reziproke Reduzierung der Rüstung ins Auge zu fassen.

Der Minister erklärte, mit den Streitkräften der EVG habe er natürlich alle Streitkräfte gemeint, einschließlich jener der Vereinigten Staaten, die in Europa stationiert seien. Er fügte hinzu, die Vereinigten Staaten seien bereits dabei, ihre Streitkräfte zu verringern, und in Kürze würden die Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten spürbar reduziert sein.

Herr Molotow erklärte, dieses Problem begegne in der Sowjetunion tiefer Sorge und er glaube, daß jede deutsche Armee eine „sehr unruhige" Armee sei. Er wiederholte seine Überzeugung, daß eine kleine deutsche Armee mit einer deutschen Regierung, die gegen keine der vier Mächte gerichtet sei, möglich sein könnte, doch hinterließ er den Eindruck, daß, falls das ausgeschlossen sei, andere Wege überlegt werden könnten. Er machte keine spezifische Bemerkung zur Formel-Erklärung des Ministers, schien aber anzudeuten, daß dies zumindest geprüft werden könne.

Der Minister sagte, Herr Molotow solle diese Sache überdenken, und wenn er irgendwelche Gedanken habe, werde der Minister sehr gerne nochmals mit Herrn Molotow sprechen, ehe sie Berlin verließen; er fügte hinzu, daß er glaube, die deutsche Frage sei die ernsteste, mit der sie konfrontiert seien.

Herr Molotow stimmte zu und sagte, er meine, sie sollten beide über ihre *gesamte Unterhaltung*[71] dieses Abends nachdenken und ihr die Aufmerksamkeit widmen, die ihre Bedeutung verdiene.

[71] Hervorhebung im Original.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NACHRUF

Am 3. Juni 1986 erlag Frau Dr. Ino Arndt, seit vielen Jahren Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte, ihrem schweren, mit beispielhafter Geduld ertragenen Leiden. Zu ihrer Beisetzung hat Helmut Krausnick unser aller Empfinden in Worte gefaßt. Diese Worte sollen auf dem Wege über unsere Zeitschrift auch die vielen Kolleginnen und Kollegen – nicht nur in der Bundesrepublik – erreichen, die Ino Arndt ebenso geschätzt haben wie wir.

Kolleginnen, Kollegen und Freunde
von Ino Arndt!

Lange schon haben wir um das Leben von Ino gebangt – mochten wir uns auch immer wieder gegen den Gedanken wehren, daß ihr solch schweres Schicksal beschieden sein sollte. Gewiß, schon von manchem unserer Mitmenschen hat man sagen dürfen, daß er ein schweres Leiden geduldig und tapfer getragen habe. Wann aber wären solche Worte gerechtfertigter gewesen als hier? „Ich muß viel an Kräften – psychischer und physischer Art – investieren, um weiterzukommen", schrieb sie – diskret und doch vielsagend genug – im Februar dieses Jahres, als sie noch hoffte, „stundenweise wieder im Institut anfangen" zu können ... Jede laute Klage aber hat sie sich versagt, nur mit Bedauern in einem ihrer letzten Briefe vermerkt, daß sie zurzeit „so unproduktiv" sei.

Damit hatte sie aber, ungewollt, auch ihr Verhältnis zu ihrem Arbeitsauftrag in unserem Institut gekennzeichnet. Denn für Ino Arndt war ihre – 24 Jahre lang ausgeübte – Tätigkeit im Institut für Zeitgeschichte nicht eine Tätigkeit wie jede andere auch, sondern ein Stück echter Lebensaufgabe. Sehr persönlich betroffen über die im deutschen Namen begangenen Untaten, zumal an unseren jüdischen Mitmenschen, war sie für die geistige Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit innerlich engagiert, so wenig sie große Worte darum machte. Das war überhaupt nicht ihre Art. Wer jedoch aus ihrer Zurückhaltung und Bescheidenheit – wesentlichen Eigenschaften ihrer Persönlichkeit – auf eine „Weichheit" ihres Charakters geschlossen hätte, würde sich sehr getäuscht haben. Denn hinter ihrem, wenn ich es so benennen darf, dezenten Umgang mit Menschen und Dingen verbarg sich eine auf errungenen Grundanschauungen beruhende Haltung, die sie jede einmal durchdachte Auffassung mit einer geradezu überraschenden Festigkeit und Entschiedenheit vertreten ließ. So empfindsam wie zornig hat sie auf plumpe Verharmlosungen gewisser Massenverbrechen reagiert und deren Leugnung entgegen erweislicher Wahrheit in einer ihrer dankenswertesten Abhandlungen als „geradezu gespenstisch" bezeichnet. Starkes Einfühlungsvermögen und hochentwickeltes Gerechtigkeitsgefühl haben sie in ihrer Arbeit geleitet, ohne ihr jemals „opportunistische" Abstriche vom erwiesenen Sachverhalt zu erlauben. Ein in der täglichen Praxis gleichsam gehärteter Idealismus half ihr auch über zeitweilige Enttäuschungen hinweg.

Sie und ich – wir alle wissen es: unser Institut hat in Ino Arndt eine warmherzige, stets hilfsbereite und sachlich bewährte Mitarbeiterin verloren!

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte u. Honorarprofessor an der Universität München (8000 München 19, Leonrodstr. 46b), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen und Dokumentationen in den VfZ und sonstigen wissenschaftlichen Organen u.a. „Kommandant von Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höss" (Stuttgart 1958), „Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit" (Stuttgart 1960), „Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945" (Stuttgart 1961), „Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik" (München 1963, Neuausg. Frankfurt 1972), „Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945" (in: Anatomie des SS-Staates, Bd. II. Olten/Freiburg 1965), „Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung" (München 1969, 9. Aufl. 1981), ferner Hrsg. (zus. mit H. Heiber) der dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie Hrsg. (zus. mit E. Fröhlich, A. Grossmann, H. Mehringer u. F. Wiesemann) u. Mitautor der Reihe „Bayern in der NS-Zeit" (von 1977 bis 1983, 6 Bde.), schließlich noch Hrsg. (zus. mit W. Benz u. H. Graml) der bei dtv erscheinenden Reihe „Deutsche Geschichte der Neuesten Zeit; derzeitige Interessen: Probleme der politischen Kultur Deutschlands von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart.

Dr. John Gillingham, Professor of History, University of Missouri/St. Louis (8001 Natural Bridge Road, St. Louis, Missouri 63121) veröffentlichte „Industry and Politics in the Third Reich: Ruhr Coal, Hitler and Europe" (Columbia Univ. Press, NY; London und Stuttgart, 1985); derzeitige Interessen: die Rolle von Kohle und Stahl bei der Schaffung eines Neuen Europas, die Bundesrepublik Deutschland im Verflechtungssystem der westlichen Industriestaaten (im Rahmen des von Ludolf Herbst geleiteten Projekts „Westdeutschland in den internationalen Beziehungen").

Dr. Reiner Pommerin, Privatdozent am Historisches Seminar der Universität zu Köln (5000 Köln, Albertus-Magnus-Platz (Philosophikum)) veröffentlichte neben verschiedenen Aufsätzen „Das Dritte Reich und Lateinamerika" (Düsseldorf 1977), „Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937" (Düsseldorf 1979), „Der Kaiser und Amerika. Die Amerikapolitik der Reichsleitung 1890–1917" (Köln 1986); zur Zeit mit einer Arbeit über die Hauptstadtfrage nach 1945 beschäftigt.

Dr. Hermann-Josef Rupieper, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin (1000 Berlin 31, Habelschwerdter Allee 45), veröffentlichte u.a. „Politics and Economics. The Cuno Government and Reparation 1922/23" (The Hague – Boston – London 1979), „Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine Sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (M.A.N.) 1837–1914" (Frankfurt-New York 1982); zur Zeit mit einer Darstellung der amerikanischen Deutschlandpolitik 1949–1955 beschäftigt.

Dr. Hansjakob Stehle, Vatikan- und Italien-Korrespondent des „Westdeutschen Rundfunks" und für „Die Zeit" (I-00198 Rom, Via Lisbona 11), veröffentlichte u.a. „Die Ostpolitik des Vatikans 1917–1975" (München 1975), „Eastern Politics of the Vatican 1917–1979" (Ohio University Press 1981), „Nachbar Polen" (Frankfurt 1968²), „Italien" (in: E. Schulz, Hrsg., Die Ostbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft, München 1977), „Polish Communism" (in: W. Griffith, Hrsg., Communism in Europe, Bd. I, Cambridge, Mass., 1964), „Deutsche Friedensfühler bei den Westmächten im Februar/März 1945" (VfZ 3/1982, S. 538–555), „Ein Briefwechsel der Kardinäle Wyszynski und Döpfner 1970/71" (VfZ 3/1983, S. 536–553), „Togliatti, Stalin und der italienische Kommunismus 1943–1948" (in: „Quellen und Forschungen", hrsg. v. Deutschen Histor. Institut, Rom, Nr. 62/1982); derzeitige Interessen: Kirchliche, osteuropäische und italienische Zeitgeschichte.

Dr. Herwart Vorländer, Professor für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg (7140 Ludwigsburg, Reute-Allee 46), veröffentlichte u.a. „Kirchenkampf in Elberfeld. Ein kritischer Beitrag zur Er-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

forschung des Kirchenkampfes in Deutschland" (Göttingen 1968), „Aufbruch und Krise. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Reformierten vor dem Kirchenkampf" (Neukirchen 1974), „Nationalsozialistische Konzentrationslager im Dienst der totalen Kriegführung" (Hrsg., Stuttgart 1978), Aufsätze zur Geschichte und Kriegsgeschichte der frühen Neuzeit und des 19./20. Jahrhunderts sowie zur Geschichtsdidaktik in div. Sammelbänden, den Zeitschriften ‚Geschichte in Wissenschaft und Unterricht", ‚Zeitschrift für Kirchengeschichte' u.a.; derzeit mit Untersuchungen zur nationalsozialistischen und kirchlichen Wohlfahrtspflege beschäftigt.

Jahrgang 34 (1986), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1986_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte